



HISTORISCHE
KOMMISSION
DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



Historisches Kolleg

CC
Collegium
Carolinum



DFG



AHF

ISF



Wissenschaftszentrum
für Kulturgeschichte der
RWTH Aachen University



Wissenschaftszentrum
für Kulturgeschichte der
RWTH Aachen University



Wissenschaftszentrum
für Kulturgeschichte der
RWTH Aachen University

Evaluierungsbericht Strukturkommission Bayern 2013

(StrukBY2013)

Ergebnisse der Begutachtung
von 13 durch den Freistaat Bayern finanzierten
nichtuniversitären Forschungseinrichtungen

**Evaluierungsbericht Strukturkommission
Bayern 2013
(StrukBY2013)**

Ergebnisse der Begutachtung
von 13 durch den Freistaat Bayern finanzierten
nichtuniversitären Forschungseinrichtungen

Der Evaluierungsbericht wurde am 18. März 2013 vom Vorsitzenden der Strukturkommission, Prof. Dr. Drs. h. c. mult. Ernst Th. Rietschel, an den Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie Auftraggeber des Begutachtungsverfahrens, Dr. Wolfgang Heubisch, übergeben.

Impressum

Herausgeber: Strukturkommission Bayern 2013

Vorsitzender: Prof. Dr. Drs. h. c. mult. Ernst Th. Rietschel (V.i.s.d.P)

Eigenverlag: Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München

Gesamtherstellung: KK-Druck, Planegg/Martinsried, www.kk-druck.de

Inhalt

| | |
|--|----|
| 1. Ausgangslage | 5 |
| 1.1 Forschungs- und Wissenschaftsstandort Bayern | 5 |
| 1.2 Aus Landesmitteln finanzierte nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen | 6 |
| 1.3 Evaluation in Wissenschaft und Forschung | 8 |
| 2. Auftrag, Verfahren, Abgrenzung | 10 |
| 2.1 Auftrag | 10 |
| 2.2 Verfahren | 11 |
| 2.3 Abgrenzung | 13 |
| 3. Stellungnahme der Strukturkommission | 15 |
| 3.1 Stellungnahmen zu einzelnen Institutionen | 15 |
| 3.1.1 Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAW) | 15 |
| A. Bewertung | 15 |
| B. Empfehlung | 16 |
| Hintergrund | 16 |
| Aufgaben der BAW | 18 |
| Organisation der BAW | 20 |
| 3.1.2 Historische Kommission (HiKo) | 23 |
| 3.1.3 Monumenta Germaniae Historica (MGH) | 23 |
| 3.1.4 Historisches Kolleg (HistKoll) | 24 |
| 3.1.5 Collegium Carolinum (CC) | 24 |
| 3.1.6 Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut (DGFI) | 25 |
| 3.1.7 Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayern (SNSB) | 26 |
| 3.1.8 Arbeitsgemeinschaft Historischer Forschungseinrichtungen (AHF) | 26 |
| 3.1.9 Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) | 26 |
| 3.1.10 Frauenakademie München (FAM) | 27 |
| 3.1.11 Wissenschaftszentrum Schloss Reisingburg (WZR) | 27 |
| 3.1.12 Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WiOS) | 27 |
| 3.1.13 Zentralinstitut für Kunstgeschichte (ZI) | 28 |
| 3.2 Stellungnahme zu den Institutionen im Zusammenhang | 28 |
| 3.3 Hinweise zur Implementierung | 30 |

4. Anhang

| | | |
|--------|--|-----|
| 4.1 | Mitglieder der acht eingesetzten Evaluierungskommissionen | 33 |
| 4.2 | Abkürzungsverzeichnis StrukBY2013 | 34 |
| 4.3 | Bewertungsberichte und Einzelgutachten | 37 |
| 4.3.1 | Bayerische Akademie der Wissenschaften | 37 |
| 4.3.2 | Historische Kommission | 63 |
| 4.3.3 | Monumenta Germaniae Historica | 87 |
| 4.3.4 | Historisches Kolleg | 105 |
| 4.3.5 | Collegium Carolinum | 125 |
| 4.3.6 | Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut | 149 |
| 4.3.7 | Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns | 169 |
| 4.3.8 | Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen . . | 211 |
| 4.3.9 | Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung | 223 |
| 4.3.10 | Frauenakademie München | 237 |
| 4.3.11 | Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg | 249 |
| 4.3.12 | Gutachten zum Wissenschaftszentrum Ost- und Südost- europa Regensburg | 257 |
| 4.3.13 | Gutachten zum Zentralinstitut für Kunstgeschichte | 265 |

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text überwiegend die männliche Form verwendet; in gleicher Weise ist an betreffenden Stellen die weibliche Form gedacht.

1. Ausgangslage

1.1 Forschungs- und Wissenschaftsstandort Bayern

Es war und ist erklärtes Ziel des Freistaates Bayern, im nationalen wie auch internationalen Vergleich zu den führenden Forschungs- und Wissenschaftsstandorten zu gehören. Dabei sind die Leistungsfähigkeit und der Erfolg des Forschungsstandortes Bayern bereits heute evident: Beispielhaft seien hier nur die Eingruppierung der beiden Münchner Universitäten in internationalen Rankings,¹ die Entscheidungen in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder² sowie das Abschneiden bayerischer Einrichtungen entsprechend dem DFG-Förderatlas 2012³ erwähnt.

Grundlage für diese bemerkenswerten Erfolge des Standortes Bayern ist ein Wissenschaftssystem mit einem breit gefächerten Spektrum an universitären und nichtuniversitären Forschungsinstitutionen. Die in diesem Wissenschaftssystem dem Ressortbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK) zugeordneten Einrichtungen umfassen:

- 26 staatliche Hochschulen, davon 9 staatliche Universitäten mit 5 Universitätsklinikum und 17 staatliche Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie
- 21 nach Art. 91b GG gemeinsam von Bund und Ländern geförderte nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen, davon 13 Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), 3 Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) und 5 Institute der Leibniz-Gemeinschaft (WGL).⁴

Hinzu kommen:

- 13 ausschließlich aus bayerischen Landesmitteln grundfinanzierte nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen⁵, nach Größe und Bedeutung angeführt von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAdW) und den Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns (SNSB).

Weitere wichtige Forschungs- und Technologieeinrichtungen (u. a. der Fraunhofer-Gesellschaft, FhG) ressortieren im Wesentlichen im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.

¹ Beispiele für Ranking-Eingruppierungen 2012-13: TUM Platz 53/ Platz 1 in Deutschland, s. <http://www.arwu.org/>; TUM Platz 53/Platz 1 in Deutschland, s. <http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings>; LMU Platz 48/Platz 1 in Deutschland, s. <http://www.timeshighereducation.co.uk/world-university-rankings/>

² Bayern war mit 17 von 20 Anträgen erfolgreich: 9 Graduiertenschulen, 6 Exzellenzcluster, 2 Zukunftskonzepte; 8 von 9 bayerischen Universitäten sind als Antragsteller bzw. Ko-Antragsteller beteiligt; s. <http://www.dfg.de/foerderung/programme/exzellenzinitiative/>

³ Unter den TOP 40 der erfolgreichen Universitäten um DFG-Drittmittel befinden sich 5 von 9 bayerischen Universitäten, 3 bayerische Universitäten sind unter den *Top Ten*: LMU, 2. Platz; TUM, 4. Platz; FAU, 10. Platz; s. http://www.dfg.de/dfg_profil/foerderatlas_evaluation_statistik/foerderatlas/index.jsp

⁴ Beschreibung der Einrichtungen, s. <http://www.stmwfk.bayern.de/forschung/einrichtungen/>

⁵ Hinweis zur Grundfinanzierung des Wissenschaftszentrums Schloss Reisingburg der Universität Ulm (WZR): Die institutionelle Grundfinanzierung des WZR erfolgt durch den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg zu gleichen Teilen. Hinzu kommen jährliche Zuschüsse der Universität Ulm zu den Betriebskosten und den Investitionen.

Die Ansätze im bayerischen Staatshaushalt für Wissenschaft, Forschung und Innovation belaufen sich insgesamt auf jährlich rund 3 Mrd. Euro. Zudem wurden seit den 1990er-Jahren im Rahmen von Sonderprogrammen, zuletzt der Initiative „Aufbruch Bayern“ (Säule Innovation), über 4 Mrd. Euro vorwiegend aus Privatisierungserlösen in Wissenschaft und Forschung investiert. Hinzu kommen fast 1 Mrd. Euro, davon rund 650 Mio. Euro Bundesanteil, als jährliches Finanzvolumen für die im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ressortierenden Bundesländer-finanzierten Einrichtungen der nichtuniversitären Forschung.

Um die Grundlagen für eine strategische Weiterentwicklung des bayerischen Wissenschaftssystems zu legen, hat der Freistaat in der jüngsten Vergangenheit verschiedene Maßnahmen eingeleitet: So wurde in den Jahren 2004/2005 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst die bayerische Hochschullandschaft durch eine externe Expertenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Mittelstraß (Konstanz) evaluiert. Die daraus hervorgegangenen für die zukünftige Entwicklung der bayerischen Hochschul- und Forschungslandschaft bedeutsamen Empfehlungen sind in dem Bericht „Wissenschaftsland Bayern 2020“ zusammengefasst.⁶ Der Freistaat hat die Mehrzahl dieser Empfehlungen im Rahmen eines „Optimierungskonzepts für die bayerischen Hochschulen 2008“ umgesetzt.⁷

Den Fokus auf die gesamte Breite des bayerischen Wissenschaftssystems legend, beschloss die Staatsregierung im Mai 2011 ein „Gesamtkonzept für die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik der Bayerischen Staatsregierung (FTI-Strategie)“.⁸

1.2 Aus Landesmitteln finanzierte nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen

Die oben erwähnten 13 nichtuniversitären Forschungseinrichtungen, die außerhalb der Bund/Länder-Finanzierung derzeit im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ressortieren, und die durch Zuwendungen aus dem Staatshaushalt unterstützt werden, umfassen:

- Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAW), www.badw.de
- Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (HiKo), www.historischekommission-muenchen.de/index.php
- Historisches Kolleg (HistKoll), www.historischeskolleg.de
- Monumenta Germaniae Historica (MGH), www.mgh.de
- Collegium Carolinum/Forschungsstelle für die böhmischen Länder (CC), www.collegium-carolinum.de

⁶ Wissenschaftsland Bayern 2020 – Empfehlungen einer internationalen Expertenkommission, März 2005, s. http://www.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/studierende/Beratung/Career_Service/Wissenschaftsland_Bayern_2020.pdf

⁷ Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Optimierungskonzept für die bayerischen Hochschulen 2008, s. http://www.stmwfk.bayern.de/fileadmin/user_upload/PDF/Hochschule/optimierungskonzept.pdf

⁸ Bayerische Staatsregierung, Broschüre FTI-Strategie, Mai 2011, s. http://www.stmwfk.bayern.de/fileadmin/user_upload/PDF/Forschung/Broschuere_Forschungs%20und%20Technologiestrategie.pdf

- Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut (DGFI), www.dgfi.badw.de
- Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns (SNSB), www.naturwissenschaftlichesammlungenbayerns.de
- Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa (WiOS), www.wios-regensburg.de
- Zentralinstitut für Kunstgeschichte (ZI), www.zikg.lrz-muenchen.de
- Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), www.isf-muenchen.de
- Frauenakademie München e.V. (FAM), www.frauenakademie.de
- Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF), www.ahf-muenchen.de
- Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg der Universität Ulm (WZR), www.uni-ulm.de/reisenburg/home.html

Die Haushaltsansätze für die genannten Einrichtungen im Staatshaushalt 2013/2014 betragen jährlich insgesamt 59,88 Mio. Euro (2013) bzw. 61,14 Mio. Euro (2014). Davon entfallen auf die Bayerische Akademie der Wissenschaften mit dem Leibniz-Rechenzentrum 32,31 Mio. Euro (2013) bzw. 32,75 Mio. Euro (2014), auf die Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns ein Zuschuss von 13,85 Mio. Euro (2013) bzw. 14,63 Mio. Euro (2014). Für die 13 Einrichtungen sind insgesamt rund 597 Personalstellen im Haushalt ausgebracht, davon rund 236 für wissenschaftliches Personal und 361 für nichtwissenschaftliches Personal. Hinzu kommen annähernd 225 überwiegend befristete, aus Drittmitteln finanzierte Personalstellen.

Die 13 Einrichtungen unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Geschichte, gesellschaftliche Bedeutung, nationale und internationale wissenschaftliche Sichtbarkeit, Ressourcenallokation und Governancestrukturen sowie nicht zuletzt hinsichtlich der beforschten wissenschaftlichen Gegenstände erheblich. Schwerpunkte liegen u. a. in den Geschichtswissenschaften, den Sprach- und Sozialwissenschaften, der Informatik und der Physik. Bis auf das Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa (WiOS, Regensburg) und das Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg der Universität Ulm (bei Günzburg an der Donau) sind die Einrichtungen im Großraum München angesiedelt.

Einzelne Einrichtungen weisen einen klar definierten Bayernbezug auf, andere Einrichtungen haben zwar ihren Sitz in München und werden vom Freistaat Bayern finanziert, agieren jedoch mit nationalem und internationalem Einzugsbereich. Im Detail sind Spezifika wie Entwicklung und Bedeutung für die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften, Aufgaben, Forschungs- und Servicebereiche sowie Organisation und Ausstattung – je Einrichtung – im Anhang dargestellt (vgl. Kap. 4.3 Bewertungsberichte, hier: jeweils Teil A: Ausgangslage).

Die Einbettung der Einrichtungen in das sie umgebende Hochschul- und Wissenschaftssystem am Standort München und das Zusammenwirken untereinander findet punktuell statt. So werden in einigen Fällen gemeinsame Berufungen mit den Münchner Universitäten durchgeführt, Mitglieder der Einrichtungen sind vielfach in der Hochschullehre tätig. Auch in anderen Ausprägungen finden Kooperationen statt (z. B. gemeinsame Veranstaltungsreihen), die teilweise durch personelle Verschränkungen in den bestehenden Satzungen bereits vorgesehen sind bzw. vor Kurzem neu

institutionalisiert wurden (z. B. Münchner Zentrum für Editionswissenschaften MüZE; Münchner Centrum für Geodätische Erdsystemforschung CGE).^{9,10}

Von der Mehrzahl der 13 Einrichtungen wurden aktuell eigene Strategiepapiere und Zukunftskonzepte entwickelt (z. B. BAdW).¹¹ Dies erfolgte zum Teil im Rahmen des hier behandelten Begutachtungsverfahrens, zum Teil wurden bereits vorher strategische Überlegungen für eine Neuorientierung angestellt (z. B. Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns). Besonders hinzuweisen ist auf Überlegungen von vier der 13 Einrichtungen zur Gründung eines neuen „Zentrums für Historische Grundlagenforschung in München“. In diese Überlegungen haben sich die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (federführend), das Historische Kolleg, die Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) und ursprünglich auch die Monumenta Germaniae Historica (MGH) eingebracht.¹²

1.3 Evaluation in Wissenschaft und Forschung

Im gesamten deutschen Wissenschaftssystem wurden – wie international schon vorher üblich – seit Ende der 1990er-Jahre zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um dessen internationale Sichtbarkeit, seine Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit zu sichern und zu steigern. Angestrebt ist eine gezielte Förderung von Wettbewerb, Exzellenz und Innovationskraft, mit der eine zunehmende Differenzierung, Profilierung und Autonomie der Einrichtungen einhergeht.¹³

Verfahren der Evaluation wurden zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität auf individueller, programmatischer, institutioneller und systemischer Ebene etabliert,¹⁴ um dem Erfordernis nach Rechenschaft über Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes staatlich geförderter Wissenschaft bei wachsenden Autonomiespielräumen nachzukommen, um den in Gang gekommenen Wettbewerb und die Profilbildung zwischen Forschungseinrichtungen zu unterstützen und schließlich, um den Erfolg dieser Maßnahmen zu überprüfen. So wurden alle großen Wissenschaftsorganisationen einer Systemevaluierung unterzogen: Fraunhofer-Gesellschaft, Deutsche Forschungsgemein-

⁹ Münchner Zentrum für Editionswissenschaft, s. <http://www.mueze.uni-muenchen.de/index.html>

¹⁰ Münchner Centrum für Geodätische Erdsystemforschung, s.

http://www.badw.de/aktuell/pressemitteilungen/archiv/2010/PM_28_2010/index.html

¹¹ Bayerische Akademie der Wissenschaften, Akademie Agenda, München 1. Dezember 2011

¹² Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Überlegungen zur Gründung eines Zentrums für Historische Grundlagenforschung in München, Erlangen, 10. September 2011

¹³ a) Wissenschaftsrat Drs. 4594/00, Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Berlin 2000

b) Wissenschaftsrat Drs. 10387-10, Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Lübeck 2010

¹⁴ a) Fraunhofer ISI Discussion Papers Innovation System and Policy Analysis, No 3/20, Informationen zur Forschungsevaluation in Deutschland – Erzeuger und Bedarf, Gutachten für die Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Karlsruhe Oktober 2003

b) Wissenschaftsrat Drs. 1656-11, Empfehlungen zur Bewertung und Steuerung von Forschungsleistungen, Halle 2011

schaft und Max-Planck-Gesellschaft sowie Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft und der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren.¹⁵

Gleichzeitig hat die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mit ihren qualitätsgeleiteten Verfahren eine erhebliche struktur- und profilbildende Wirkung an den deutschen Universitäten erzeugt.¹⁶ Neben den großen Wissenschaftsorganisationen befasste sich der Wissenschaftsrat u. a. auch mit Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes, äußerte sich zu ausgewählten Stiftungen, gab Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen sowie für Geistes- und Sozialwissenschaften als Forschungsinfrastrukturen ab sowie zur Koordination von Informationsinfrastrukturen von Archiven, Bibliotheken, Sammlungen hinsichtlich von Forschungsdaten.¹⁷

Im Pakt für Forschung und Innovation von Bund und Ländern,¹⁸ dem auch das Akademienprogramm angehört, ist festgelegt, dass die jährlichen finanziellen Zuwendungen für die einbezogenen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen um 5 % pro Jahr gesteigert werden. Als eine Form der Gegenleistung haben sich die betreffenden Wissenschaftsorganisationen verpflichtet, auf Basis ihrer seit Jahren stabil etablierten institutioneninternen Evaluationsverfahren ein wissenschaftsadäquates Controlling durchzuführen und der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) jährlich nach von Bund und Ländern definierten Parametern den Fortschritt transparent darzulegen.¹⁹

Mit den Akademien in Deutschland befasste sich der Wissenschaftsrat in jüngerer Vergangenheit im Zusammenhang mit der Errichtung einer Nationalen Akademie in

¹⁵ a) Evaluierungskommission, Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission, München 1998

b) Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Hannover 1999

c) Wissenschaftsrat Drs. 4703/00, Systemevaluierung der Blauen Liste – Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Abschluss der Bewertung der Einrichtungen der Blauen Liste, Leipzig 2000

d) Wissenschaftsrat Drs. 4755/01, Systemevaluierung der HGF – Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Berlin 2001

¹⁶ Deutsche Forschungsgemeinschaft, Wissenschaftsrat, Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Bonn 2008

¹⁷ a) Wissenschaftsrat Drs. 10295-10 Empfehlungen zur Profilierung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes, Lübeck 2010

b) Wissenschaftsrat Drs. 10464-11 Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen, Berlin 2011

c) Wissenschaftsrat Drs. 10465-11 Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften, Berlin 2011

d) Wissenschaftsrat Drs. 1242-11 Stellungnahme zur Klassik-Stiftung Weimar, Jena 2011

¹⁸ Folgende Wissenschafts- und Forschungsorganisationen sind einbezogen: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Leibniz-Gemeinschaft sowie Max-Planck-Gesellschaft; Pakt I 2005-2010; Pakt II 2011-2015, elektronische Fassung, s. <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/PFI-2011-2015.pdf>

¹⁹ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz GWK, Pakt für Forschung und Innovation, Monitoring-Bericht 2012, Materialien der GWK Heft 28, Bonn 2012

Deutschland sowie regelmäßig seit 2004 mit Stellungnahmen zum Akademienprogramm.²⁰

Eine institutionelle Evaluierung von Länderakademien sowie eine systematische Begutachtung ihrer Projektbereiche außerhalb des Akademienprogramms fanden bislang nicht statt. Dies gilt auch – neben der Bayerischen Akademie der Wissenschaften – für alle weiteren hier zu Rede stehenden Einrichtungen der nichtuniversitären Forschung in Bayern im Ressortbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. An manchen dieser Einrichtungen sind zwar Organe wie zum Beispiel Wissenschaftliche Beiräte oder Institutsräte installiert, die qualitätssichernde Funktionen mit übernehmen und Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der Einrichtung abgeben (vgl. Kap. 4.3 Bewertungsberichte, hier: jeweils Teil A: Ausgangslage). Gleichwohl sind diese Einrichtungen bisher in die seit den 1990er-Jahren zur Regel gewordenen kontinuierlichen Evaluationen im deutschen Wissenschaftssystem im Sinne einer institutionellen Gesamtbetrachtung noch nicht einbezogen worden. Gerade vor dem Hintergrund der hier umrissenen hohen Qualität des Wissenschaftssystems in Bayern und angesichts seiner beschleunigten Entwicklung erscheint es notwendig, die qualitative, institutionelle und funktionale Rolle der betrachteten Einrichtungen genauer zu bestimmen.

2. Auftrag, Verfahren, Abgrenzung

2.1 Auftrag

Vor diesem Hintergrund hat das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Initiative zu einer Evaluierung der überwiegend vom Freistaat Bayern geförderten nichtuniversitären Forschungseinrichtungen ergriffen. Zu diesem Zweck berief der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, im Juni 2011 eine international besetzte Strukturkommission („Strukturkommission Bayern 2013“, StrukBY2013) ein. Auftrag dieser Strukturkommission war es, die unter Kap. 1.2 aufgeführten 13 nichtuniversitären Einrichtungen hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, der strategischen Ausrichtung, der internen Organisation sowie ihrer Rolle und Einbindung in das gesamte bayerische universitäre und nichtuniversitäre Umfeld zu begutachten und dabei zu analysieren, ob und inwiefern Verbesserungen im Sinne einer optimalen Leistungs- und Struktureffizienz angezeigt sind. Explizit sollte die Strukturkommission nicht den Charakter einer „Einspar-Kommission“ haben. Zur Durchführung der Evaluierung der einzelnen betroffenen Einrichtungen wurden neben der übergeordneten Strukturkommission insgesamt acht individuelle Evaluierungskommissionen eingerichtet.

²⁰ a) Wissenschaftsrat Drs. 5922/04 Empfehlungen für die Errichtung einer Nationalen Akademie in Deutschland, Berlin 2004

b) Wissenschaftsrat Drs. 6129/04 Stellungnahme zum Akademienprogramm, Merseburg 2004

c) Wissenschaftsrat Drs. 9035-09 Stellungnahme zum Akademienprogramm, Saarbrücken 2009

2.2 Verfahren

Die Strukturkommission setzte sich aus den folgenden elf Mitgliedern zusammen:

- Prof. Dr. Drs. h. c. mult. Ernst Th. Rietschel (Vorsitz, ohne Stimmrecht), Past-Präsident der Leibniz-Gemeinschaft; EU-Beauftragter von acatech, Berlin
- Prof. Dr. Ulrich Herbert, Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg
- Prof. Dr. Dieter Imboden, ETH Zürich, Schweiz
- Prof. Dr. Karin Lochte, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven
- Prof. Dr. Glenn Warren Most, Scuola Normale Superiore di Pisa, Italien
- Prof. Dr. Ekhard Karl Hermann Salje, University of Cambridge, England
- Prof. Dr. Henning Scheich, Leibniz-Institut für Neurobiologie, Magdeburg
- Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte, Historisches Seminar der Johann-Wolfgang-von-Goethe Universität, Frankfurt a. M.
- Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, Universität Konstanz und Kulturwissenschaftliches Institut, Essen
- Prof. Dr. Drs. h. c. mult. Michael Stolleis, Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt a. M.
- Prof. Dr.-Ing. Katja Windt, Jacobs University gGmbH, Bremen

Mit der Unterstützung der Strukturkommission wurden zwei Arbeitsstellen betraut: Eine organisierte unter der Leitung von Dr. Wolfgang Rohe (Stiftung Mercator, Essen) einen unabhängigen strukturierten Begutachtungsprozess. Zu den Aufgaben gehörten ferner die Redaktion der gutachterlichen Stellungnahmen zu den einzelnen Institutionen sowie das Erstellen der Rahmenempfehlung. Eine zweite Arbeitsstelle wurde beim Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im für Evaluierungen zuständigen Referat angesiedelt. Deren Tätigkeit umfasste eine beratende Brückenfunktion zur Strukturkommission und zu den Evaluierungskommissionen, ferner administrative Aufgaben im Begutachtungsverfahren sowie die Organisation aller in München und Umgebung erforderlichen Termine während des Verfahrens.

Mit Ausnahme des Vorsitzenden übernahm jedes Mitglied der Strukturkommission den – bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften geteilten – Vorsitz einer der Evaluierungskommissionen. Diesen Evaluierungskommissionen gehörten wiederum insgesamt etwa 50 externe Experten an. Die Mitglieder dieser Evaluierungskommissionen sind im Anhang namentlich aufgelistet (s. Kap. 4.1). Die Auswahl der Mitglieder der Evaluierungskommissionen erfolgte – wie auch die der Mitglieder der Strukturkommission – auf Grundlage des internationalen fachlichen Renommées der Mitglieder sowie persönlicher Unbefangenheit.

Die in den Evaluierungsprozess einbezogenen 13 Einrichtungen wurden auf der Grundlage von einem von drei unterschiedlichen Verfahrensansätzen in der Zeit zwischen März und Juni 2012 begutachtet:

1. Institutionelle Evaluierung mit Begehung der Einrichtung (Befragung von Institutsleitung, Mitgliedern des Vorstands, (Nachwuchs-)Wissenschaftlern, Gremienvertretern und ggf. Kooperationspartnern)

2. Anhörung mit Befragung des Leitungspersonals der Einrichtung
3. Verwendung bereits vorhandener schriftlicher Unterlagen zur Einrichtung, d. h. aktueller Evaluationsergebnisse und gutachterlicher Stellungnahmen ohne erneute Evaluierung.

Eine institutionelle Evaluierung mit Vor-Ort-Begehung wurde bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Historischen Kommission, dem Historischen Kolleg, den Monumenta Germaniae Historica, dem Deutschen Geodätischen Forschungsinstitut, den Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns und dem Collegium Carolinum durchgeführt (s. Kap. 4.3.1-4.3.7).

Die Leiter und Leiterinnen des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF), der Frauenakademie München e.V. (FAM), der Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) und des Internationalen Instituts für wissenschaftliche Zusammenarbeit Schloss Reisenburg (WRZ) wurden zu einer Anhörung und Befragung durch eine Evaluierungskommission nach München eingeladen (s. Kap. 4.3.8-4.3.11).

Zwei der betroffenen Einrichtungen, das Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa (WiOS, Regensburg) und das Zentralinstitut für Kunstgeschichte (ZI, München), wurden bereits in den Jahren 2010 und 2011 in Hinblick auf eine mögliche Bewerbung für eine Aufnahme dieser Einrichtungen in die Leibniz-Gemeinschaft durch externe Gutachterkommissionen unter Vorsitz von Prof. Dr. Ulrich Heilemann (Leipzig) bzw. Prof. Dr. Katharina Krause (Marburg) begutachtet. Eine erneute Bewertung dieser Einrichtungen durch StrukBY2013 wurde daher zum jetzigen Zeitpunkt als nicht angebracht erachtet. Auf der Basis der vorliegenden Gutachten vom Dezember 2010 und Februar 2011 sind beide Einrichtungen allerdings in die Gesamtbetrachtungen und Empfehlungen der Strukturkommission einbezogen worden (s. Kap. 4.3.12, 4.3.13).

Das Evaluierungsverfahren für die Einzeleinrichtungen war mehrstufig gestaltet: Nachdem die insgesamt elf zu begutachtenden Einrichtungen einen von der Strukturkommission übermittelten Fragenkatalog beantwortet hatten, der sich im Wesentlichen an entsprechenden Fragen des Wissenschaftsrats und der Leibniz-Gemeinschaft für Evaluierungen von Forschungseinrichtungen orientierte, wurde nach Auswertung der Antworten durch die Geschäftsstellen in Abstimmung mit den Einrichtungen ein Basisdokument, die sogenannte Ausgangslage, erstellt. Ergänzend zu dieser schriftlichen Begutachtungsgrundlage fand für die überwiegende Zahl der Einrichtungen eine – zumeist eintägige – Begehung der Einrichtungen durch die jeweilige Evaluierungskommission statt. Wegen der Größe und Komplexität der Einrichtungen waren die Begehungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns zweitägig angelegt. Vier kleinere Einzeleinrichtungen wurden ergänzend zu den schriftlichen Ausgangslagen im Rahmen einer eintägigen Anhörung gemeinsam begutachtet. An den Begehungen und der Anhörung durch die Evaluierungskommissionen nahmen Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst teil.

Im Anschluss an die Begehungen bzw. die Anhörung wurde durch die Evaluierungskommissionen ein Bewertungsbericht zu den begutachteten Einrichtungen verfasst,

wobei alle Ausgangslagen und Bewertungsberichte in deutscher Sprache verfasst sind. Diese Berichte der Evaluierungskommissionen wurden durch die Strukturkommission nicht verändert. Die Bewertungsberichte zu den Einrichtungen dienten als zentrale Grundlage für die Diskussionen und Urteile der Strukturkommission. In der Zusammenschau und dem Vergleich aller Institutionen waren ihre Schlussempfehlungen jedoch nicht an die Stellungnahmen der Evaluierungskommissionen gebunden.

Die Strukturkommission konstituierte sich anlässlich einer Sitzung in München am 7. August 2011, in der sie sich mit Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch über ihren Auftrag verständigte. Zur Strukturierung des Gesamtverfahrens und insbesondere zur Ausarbeitung der Gesamtempfehlungen fanden vier weitere Sitzungen der Strukturkommission statt (6. Februar 2012, Frankfurt a. M.; 30. Juni-1. Juli 2012, München; 12.-14. Oktober 2012 Osterseen; 17.-18. Januar 2013, Berlin), in deren Rahmen auch die Präsidenten der TU München (Prof. Dr. Drs. h. c. mult. Wolfgang A. Herrmann) und LMU München (Prof. Dr. Bernd Huber), der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek (Dr. Rolf Griebel), sowie der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MD Dr. Adalbert Weiß) angehört wurden. Weiterhin wurde eine Stellungnahme des Vorsitzenden der Union der Deutschen Akademien der Wissenschaften, Prof. Dr. med. Dr. h. c. Günter Stock, vom März 2012 zur Bedeutung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in der nationalen Akademienlandschaft einbezogen. Die Strukturkommission übergab ihre Empfehlungen an Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch als Auftraggeber am 18. März 2013 in München.

2.3 Abgrenzung

Auftraggeber der Begutachtung und Adressat der Empfehlungen der Strukturkommission ist das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Entsprechend stand der Wissenschaftsstandort Bayern im Fokus der Evaluierungen. Sie richteten sich auf die 13 Einrichtungen, ihr jetziges und künftiges mögliches Beziehungsgeflecht untereinander, fallweise ihre Weiterentwicklung in die Bund-/Länder-Finanzierung und schließlich ihre Positionierung und Funktion im bayerischen Wissenschaftssystem und darüber hinaus.

Das Hauptziel war demnach die Formulierung organisatorischer, struktureller und strategischer Gutachterempfehlungen aus und in bayerischer Perspektive, wobei die Evaluierungen der 13 einbezogenen Einrichtungen die Grundlage für die Gesamtempfehlungen bildeten. Der Charakter der Einzelbegutachtungen war bereits mit Blick auf übergeordnete Strukturempfehlungen angelegt. Für die Evaluierung der einzelnen Einrichtungen bildeten Fragen der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit das zentrale Bewertungskriterium, dem Gesamtziel und -auftrag entsprechend jeweils mit strategischer Perspektivierung.

Im Verlauf des Verfahrens ergaben sich mit Blick auf die zu begutachtenden Einrichtungen inhaltliche und strukturelle Anknüpfungspunkte zu vier weiteren nicht-universitären Institutionen in Bayern, die vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nicht in den Begutachtungsauftrag einbezogen worden waren:

1. Die Bayerische Akademie der Schönen Künste (jährlicher Zuschuss aus dem Staatshaushalt ca. 600 Tsd. Euro) hat den Auftrag, „die Entwicklung der Künste ständig zu beobachten, sie in jeder ihr zweckdienlich erscheinenden Weise zu fördern oder Vorschläge zu ihrer Förderung zu machen“, ferner „einen Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung zwischen den Künsten sowie zwischen Kunst und Gesellschaft zu leisten und für die Würde der Kunst einzutreten“. Mit Blick auf die Aufgabe einer Information der Öffentlichkeit existiert eine Verbindung zu dem Aufgabenportfolio und Selbstverständnis der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Die Bayerische Akademie der Schönen Künste ist allerdings eine reine Gelehrtengesellschaft und betreibt im Gegensatz zur BAdW keine Forschung.
2. Den Staatlichen Archiven Bayerns (jährlicher Zuschuss aus dem Staatshaushalt, ohne Baumaßnahmen, ca. 12 Mio. Euro) obliegt „die Archivierung des Archivguts der staatlichen Stellen, die für das gesamte Staatsgebiet zuständig sind“. Die Begehungen von Historischer Kommission und Monumenta Germaniae Historica haben mit Blick auf die Stichworte Editionen und Editoren-Schule Anknüpfungspunkte zwischen den genannten Einrichtungen und den Staatlichen Archiven aufgezeigt.
3. Die Archäologische Staatssammlung (jährlicher Zuschuss aus dem Staatshaushalt ca. 3,3 Mio. Euro), deren Auftrag das „Sammeln, Erforschen, Bewahren des kulturgeschichtlichen Erbes aus den vergangenen Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte und dessen Vermittlung an heutige und nachkommende Generationen“ ist, zeigt mit ihren archäologischen Themenstellungen Anknüpfungsmöglichkeiten zu den Profilhemen der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns (SNSB). Ein Einbezug archäologischer Themen in das Gesamtspektrum der SNSB würde allerdings die Komplexität einer strategischen Konzeption der Naturwissenschaftlichen Sammlungen massiv ausweiten.
4. Die Bayerische Staatsbibliothek (jährlicher Zuschuss aus dem Staatshaushalt zuzüglich der regionalen Staatlichen Bibliotheken ca. 54 Mio. Euro) hat als zentrale Landes- und Archivbibliothek die Rolle der Fachbehörde für alle Angelegenheiten des bayerischen Bibliothekswesens inne. Sie zählt zu den bedeutendsten europäischen Universal- und internationalen Forschungsbibliotheken. Die im Rahmen von StrukBY2013 evaluierten literatur- und geschichtswissenschaftlich orientierten Einrichtungen am Standort München pflegen vielfältige Beziehungen und Anknüpfungspunkte zur Bayerischen Staatsbibliothek. Diese engen Verbindungen wurden auch in einem Gespräch der Strukturkommission mit dem Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek offensichtlich und finden Ausdruck in einem vom Generaldirektor auf Bitte der Strukturkommission vorgelegten Konzeptpapier „Vorschläge für eine Intensivierung der Kooperation zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den im Rahmen von StrukBY2013 evaluierten geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen“.

3. Stellungnahme der Strukturkommission

3.1 Stellungnahmen zu einzelnen Institutionen

3.1.1 Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAdW)

A. Bewertung

Die 1759 gegründete Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAdW) ist eine zentrale Einrichtung der Bayerischen Wissenschaftslandschaft. Sie bietet einer Reihe von international herausragenden wissenschaftlichen Instituten, Projekten und Arbeitsgruppen ein Dach, sie stellt eine institutionelle Heimat des in Forschung und Service gleichermaßen renommierten Leibniz-Rechenzentrums (LRZ) bereit und sie verfügt über eine große Zahl von Mitgliedern, die international zu den besten Wissenschaftlern ihrer Fächer zählen. Die BAdW nimmt die wichtige Aufgabe wahr, Qualität und Leistung der Wissenschaft in Bayern aktuell und in ihrer Tradition zu repräsentieren und ihnen Ausdruck zu verleihen. Diesem Traditionsbedarf und dem Anspruch auf Ausstellung wissenschaftlicher Reputation gerecht zu werden, wird von der Strukturkommission grundsätzlich als eine zeitgemäße Aufgabe angesehen. Die Akademie kann sie im Prinzip wahrnehmen, indem sie jene Exzellenz verkörpernden Wissenschaftler in ihrer Rolle als Akademiemitglieder vereint und sichtbar macht. Ob sie das als Institution schon hinreichend begründen würde oder ob jene Aufgabe nicht auch von anderen Institutionen wahrgenommen werden könnte, ist zunächst offen. Tatsächlich sind die Orte, an denen die Wissenschaftler ihre Leistungen erbringen oder erbracht haben, die Universitäten oder andere nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen in Bayern.

Die originären Leistungen der BAdW dagegen erscheinen eher punktuell und heterogen, weil ihnen keine klare institutionelle Selbstbeschreibung als Akademie zugrunde liegt. Worin eine für das 21. Jahrhundert taugliche institutionelle Selbstbeschreibung einer Akademie der Wissenschaften bestehen könnte, ist eine schwierige und komplexe Frage. Auf diese Frage hat die BAdW im vorgelegten Zukunftskonzept „Akademie Agenda“ erste Ansätze für eine Antwort vorgelegt. Die Agenda enthält zwar eine Reihe von guten Anregungen und weiterführenden Ideen, beschränkt sich aber zu sehr auf die operative Ebene und erscheint aufs Ganze zu kleinteilig. Vor allem aber fehlt der Agenda eine Vision für die künftige Rolle der BAdW im bayerischen, deutschen und internationalen Wissenschaftssystem und in der Folge dieses Mangels fehlt auch eine Vorstellung von den organisatorischen Reformen, derer es bedürfte, um eine für sich reklamierte klare Rolle dann auch spielen zu können. Ein „weiter so“ mit kleinen Nachbesserungen erscheint der Strukturkommission für die Zukunft der BAdW als ein nicht Erfolg versprechender Weg. Erst recht gilt das in einem wissenschaftlichen Umfeld, in dem alle Einrichtungen – Universitäten und nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen – ihre Aufgaben kontinuierlich schärfen und deren Erledigung unter wachsendem Wettbewerbsdruck permanent zu verbessern haben. Hinzu kommt, dass jene Einrichtungen ihrerseits die BAdW nicht als einen maßgeblichen Faktor oder institutionellen Partner bei der eigenen Weiterentwicklung ansehen. Eine institutionelle Bestimmung der künftigen Funktion der BAdW und der dazu notwendigen organisatorischen Reformen erscheint daher dringend erforderlich.

B. Empfehlung

Hintergrund

Eine Empfehlung zur künftigen Rolle und Entwicklung der BAdW kann nicht von der Frage absehen, welche Aufgaben Akademien der Wissenschaften heute generell im deutschen Wissenschaftssystem spielen können. In dieser Hinsicht zeigt sich zunächst, dass die funktionelle Unterbestimmung von Akademien weder ein neues noch ein für die BAdW spezifisches Problem ist. Schon 1810 ließ Wilhelm von Humboldt der Überschrift „Von der Akademie“ keine weitere Ausführung mehr folgen, als er die Arbeit an der Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ abbrach. Dass die Denkschrift Fragment blieb, mag auch zufälligen Umständen geschuldet gewesen sein, es drückt aber zugleich die Verlegenheit aus, in die sich Wilhelm von Humboldt bei der Frage nach den institutionellen Aufgaben einer Akademie selbst manövriert hatte, indem er zuvor die Idee einer neuen Universität entfaltet hatte, die eine exponierte und umfassende Rolle auch in der Forschung spielen sollte. Weil Humboldt die Universität nicht mehr als eine primär Wissen tradierende Institution beschrieb, entzog er den Akademien ihre Reformfunktion, die sich seit dem 17. Jahrhundert maßgeblich gegen eben jene tradierende Rolle der Universitäten gewandt hatte.

Etwa 200 Jahre nach Humboldt ist zum einen das Hochschulsystem quantitativ enorm gewachsen und binnengegliedert, zum anderen ist ein funktional breit ausdifferenziertes System von nichtuniversitären Wissenschaftseinrichtungen entstanden. Beide Entwicklungen verengen den Spielraum für eine Rolle von Akademien noch mehr. Die funktionale Unterbestimmtheit, der Mangel an Aufgaben, die nur von Akademien und nicht ebenso gut von anderen Einrichtungen des Wissenschaftssystems wahrgenommen werden könnten, betrifft auch die BAdW. Dieser Befund ist zuletzt 2000 formuliert und eine „Legitimationskrise der Akademien“²¹ diagnostiziert worden. Der Befund ist durch drei seitdem eingetretene Veränderungen zu modifizieren:

1. Im Anschluss an die „Empfehlungen für die Errichtung einer Nationalen Akademie in Deutschland“, die der Wissenschaftsrat im Januar 2004 verabschiedete, wurde politisch entschieden, die Aufgabe einer wissenschaftsbasierten Gesellschafts- und Politikberatung bei den Akademien der Wissenschaften anzusiedeln und im Juli 2008 mit diesem Ziel die Leopoldina zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt. In dieser Rolle arbeitet sie eng zusammen, einerseits mit „acatech“, der „Deutschen Akademie der Technikwissenschaften“, und andererseits mit der „Union der deutschen Akademien der Wissenschaften“, zu deren acht Mitgliedern auch die BAdW zählt. Im ständigen Ausschuss der Nationalen Akademie der Wissenschaften beraten Leopoldina, acatech und Union gemeinsam über Themen für gemeinsame Arbeitsgruppen, die Stellungnahmen im Rahmen der Gesellschafts- und Politikberatung vorbereiten.

²¹ Die deutschen Akademien der Wissenschaften: Aufgaben, Herausforderungen, Perspektiven. Stuttgart 2001

2. Nach der Gründung der Jungen Akademie durch Leopoldina und Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) im Jahre 2000 haben weitere Akademien sich mithilfe ähnlicher Programme der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses angenommen: die Heidelberger Akademie der Wissenschaften durch das WIN-Kolleg (Akademiekolleg für wissenschaftlichen Nachwuchs) 2002, die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste seit 2006 durch das Junge Kolleg, die BAdW seit 2010 durch das Förderkolleg.
3. Im Mai 2004 verabschiedete der Wissenschaftsrat eine „Stellungnahme zum Akademienprogramm“, in deren Folge die Auswahl, Förderung und Finanzierung von Langzeitprojekten in den Akademien reformiert wurden. In einer Überprüfung der Umsetzung bewertet der Wissenschaftsrat 2009 die Entwicklung des Akademienprogramms über die vergangenen fünf Jahre sehr positiv und urteilt: „Die vorgenommenen Struktur- und Verfahrensänderungen hatten positive Effekte für das Programm, insbesondere für seine Anbindung an die aktuelle geisteswissenschaftliche Forschung sowie für die Qualitätssicherung.“²² Das Programm der Langzeitvorhaben ist also in seiner Wirksamkeit gestärkt worden und hat sich dadurch zu einem breiter akzeptierten Instrument der Wissenschaftsförderung an und durch Akademien entwickelt.

Von diesen drei Veränderungen sind die beiden ersten in ihren Wirkungen auf die Landesakademien insgesamt und auf die hier zu betrachtende BAdW ambivalent. Die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung ist zwar systematisch als eine Aufgabe der Akademien verankert worden, doch ist der Legitimationsgewinn durch die Zuschreibung der neuen Aufgabe an eine Nationale Akademie sehr viel mehr Leopoldina und acatech als z. B. der BAdW zuteilgeworden. Und selbst wenn die BAdW stärker vom Renommee der neuen Funktion profitieren würde, ließe sich auf diese Weise doch ihre gegenwärtige institutionelle Form nicht begründen und ihr Potenzial nicht vollständig erschließen. Mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich sodann zwar eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademien vollzogen, doch wurde dadurch zum einen keine spezifische Aufgabe der Akademien definiert. Zum anderen ist auch bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses Wirkung und Aufmerksamkeit primär (noch) mit der „Jungen Akademie“ verbunden. Hinsichtlich der dritten Veränderung seit 2000 ist zu konstatieren, dass das Akademienprogramm inzwischen deutlich mehr zur institutionellen Stabilisierung der Akademien – und mithin auch der stark partizipierenden BAdW – beiträgt als zu einer Infragestellung der Zeitgemäßheit ihrer Forschungsformen.

Diesen Hintergrund hatte die Strukturkommission bei der Erarbeitung einer Empfehlung für eine institutionelle Reform der BAdW zu berücksichtigen. Sie fasst die BAdW dabei im Folgenden als komplexe Institution auf, die sowohl Gelehrtensozialität als auch Forschungsinstitution ist. Beide Funktionen sind wechselseitig aufeinander angewiesen: als ausschließliche Forschungsinstitution wäre der Unterschied der

²² Wissenschaftsrat Drs. 9035-09 Stellungnahme zum Akademienprogramm, Saarbrücken 2009, S. 7

BAdW zu anderen forschenden Institutionen schwer zu bestimmen; als ausschließliche Gelehrtensozietät wären die Rolle und die institutionelle Ausstattung der BAdW nicht zu begründen. Der Anspruch auf Geltung als Gelehrtensozietät steht gegenwärtig in der BAdW im Vordergrund gegenüber der Geltung als Forschungsinstitution. Die Strukturkommission empfiehlt, diese Priorisierung umzukehren und damit zugleich in gewisser Weise zu den Ursprüngen der Akademie als forschende Institution zurückzukehren. Zu fragen war folglich zweierlei: 1. Welche Aufgaben kann die BAdW als Forschungsinstitution, ohne ihren Charakter als Gelehrtensozietät aufzugeben, in den Wissenschaften (Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) einerseits sowie in Gesellschaft und Öffentlichkeit andererseits wahrnehmen, in Bayern, aber auch darüber hinaus? 2. Welche Änderungen sind unter dem empfohlenen Primat ihrer Rolle als Forschungsinstitution hinsichtlich ihrer Organisation erforderlich?

Aufgaben der BAdW

Die Aufgaben der BAdW sollen sich künftig gliedern in: A. Forschung, B. Nachwuchsförderung und C. Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Öffentlichkeit. Der Forschung fällt dabei der Primat zu, dem sich die beiden anderen Aufgaben unterordnen. Gleiches gilt auch für den Aspekt der Serviceleistung, die vor allem das LRZ auf höchstem Niveau erbringt. Seinen festen Ort in der BAdW hat das LRZ gegenwärtig und soll ihn künftig noch mehr haben durch seine ausgezeichneten Forschungsleistungen, die in ihren Anschlussmöglichkeiten in die BAdW hinein noch nicht ausgeschöpft erscheinen.

Forschung (A.) soll in der BAdW in einem breiten Spektrum stattfinden, innerhalb dessen sollen allerdings thematische Schwerpunkte gesetzt und solche Themen bearbeitet werden, die für die Akademie spezifische Arbeitsformen aufgreifen. Als Themen eignen sich solche, in denen die Akademie bereits starke Forschungsschwerpunkte besitzt, z. B. in den Geschichtswissenschaften und den Philologien. Die international sichtbaren hervorragenden Leistungen des Walter-Meißner-Instituts für Tieftemperaturphysik (WMI) zeigen, dass auch naturwissenschaftliche Schwerpunkte wirkungsvoll erschlossen werden können. Es bieten sich schließlich auch solche Themen an, die interdisziplinäre Zugänge verlangen. Dafür ist die Mitgliederstruktur grundsätzlich besonders gut vorbereitet. Für die – auch außerhalb der BAdW – immer noch eher marginal gebliebene interdisziplinäre Forschung könnte es sich als günstig erweisen, dass Interdisziplinarität nicht mehr allein nur als wissenschaftlich motiviertes Erfordernis anzusehen ist, sondern mehr und mehr durch gesellschaftlich definierte nachhaltigkeitsorientierte Problembereiche in ihrer Notwendigkeit begründet wird. Dies ist bei nahezu allen Fragen der Fall, die heute als „Grand Challenges“ (z. B. Ernährungssicherheit, Mobilität, Klimawandel, Energiebereitstellung, Infektionskrankheiten, elektronische Kommunikation, Weltreligionen) diskutiert werden. Sie könnten Anlass bieten, Disziplinengrenzen durch eine gemeinsame Forschungspraxis tatsächlich und nicht allein auf einer programmatischen Ebene zu überschreiten. Schließlich erscheint eine kritische Wissenschaftsforschung den Arbeitsmöglichkeiten der BAdW besonders angemessen. Gerade die Akademie der Wissenschaften könnte sich der Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis oder dem Verhältnis von natur-, geistes- und sozialwissen-

schaftlichen Erkenntnismethoden annehmen. Gedacht ist dabei an eine grundlegende, epistemologisch orientierte Wissenschaftsforschung, die Wissenschaftsgeschichte im engeren Sinne einschließt und zugleich überschreitet und die jedenfalls über ein primär empirisch-statistisch interessiertes Wissenschaftsmonitoring hinausgeht.

Im Bereich der Nachwuchsförderung (B.) ist mit dem Förderkolleg zwar ein wichtiger Schritt in Richtung neuer Verantwortungsbereiche unternommen worden, doch ist er bislang ohne institutionelle Rückwirkung auf die BAdW geblieben. Es wird empfohlen, das Förderkolleg aus- und umzubauen durch die sukzessive Förderung von am Ende des Ausbaus gleichzeitig zehn Nachwuchswissenschaftlern als Leiter wissenschaftlicher Nachwuchsgruppen. Es sollten über einen Zeitraum von fünf Jahren je zwei Nachwuchsgruppen pro Jahr mit einem Fördervolumen von je etwa 200 Tsd. Euro etabliert werden. Als Leiter sollen sich in einem von der BAdW organisierten Verfahren Postdoktoranden bewerben können, die an einer bayerischen universitären oder nichtuniversitären Forschungseinrichtung forschen, lehren und sich qualifizieren möchten und dazu von der gewählten Forschungseinrichtung eine Zusage haben. Die Leiter sollen für die Zeit ihrer Förderung Mitglieder der BAdW mit allen Rechten und Pflichten sein. Sie könnten ihren Arbeitsplatz in der kooperierenden Forschungseinrichtung haben, sollen aber insbesondere auch in den unten beschriebenen Sektionen der Akademie eine aktive Rolle spielen.

Ihre Aufgaben im Blick auf Öffentlichkeit und Gesellschaft (C.) sollte die BAdW so wahrnehmen, dass sie Themen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Politik verstärkt aktiv in öffentlichen Veranstaltungen verhandelt. Die Initiative sollte dabei von der BAdW selbst ausgehen, die sich in der Wahrnehmung dieser Rolle weiter professioneller Unterstützung versichern sollte. Es wird davon abgeraten, eine aktive Rolle in der Politikberatung im engeren Sinne anzustreben, die über eine Beteiligung im Rahmen der Prozesse der Nationalen Akademie hinausgeht. Hierfür erscheint einerseits die BAdW nicht gerüstet und andererseits neben der sich etablierenden Struktur mit Leopoldina, acatech und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften kein notwendiger Bedarf zu bestehen. Wenn die BAdW für selbst definierte Themen ein öffentliches Forum bietet und sich im Rahmen der Nationalen Akademie erfolgreich durch die Federführung bei Stellungnahmen profiliert, kann sie langfristig durchaus zu einer Adresse werden, an die sich dann auch Anfragen von außen richten. Gilt diese Einschätzung für Fragen großer gesellschaftlicher Reichweite, so sieht die Strukturkommission hingegen schon kurzfristig ein hinreichendes Potenzial der BAdW, die Bayerische Staatsregierung und insbesondere das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst durch anlassbezogene fachliche Expertisen zu beraten. Diese können sich z. B. auf wissenschaftlich zu basierende Förderungs- oder Strukturentscheidungen beziehen. Hier kann die BAdW als Einrichtung unabhängig von institutionellen Interessen agieren.

Für die Arbeit der BAdW wird vor allem im engeren Bereich der Forschung empfohlen, künftig zwei Instrumente zu nutzen: (1) Langzeitvorhaben der Forschung und (2) Forschungsgruppen, deren Laufzeit flexibel von Ad-hoc-Arbeitsgruppen (etwa 6 Monate) bis zu Instituten auf Zeit (bis zu 15 Jahre) reichen soll. Langzeitvorhaben der Forschung (1) – solche aus eigenen Mitteln und solche des Akademienprogramms – bleiben eine

Säule im Aufgabenspektrum der BAdW. Sie haben als notwendiges Instrument der Grundlagenforschung zu Recht wieder an Ansehen gewonnen. Die Akademie hat sich institutionell als Träger solcher Vorhaben bewährt, die auch weiterhin im Wettbewerb sowohl nach Qualität als auch hinsichtlich der Anschlussfähigkeit an die Forschungsinteressen der Gegenwart überprüft werden sollen. Forschungsgruppen und Institute auf Zeit (2) sollen als neues Instrument hinzutreten, durch welches sowohl Mitglieder der Akademie als auch Wissenschaftler aus Wissenschaftseinrichtungen in Bayern, aber auch Gastwissenschaftler aus dem In- und Ausland themenorientiert kooperieren können. Die zeitliche Spannweite der Forschungsgruppe ermöglicht es, darunter sowohl eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu fassen, die eine Expertise für das StMWFK erstellt, als auch den Einrichtungstyp des WMI.

Organisation der BAdW

Auf die Übernahme der skizzierten Aufgaben, auf deren Erweiterung und Weiterentwicklung und auf die engere institutionelle Verbindung mit den weiteren in dieser Stellungnahme berücksichtigten Einrichtungen ist die BAdW unzureichend vorbereitet. Ihre Organisationsstruktur und ihre Funktionsprinzipien sind die einer historisch gewachsenen Gelehrtenegesellschaft, nicht die einer Wissenschaftseinrichtung. Wenn sie dazu entwickelt werden soll, sind Änderungen unvermeidlich.

Eine Neuorganisation muss ansetzen an der Klassenstruktur und an der Kommissionsstruktur, die sich jeweils unterschiedlich als dysfunktional für einen institutionellen Wandel erwiesen haben. Die beiden Klassen – die Philosophisch-historische und die Mathematisch-naturwissenschaftliche – haben die Differenz der durch sie repräsentierten Fachkulturen eher institutionalisiert als überbrückt. Die insgesamt 39 Kommissionen sind nach Historie, Funktion, Größe, Mittel- und Stellenausstattung sowie Wirkung nach innen und außen so heterogen, dass sie als funktionale Organisationseinheiten nicht überzeugen können. Klassen und Kommissionen erscheinen als Organisationsprinzipien beide eher der Akademie als Gelehrtensozietät und weniger der Akademie als Forschungseinrichtung zugehörig. Für die Aufgaben der letzteren erweisen sie sich schon jetzt als wenig tauglich. Mehr noch gilt dieses, wenn die Rolle der Akademie als Forschungseinrichtung konsequent aufgewertet und ausgebaut werden soll, wie es die Stellungnahme der Strukturkommission vorsieht. Sie empfiehlt daher, die Klassenstruktur aufzugeben und alle Kommissionen aufzulösen. An die Stelle dieser Gliederungsprinzipien sollte die Organisation der BAdW in eine Anzahl von weniger als zehn Sektionen treten. Diese Sektionen sollten einer Fach(gruppen)systematik folgen. Allerdings dürfen die Sektionen diese Systematik nicht einfach abbilden, vielmehr soll die Einrichtung einer Sektion an eine dafür erforderliche Forschungsleistung und Forschungsaktivität gebunden werden. Diese Aktivität besteht in den laufenden Langzeitvorhaben, den vorhandenen und den zu entwickelnden Forschungsgruppen bzw. Instituten auf Zeit sowie den Leitern der vorgeschlagenen wissenschaftlichen Nachwuchsgruppen. Gedacht ist an Sektionen wie Geschichte, Philologie, Sozialwissenschaften, Physik, Informatik oder Lebenswissenschaften. Die Sektionen sind die zentralen, die forschende Akademie gliedernden Einheiten. Das Recht zur Einrichtung einer Sektion liegt beim Präsidium, ihm obliegt auch die Prüfung der dafür notwendigen Voraussetzungen. Damit verbindet

sich die Erwartung, die Einrichtung der Sektionen so vorzunehmen, dass sie wissenschaftliche Kontakte ermöglichen, neue Forschungsideen und -gruppen generieren und zu sektionsübergreifenden Aktivitäten ermutigt werden. Jede Sektion wählt aus ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Das Präsidium soll künftig das zentrale Leitungsgremium der BAdW sein, über das Haushaltsrecht verfügen und sich künftig zusammensetzen aus einem hauptamtlichen Präsidenten, aus bis zu drei Vizepräsidenten mit eigenen Verantwortungsbereichen (wie beispielsweise „Internationales“ und „Wissenschaftlicher Nachwuchs“) sowie dem Generalsekretär. Einem erweiterten Präsidium sollen auch die bis zu neun Sektionsvorsitzenden angehören.

Die Sektionen

- organisieren alle Forschungsaktivitäten in ihrem Themenfeld (u. a. Akademievorhaben, Forschergruppen, Institute auf Zeit, Projekte von Fellows, Integration der Nachwuchsgruppen),
- bilden den Rahmen für die zur Einrichtung empfohlenen Nachwuchsgruppen,
- konzipieren sektionsübergreifend Institute und Arbeitsgruppen, über deren Einrichtung und Finanzierung das Präsidium entscheidet,
- sind der Rahmen für institutionelle Erweiterungen durch andere derzeit von der BAdW unabhängige Einrichtungen.

Es gehört somit auch zu den Aufgaben der Sektionen, sektionsübergreifende Arbeitsgruppen anhand von gemeinsamen Arbeitsformen oder thematischen Forschungsinteressen zu konstituieren (Wörterbücher, Edition von Werken, Edition von Urkunden; aber auch: Digitalisierung, Langzeitarchivierung, Elektronisches Publizieren). Diese Arbeitsgruppen sollten auch offen sein für Wissenschaftler oder Institutionen außerhalb der Akademie. Gedacht ist hier vor allem an die Bayerische Staatsbibliothek, aber auch an die Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen. Über die Einrichtung und finanzielle Ausstattung sektionsübergreifender Arbeitsgruppen entscheidet das Präsidium in einem geeigneten, wettbewerblichen Verfahren.

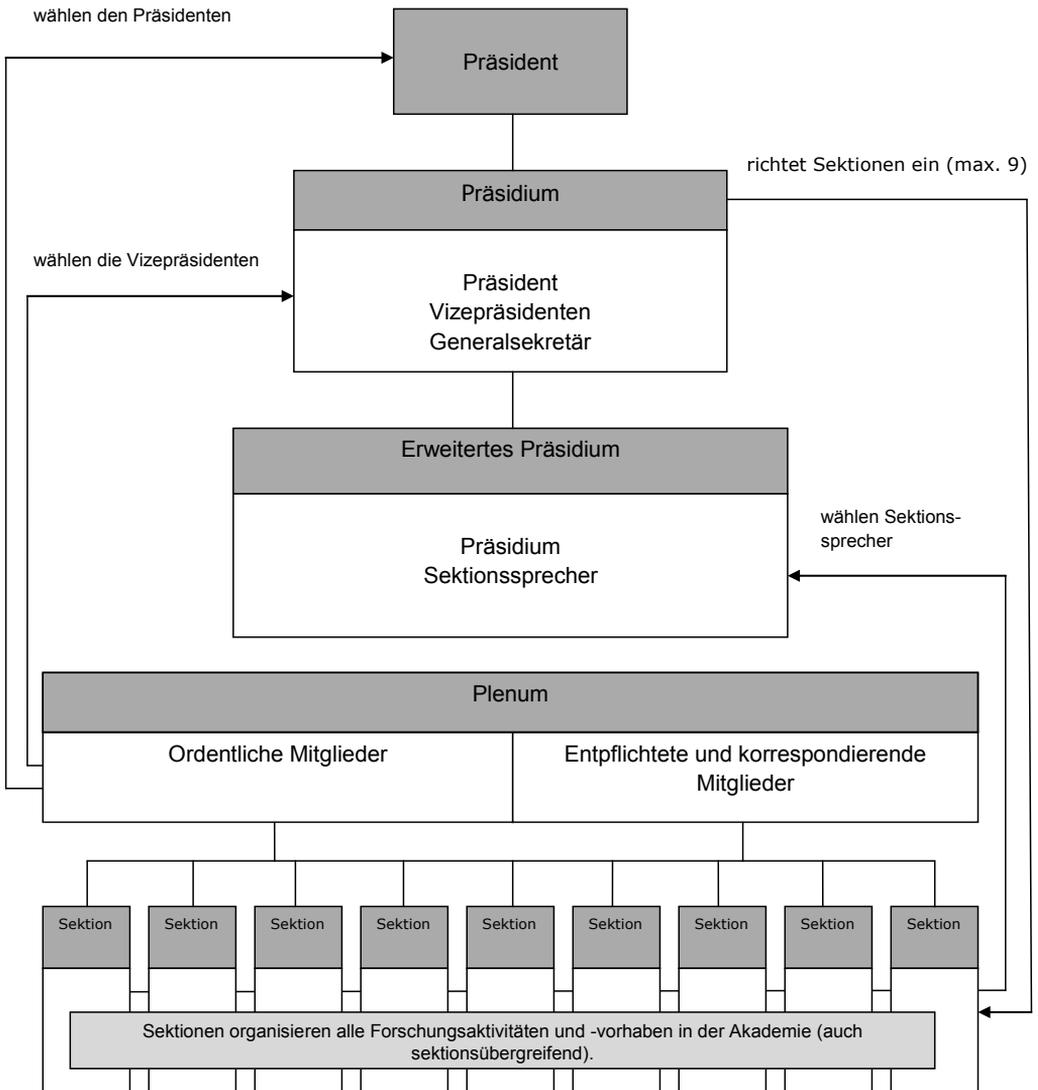
Die Rolle des Plenums der BAdW wird aufgewertet, ihm sollen künftig die Wahl des Präsidenten und der bis zu drei Vizepräsidenten obliegen sowie die Zuwahl neuer Mitglieder. Der Präsident ist ex officio Mitglied der BAdW. Die Zuwahl muss auch weiterhin so organisiert werden, dass die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Aufnahme in die Akademie finden. Das Potenzial der bayerischen Wissenschaftslandschaft ist erfreulicherweise so reich, dass unbeschadet dem Primat des Qualitätskriteriums die Interessen der Akademie auch in Hinsicht auf ihre bestehenden oder geplanten Forschungsaktivitäten sowie in Hinsicht auf die Orts-, Geschlechter- und Altersstruktur gewahrt werden können. Hierzu sieht die Strukturkommission die folgenden Neuregelungen als notwendig:

1. Bei Neuwahl muss das zukünftige Mitglied noch mindestens zehn Jahre vor der Emeritierung/Pensionierung stehen.
2. Jeweils mehr als ein Drittel der Neuberufenen muss weiblich sein.
3. Der Anteil der Neuberufenen, die nicht aus München stammen, sollte erhöht

werden. Die Mitgliedschaft sollte jedoch grundsätzlich an den Arbeitsort in Bayern gekoppelt bleiben.

4. Das Stimm- und Wahlrecht eines Akademiemitglieds erlischt mit der Emeritierung/Pensionierung.
5. Die ordentliche Mitgliedschaft ist mit dem Stimm- und Wahlrecht verbunden. Das damit absehbare verbundene Absinken der Zahl der ordentlichen Akademiemitglieder sollte in einer Übergangsfrist von drei Jahren ausgeglichen werden, um wieder auf den gegenwärtigen Stand von 90 Mitgliedern zu gelangen.

Organisationsstruktur der Bayerischen Akademie der Wissenschaften



3.1.2 Historische Kommission (HiKo)

Bewertung und Empfehlung

Die Historische Kommission erbringt durch ihre editorische Tätigkeit Forschungs- und Serviceleistungen auf hervorragendem Niveau, sie legt dadurch selbst Beiträge zur historischen Grundlagenforschung vor und ermöglicht zugleich vielfache weitere. Für die Erfüllung dieser Funktion müssen die Voraussetzungen erhalten und verbessert werden. Verbesserungen werden vor allem in struktureller Hinsicht empfohlen. Den dazu im Evaluationsbericht formulierten Empfehlungen schließt sich die Strukturkommission an. Insbesondere wird eine bessere abteilungsübergreifende Kooperation für erforderlich gehalten, erstens um Qualitätsstandards auf hohem Niveau anzugleichen, zweitens um einen vermehrten Austausch der Mitarbeiter zu ermöglichen und drittens um eine intensivere Beteiligung an übergreifenden Themen wie etwa Editionsstandards oder Digitalisierung zu erreichen.

Der rechtlich-organisatorische Rahmen erscheint im Verhältnis von Historischer Kommission und der sie tragenden Stiftung vor allem hinsichtlich der personellen Verflechtung von Vorstand und Stiftungsrat nicht optimal. Hier ist eine Trennung der Funktionen erforderlich. Das vorgelegte Konzept eines „Zentrums für historische Grundlagenforschung“ hat aus den im Evaluationsbericht dargelegten Gründen nicht überzeugt. Die Strukturkommission dagegen empfiehlt perspektivisch die Integration der Historischen Kommission in eine nach den oben formulierten Empfehlungen umgestaltete BAfW. Als Teil einer Sektion „Geschichtswissenschaft“ würden beide – Historische Kommission und BAfW – davon profitieren, diese durch den Zugewinn an Forschungskapazität und jene durch den Zugewinn an Kooperation und institutioneller Stabilität. Sicherzustellen wäre dabei, dass die überregionale Struktur der Historischen Kommission als deren konstitutives Merkmal bewahrt wird.

3.1.3 Monumenta Germaniae Historica (MGH)

Bewertung und Empfehlung

Die Leistungen der MGH bei der kritischen Edition mittelalterlicher Quellen sind hervorragend, die Einrichtung darf in diesem Feld als international maßstabsetzend angesehen werden. Strukturelle Verbesserungen der Arbeit sind dennoch möglich, den dazu von der Evaluierungskommission ausgesprochenen Empfehlungen schließt sich die Strukturkommission an. Wichtig erscheint insbesondere die noch engere Kopplung der MGH mit der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung und den Karrierewegen in diesem Wissenschaftsgebiet. Ausdrücklich wird auch die Empfehlung einer Reform der Leitungsstruktur unterstützt, die eine verantwortliche Präsidentin in einem exekutiven Präsidium zum Ziel haben soll, dem die Zentraldirektion mit einer beratenden Funktion zur Seite steht. Das StMWFK und die Ludwig-Maximilians-Universität werden gebeten, eine geeignete Vereinbarung zu treffen, die es der jetzigen Präsidentin ermöglicht, dieses Amt weiter auszuüben, und die langfristig ein gemeinsames Berufungsverfahren etabliert.

Perspektivisch wird für die MGH unter Beibehaltung ihres Namens und ihrer reformierten Leitungsstruktur ihre Integration in eine nach den oben formulierten Empfeh-

lungen umgestaltete BAdW empfohlen. Die MGH würde die vorgeschlagene Sektion „Geschichtswissenschaft“ eminent verstärken. Zugleich würde sie selbst von einer solchen Integration profitieren, indem sie konstitutiver Teil der sektionsinternen und der sektionsübergreifenden Arbeitsgruppen werden könnte. Über das engere Feld der mediävistischen Editionspraxis hinaus könnte die neue BAdW gemeinsam mit der Bayerischen Staatsbibliothek international auch für die weiteren Gebiete der Digitalisierung, Langzeitarchivierung oder des Elektronischen Publizierens eine erste Adresse werden.

3.1.4 Historisches Kolleg (HistKoll)

Bewertung und Empfehlung

Als Center for Advanced Studies für historisch arbeitende Wissenschaften genießt das Historische Kolleg internationale Anerkennung. Das zugrunde liegende Prinzip der individuellen Förderung von Wissenschaftlern wird von der Strukturkommission als unvermindert aktuell und weiterhin tragfähig angesehen. Hinter dieser Kernmission des Historischen Kollegs sollten weitere angelagerte Funktionen zurückstehen. Es ist unverkennbar, dass diese Mission seit der durch eine drastische Reduzierung der Grundfinanzierung verursachten Krise und trotz des aner kennenswerten Einsatzes etwa der Fritz-Thyssen-Stiftung nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden kann. In der Schaffung einer neuen soliden Basisfinanzierung, wie sie die Evaluierungskommission empfiehlt, sieht auch die Strukturkommission ein vorrangiges Ziel. Das StMWFK sollte mit der Finanzierung von zwei bis drei Stipendien vorangehen und damit die Voraussetzung für die stabile Finanzierung von privater Seite in gleicher Höhe schaffen. Öffnete man das Kolleg darüber hinaus für solche Stipendiaten, die ihre Finanzierung mitbringen, wäre die für einen lebendigen Kollegbetrieb angestrebte Zahl von sieben bis neun Stipendiaten erreichbar. Geteilt werden von der Strukturkommission ausdrücklich die von der Evaluierungskommission formulierten Erwartungen an eine Erweiterung der Forschungsgegenstände über deutsche Themen hinaus und eine Verbesserung des inakzeptabel niedrigen Anteils an Wissenschaftlerinnen.

Die von der Evaluierungskommission betonte institutionelle Nähe zur Bayerischen Staatsbibliothek wird auch von der Strukturkommission gesehen, indes keine institutionelle Verbindung empfohlen. Vielmehr wird auch für das Historische Kolleg eine Integration in eine nach den oben formulierten Empfehlungen umgestaltete BAdW angeraten, deren Umriss der Evaluierungskommission als Empfehlungsoption noch nicht vorlagen. Entsprechend der Erwartung an die verstärkte Öffnung des Kollegs für alle historisch arbeitenden Wissenschaften – also über die Geschichtswissenschaft hinaus etwa die Philologie, die Kunstgeschichte oder die Theologie – sollte das Historische Kolleg in der Struktur der neuen BAdW entweder einer der zu gründenden Sektionen zugeordnet oder zentral beim Präsidium angesiedelt werden.

3.1.5 Collegium Carolinum (CC)

Bewertung und Empfehlung

Das Collegium Carolinum hat sich im Verlauf der letzten zehn Jahre einen herausragenden Platz in der Erforschung der mittel- und osteuropäischen Geschichte er-

arbeitet. Die Strukturkommission empfiehlt ausdrücklich seine weitere Förderung. Sie teilt weitgehend die Empfehlungen der Evaluierungskommission, insbesondere die vorgeschlagenen Satzungs- und Strukturänderungen. Allerdings sieht die Strukturkommission die institutionelle Perspektive des Collegium Carolinum nicht primär in dessen Aufnahme in die Leibniz-Gesellschaft (WGL), da hierfür die notwendige Priorisierung seitens des Staatsministeriums fehlt. Vor allem aber herrscht in der Strukturkommission Einigkeit darüber, dass die bewährte enge Verbindung des Collegiums mit der LMU bewahrenswert ist. Zudem böte sich mit einer reformierten BAdW ein alternativer Träger an, der das Collegium Carolinum in den Forschungsverbund von Historischer Kommission, Monumenta Germaniae Historica und Historischem Kolleg integriert. Es wird zusätzlich eine standortübergreifende Kooperation des Collegium Carolinum mit dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) empfohlen. Das StMWFK und die LMU werden gebeten, eine Vereinbarung zu treffen, die den gegenwärtigen Leiter für diese Aufgabe entlastet und der LMU eine entsprechende Kompensation gewährt. Langfristig sollte ein gemeinsames Berufungsverfahren vereinbart werden.

3.1.6 Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut (DGFI)

Bewertung und Empfehlung

Das DGFI ist Teil eines komplexen Institutionengefüges, in das die BAdW durch die Deutsche Geodätische Kommission (DGK) und die Kommission für Erdvermessung und Glaziologie (KEG) – DGK und KEG haben beide Kommissionsstatus – eingebunden ist. Empfehlungen für die weitere Entwicklung haben beim DGFI im engeren anzusetzen, dessen Forschungsleistungen – auch wenn die längere Vakanz der Leitungsposition in die Beurteilung einbezogen wird – als weitgehend unzureichend angesehen werden. Aber auch in seiner Servicefunktion als Zulieferer geodätischer Informationen hat das DGFI nicht überzeugen können. Weder die Qualität noch die Abnahme der Daten konnte zureichend dokumentiert werden. Für eine Fortführung des DGFI in der gegenwärtigen Form wird keine hinreichende Basis gesehen.

Aufgrund der zu schwachen Forschungsleistung erscheint die Einbeziehung des DGFI in ein von der BAdW entworfenes neues Akademieinstitut für Geodäsie und Geophysik (AIGG) der Strukturkommission als nicht angemessen. Ihre Empfehlung geht grundlegend von einer Forschung auf höchstem Niveau betreibenden BAdW aus. Das Interesse der Münchner Universitäten am DGFI ist ausweislich der durchgeführten Anhörungen zu gering, um von dieser Seite die für eine Leistungssteigerung notwendigen Änderungen erwarten zu lassen. Die Strukturkommission empfiehlt, das DGFI in der jetzigen Form nicht weiterzuführen. Das StMWFK sollte auf eine seitens des Geoforschungszentrums (GFZ) in Potsdam ausgesprochene Interessenbekundung eingehen und in eine Verhandlung über die (Teil)Integration in das GFZ bzw. dessen Außenstelle in Oberpfaffenhofen eintreten. Es erscheint realistisch, in diesen Verhandlungen zu einer Reduzierung der vom StMWFK zu finanzierenden Stellen zu gelangen. Frei werdende Stellen sollten nicht eingezogen, sondern der BAdW zur Verfügung gestellt werden. Ein Forschungskonzept dafür müsste die BAdW ggf. auch unter besonderer Berücksichtigung der Gletscherforschung erst noch vorlegen.

3.1.7 Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayern (SNSB)

Bewertung und Empfehlung

Die unter dem Dach der SNSB zusammengeschlossenen acht Museen, fünf Sammlungen und der Botanische Garten zeichnen sich jeweils durch gute bis sehr gute Forschungsleistungen aus. Sie gewinnen wichtige Erkenntnisse zur Bio- und Geodiversitätsforschung und der Erforschung der Wechselbeziehungen von Mensch und Natur. Die enge Verbindung von sammlungsbezogener geo- und biowissenschaftlicher, Fauna und Flora umfassender Forschung ist ein herausragendes Merkmal der SNSB. Die Strukturkommission schließt sich dem Urteil der Evaluierungskommission an, dass ein übergreifendes gemeinsames Forschungskonzept derzeit fehlt. Die Entwicklung eines solchen Konzepts wird nachdrücklich empfohlen, weil es notwendig ist, um greifbare Synergien der einzelnen Einrichtungen und Forschungsinteressen zu erreichen und auf diese Weise Wirkung und Sichtbarkeit der SNSB zu erhöhen.

Die institutionelle Zukunft sieht die Strukturkommission wie die Evaluierungskommission mittelfristig in der WGL. Dafür sprechen die Größe der Einrichtung, ihre von der BAdW verschiedene Funktion sowie die prinzipiell gegebene Strukturanalogie und Komplementarität zu vergleichbaren Sammlungen in der WGL. Um sich mit Aussicht auf Erfolg für eine Aufnahme in die WGL bewerben zu können, muss die Formulierung eines überzeugenden übergreifenden Forschungskonzepts allerdings umso dringender geleistet werden. Es sollte zugleich der sich international vollziehenden Entwicklung hin zu forschenden Museen Rechnung tragen. Es wird empfohlen, sich dafür der Beratung durch eine externe Kommission zu versichern.

3.1.8 Arbeitsgemeinschaft Historischer Forschungseinrichtungen (AHF)

Bewertung und Empfehlung

Die Strukturkommission folgt der Evaluierungskommission in ihrem Urteil, dass die Kernaufgaben der Institution – die Dokumentation von Publikationen deutscher historischer Forschungseinrichtungen, der dort laufenden Forschungsvorhaben sowie einschlägiger Tagungen – sich überlebt haben oder durch andere Informationssysteme übernommen wurden. Es wird empfohlen, die AHF nicht weiter zu finanzieren und ggf. den nützlichen Service einer Beratung bei der einrichtungsbezogenen Dokumentation von Publikationen durch eine andere Institution aufrechtzuerhalten.

3.1.9 Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF)

Bewertung und Empfehlung

Das ISF hat durch seine Leistungen im Bereich der anwendungs- und problemorientierten Forschung auf dem Gebiet der Arbeits- und Industriosozologie beeindruckt, die mithilfe eines immensen Drittmittelaufkommens ermöglicht werden. Die Strukturkommission folgt der Evaluierungskommission in dieser Einschätzung und der Empfehlung, das Institut durch eine Aufstockung der Grundfinanzierung so weit vom Akquisedruck zu entlasten, dass auch anspruchsvolle Grundlagenforschung mit hochrangigen Publikationen ermöglicht wird. Das Potenzial dafür erscheint vorhanden. Institutionell empfiehlt die Strukturkommission dem StMWFK, mit der TU München in

Verhandlungen darüber einzutreten, ob das ISF als Institut oder An-Institut mit einer gemeinsamen berufenen Leitung geführt werden kann.

3.1.10 Frauenakademie München (FAM)

Bewertung und Empfehlung

Die Strukturkommission teilt die Einschätzung der Evaluierungskommission, dass die Frauenakademie dem selbstgesetzten Anspruch, als Forschungseinrichtung zu agieren, nicht gerecht geworden ist. Genderorientierte Forschung ist mittlerweile im nationalen oder gar internationalen Vergleich auf deutlich höherem Qualitätsniveau fest im Repertoire vieler Disziplinen und Hochschulen verankert. Wenn mithin die Frauenakademie als forschende Einrichtung nicht weiter zur Finanzierung empfohlen werden kann, so fiel es schwer zu entscheiden, ob die von der FAM angebotenen und außerhalb einer wissenschaftlichen Beurteilung liegenden Beratungsleistungen ohne die FAM angemessen wahrgenommen würden. Die Empfehlung der Strukturkommission an das StMWFK geht deshalb dahin, sich mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen darüber zu beraten, ob es ansonsten Beratungsangebote der FAM gibt, die anderweitig nicht wahrgenommen werden und die eine Weiterfinanzierung der Frauenakademie seitens des StMASFF rechtfertigen.

3.1.11 Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg (WZR)

Bewertung und Empfehlung

Die Strukturkommission empfiehlt dem StMWFK im Anschluss an die Evaluierungskommission, die Grundfinanzierung WZR fortzuführen. Es erscheint sinnvoll, die Nutzung der Tagungsstätte über die primär aktive Universität Ulm hinaus auszudehnen auf Wissenschaftseinrichtungen in Bayern, aber auch aus anderen Bundesländern. Im Interesse einer möglichst hohen Auslastung wird von einer zu engen, die Nutzung einschränkenden eigenen thematischen Programmatik abgeraten.

3.1.12 Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa, Regensburg (WiOS)

Unter der Leitung von Herrn Professor Ullrich Heilemann (Universität Leipzig) hat eine Expertenkommission im Dezember 2010 eine Bewertung der Arbeiten der drei Institute am WiOS vorgenommen (Osteuropa Institut, Südosteuropa Institut und Ungarisches Institut) und dessen Perspektive für eine Aufnahme in die WGL beurteilt. Das Gutachten beurteilt einzelne Forschungsleistungen an den drei Abteilungen sehr positiv, sieht wegen einer fehlenden gemeinsamen Forschungsstrategie derzeit keine Basis für einen Aufnahmeantrag in die WGL und erörtert alternative Institutionalisierungsformen und Kooperationsbeziehungen mit der Universität Regensburg. Das Gutachten war Anlass für die Entscheidung des StMWFK, das WiOS nicht erneut evaluieren, wohl aber das o. g. Votum in die Empfehlungen der Strukturkommission einbeziehen zu lassen. Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 haben sich Osteuropa- und Südosteuropa Institut zu einem Institut für Südosteuropaforschung in einer gemeinsamen Stiftung (IOS) zusammengeschlossen. Das Ungarische Institut ist inzwischen zum 1. Januar 2013 in die Universität Regensburg aufgenommen worden. Zudem ist das IOS in eine Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur „Weiterentwicklung der außer-

universitären historischen Forschung zum östlichen Europa“ einbezogen, deren Ergebnisse im Januar 2013 verabschiedet wurden.

Die Empfehlungen der Strukturkommission können hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität die Bewertungen der Expertenkommission nur übernehmen und stützen sich allein auf den Vergleich des IOS im Zusammenhang mit den im StrukBY2013-Prozess betrachteten Institutionen sowie auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum thematischen Feld. Auf dieser Grundlage sieht die Strukturkommission derzeit keine Perspektive für eine sinnvolle Integration des IOS in die BAdW, gleichwohl die Vorteile einer zukünftigen Zusammenarbeit mit dem Collegium Carolinum.

3.1.13 Zentralinstitut für Kunstgeschichte (ZI)

Unter der Leitung von Frau Professor Katharina Krause (Universität Marburg) hat eine Expertenkommission im Februar 2011 eine Bewertung der Arbeiten des Zentralinstituts für Kunstgeschichte und Empfehlungen zu dessen Weiterentwicklung vorgelegt. Das Gutachten empfahl die inzwischen erfolgte Einstellung des am ZI bearbeitete „Reallexikon zur Deutschen Kunstgeschichte“ und vermisste einen kohärenten Forschungsverbund bei durchaus einzelnen beachtlichen Forschungsaktivitäten. Die Literaturversorgung als Servicefunktion für die Kunstgeschichte war Anlass, den auch forschungsbezogenen Ausbau des ZI, seine weitere Eigenständigkeit und perspektivisch einen Aufnahmeantrag in die WGL zu empfehlen. Das Gutachten begründete die Entscheidung des StMWFK, das ZI nicht erneut evaluieren, wohl aber das o. g. Votum in die Empfehlungen der Strukturkommission einbeziehen zu lassen. Die Empfehlungen der Strukturkommission können mithin hinsichtlich der Qualität die Bewertungen der Expertenkommission nur übernehmen und stützen sich im Folgenden allein auf den Vergleich des ZI im Zusammenhang mit den im StrukBY2013-Prozess betrachteten Institutionen.

Für eine Integration des ZI in die Struktur einer neu organisierten BAdW erscheint die Forschungsleistung ausweislich des o. g. Gutachtens als zu gering. Die Eingliederung eines maßgeblich auf Serviceleistungen für ein Fach ausgerichteten Instituts erscheint nicht sinnvoll. Abhängig erstens von einer noch zu treffenden Strukturentscheidung zugunsten eines erheblich höheren Forschungsanteils im ZI und abhängig zweitens vom Zuschnitt der in der BAdW gebildeten Sektionen empfiehlt die Strukturkommission dem StMWFK, mittelfristig zu entscheiden, ob eine Weiterführung des ZI in einem anderen institutionellen Kontext nicht doch sinnvoller ist als eine Eingliederung in die BAdW.

3.2 Stellungnahme zu den Institutionen im Zusammenhang

Die Evaluation der insgesamt 13 aus Landesmitteln finanzierten nichtuniversitären Forschungseinrichtungen hat in qualitativer Hinsicht ein bemerkenswert hohes, in weiten Teilen ein auch im internationalen Vergleich hervorragendes und punktuell führendes wissenschaftliches Niveau ergeben. Nur drei Einrichtungen – das DGFI, die AHF und die FAM – sind den durchgängig im gesamten Bewertungsprozess angelegten internationalen wissenschaftlichen Maßstäben nicht gerecht worden. Gleichwohl hindern mehr oder minder große strukturell-organisatorische Defizite fast alle Einrichtungen daran, das in ihnen angelegte Potenzial voll zu entfalten. Erst recht kommt die in der

Zusammenschau der Einrichtungen evident gewordene imposante Forschungskapazität durch die Zergliederung der Einrichtungen nicht zur Wirkung. Die mit den Einrichtungen verbundenen sehr heterogenen Organisations- und Arbeitsformen verdanken sich zum Teil den gleichfalls heterogenen durch die Einrichtungen wahrgenommenen Funktionen, mehr noch aber gehen sie auf historisch gewachsene Differenzen zurück. Die Evaluierungskommissionen haben darum zu allen Einrichtungen detaillierte Empfehlungen mit dem Ziel einer Steigerung ihrer Forschungsleistung und einer Verbesserung der strukturellen Bedingungen jeder Einrichtung erarbeitet. Diese Empfehlungen zu den Einzeleinrichtungen hat sich die Strukturkommission weitgehend zu eigen gemacht. Ihr Auftrag ging indes darüber hinaus und sah auch vor, in der Zusammenschau aller Institutionen Vorschläge dafür zu erarbeiten, wie sich die einbezogenen Einrichtungen in einem rasant sich verändernden Wissenschaftssystem zukünftig insgesamt am besten entwickeln können, und zwar in qualitativer, struktureller und finanzieller Hinsicht. Es waren dazu auch Konvergenzen der einbezogenen Einrichtungen hinsichtlich der wahrgenommenen Aufgaben und mögliche Synergien zu prüfen, die eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit aller beteiligten Institutionen ermöglichen könnten. Ziel war es, zu einem konzeptuellen Vorschlag darüber zu gelangen, wie eine Institution oder ein Institutionengefüge aussieht, das für die nächsten Jahrzehnte einen stabilen Beitrag im funktional gegliederten und hoch kompetitiven Wissenschaftssystem Bayerns und mit Ansprüchen darüber hinaus leisten kann.

Kern des Vorschlags der Strukturkommission ist die Neugestaltung der BAdW, die ihren Charakter als Gelehrtensozietät behält, sich aber unter dem Primat der Forschung zu einer Arbeitsakademie umorganisiert. Wenn die dazu erforderliche oben beschriebene Organisationsreform erfolgreich durchgeführt wird, fügen sich die institutionellen Ziele der Historischen Kommission, der Monumenta Germaniae Historica, des Historischen Kollegs und des Collegium Carolinum kohärent in diese Akademie neuen Typs ein. Es entstünde in den Geisteswissenschaften die forschungstärkste Akademie Deutschlands mit eminenter internationaler Strahlkraft und mit zugleich schon jetzt angelegten exzellenten Perspektiven z. B. in der Informatik und der Physik sowie mit Potenzial für weitere fachlich definierte Sektionen. Fast noch größere Möglichkeiten liegen in der fachübergreifenden Kooperation der vorgeschlagenen Sektionen. Für alle mit dem elektronischen Publizieren, der Digitalisierung und Langzeitarchivierung sowie dem noch unscharfen Gebiet der „digital humanities“ zusammenhängenden Fragen könnte eine Kopplung des entstehenden geisteswissenschaftlich-editionswissenschaftlichen Schwerpunkts mit den Forschungskapazitäten des LRZ eine weltweit erste Adresse schaffen.

Eine solche Akademie nähme Aufgaben komplementär zu den Universitäten und nichtuniversitären Instituten in München und darüber hinaus in ganz Bayern wahr. Sie verfügte darüber hinaus über alle Voraussetzungen, Raum für einen konzentrierten Forschungsaufenthalt bereitzustellen. Die Notwendigkeit, Strukturen für einen solchen Raum bereitzustellen, ist überzeugend belegt worden durch die im Rahmen der Exzellenzinitiative an zahlreichen Universitäten des Landes konzipierten und realisierten Centers for Advanced Studies. Mit dem Historischen Kolleg erhielt die neue BAdW ein Instrument, um sofort in dieser Rolle aktiv zu werden. Diese ließe sich ausweiten, indem die BAdW ihrem breiten wissenschaftlichen Fundament entsprechend auch fachlich übergreifende Centers for Advanced Studies integrierte. Dabei kann die

Einladung von Fellows international ausgerichtet sein, wie im Falle des Historischen Kollegs. Es kann institutionell aber auch eine Option entstehen, wenn der Anschluss für Strukturen gesucht wird, deren Finanzierung mit dem Ende der Exzellenzinitiative ausläuft oder deren Erfolg die Beteiligung aller Universitäten in Bayern nahelegt. Für die Übernahme einer solchen Aufgabe zum Wohle aller Universitäten Bayerns bietet gerade eine Bayerische Akademie der Wissenschaften sich an. Es bedürfte dazu insbesondere einer engen Abstimmung mit den bayerischen Universitäten und nichtuniversitären Organisationen.

Diesen vorgeschlagenen Weg kann die BAdW nur dann erfolgreich beschreiten, wenn das StMWFK ihn konsequent mitgeht und nicht zuletzt auch finanziell unterstützt. Insbesondere für die Etablierung der Institute auf Zeit, der Nachwuchsgruppen sowie der hauptamtlichen Präsidentenposition bedarf es zusätzlicher Mittel, auch wenn nicht alle gegenwärtig finanzierten Vorhaben bei fortlaufender interner Überprüfung in einem durch das neue Präsidium zu etablierenden Prozess Bestand haben werden. Einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung bedürfen auch die bei den einzelnen Einrichtungen empfohlenen Maßnahmen. Auf das Historische Kolleg und die Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen (SNSB) sei hier besonders hingewiesen.

Mit diesem Umgestaltungs- und Integrationskonzept blieben für die neue BAdW neben den Universitäten unter den landesseitig finanzierten Institutionen die oben betrachteten Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen (SNSB) und die hier nicht einbezogene Bayerische Staatsbibliothek die wichtigsten Kooperationspartner.

3.3 Hinweise zur Implementierung

Der organisatorisch-strukturelle Reorganisationsprozess der BAdW muss rasch in Angriff genommen werden und dem Prozess der Integration der oben vorgeschlagenen Einrichtungen vorausgehen. Für den Reorganisationsprozess bietet es sich an, eine Satzungsreform-Kommission einzusetzen, der neben dem Vorstand der Akademie 10 bis 15 durch ihre Forschungsleistung besonders herausragende und aktive Mitglieder der BAdW angehören sollten. Ihre Aufgabe bestünde darin, die für die empfohlene Neuausrichtung der BAdW notwendige Satzungsänderung vorzubereiten. Für die BAdW läge der Gewinn einer erfolgreichen Reform darin, mit der Errichtung einer dem Primat der Forschung verpflichteten Akademie die konzeptionell und funktional prekäre Situation einer Landesakademie offensiv zu überwinden und zugleich die Perspektive auf eine universitäts- und wissenschaftsorganisationsübergreifende Rolle in Bayern zu erreichen. Für die integrierten Einrichtungen und die in ihnen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergäbe sich im Kontext der organisatorisch-strukturell veränderten BAdW die Perspektive, Teil einer stabilen, im bayerischen Wissenschaftssystem vielfältig vernetzten und international wirkungsvollen Institution zu werden. Für den Freistaat Bayern erwächst die Chance, mit dem Reorganisations- und Integrationsprozess eine institutionell moderne und herausragend forschungsstarke Akademie mit einer in die Zukunft weisenden Rolle im bayerischen Wissenschaftssystem und weit darüber hinaus zu schaffen. Die Strukturkommission empfiehlt dem StMWFK, den erreichten Stand der Umsetzung gemeinsam mit der BAdW nach drei Jahren einer unabhängigen Bewertung von außen zu unterziehen.

4. Anhang

| | | |
|--------|--|-----|
| 4.1 | Mitglieder der acht eingesetzten Evaluierungskommissionen | 33 |
| 4.2 | Abkürzungsverzeichnis StrukBY2013 | 34 |
| 4.3 | Bewertungsberichte und Einzelgutachten | 37 |
| 4.3.1 | Bayerische Akademie der Wissenschaften | 37 |
| 4.3.2 | Historische Kommission | 63 |
| 4.3.3 | Monumenta Germaniae Historica | 87 |
| 4.3.4 | Historisches Kolleg | 105 |
| 4.3.5 | Collegium Carolinum | 125 |
| 4.3.6 | Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut | 149 |
| 4.3.7 | Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayern | 169 |
| 4.3.8 | Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen | 211 |
| 4.3.9 | Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung | 223 |
| 4.3.10 | Frauenakademie München | 237 |
| 4.3.11 | Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg | 249 |
| 4.3.12 | Gutachten zum Wissenschaftszentrum Ost- und Südost- europa Regensburg | 257 |
| 4.3.13 | Gutachten zum Zentralinstitut für Kunstgeschichte | 265 |



4.1 Mitglieder der acht eingesetzten Evaluierungskommissionen

Bach, Maurizio (Universität Passau)
Bernd Richter (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt a. M.)
Bömelburg, Hans-Jürgen (Justus-Liebig-Universität Gießen)
Chaniotis, Angelos (Institute for Advanced Studies, Princeton)
Dathe, Holger Heinrich (Senckenberg, Müncheberg)
Eder, Johanna (Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart)
Fahrmeir, Andreas (Goethe-Universität, Frankfurt a. M.)
Flechtner, Frank (Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ), Potsdam)
Gestrich, Andreas (Deutsches Historisches Institut (DHI), London)
Graf, Bernhard (Institut für Museumsforschung, Berlin)
Grafarend, Erik (Universität Stuttgart)
Herrmann, Bernd (Georg-August-Universität Göttingen)
Hiller, Wolfgang (Alfred-Wegener-Institut (AWI), Bremerhaven)
Hitzler, Ronald (Technische Universität Dortmund)
Hovius, Niels (zum Zeitpunkt der Evaluation University of Cambridge, nun Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ), Potsdam)
Hülsmann, Michael (Jacobs University Bremen)
Kampmann, Christoph (Philipps-Universität Marburg)
Küpper, Joachim (Freie Universität Berlin)
Lässig, Simone (Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig)
Löhneysen, Hilbert von (Karlsruher Institut für Technologie, KIT)
Ludwig, Thomas (Universität Hamburg)
Maissen, Thomas (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg)
Melles, Martin (Universität zu Köln)
Mörke, Olaf (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)
Mühle, Eduard (Deutsches Historisches Institut (DHI), Warschau)
Osterhammel, Jürgen (Universität Konstanz)
Paravicini, Agostino (Fribourg)
Rando, Daniela (Università di Pavia)
Rawson, Jessica (University of Oxford)
Roth, Gerhard (Universität Bremen)
Rothacher, Markus (Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), Zürich)
Scherrer, Jutta (L'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS), Paris)
Schildt, Axel (Universität Hamburg)
Schink, Bernhard (Universität Konstanz)
Schlothgeber, Eva (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)
Schmidt, Georg (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
Schnabel-Schüle, Helga (Universität Trier)
Schneidmüller, Bernd (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg)
Schwerhoff, Gerd (Technische Universität Dresden)
Solga, Heike (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
Tanner, Jakob (Universität Zürich)
Tilebein, Meike (Universität Stuttgart)
van Laak, Dirk (Justus-Liebig-Universität Gießen)
Wefer, Gerold (Marum, Bremen)
Weisbrod, Bernd (Georg-August-Universität Göttingen)

4.2 Abkürzungsverzeichnis StrukBY2013

A

| | |
|-------|---|
| ABDOS | Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung |
| ADB | Allgemeine Deutsche Biographie |
| AHF | Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen |
| AIGG | Akademieinstitut für Geodäsie und Geophysik |
| AKSW | Research Group Agile Knowledge Engineering and Semantic Web |
| AWI | Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven |

B

| | |
|------|---|
| BAdW | Bayerische Akademie der Wissenschaften |
| BBAW | Berlin Brandenburgische Akademie der Wissenschaften |
| BKG | Bundesamt für Kartographie |
| BKGE | Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa |
| BGM | Botanischer Garten München |
| BSM | Botanische Sammlung München |
| BSB | Bayerische Staatsbibliothek |
| BSPG | Bayerische Staatssammlung für Paläontologie und Geologie (mit Paläontologischem und Geologischem Museum) |

C

| | |
|-------|--|
| CC | Collegium Carolinum/Forschungsstelle für die böhmischen Länder |
| CGE | Centrum für Geodätische Erdsystemforschung |
| CETAF | Consortium of European Taxonomic Facilities |

D

| | |
|-------|--|
| DAA | Deutsche Aktuar-Akademie |
| DAAD | Deutscher Akademischer Austauschdienst |
| DFG | Deutsche Forschungsgemeinschaft |
| DGFI | Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut |
| DGK | Deutsche Geodätische Kommission |
| DIGA | Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland |
| DLR | Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt |
| dMGH | digitalisierte Monumenta Germaniae Historica |
| DNFS | Direktorenkonferenz der Deutschen Naturwissenschaftlichen Forschungs-Sammlungen |
| DORIS | Doppler Orbitography and Radiopositioning Integrated by Satellite |
| DOT | dynamische Ozeantopographie |

E

| | |
|----|-------------------|
| EU | Europäische Union |
|----|-------------------|

F

| | |
|--------|--|
| FAM | Frauenakademie München |
| FGS | Forschergruppe Satellitengeodäsie |
| FhG | Frauenhofer-Gesellschaft |
| ForMig | Forschungsverbund Migration und Wissen |

G

| | |
|------|---|
| GBIF | Global Biodiversity Information Facility |
| GFZ | Geoforschungszentrum Potsdam |
| GGOS | Global Geodetic Observing System |
| GOCE | Gravity Field and Steady-State Ocean Circulation Explorer |
| GNSS | Global Navigation Satellite Systems |
| GSFC | Goddard Space Flight Center |
| GWZO | Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Leipzig |

H

| | |
|----------|--|
| HiKo | Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften |
| HistKoll | Historisches Kolleg |

I

| | |
|------|--|
| IAG | International Association of Geodesy |
| IfAG | Institut für Angewandte Geodäsie |
| IfZ | Institut für Zeitgeschichte |
| IGG | Institut für Geodäsie und Geoinformation |
| IGN | Institut Géographique National |
| IOS | Institut für Ost- und Südosteuropaforschung |
| ISF | Institut für sozialwissenschaftliche Forschung |

J

| | |
|-------|---------------------------|
| JPL | Jet Propulsion Laboratory |
| JSTOR | Journal STORAge |

K

| | |
|-----|---|
| KEG | Kommission für Erdmessung und Glaziologie |
|-----|---|

L

| | |
|-----|--|
| LMU | Ludwig-Maximilians-Universität München |
| LRZ | Leibniz-Rechenzentrum |

M

| | |
|------|---|
| MGH | Monumenta Germaniae Historica |
| MMN | Museum Mensch und Natur |
| MRK | Museum Reich der Kristalle |
| MSM | Mineralogische Staatssammlung München |
| MÜZE | Münchner Zentrum für Editionswissenschaft |

N

NDB Neue Deutsche Biographie
NKMB Naturkundemuseum Bamberg

O

OstDok Osteuropa Dokumente online

P

PND Personennamendateien
PRACE Partnership for Advanced Computing

R

RAG Repertorium Academicum Germanicum
RKM Rieskratermuseum, Nördlingen

S

SAPM Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie
SLR Satellite and Lunar Laser Ranging
SIRGAS Referenzrahmen für Südamerika
S.I.S.M.E.L. Medioevo Europeo Florenz
SNSB Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns
StMASFF Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
StMWFK Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

T

TV-L Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, Bereich Bund

U

UMO Urmuseum Oberfranken, Bayreuth

V

ViFaOst Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa
VLBI Very Long Baseline Interferometry

W

WGL Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, auch:
Leibniz-Gemeinschaft
WiOS Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg
WMI Walter-Meißner-Institut für Tieftemperaturforschung
WZR Wissenschaftszentrum Schloss Reisingburg der Universität Ulm

Z

ZERIN Zentrum für Rieskrater- und Impaktforschung Nördlingen
ZfO Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung
ZhF Zentrum für historische Sprachforschung
ZI Zentralinstitut für Kunstgeschichte
ZSM Zoologische Staatssammlung München

4.3 Bewertungsberichte

4.3.1 Bayerische Akademie der Wissenschaften

| | |
|---|----|
| Vorbemerkung | 38 |
| A. Ausgangslage | 38 |
| A.I Entwicklung und Aufgaben. | 38 |
| I.1 Entwicklung | 38 |
| I.2 Aufgaben | 39 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Bedeutung für die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften | 40 |
| A.II Arbeitsbereiche. | 40 |
| II.1 Forschung und Entwicklung. | 40 |
| II.2 Serviceleistungen | 46 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 47 |
| III.1 Organisation | 47 |
| III.2 Ausstattung | 49 |
| A.IV. Künftige Entwicklung | 51 |
| B. Bewertung | 52 |
| B.I Bedeutung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften | 52 |
| B.II Arbeitsbereiche. | 54 |
| II.1 Forschung. | 54 |
| II.2 Serviceleistungen | 55 |
| B.III Organisation und Ausstattung | 56 |
| III.1 Zur Organisation. | 56 |
| III.2 Zur Ausstattung | 59 |
| B.IV Künftige Entwicklung | 60 |
| B.V Zusammenfassung und Empfehlungen | 61 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zur Bayerischen Akademie der Wissenschaften ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die BAdW eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Ausgangslage

A.1 Entwicklung und Aufgaben

I.1 Entwicklung

Die Bayerische Akademie der Wissenschaften (im Folgenden: BAdW bzw. Akademie) blickt auf ein mehr als 250-jähriges Bestehen zurück. In der Nachfolge der europäischen Akademiebewegung wurde sie im Jahr 1759 auf Betreiben engagierter bayerischer Orden und Klöster sowie einer Gruppe um den Geh. Hofrat des Münz- und Bergkollegiums Johann Georg Lori durch den Kurfürsten Max III. Joseph gegründet. Zur Finanzierung der Akademie waren Steuereinnahmen des Kalenderwesens vorgesehen.

Die BAdW erhielt zwei Klassen, eine historische (heute: Philosophisch-historisch) und eine philosophische (heute: Mathematisch-naturwissenschaftlich)²³. Aufgabe der historischen Klasse sollte die Erhebung, Sammlung und Bearbeitung von Quellmaterialien sowie die Erstellung von Wörterbüchern sein. Die philosophische Klasse sollte die Natur erforschen, Naturalien sammeln sowie zur Verbesserung von Landwirtschaft, Handwerk, Berg- und Hüttenwesen beitragen. Weiterhin sollte sie sich der Landvermessung, astronomischen Beobachtungen, meteorologischen Untersuchungen, der Wasserwirtschaft und dem Kalenderwesen widmen sowie statistische Aufgaben übernehmen.

Nach dem Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation wurde Bayern 1806 Königreich. In der Folge wurde die BAdW von einer freien Gelehrtenengesellschaft zu einer dem Innenministerium direkt unterstellten Zentralanstalt des Bayerischen Staates umgewandelt. Den Mitgliedern kam der Rang eines Zentralrats mit entsprechender Besoldung zu. Die Akademie wurde in drei Klassen – die philosophisch-philologische, die historische und die mathematisch-physikalische – aufgeteilt, erhielt einen Forschungsauftrag und die Verpflichtung zur Beratung der Bayerischen Staatsregierung. Zudem wurden ihr im Zuge einer deutlichen Aufstockung

²³ 1779 wurde die belletristische als dritte Klasse eingerichtet. Diese wurde jedoch bereits 1785 wieder geschlossen, da sich unter ihren Mitgliedern eine große Zahl von Anhängern des verbotenen Illuminatenordens fand. Zwischen 1807 und 1941 gab es ebenfalls drei Klassen, nämlich die philosophisch-philologische, die historische und die mathematisch-physikalische Klasse.

ihres Etats die umfangreichen wissenschaftlichen Sammlungen des Hofes als sog. Attribute zur Betreuung unterstellt.

Diese Akademiereform und ihre Auswirkungen stießen rasch auf die Kritik der Öffentlichkeit und des Abgeordnetenhauses, sodass im Jahr 1826 eine erneute Strukturreform der BAdW im Kontext einer Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft in München erfolgte. Diese umfasste eine Liberalisierung der Akademiestatuten, die der BAdW in Teilen den Status als freie Gelehrten-gesellschaft zurückgab, die Verschlingung der Verwaltung und eine Lehrverpflichtung der Akademiemitglieder an der Universität, die von Landshut nach München verlegt wurde. Für die Verwaltung der Sammlungen wurde formal eine neue Behörde, das Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates, geschaffen. Da dieses aber keinen eigenständigen Verwaltungsapparat erhielt, verblieb die Verwaltung de facto bei der Akademie.

Die zunehmende Spezialisierung der Wissenschaften und die wachsende Zahl von Aufgaben und Dienstleistungen des Staates führten ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem Funktionsverlust der Akademie. Dem wurde durch die verstärkte Einrichtung von Kommissionen zur Durchführung von Langzeitvorhaben – insbesondere auch in Kooperation mit anderen nationalen und internationalen Einrichtungen – gegengesteuert. In der Folge und zur weiteren Etablierung solcher übergreifender Projekte schlossen sich die damals fünf deutschen Landesakademien 1893 zum „Kartell“, der heutigen Union der Akademien, zusammen. 1899 erfolgte dann die Gründung der Union Académique Internationale.

Im Jahr 1936 vollzog die nationalsozialistische Staatsführung die endgültige Trennung der wissenschaftlichen Sammlungen von der Akademie durch die Berufung eines Generaldirektors der „Staatlichen Sammlungen für Naturkunde“.

Das Akademiegebäude *Wilhelminum* wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Nach dem Wiederaufbau der Münchner Residenz bezog die BAdW 1959 den nordöstlichen Flügel. Die Forschungstätigkeit verlagerte sich nach dem Krieg zunehmend in die Kommissionen. In der Folge kam es in den Jahren 1948 bis 1968 zu einer großen Gründungswelle von Kommissionen.

1979/1980 wurde die Finanzierung von Langzeitprojekten mit dem Akademienprogramm von Bund und Ländern auf eine neue Grundlage gestellt.

1.2 Aufgaben

Die Satzung der BAdW vom 28. März 1759 in der zuletzt am 1. Juli 2011 geänderten Fassung führt in § 2 folgende wesentliche Aufgaben der Akademie auf:

- Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit und Forschung; Beitrag zum Nutzen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; Beteiligung an der öffentlichen Auseinandersetzung über wissenschaftliche Fragen,
- Pflege des fächerübergreifenden wissenschaftlichen Gedankenaustausches und der Beziehungen zu gelehrten Körperschaften sowie wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland,

- Gründung und Unterhalt eigener Forschungseinrichtungen; Betreuung und Anregung wissenschaftlicher Unternehmungen; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
- Veranstaltung öffentlicher Sitzungen und Vorträge.

Die Forschung der BAdW soll der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse in allen Disziplinen dienen und dabei einen Schwerpunkt auf langfristig angelegte Forschungsvorhaben legen.

Die BAdW selbst unterscheidet ihre Arbeitsbereiche in

- die Aufgaben, denen die BAdW als gelehrte Gesellschaft nachkommt (vgl. A.III.1.a),
- den Forschungsbetrieb, der in den Kommissionen stattfindet (vgl. A.II.1.a), und
- den Wissenstransfer (vgl. A.II.1.c).

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Bedeutung für die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften

Nach eigenen Angaben ist das Forschungsprogramm der BAdW das umfangreichste aller acht deutschen Landesakademien. Aufgrund der Vielfalt der Projekte lässt sich die Frage nach der Stellung der BAdW im Vergleich zu anderen Einrichtungen nicht übergreifend beantworten. Eine von der BAdW selbst vorgenommene Einordnung von 35 Akademieprojekten zeigt, dass im nationalen Vergleich die BAdW bei 26 dieser Projekte als der übergeordnete Partner auftritt, d. h. die Projekte nicht an anderer Stelle in Deutschland bearbeitet werden. An neun Projekten ist die BAdW als gleichberechtigter Partner in einem länderübergreifenden Projekt beteiligt.

Auch im internationalen Vergleich ist die BAdW nach eigener Einschätzung prominent unter den Institutionen vertreten, die weltweit als einzige ein bestimmtes Forschungsprojekt verfolgen. Die entsprechende Einordnung der Projekte zeigt die BAdW im internationalen Vergleich bei 15 Projekten als übergeordneten Partner, bei 17 Projekten als gleichberechtigten Partner und bei drei Projekten als nachgeordneten Partner.

Die BAdW sieht die Vorteile durch die Bearbeitung der Forschungsthemen innerhalb der Akademie in den relativ geringen Etats, die für die Bearbeitung erforderlich sind, der Interdisziplinarität und Langfristigkeit der betriebenen Forschung und der Tatsache, dass nicht allein die Forscherpersönlichkeit, sondern das Forschungsthema im Vordergrund steht.

A.II Arbeitsbereiche

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Forschungsthemen und -schwerpunkte

Die BAdW betreibt vorwiegend Grundlagenforschung mit einem Schwerpunkt auf langfristigen Forschungsunternehmen. Die Ergebnisse dienen insbesondere der

Erfassung, Erschließung und Nutzbarmachung des Kulturguts sowie der Dokumentation des Lebensraumes.

Die BAdW unterhält derzeit 26 Kommissionen der Philosophisch-historischen Klasse, neun Kommissionen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und drei klassenübergreifende Kommissionen. Im Berichtszeitraum ist die Anzahl der Kommissionen von 41 im Jahr 2008 auf 38 im Jahr 2010 gesunken, wobei in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen eine, in der Philosophisch-historischen Klasse zwei Kommissionen weggefallen sind.

Die Kommissionen der Philosophisch-historischen Klasse sind²⁴:

Archäologie

- Kommission zur Erforschung des antiken Städtewesens,
- Kommission für das Corpus Vasorum Antiquorum,
- Kommission für Keilschriftforschung und Vorderasiatische Archäologie,
- Kommission zur vergleichenden Archäologie römischer Alpen- und Donauländer,

Geschichte

- Kommission für die Herausgabe der Urkunden Kaiser Friedrichs II.,
- Kommission für bayerische Landesgeschichte mit dem Institut für Volkskunde,
- Kommission für die Herausgabe der Deutschen Inschriften des Mittelalters und der frühen Neuzeit,
- Kommission für die Herausgabe der mittelalterlichen Bibliothekskataloge Deutschlands und der Schweiz,
- Kommission für das Repertorium „Geschichtsquellen des deutschen Mittelalters“,
- Musikwissenschaft,
- Musikhistorische Kommission,

Philologie

- Kommission für die Herausgabe eines altokzitanischen Wörterbuches,
- Kommission für die Deutsche Literatur des Mittelalters,
- Kommission für die Herausgabe eines mittellateinischen Wörterbuches,
- Kommission für Mundartforschung,
- Kommission für Neuere deutsche Literatur,
- Kommission für Semitische Philologie,
- Kommission für die Herausgabe des Thesaurus linguae Latinae,
- Kommission für zentral- und ostasiatische Studien,
- Philosophie des deutschen Idealismus,
- Kommission für die Herausgabe des Fichte-Nachlasses,
- Kommission für die Herausgabe des Briefwechsels von F. H. Jacobi,
- Kommission zur Herausgabe der Schriften von Schelling,
- Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
- Kommission für kulturanthropologische Studien,
- Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte²⁵,

²⁴ Nennung in der alphabetischen Reihenfolge der Fachgebiete.

²⁵ Diese Kommission bearbeitet sowohl sozial- und wirtschaftswissenschaftliche als auch geschichtswissenschaftliche Projekte.

Theologie

- Kommission für gräzistische und byzantinistische Studien,
- Kommission für Theologiegeschichtsforschung,
- Kommission für die Herausgabe ungedruckter Texte aus der mittelalterlichen Geisteswelt.

Zudem erarbeitet die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die von der BAdW rechtlich unabhängig ist, im Auftrag der BAdW eine Datenbank der graduierten Gelehrten des Alten Reichs (Repertorium Academicum Germanicum).

Die Forschungsergebnisse der Kommissionen werden publiziert in Form von Historisch-kritischen Editionen, ein- und zweisprachigen Belegstellen-Wörterbüchern und (Real)Lexika, wissenschaftlichen Katalogen, Prosopographien, Monographien und Zeitschriften.

Die Kommissionen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sind²⁶:

Geowissenschaften

- Deutsche Geodätische Kommission,
- Kommission für Erdmessung und Glaziologie²⁷,
- Kommission für Geowissenschaftliche Hochdruckforschung,
- Kommission für Geomorphologie,

Informatik

- Kommission für Informatik – Leibniz-Rechenzentrum,
- Neurowissenschaften
- Kommission für Neurowissenschaften: Sensomotorik bei Mensch und Maschine,

Ökologie

- Kommission für Ökologie,
- Technik- und Ingenieurwissenschaften²⁸
- Tieftemperaturforschung
- Kommission für Tieftemperaturforschung – Walther-Meißner-Institut für Tieftemperaturforschung,

*Sonstige*²⁹

- Kommission für die Herausgabe der Werke von Johannes Kepler.
- Drei dieser Kommissionen betreiben eigene Forschungsinstitute: die Deutsche Geodätische Kommission das Deutsche geodätische Forschungsinstitut, die Kommission für Informatik das Leibniz-Rechenzentrum (LRZ) und die Kommis-

²⁶ Nennung in der alphabetischen Reihenfolge der Fachgebiete.

²⁷ Die Kommission für Erdmessung und Glaziologie ist im Jahr 2010 durch die Zusammenlegung der 1868 gegründeten Kommission für Internationale Erdmessung und der 1962 eingerichteten Kommission für Glaziologie entstanden.

²⁸ Die Technik- und Ingenieurwissenschaften sind hier der Vollständigkeit halber aufgeführt, die zugehörige Kommission, das BAdW Forum Technologie, wird den klassenübergreifenden Kommissionen zugerechnet.

²⁹ Die Kommission für die Herausgabe der Werke von Johannes Kepler ist zwar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zugeordnet, arbeitet aber mit geisteswissenschaftlichen Methoden.

sion für Tieftemperaturforschung das Walther-Meißner-Institut für Tieftemperaturforschung (WMI).

Die drei klassenübergreifenden Kommissionen sind:

- Kommission für Wissenschaftsgeschichte,
- Kommission BAdW Forum Technologie,
- Kommission für Gebirgsforschung.

Hiervon ist die erstere den geisteswissenschaftlichen, die letzteren beiden den naturwissenschaftlichen Arbeitsfeldern der BAdW zuzurechnen. Diese letzteren beiden zählen zudem zusammen mit den Kommissionen für Geowissenschaftliche Hochdruckforschung, für Geomorphologie, für Neurowissenschaften und für Ökologie zu einer Gruppe von Kommissionen, die keine eigene Forschung betreiben, sondern deren Hauptaufgaben in der Beratung und Information von Politik und Öffentlichkeit sowie in der Forschungskoordination liegen.

b) Forschungsprogramm

Vorschläge für neue wissenschaftliche Themen und Schwerpunkte können einerseits durch die Mitglieder der BAdW eingebracht werden. Sie werden von der jeweiligen Klasse im interdisziplinären Dialog erarbeitet und gegeneinander abgewogen. Wenn ein Projekt durch die Klasse gebilligt wurde, wird zu dessen Durchführung entweder eine neue Kommission gegründet oder das Projekt einer der bestehenden Kommissionen zugeordnet. Da die landesseitig finanzierten Stellen und Mittel nur sehr eingeschränkt disponibel sind, wäre für die Neuaufnahme von landesfinanzierten Projekten eigentlich die Zuweisung zusätzlicher Stellen und ggf. Mittel erforderlich. Da dies in den vergangenen Jahren nicht erfolgte, gibt es inzwischen eine Reihe von Kommissionen, die ohne Personal und zum Teil auch ohne Sachmittel auskommen müssen.

Andererseits können Anträge zur Finanzierung neuer Projekte auch über das Akademienprogramm an die BAdW herangetragen werden. Antragsberechtigt sind promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unabhängig von der Mitgliedschaft in der Akademie. Die Arbeitsgruppe Akademienprogramm der BAdW und von ihr bestellte Gutachterinnen und Gutachter prüfen die wissenschaftliche Qualität des Antrags. Wird diese befürwortet, entscheidet – auf Grundlage einer Empfehlung der Wissenschaftlichen Kommission der Union der Akademien – die gemeinsame Wissenschaftskonferenz über den Antrag.

c) Publikationen und Tagungen, Praxistransfer

In Übereinstimmung mit ihrer Satzung betrachtet die BAdW Wissenstransfer, Gesellschafts- und Politikberatung und die Beteiligung an aktuellen Diskursen als zentrale Schwerpunkte ihrer Tätigkeit. Entsprechend hat sie Kommissionen eingerichtet, deren schwerpunktmäßige oder gar einzige Aufgabe die Beratung von Politik und Öffentlichkeit ist (vgl. A.II.1.b). Die BAdW erarbeitet zudem Stellungnahmen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen und wirkt als Gastgeber bzw. Teilnehmer an Reisen von Wissenschaftsdelegationen mit.

Im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 wurden neben drei feierlichen Jahressitzungen insgesamt 154 wissenschaftliche Vorträge, Gesprächsabende, Symposien und Podiumsdiskussionen in der Münchner Residenz durchgeführt, darunter auch Formate wie der „Girls’ Day“ oder die „Lange Nacht der Museen“.³⁰ Im selben Zeitraum veranstaltete die BAdW 101 nationale und internationale Konferenzen, die von insgesamt ca. 5.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, davon ca. 4.500 Nicht-Mitglieder der Akademie, besucht wurden. Zudem haben 168 der insgesamt 225 wissenschaftlichen Beschäftigten der BAdW in den Jahren 2008 bis 2010 auf Einladung insgesamt 545 Vorträge und Poster bei 240 verschiedenen Institutionen vorgestellt.

Die BAdW gibt vierteljährlich die kostenlose „Akademie Aktuell – Zeitschrift der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren pro Ausgabe, bei Sonderausgaben auch bis zu 6.000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift berichtet in Form von Themenheften über aktuelle Entwicklungen aus Forschung und Wissenschaft in der Akademie und ihrem Umfeld.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAdW veröffentlichten in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 201 Monographien, 307 Aufsätze in referierten Zeitschriften, 68 eigenständige referierte Internetpublikationen, 295 Beiträge zu Sammelwerken im Fremdverlag und 58 Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag.

d) Drittmittel

Die BAdW erreicht in den Jahren 2008 bis 2010 eine Drittmittelquote, d. h. ein Verhältnis von Drittmitteln zur Grundfinanzierung, von durchschnittlich 42 %. Sie hat in diesem Zeitraum konstant Drittmittel in Höhe von etwa 10 Mio. Euro jährlich und damit insgesamt knapp 31 Mio. Euro an Drittmitteln eingeworben. Hiervon stammt mit knapp 19 Mio. Euro der weit überwiegende Teil aus dem Akademienprogramm von Bund und Ländern. Ein weiterer sehr wichtiger Drittmittelgeber ist die DFG mit rund 6,5 Mio. Euro, weiterhin hat die BAdW in geringerem Umfang Drittmittel von der EU, Stiftungen und Wirtschaftsunternehmen eingeworben. Die BAdW selbst bezeichnet ihre Drittmittelquote im Berichtszeitraum als „sehr gut“.

Die Drittmittel sind nicht gleichmäßig über alle Bereiche der Akademie verteilt. Wird das Akademienprogramm als größter Drittmittelgeber ausgeklammert, zeigen sich v. a. das WMI mit rund 3,8 Mio. Euro und das LRZ mit rund 4,6 Mio. Euro als stark in der Drittmitteleinwerbung. Auf alle übrigen Kommissionen entfällt dann eine Drittmittelsumme von rund 2,1 Mio. Euro. Die BAdW führt dies zum einen auf den geringeren Mittelbedarf von geisteswissenschaftlichen Forschungsprojekten zurück, weist aber zum anderen auch darauf hin, dass die Beantragung von Fördermitteln häufig an fehlendem Personal scheitert. Eine Strategie oder ein Anreizsystem für die Einwerbung von Drittmitteln existiert bislang nicht.

³⁰ Außerhäuslich durchgeführte Veranstaltungen sind eingerechnet.

e) Kooperationen

Die BAdW unterhält insgesamt 174 Kooperationen zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, davon 84 zu internationalen Institutionen und 90 zu nationalen Institutionen.³¹ Von den zuletzt genannten entfielen 39 auf den Großraum München, bspw. kooperiert die BAdW mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), dem Zentrum für historische Sprachforschung (ZhF) und dem Münchner Zentrum für Editionswissenschaft (MüZE). Insgesamt waren die Kooperationspartner in 55 Fällen Hochschulen bzw. einzelne Hochschulinstitute oder Hochschullehrende, in 103 Fällen öffentliche nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen und in 16 Fällen Industrieunternehmen. Über die Akademienunion ist die BAdW besonders eng mit den anderen deutschen Wissenschaftsakademien, der Union Académique Internationale und ALL European Academies verbunden. Die Mehrheit der Kooperationsbeziehungen ist vertraglich geregelt. Die Art der Kooperation reicht von wissenschaftlichem Austausch über gemeinsame Publikationen oder Veranstaltungen bis zu gemeinsamen Forschungsprojekten.

Die BAdW als Gelehrtenengesellschaft und acht ihrer Kommissionen betreiben einen intensiven Schriftenaustausch mit Akademien, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland und 54 weiteren Ländern. Im Jahr 2010 hat die Akademie hierüber insgesamt 3.271 Veröffentlichungen im Austausch erhalten, wovon insbesondere die Bayerische Staatsbibliothek profitiert, da die Mehrheit der Medien ihr zur Verfügung gestellt werden.

In den Jahren 2008 bis 2010 haben 151 Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler von 67 verschiedenen Institutionen aus 28 Ländern die BAdW für Forschungsaufenthalte von mehreren Tagen bis zu zwei Monaten besucht.³² Im selben Zeitraum nutzten 30 wissenschaftliche Mitarbeitende der BAdW die Möglichkeit, einen Forschungsaufenthalt an anderen Einrichtungen im In- und Ausland zu verbringen.

f) Beteiligung an der Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Mitglieder der Akademie und der Kommissionen sind i. d. R. Hochschulprofessorinnen bzw. -professoren und in dieser Funktion in der Hochschullehre tätig. Zusätzlich erbringen 72 der insgesamt 225 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAdW an 22 verschiedenen Hochschulen insgesamt eine Lehrleistung von 151 Semesterwochenstunden. Der mit Abstand größte Anteil von 32 Semesterwochenstunden entfällt auf die LMU.

Da bisher keine entsprechenden Stellen an der Akademie vorhanden sind, können gemeinsame Berufungen nicht stattfinden. Die BAdW ist an den Berufungsverfahren der Institutsleiterinnen bzw. -leiter von LRZ und WMI beteiligt, die gleichzeitig ordentliche Professuren an einer der Münchner Universitäten innehaben.

³¹ Erfassung zum Stichtag 31.12.2010.

³² Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus München sind nicht eingerechnet.

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAdW promoviert, fünf haben sich habilitiert. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum 42 extern finanzierte Doktorandinnen und Doktoranden von acht deutschen und 28 ausländischen Universitäten von der BAdW wissenschaftlich betreut. Die BAdW geht davon aus, dass sich die Anzahl intern finanzierter Doktorandinnen und Doktoranden in Zukunft erhöhen wird, da in den eingeworbenen Drittmittelprojekten inzwischen immer mindestens eine, oft auch mehrere Doktorandenstellen vorgesehen sind.

Im Jahr 2010 hat die Akademie ein Förderkolleg ins Leben gerufen, das der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aller Fächer und der Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zu den bayerischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in Bayern dient. Insgesamt werden 18 Forschungsstipendien für eine Laufzeit von drei Jahren mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit vergeben, die mit 1 Tsd. Euro monatlich dotiert sind. Die Kosten werden je zur Hälfte vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK) sowie von der BAdW getragen.

Die BAdW bietet Möglichkeiten für Praktika und Studienabschlussarbeiten, wobei die Anzahl und Häufigkeit sich je nach Fachrichtung deutlich unterscheidet. Eine mit 20 bis 30 Bachelor-, Diplom- und Masterarbeiten pro Jahr besonders hohe Zahl von Studienabschlussarbeiten wird am WMI betreut, hier werden zudem etwa zehn Studierende pro Semester im Praktikum beschäftigt. Auch am LRZ und bei der Kommission für Erdmessung und Glaziologie werden regelmäßig Abschlussarbeiten in relevanter Anzahl betreut, deutlich niedriger liegen die Zahlen im geisteswissenschaftlichen Bereich.

g) Wissenschaftliche Qualitätssicherung

Alle Publikationen der BAdW werden vor Drucklegung von der sie betreuenden Kommission überprüft. Landesseitig finanzierte Projekte werden regelmäßig durch die Akademieleitung begutachtet.

Zu diesen internen Qualitätssicherungsmaßnahmen kommt für die im Akademienprogramm geförderten Vorhaben regelmäßige externe Evaluation hinzu. Diese erfolgt alle drei Jahre abwechselnd durch schriftliche Leistungsabfrage oder eine Begehung durch externe Gutachterinnen und Gutachter. Zudem verweist die BAdW auf die für alle Forschungsergebnisse geltende wissenschaftliche Qualitätskontrolle durch die Referierung von Zeitschriftenpublikationen und die Diskussion in der *Scientific Community* im Rahmen von Tagungen.

II.2 Serviceleistungen

Die BAdW schätzt, dass durchschnittlich 85 bis 95 % der Arbeitszeit der geisteswissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Forschung aufgewendet werden. Dieser Anteil liegt in anderen Bereichen deutlich niedriger. So stehen beim LRZ und der Deutschen Geodätischen Kommission durchschnittlich 20 %, beim WMI durch-

schnittlich 30 % und bei der Kommission für Erdmessung und Glaziologie rund 55 % der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals für Forschungsleistungen zur Verfügung.

Die jeweils verbleibende Zeit wird für die Erbringung von Serviceleistungen genutzt. Entsprechend des Auftrags der Akademie zählt die Gesellschafts- und Politikberatung zu den Aufgaben aller Kommissionen, sie nimmt aber unterschiedlich viel Raum ein. Während in den meisten Kommissionen der Forschungsanteil deutlich überwiegt, gibt es daneben die Kommissionen für Archäologie, für Geowissenschaftliche Hochdruckforschung, für Geomorphologie, für Inschriften, für Kulturanthropologie, für Neurowissenschaften und für Ökologie sowie das Forum Technologie, deren Hauptaufgaben in der Beratung und Information von Politik und Öffentlichkeit sowie in der Forschungscoordination liegen. Darüber hinaus weisen das WMI mit Heliumverflüssigung und Apparatebau sowie das LRZ mit dem Betrieb des Münchner Wissenschaftsnetzes im Deutschen Forschungsnetz als *National Research and Education Network* des internationalen Wissenschaftsnetzes deutliche Serviceschwerpunkte auf.

Die Serviceangebote der BAdW werden fast zur Hälfte (49 %) durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genutzt, an zweiter und dritter Stelle folgen mit einem Anteil von jeweils 11 % Behörden und die Öffentlichkeit. Zu den weiteren Nutzern zählen bspw. auch Museen/Restauratoren sowie Sammler/Antiquitätenhändler, die insbesondere Gutachten nachfragen.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Die BAdW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die ihre Angelegenheiten durch eine Satzung regelt. Diese bedarf der Zustimmung des StMWFK. Die zwei Klassen der Akademie setzen sich jeweils aus maximal 45 ordentlichen, ca. 40-50 entpflichteten ordentlichen Mitgliedern und maximal 80 korrespondierenden Mitgliedern sowie Ehrenmitgliedern zusammen. Zu ordentlichen und korrespondierenden Mitgliedern können laut § 14 der Satzung nur Gelehrte gewählt werden, deren Leistung „eine wesentliche Erweiterung des Wissensbestandes“ darstellt. Ordentliche Mitglieder müssen ihren Wohnsitz oder Dienort innerhalb Bayerns haben, sie sind zur Teilnahme an den Arbeiten und Sitzungen der Akademie verpflichtet. Von diesen Pflichten werden Mitglieder, die das 70. Lebensjahr überschritten haben, entbunden und als entpflichtete Mitglieder in die Höchstzahl der ordentlichen Mitglieder nicht mehr eingerechnet. Zu korrespondierenden Mitgliedern können nur Personen gewählt werden, die ihren Wohnsitz oder Dienort nicht in Bayern haben. Zum Ehrenmitglied kann gewählt werden, wer sich in besonderer Weise um die Akademie verdient gemacht hat, auch wenn diese Verdienste außerhalb der wissenschaftlichen Forschung liegen. Derzeit verfügt die BAdW in beiden Klassen zusammengenommen über 171 ordentliche Mitglieder, davon sieben Frauen, was

einem Anteil von 4 % entspricht.³³ Hinzu kommen insgesamt 149 korrespondierende Mitglieder, davon vier Frauen (2,7 %).³⁴

Die ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder bilden eine Philosophisch-historische und eine Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse. Diese sind gegenüber dem Vorstand autonom in ihren wissenschaftlichen Angelegenheiten. Sie halten Sitzungen ab, bei denen wissenschaftliche Vorträge gehalten werden sowie über Angelegenheiten der Klasse beraten und beschlossen wird. Für bestimmte wissenschaftliche Aufgaben, insbesondere die Betreuung von Forschungsprojekten, bilden die Klassen Kommissionen. Sie wählen hierzu die Mitglieder, von denen mindestens zwei auch Mitglieder der zuständigen Klasse sein müssen, sowie die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden der Kommission, die bzw. der ordentliches Mitglied der Akademie sein soll, aber nicht zwingend sein muss. Nicht-Mitglieder der Akademie werden für jeweils fünf Jahre in eine Kommission gewählt. Die Kommissionen fungieren als rechtlich unselbstständige wissenschaftliche Organisationseinheiten der Akademie.

Die ordentlichen Mitglieder beider Klassen bilden zusammen das Plenum der Akademie. Dieses berät und beschließt über wissenschaftliche und geschäftliche Angelegenheiten von besonderer Tragweite, wählt die Präsidentin bzw. den Präsidenten sowie die ordentlichen, korrespondierenden und Ehrenmitglieder, beschließt die Satzung sowie die Verleihung von Preisen und genehmigt und überwacht den Haushalt. Die Mitgliederwahl wird in Vorwahlen in den jeweiligen Klassen vorbereitet. Das Plenum kann für bestimmte Aufgaben Kommissionen bilden oder Ausschüsse einsetzen. Ein solcher Ausschuss, der sich aus bis zu sieben Mitgliedern, darunter jeweils eine Sekretarin bzw. ein Sekretar beider Klassen, zusammensetzt, bereitet Entscheidungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Beendigung, Durchführung und Evaluierung von Projekten im Akademienprogramm vor. Die letztgültigen Entscheidungen werden von der zuständigen Klasse getroffen. Eine Kommission bestehend aus dem Vorstand der BAdW sowie mindestens drei ordentlichen Mitgliedern je Klasse fungiert als Auswahlkommission für die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Förderkollegs der BAadW.

b) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Die Zusammenarbeit mit dem Zuwendungsgeber wird von der BAdW als gut und konstruktiv eingeschätzt. Zum Hauptzuwendungsgeber, dem Freistaat Bayern, besteht ein regelmäßiger Kontakt auf der Leitungs- und Arbeitsebene. Auch die Kooperation und Koordination mit der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz im Zusammenhang mit der Bewilligung von Forschungsprojekten im Akademienprogramm wird als zielgerecht und erfolgreich bewertet.

³³ 79 ordentliche Mitglieder in der Philosophisch-historischen Klasse, davon 5 Frauen, und 92 ordentliche Mitglieder in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, davon 2 Frauen. Stand 01.10.2011.

³⁴ 70 korrespondierende Mitglieder in der Philosophisch-historischen Klasse und 79 korrespondierende Mitglieder in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, davon jeweils 2 Frauen. Stand 01.10.2011.

c) Leitung

Organe der Akademie sind die Präsidentin bzw. der Präsident, der Vorstand, das Plenum und die Klassen. Die Präsidentin bzw. der Präsident steht an der Spitze der Akademie, führt die laufenden Geschäfte und fungiert als Dienstvorgesetzte bzw. Dienstvorgesetzter der Beschäftigten der BAdW. Sie oder er wird aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder auf drei Jahre gewählt, wobei die Besetzung alternierend aus den Mitgliedern der beiden Klassen erfolgt, Wiederwahl ist zulässig. Sie bzw. er erhält für die Dauer des Amtes eine angemessene Vergütung in Höhe einer Aufwandsentschädigung.

Zusammen mit der Amtsvorgängerin bzw. dem Amtsvorgänger, den vier Klassensekretarinnen bzw. -sekretaren und der Generalsekretärin bzw. dem Generalsekretär bildet die Präsidentin bzw. der Präsident den Vorstand der BAdW. Wesentliche Zuständigkeiten des Vorstands sind die Verteilung der zentral zugewiesenen Mittel und Stellen, die Verwaltung des Vermögens, der Vollzug des Haushaltsplans, die Beratung der Präsidentin bzw. des Präsidenten, Angelegenheiten des Akademienprogramms und der Mitgliedschaft in der Union der Akademien.

Die Klassen wählen jeweils zwei Sekretarinnen oder Sekretare aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder für vier Jahre, Wiederwahl ist zulässig. Sie wechseln sich jährlich in der Geschäftsführung der jeweiligen Klasse ab. Die jeweils nicht geschäftsführende Sekretarin bzw. der jeweils nicht geschäftsführende Sekretar der Klasse, der die Präsidentin bzw. der Präsident nicht angehört, vertritt diese bzw. diesen als 1. Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident. Als 2. Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident fungiert die jeweils nicht geschäftsführende Sekretarin bzw. der jeweils nicht geschäftsführende Sekretar der Klasse, der die Präsidentin bzw. der Präsident angehört. Die Klassensekretarinnen bzw. -sekretare erhalten ebenfalls eine Vergütung in Form einer geringen Aufwandsentschädigung für die Dauer der Amtszeit.

Zur Unterstützung der Akademiegeschäfte wird eine Generalsekretärin bzw. ein Generalsekretär auf Vorschlag des Vorstands durch das zuständige Staatsministerium ernannt. Diese bzw. dieser soll nicht Mitglied der Akademie sein und möglichst die Befähigung zum Richteramt haben. Sie bzw. er leitet die Verwaltung der BAdW und hat Stimmrecht im Vorstand in allen nicht ausschließlich wissenschaftlichen Angelegenheiten.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Die BAdW verfügt³⁵ über 109,15 Stellen für wissenschaftliches Personal, davon 107,5 tatsächlich besetzt. Hiervon entfallen 20 auf die Philosophisch-historische und 89,15

³⁵ Stichtag für alle Angaben zum Personal: 30.06.2011.

auf die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse. 30,15 dieser Stellen sind befristet besetzt. Hinzu kommen 93,51 drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen 58,54 befristet besetzt sind. Die insgesamt verfügbaren 202,66 Stellen für wissenschaftliches Personal sind derzeit mit 225 Personen besetzt. Ergänzt wird das wissenschaftlich arbeitende Personal durch zehn extern finanzierte Doktorandinnen und Doktoranden bzw. Forschende.

Im Bereich der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten verfügt die Akademie über 109,89 Stellen, von denen 108,45 tatsächlich besetzt sind. Diese werden ergänzt durch 14 nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter (Köpfe), die aus Drittmitteln finanziert werden.

Insgesamt sind damit an der BAdW aktuell 347 Personen beschäftigt.

Nach Angaben der BAdW bereitet die Gewinnung und Haltung von qualifiziertem Personal Schwierigkeiten. Die Gründe hierfür sieht sie in den hohen Anforderungen an die Spezialisierung der Beschäftigten im geisteswissenschaftlichen Bereich und im Gehaltsgefüge des öffentlichen Dienstes, das insbesondere für Bewerberinnen und Bewerber aus den Naturwissenschaften häufig unattraktiv sei. Aus diesem Grund sowie wegen der Befristung der Verträge, die wesentlich aus der Drittmittelfinanzierung von Projekten resultiere, komme es zu einer hohen Personalfuktuation.

Unter den 225 wissenschaftlich Beschäftigten finden sich 63 Frauen, was einem Anteil von 28 % entspricht. Der Anteil von Frauen unter den Beschäftigten insgesamt beläuft sich auf rund 35 %, unter den Beschäftigten mit Leitungsfunktion liegt der Anteil mit rund 33 % leicht darunter.³⁶ Die BAdW hat sich im Jahr 2011 ein Gleichstellungskonzept für den Personalbereich gegeben, das auf eine ausgewogene Beteiligung von Frauen in allen Bereichen, die Sicherung der Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzielt.

b) Finanzen

Im Jahr 2011 verzeichnete die BAdW Gesamteinnahmen in Höhe von rund 31,7 Mio. Euro. Hiervon entfielen rund 16,7 Mio. Euro auf Staatszuschüsse, in denen ein Staatszuschuss für den Hochleistungsrechner des LRZ in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro sowie der Zuschuss des Freistaates Bayern zum Akademienprogramm in Höhe von rund 3,4 Mio. Euro enthalten sind. Hinzu kommt der Bundeszuschuss zum Akademienprogramm in derselben Höhe. Vervollständigt werden die Einnahmen durch Mittel für Personalausgaben in Höhe von rund 11,5 Mio. Euro sowie eigene Einnahmen der BAdW in Höhe von knapp 390 Tsd. Euro. Die Gesamtausgaben im Jahr 2011 entsprechen den Einnahmen.

³⁶ Zeitpunkt der Erfassung hier abweichend 01.03.2011.

Die BAdW verfügt nicht über einen Globalhaushalt oder eine entsprechende Vorstufe. Eine Kosten-Leistungs-Rechnung ist bisher nicht eingeführt. Sie bewertet die Flexibilität innerhalb des Haushaltes als beschränkt, insbesondere kann die Aufnahme neuer Projekte derzeit nur durch Kürzungen bei laufenden Vorhaben finanziert werden. Innerhalb der verschiedenen Kapitel des Körperschaftshaushalts gibt es Titelgruppen und Bereiche mit gegenseitiger Deckungsfähigkeit, innerhalb derer die Mittel flexibel eingesetzt werden können. Die Akademie nutzt die Möglichkeit zur Stellenumwandlung im Haushaltsvollzug.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Die Satzung schreibt fest, dass der Freistaat Bayern der Akademie angemessene Räumlichkeiten nach Maßgabe des Staatshaushaltes bereitstellen muss. Derzeit stehen der BAdW insgesamt 186 Räume zur Verfügung:

| | Büros/Hauptnutzfläche | Bibliotheken, Veranstaltungsräume, Labors, Lager | Gesamt |
|--|----------------------------|--|-----------------------------|
| BAdW Hauptgebäude | 2.886 m ² | 5.284 m ² | 8.170 m ² |
| LRZ (ohne Rechner und Hörsaaltrakt) | 5.826 m ² | 2.823 m ² | 8.649 m ² |
| WMI | 569 m ² | 4.426 m ² | 4.995 m ² |
| Externe Arbeitsstellen an Universitäten etc. | | | 858 m ² |
| Gesamt | 9.281 m² | 12.533 m² | 22.672 m² |

Die Akademie beklagt eine unzureichende räumliche Ausstattung, die z. B. darin zum Ausdruck komme, dass häufig bis zu drei Personen sich ein Arbeitszimmer teilen und diese Zimmer zusätzlich noch als Archiv oder zur Unterbringung der Handbibliothek genutzt würden.

A.IV. Künftige Entwicklung

In Vorbereitung der für das Jahr 2012 bevorstehenden Evaluation hat die Akademie im Jahr 2011 eine Akademie Agenda erarbeitet, in der Ziele der Akademie für die nächsten Jahre festgehalten werden. Diese Ziele betreffen schwerpunktmäßig folgende Bereiche:

- Stärkung der Vernetzung mit kooperierenden Einrichtungen wie bspw. den Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns oder den Monumenta Germaniae Historica, durch die Schaffung einer „institutionellen Mitgliedschaft“,
- bessere Vernetzung mit Universitäten durch die Schaffung von Akademienprofessuren, Seniorprofessuren und die Zusammenarbeit im Rahmen von *Graduate Schools*,

- Stärkung der Richtlinienkompetenz des Vorstands, bspw. durch Einführung eines Initiativrechts in der Einrichtung und Auflösung von Kommissionen und bei Zuwahlen,
- Verstetigung und Weiterentwicklung des Förderkollegs,
- Bereitstellung und weitere Verbesserung zentraler Dienstleistungen (Digitalisierung, Langzeitarchivierung),
- Hauptamtlichkeit der Präsidentschaft und Unterstützung durch eine persönliche Referentin bzw. einen persönlichen Referenten in Vollzeit,
- Neuordnungen bei der Einbindung einzelner Kommissionen mit Sonderstatus in die BAdW (insbesondere die in Vereinsstruktur organisierte Deutsche Geodätische Kommission, die durch besonders ausgewiesenen Zuschuss finanzierte Kommission für bayerische Landesgeschichte sowie die rechtlich und finanziell eigenständige Historische Kommission bei der BAdW unter Einbezug des Historischen Kollegs),
- Verbesserungen in der Beratung von Politik und Gesellschaft, bspw. durch Maßnahmen für eine schnellere Reaktionsfähigkeit auf aktuelle Bedarfe,
- stärkere Fokussierung von Forschungsprojekten,
- Stärkung multi- und interdisziplinären wissenschaftlichen Arbeitens,
- Verbesserungen in der wissenschaftlichen Qualitätssicherung,
- Verbesserung der sächlichen Ausstattung der BAdW (IT-Ausstattung, Räumlichkeiten),
- Verbesserung der personellen Ausstattung sowohl auf Ebene der Kommissionen als auch in der Zentralverwaltung,
- verbesserte finanzielle Ausstattung, insbesondere Erhöhung des Fortbildungsetats, der Reisemittel, der Mittelansätze für Bewirtschaftungskosten und der Mittel zur Durchführung von Veranstaltungen.

Ein größeres Vorhaben betrifft zudem die Gründung eines Akademieinstituts für Geodäsie und Geophysik (AIGG) durch die Integration des Deutschen Geodätischen Forschungsinstituts (DGFI) in die Akademie und die anschließende Zusammenführung mit der Kommission für Erdmessung und Glaziologie.

B. Bewertung

B.1 Bedeutung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

In der Tradition der Akademien der Wissenschaften definiert sich die Bayerische Akademie der Wissenschaften (BAdW) als eine Gelehrtensozietät, die sich durch Zuwahlen ausgewiesener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer wieder erneuert. Generell liegt die besondere Attraktivität der Akademien in der hohen Reputation, die mit der Zuwahl verbunden ist. Ihrer Verfasstheit als Landesakademie entsprechend residieren die ordentlichen Mitglieder der BAdW im Freistaat Bayern. Von diesem Status einer schwerpunktmäßig regional aufgestellten Gelehrtenengesellschaft zu unterscheiden ist die BAdW in ihrer Eigenschaft als forschende Einrichtung, die auch grenzüberschreitend agiert. Forschung wird innerhalb der BAdW zum einen innerhalb der Kommissionen betrieben, zum anderen in eingegliederten Forschungsein-

richtungen wie dem Walter-Meißner-Institut für Tieftemperaturforschung (WMI). Dieser Betrieb eigener Forschungsinstitute hebt die BAdW von anderen vergleichbaren Akademien ab. In der Bewertung der Leistungen und Bedeutung der BAdW sind die beiden Bereiche der Gelehrtensozietät und der BAdW als forschender Einrichtung differenziert zu betrachten.

Als Gelehrtensozietät ist die BAdW wie andere Akademien vor die Schwierigkeit gestellt, dass die Mitglieder ihre Forschungsleistungen im Wesentlichen an anderer Stelle, nämlich an den Universitäten und den nichtuniversitären Forschungseinrichtungen erbringen. Demgegenüber verfügt sie aber über großes Potenzial, ein Ort des Brückenschlags sein zu können – des Brückenschlags einerseits zwischen den Bereichen der Universitäten und der nichtuniversitären Forschungseinrichtungen, die trotz der Dynamisierung des lange Zeit als „versäult“ charakterisierten deutschen Wissenschaftssystems weiterhin häufig getrennt voneinander funktionieren; des Brückenschlags andererseits zwischen den Disziplinen, als ein Ort des Austauschs zwischen Geistes-, Natur-, Sozial- und Lebenswissenschaften. Auch wenn die BAdW dieses Potenzial bislang noch nicht voll auszuschöpfen versteht und sich die reklamierte Interdisziplinarität häufig noch als Pluridisziplinarität präsentiert, so sind doch zahlreiche Ansätze zu erkennen, den disziplinenübergreifenden Dialog, bspw. durch entsprechende Veranstaltungsreihen, zu befördern. Hierin liegt eine große Chance nicht nur zur weiteren Profilierung der Akademie im Konzert der Landesakademien und in der deutschen Wissenschaftslandschaft insgesamt, sondern auch zur Erhaltung und Erneuerung der Institution der Gelehrtenengesellschaft als identitätsstiftendes Element der Akademie. Die Stärkung des Austauschs zwischen den Disziplinen bietet die Möglichkeit, das Konzept der Gelehrtenengesellschaft in die Zukunft zu führen und hieraus ein Alleinstellungsmerkmal der Akademien zu entwickeln. Dafür darf die Entwicklung dieses Austauschs jedoch nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern muss in entsprechenden Einrichtungen und Formaten institutionalisiert werden. Die Akademie sollte daher die schon begonnenen Ansätze konsequent weiterverfolgen und den Austausch zwischen den Disziplinen als zentrales Element der Erneuerung der Gelehrtensozietät in geeigneter Weise weiterentwickeln.

Die innerhalb der BAdW betriebene Forschung hingegen ist in aller Regel disziplinär aufgestellt. In diesem Bereich wird weniger die Interdisziplinarität als vielmehr die Langfristigkeit der bearbeiteten Forschungsprojekte als Alleinstellungsmerkmal der BAdW verstanden. Bearbeitungszeiten bis zu mehreren Jahrzehnten sind nicht nur in den Geistes-, sondern auch in den Naturwissenschaften keine Seltenheit. Die Akademie sollte jedoch den Versuch unternehmen, neben der Langfristigkeit auch in den Forschungsprojekten Interdisziplinarität zunehmend zum Charakteristikum der innerhalb der BAdW betriebenen Forschung zu machen und hierfür entsprechende Forschungsprojekte zu entwickeln. Dies würde zu einer klareren Profilierung der BAdW und zu einer stärkeren Verklammerung der bislang häufig getrennt operierenden Bereiche der Gelehrtenengesellschaft und der Forschungseinrichtung führen.

Daneben bietet die Akademie im Vergleich mit den Universitäten und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen einen einzigartigen Rahmen, der Freiheit der For-

schung zu neuer Geltung zu verhelfen. Als ein Erprobungsraum könnte die Akademie sich als ein Ort verstehen, an dem sich Forschungsprojekte auf die Prüfung von Hypothesen oder besonders risikoreiche Ansätze konzentrieren, und dies zu einem weiteren Element ihrer Profilierung machen.

Eine entschiedenerere thematische Profilierung würde der BAdW auch im Konzept der deutschen Akademien zugutekommen. Hier haben sich in den vergangenen Jahren Verschiebungen im Gefüge der Akademien ergeben, die sich nicht immer zum Vorteil der BAdW ausgewirkt haben. Die Leopoldina und die acatech haben eine nationale Rolle inne. Hierdurch könnte die BAdW trotz herausragender Leistungen ein wenig ins Hintertreffen geraten. Sie hat aber bei entsprechender Aufstellung durchaus die Chance, ihre Stellung unter den geänderten strukturellen Bedingungen zu halten und auszubauen.

B.II Arbeitsbereiche

Die derzeit 26 Kommissionen der Philosophisch-historischen Klasse, neun Kommissionen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und drei klassenübergreifende Kommissionen widmen sich in dezentraler Organisation der Grundlagenforschung, dem Betrieb der Forschungsinstitute und der Bereitstellung von Serviceleistungen. Zu letzteren zählt die Akademie auch Gesellschafts- und Politikberatung.

II.1 Forschung

Aufgrund der Diversität der bearbeiteten Forschungsprojekte lässt sich die Frage nach der Qualität der Forschung nicht einheitlich beantworten. Diese stellt sich heterogen dar und reicht von Projekten mit nur regionaler Ausstrahlung bis hin zu Arbeiten mit internationaler Wirkung. Eine detaillierte Begutachtung aller 38 Kommissionen war im Rahmen dieser Evaluation der BAdW nicht möglich und auch nicht vorgesehen. Die folgenden Bewertungen nehmen daher im Wesentlichen die übergreifenden Arbeitsfelder der BAdW und ihre Funktion für die BAdW als Gesamtinstitution in den Blick. Insofern einzelne Forschungsbereiche aufgrund ihrer Größe bzw. ihres exemplarischen Charakters von besonderer Bedeutung für die BAdW sind, wird allerdings auch näher auf deren Leistungsfähigkeit eingegangen.

In der Gesamtbetrachtung zeichnen die BAdW konstant gute Drittmittelinwerbungen aus und im Vergleich mit den anderen Landesakademien sehr gute Erfolge in den Einwerbungen aus dem Akademienprogramm von Bund und Ländern. Der Grad der Publikationstätigkeit kann ebenso überzeugen wie die Vortragsaktivitäten der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Allerdings haben die verschiedenen Bereiche der Akademie sehr unterschiedlichen Anteil an diesen Erfolgen, die Leistungsfähigkeit der Kommissionen insbesondere stellt sich extrem heterogen dar. Das LRZ und das WMI stechen im Bereich der Drittmittelinwerbungen deutlich hervor. Dies korrespondiert mit entsprechenden Forschungsleistungen. Das LRZ übernimmt innerhalb des Verbundes Gauss Centre for

Supercomputing (GCS) zusammen mit den Rechenzentren in Jülich und Stuttgart eine europaweite Vorreiterrolle in der Etablierung des europäischen Höchstleistungsrechnerverbundes Partnership for Advanced Computing (PRACE). Das WMI zählt im Feld der Tieftemperaturforschung ebenfalls zu den national führenden Einrichtungen mit internationaler Ausstrahlung.

Durch die starke Position dieser beiden Institute ergibt sich innerhalb der Akademie allerdings ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten der Naturwissenschaften, da die Geisteswissenschaften nicht über einen vergleichbaren „Leuchtturm“ verfügen. Dies liegt nicht an einer per se geringeren Leistungsfähigkeit der geisteswissenschaftlichen Forschung, sondern vielmehr an der Kleinteiligkeit der Projekte und korrespondierenden Kommissionen. Diese Zersplitterung führt dazu, dass die einzelnen Kommissionen häufig über eine deutlich unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung verfügen, um eine kritische Masse und entsprechende Sichtbarkeit erzeugen zu können. Dennoch hat auch die geisteswissenschaftliche Forschung in der BAfW das Potenzial, eine national bzw. international führende Position einzunehmen, in Teilen wird dieses Potenzial auch bereits umgesetzt. So verfügt bspw. das Thesaurus Linguae Latinae aufgrund der internationalen Aufstellung und Vernetzung des Projektes über entsprechende große Ausstrahlung. Insgesamt aber ist eine stärkere Bündelung im Bereich der Geisteswissenschaften bzw. die Möglichkeit zur Beendigung von Arbeitsgruppen erforderlich (vgl. B.III.1.b), um eine größere Zahl von Forschungsprojekten auf dieses Niveau zu heben.

Am Beispiel des Thesaurus Linguae Latinae zeigt sich eindrücklich die Wichtigkeit einer starken Vernetzung. Dies gilt nicht nur für die einzelnen Forschungsprojekte, sondern auch auf der Ebene der Gesamtakademie. Auch wenn die BAfW bereits eine beeindruckende Anzahl von Kooperationsbeziehungen unterhält, sind in diesem Feld weitere Anstrengungen vonnöten. Auf der Ebene der Kooperationsbeziehungen spiegelt sich derzeit der Befund einer starken Münchner Dominanz, der sich auch im Bereich der Zuwahlen (vgl. B.III.1.a) zeigt. Daher wird empfohlen, dem Anspruch an eine Bayerische Akademie über einen Ausbau der Beziehungen zu den bayerischen Universitäten außerhalb Münchens nachzukommen.

II.2 Serviceleistungen

Die sehr guten Forschungsleistungen am LRZ und WMI schlagen sich entsprechend in der Qualität der von ihnen für die Münchner und bayerische Wissenschaftslandschaft bereitgestellten Serviceleistungen nieder. Diese sind für die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems von hoher Bedeutung.

Neben diesen Serviceleistungen für Forscherinnen und Forscher bildet die Beratung von Politik und Öffentlichkeit einen wichtigen Pfeiler im Aufgabenportfolio der BAfW. Auch in diesem Bereich erscheint allerdings eine Bündelung der Kräfte zum Zweck weiterer Professionalisierung angeraten. Derzeit werden Aktivitäten des Wissenstransfers und der Öffentlichkeitsarbeit mehrheitlich dezentral in den verschiedenen Abteilungen und Forschungsprojekten der BAfW verfolgt. Der großen Bedeutung, die die BAfW diesem Tätigkeitsfeld einräumt, sollte durch die Schaffung einer überge-

ordneten Stabsstelle mit entsprechender Aufgabenstruktur entsprochen werden, die für alle Kommissionen tätig werden kann.

Angesichts einer Vervielfachung von Angeboten und Akteuren gerade im Bereich der Politikberatung sollte im Zuge dessen aber auch die Nachfrage nach den Beratungsangeboten der Akademie einer Prüfung unterzogen werden, um den tatsächlichen Bedarf zu eruieren. Sollte sich bei dieser Prüfung herausstellen, dass die Angebote nicht in der gewünschten Weise nachgefragt werden, könnten diese ggf. zugunsten vermehrter Informationsangebote für die Öffentlichkeit reduziert werden, die sehr guten Zuspruch erhalten. Insbesondere die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen stieß auf großes öffentliches Interesse und dokumentiert einen Bedarf, der durch eine unabhängige Akademie gedeckt werden kann.

B.III Organisation und Ausstattung

III.1 Zur Organisation

Ihre inhärente Zweiteilung in Gelehrtenengesellschaft und Forschungseinrichtung stellt die Akademie vor besondere Herausforderungen, um zu verhindern, dass diese beiden Bereiche weitgehend unabhängig voneinander funktionieren. Dieser Gefahr sollte seitens der BAdW systematisch entgegengewirkt werden, da sie sonst einen großen Vorteil ihrer Struktur ungenutzt ließe.

a) Mitgliederstruktur

Als Gelehrtenengesellschaft vereinigt die Akademie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung ihres jeweiligen Faches geleistet haben. Primäres und notwendiges Kriterium der Aufnahme in die Akademie muss darum auch weiterhin die wissenschaftliche Ausgewiesenheit der Berufenen sein. Das Ziel der homogenen höchsten Qualität schließt aber eine notwendige Vielfalt in anderen Hinsichten nicht aus. Vielmehr bietet gerade die exzellente bayerische Wissenschaftslandschaft ein so großes Potenzial, dass auch bei Beachtung der Qualitätsauswahl eine bessere Repräsentanz der (bayerischen) Wissenschaftslandschaft durch die künftigen Zuwahlen erreicht werden kann. Das gilt vor allem für die vermehrte Gewinnung jüngerer Mitglieder und für eine Erhöhung des Anteils von Frauen. Bei der regionalen Verteilung innerhalb Bayerns sollen verstärkt Mitglieder außerhalb der Münchner Institutionen einbezogen werden.

Die Einrichtung des Förderkollegs wird als Möglichkeit, junge Forscherinnen und Forscher früh an die Akademie heranzuführen, ausdrücklich begrüßt und daher die Verstärkung des Kollegs nachdrücklich empfohlen. Allerdings sollten in der Weiterführung gegenüber dem jetzigen Stand leichte Modifikationen vorgenommen werden. So sollte sich die BAdW um einen stärkeren Einbezug der Mitglieder des Kollegs in das Akademieleben bemühen. Zudem sollte die Anbindung der Stipendiatinnen und Stipendiaten auch über die Zeit der eigentlichen Förderung hinaus fortgeführt werden, bspw. durch die Etablierung eines Status als Alumna bzw. Alumnus des Kollegs. Um die Attraktivität des Kollegs zu steigern, sollte es zudem über einen eigenen klei-

nen Etat zur Durchführung von Veranstaltungen o. ä. verfügen. Damit verbunden sollten den Mitgliedern des Kollegs mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten bspw. in der Auswahl von Vortragenden eingeräumt werden. So könnten die Stipendiatinnen und Stipendiaten die Angebote des Kollegs passgenau auf ihre Bedürfnisse zuschneiden und optimal von ihnen profitieren. Darüber hinaus wäre zu prüfen, nicht das biologische, sondern das akademische Alter der Antragsteller zum Kriterium für die Vergabe von Stipendien zu machen, sodass bspw. eine Aufnahme in die Förderung nur innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Abschluss einer Promotion möglich wäre.

Weiterhin sollte die BAdW sich darum bemühen, die korrespondierenden Mitglieder stärker in das Akademieleben einzubeziehen. Ob hierzu eine Änderung des Statuts erforderlich ist, um die Mitwirkungsmöglichkeiten der korrespondierenden Mitglieder zu erhöhen, oder ob sich das Ziel eines stärkeren Einbezugs auch durch Maßnahmen unterhalb einer Statutsänderung verwirklichen lässt, bspw. über verstärkte Beteiligung der korrespondierenden Mitglieder in der Leitung von Kommissionen, bleibt zu überprüfen.

b) Interne Struktur

Die vergangenen Jahre zeigten eine Phase starker Dynamisierung im deutschen Wissenschaftssystem. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen und stellt daher an die Einrichtungen im Wissenschaftssystem die Anforderung, sich innerhalb veränderter Rahmenbedingungen immer wieder neu zu positionieren. Diesem Anspruch sieht sich auch die BAdW ausgesetzt.

Die Kommissionen bilden das Herzstück des Forschungsbereichs der BAdW und stellen als solche das entscheidende Bindeglied zwischen den beiden Teilbereichen der Akademie, der Forschungseinrichtung und der Gelehrtenegesellschaft, dar. Daher müssen die Kommissionen auch als Ansatzpunkt für eine Erneuerung der Akademie fungieren. Dazu sollte zunächst eine klarere Struktur in die Vielzahl der Kommissionen gebracht werden. Dies sollte auf zwei Arten geschehen. Zum einen sollte der Diversität der Funktionen, die die Kommissionen übernehmen, durch eine entsprechende Typologie Rechnung getragen werden. Diese Typologie sollte – auch in der Bezeichnung der Kommissionen – verdeutlichen, welche Aufgabe die jeweilige Kommission schwerpunktmäßig wahrnimmt. Dies kann das Betreiben eines eigenen Forschungsprojekts sein, aber auch die Beratung von Politik und Öffentlichkeit, der Betrieb von Forschungsinstituten im Sinne eines Beirats oder auch eine Funktion als disziplinäre Kontaktstelle.

Zum anderen sollte die Strukturierung durch einen systematischen Zuschnitt von Kommissionen in größere, den einzelnen Forschungsprojekten übergeordnete, operative Einheiten erfolgen. So lassen sich bspw. im Bereich der geisteswissenschaftlichen Projekte jeweils übergeordnete Kommissionen für Lexikographie, für Quelleneditionen und für Texteditionen bilden, unter denen die derzeit in getrennten Kommissionen verfolgten Aktivitäten in diesen Bereichen zusammengeführt werden können. Hier wären vor allem in methodischer Hinsicht (Editionsprinzipien; Effektivierung durch Nutzung digitaler Instrumente) beträchtliche Synergien möglich. Ähnliche Bün-

delungen sind in anderen Forschungsbereichen möglich. Solchermaßen strukturierte Kommissionen größeren Zuschnitts bieten auch deutlich verbesserte Möglichkeiten zur Drittmittelwerbung wie auch zur Kooperation mit bzw. auch zur Integration von ähnlich arbeitenden Einrichtungen wie bspw. der Monumenta Germaniae Historica für den Bereich der Quelleneditionen wie auch der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Bereich der Texteditionen. Zudem sollte eine entsprechende Umstrukturierung auch für eine Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen genutzt werden. Dies bietet die Chance, der Kleinteiligkeit der Kommissionen in der Philosophisch-historischen Klasse entgegenzuwirken und so die Geisteswissenschaften in der Balance gegenüber den Naturwissenschaften nachhaltig zu stärken. Die bisherigen, an jeweils einzelne Projekte gebundenen Kommissionen könnten als Unter-Kommissionen weitergeführt werden.

Zu einer Umstrukturierung im Bereich der Kommissionen muss aber auch eine Professionalisierung der Prozesse, insbesondere in der Einrichtung und der Auflösung von Unter-Kommissionen, hinzutreten. Unter-Kommissionen sollten standardmäßig befristet sowie mit klar definierter Aufgabe eingerichtet werden. Hierzu sollte für die Langfristprojekte, insbesondere in den Geisteswissenschaften, bei Aufnahme bzw. bei Beantragung der Förderung jeweils auch geprüft werden, ob sich die Bearbeitungszeit durch den Einsatz von mehr Personal verkürzen ließe. Dazu sollten alle Kommissionen und Unter-Kommissionen regelmäßigen, anlassbezogenen Evaluationen nach klar vereinbarten Qualitätskriterien unterzogen werden. Sollte sich in einzelnen Fällen doch eine Verstetigung in der Bearbeitung eines Forschungsprojektes als nötig erweisen, so sollte die Möglichkeit einer Ausgliederung aus der Akademie in Form eines eigenständigen Forschungsinstituts einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden, um innerhalb der Akademie immer wieder Freiräume für neue Projekte schaffen zu können.

Auch bei einer großen Forschungseinrichtung der BAdW wie dem WMI ist grundsätzlich die Herauslösung aus der BAdW vorstellbar und sollte unter Einbezug aller Akteure entsprechend erwogen werden. Die auch im internationalen Maßstab sehr hohe Qualität der Forschungsarbeiten des WMI lässt dies zum derzeitigen Zeitpunkt als nicht gerechtfertigt erscheinen. Hingegen sollten Veränderungen in der Kommission vorgenommen werden, die die Beiratsfunktion für das WMI übernimmt. Dies betrifft zum einen die Besetzung, die über Bayern und auch Deutschland hinaus ausgeweitet und auch die kooperierenden Einrichtungen des WMI einbeziehen sollte. Zum anderen bedarf es einer klaren Aufgabenzuschreibung für diese Kommission, die derzeit nicht nur als wissenschaftlicher Beirat fungiert, sondern in Teilen auch Aufgaben eines Aufsichtsrats bzw. auch eines Kuratoriums übernimmt. Diese Funktionen sollten nicht miteinander vermischt werden. Dies gilt generell für die Kommissionen, die eine ähnliche Rolle übernehmen. Es bedarf einer Governance, in der die verschiedenen Funktionen in der Leitung von Forschungsprojekten und -einrichtungen und deren Beratung klar getrennt voneinander wahrgenommen werden.

Das LRZ sollte auch auf lange Sicht innerhalb der BAdW verbleiben. Diese Konstruktion bietet den Vorteil einer großen Nähe zu den Universitäten bei gleichzeitiger Wahrung der Neutralität sowie der Anbindung an eine große Breite von Disziplinen.

Um die Einbindung aber zu beiderseitigem Gewinn zu gestalten, sollte die Zusammenarbeit des LRZ mit der Akademie noch weiter gestärkt werden. Die Langfristigkeit der Akademieprojekte, die im Bereich von Jahrzehnten liegen kann, steht in Kontrast zur dynamischen Entwicklung von Konzepten in der Informatik, die das LRZ immer sehr schnell in neue Serviceangebote umsetzt. Zurzeit entwickeln sich darüber hinaus an allen Rechenzentren neue Konzepte der Langzeitarchivierung von Daten, die zum einen den Wissenschaftlern als Dienst zur Verfügung gestellt werden können, zum anderen in ihrer Konzeption aber einer Zuarbeit jener Wissenschaftler bedürfen, bei denen langfristige Datenarchivierung ein wichtiger Aspekt ihrer Forschungsarbeit ist. Beide Seiten sollten sich verpflichtet fühlen, eine konstante Zusammenarbeit zu pflegen. Insbesondere sollte das LRZ proaktiv an die Geisteswissenschaften in der BAdW herantreten, die derzeit über die Serviceangebote des LRZ für die von ihnen betriebene Forschung, v. a. im Bereich der Digitalisierung, häufig nicht gut informiert sind. Die Vertreter der Philosophisch-historischen Klasse sollten bei der Bildung von Unterkommissionen standardmäßig eine Stellungnahme des LRZ einholen. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, feste Ansprechpartner für die Kommissionen innerhalb des LRZ zuzuweisen, die über Kompetenzen zu den in der Kommission einsetzbaren Informatikkonzepten verfügen und die Kommissionen (regelmäßig) beraten können. Als weitere Maßnahme sollten zudem mindestens zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter der Geisteswissenschaften in die Kommission für Informatik berufen werden.

Davon unabhängig sollte die Möglichkeit geprüft werden, die Leitung des LRZ über eine Akademieprofessur zu berufen. Auch wenn die derzeitige Konstruktion, nach der die Leiterin bzw. der Leiter eine Professur an einer der Münchner Universitäten innehat, momentan noch weitgehend reibungslos zu funktionieren scheint, so sind doch strukturelle Schwierigkeiten absehbar, die Lehrstuhlaufgaben einer Universitätsprofessur neben der Vollzeitaufgabe der Leitung des LRZ adäquat auszufüllen.

Die beschriebenen Umstrukturierungen im Bereich der Kommissionen und Institute sollten als *bottom-up*-Prozess gestaltet werden. Erst im Anschluss daran sollte die Professionalisierung der Akademieleitung in Angriff genommen werden, die in der „Akademie Agenda“ vorgeschlagen und von der Evaluierungskommission empfohlen wird. Das bedeutet insbesondere, dass das Amt der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Akademie mittelfristig im Hauptamt wahrgenommen und mit einer Referentenstelle ausgestattet werden sollte. Die Besoldung müsste so bemessen sein, dass die Aufgabe für Spitzenwissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftler attraktiv ist. Ein solchermaßen professionalisiertes Präsidium muss dann auch mit entsprechenden Richtlinienkompetenzen in der Leitung und Profilierung der BAdW ausgestattet werden, um innerhalb der Akademie eine Verschiebung der Gewichte zugunsten des Vorstandes herzustellen. Dies betrifft insbesondere auch die Mitbestimmung bei der Aufnahme und Auflösung von Kommissionen und Forschungsprojekten.

III.2 Zur Ausstattung

Die Ausstattung der BAdW gestaltet sich im Vergleich der Kommissionen sehr divers, sodass Aussagen zu diesem Bereich nicht mit Gültigkeit für alle Kommissionen getätigt werden können. Es gibt mittlerweile eine nicht geringe Zahl von Kommissionen,

die ohne Personal und zum Teil auch ohne Sachmittel auskommen müssen. Effektive Forschungsarbeit erscheint auf diese Weise nur schwerlich umsetzbar. Auch aus diesem Grund sollte die Bündelung von Kommissionen, insbesondere in den Geisteswissenschaften, vorangetrieben werden (vgl. B.III.1.b). Darüber hinaus sollte man alles daransetzen, kleine Projekte auf kürzere Dauer zu konzentrieren, dafür aber finanziell stärker zu dotieren.

Die Akademie insgesamt verfügt über weitgehende Autonomie in der Verwaltung ihrer Mittel. Im Fall der beiden großen Forschungsinstitute, WMI und LRZ, stellt sich die Situation unterschiedlich dar. Während das LRZ sein Budget direkt mit dem StMWFK verhandelt und daher gegenüber der Akademie über weitgehende Unabhängigkeit in der Planung seines Haushalts verfügt, erhält das WMI sein Budget über den Haushalt der Akademie. Die landesseitige finanzielle Ausstattung des WMI ist allerdings im Hinblick auf die notwendige Erneuerung des Geräteparks des Instituts sehr knapp ausgestaltet, sodass das WMI auch für sein Kerngeschäft sehr stark auf Drittmittel angewiesen ist.

Der Bereich der Infrastruktur stellt sich insbesondere im Akademiehauptgebäude, der Münchner Residenz, problematisch dar. Hier ist ein großer Sanierungsstau zu verzeichnen, durch den eine adäquate Unterbringung für zumindest Teile des Personals der Akademie nicht gesichert ist. Zudem sorgt die räumliche Knappheit in der Residenz dafür, dass die Unterbringung des Personals sehr beengt ist. In der Regel teilen sich mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Arbeitszimmer, das nicht selten noch einer Doppelnutzung als Bibliotheks- oder Archivraum unterworfen ist. Im Bereich der räumlichen Ausstattung bedarf es daher dringend deutlicher Verbesserungen.

Auch unabhängig von der Unterbringung des Personals gibt es für die Akademie noch Bedarf, ihre Attraktivität als Arbeitgeberin weiter zu verbessern. Hierzu sollte ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden, in dem insbesondere auf die beständige Weiterqualifikation des Personals Wert gelegt werden sollte, um zu großer Spezialisierung v. a. der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den geisteswissenschaftlichen Forschungsprojekten entgegenzuwirken. Dies könnte auch genutzt werden, um im Zuge einer Professionalisierung der Einrichtungs- und Auflösungsprozesse für Kommissionen einen akademieinternen Stellenpool einzurichten, der sich aus den unbefristet eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beendeter Forschungsprojekte speist und aus dem bei passender Qualifikation die Personalausstattung neu einrichtender Projekte bestritten werden kann. Die Schaffung größerer operativer Einheiten sollte zudem genutzt werden, um verbesserte Austauschmöglichkeiten zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den unterschiedlichen Projekten zu schaffen.

B.IV Künftige Entwicklung

Unter anderem durch die Evaluation angestoßen, befindet sich die Akademie derzeit in einer Umbruchphase, in der die Weichen für die Zukunft neu gestellt werden. Es wird darum gehen, die bisherigen exzellenten Leistungen der BAoW sowie ihre starke

Position in der Union der Akademien zu sichern und weiter auszubauen.

So wurde in Vorbereitung der Evaluation eine „Akademie Agenda“ erarbeitet. Diese wird als Instrument der Standort- und Zielbestimmung ausdrücklich begrüßt. Allerdings muss in hinreichender Weise sichergestellt werden, dass die vereinbarten Ziele nicht allein den Willen des Präsidiums ausdrücken, sondern von der Mehrheit der Akademiemitglieder getragen und daher auch umgesetzt werden.

Die Agenda skizziert zudem in Einzelbereichen durchaus ehrgeizige Ziele, beschränkt sich aber zu sehr auf die operative Ebene und klammert die übergreifende Zielsetzung und Profilierung der Akademie weitgehend aus. Für die zukünftige Standortbestimmung der BAdW wird es aber insbesondere darauf ankommen, zu definieren, welche Rolle die Akademie insgesamt im bayerischen, aber auch im nationalen und im internationalen Wissenschaftssystem spielen soll und welche Leistungen als ein Alleinstellungsmerkmal der Akademie ausgebaut werden können.

Wenn es der BAdW gelänge, Antworten auf diese Fragen zu finden, böte sich ihr damit die Chance, Vorreiterin zu sein in der Neudefinition von Landes-Akademien und ihrer Rolle im Wissenschaftssystem, die im Zuge der derzeitigen und anstehenden Umwälzungen im System für alle Akademien anstehen wird.

B.V Zusammenfassung und Empfehlungen

Die BAdW spielt durch die Erbringung von exzellenten Forschungs- und Serviceleistungen eine tragende Rolle nicht nur für das bayerische, sondern für das nationale Wissenschaftssystem und verfügt in Teilen auch über internationale Ausstrahlungskraft. Um diese Leistungsfähigkeit in die Zukunft zu führen, ist jetzt ein entscheidender Wendepunkt gekommen, um Maßnahmen zur weiteren Profilierung der BAdW zu ergreifen. Hierfür sollten die Profilelemente der Interdisziplinarität und Langfristigkeit adäquat weiterentwickelt und ggf. um weitere Elemente wie bspw. die besondere Freiheit der Forschung innerhalb der Akademie und der Brückenfunktion zwischen den verschiedenen Akteuren in der Wissenschaftslandschaft in Bayern und der Öffentlichkeit ergänzt werden.

Die Einschätzungen und Empfehlungen der Bewertungsgruppe richten sich auf strukturelle und konzeptionelle Aspekte der BAdW als forschende Einrichtung und dienen dazu, die Akademie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zukünftig besser aufzustellen. Folgende zentrale Hinweise und Empfehlungen, die innerhalb der einzelnen Kapitel des Bewertungsberichts bereits angesprochen wurden, sollten besonders beachtet werden:

- Um als forschende Akademie eine identifizierbare und entwicklungsfähige Rolle im Wissenschaftssystem Bayerns und darüber hinaus spielen zu können, muss die BAdW weiter an der Präzisierung ihrer Funktionen arbeiten.
- Die Kommissionen als Grundeinheiten der internen Forschungsorganisation bedürfen der Überprüfung. Sie sind zu zahlreich und zudem nach Größe, Funktion, Wirkung und Ausstattung zu heterogen, um ein klares und kohärentes Wissenschafts- und Organisationsprofil der BAdW zu erzeugen. Es wird empfohlen,

einen nach Fächern, Funktionen oder nach übergreifenden Arbeitsweisen gliedernden neuen Zuschnitt in deutlich größere operative Einheiten vorzunehmen. Dabei sollte auch das Ziel einer besseren Balance von Natur- und Geisteswissenschaften verfolgt werden.

- Die Schnittstelle zur Gesellschaft hat die BAdW mittels einer verdienstvollen Öffentlichkeitsarbeit durch Publikationen und Veranstaltungen zunehmend gestaltet. Sie sollte hinsichtlich ihrer genauen Ziele und Adressaten überprüft und professionalisiert werden. Dafür erscheint die Schaffung einer zentralen Stelle notwendig, die diese Aufgabe für die ganze Akademie wahrnimmt. Der Ausbau der Politikberatung als Aufgabe, die von der BAdW allein institutionell wahrgenommen würde, erscheint hingegen nicht aussichtsreich. Sie würde Kompetenzen und Ressourcen erfordern, die in erheblichem Maße neu aufgebaut werden müssten. Die dafür erforderlichen Mittel erscheinen in anderen Funktionsbereichen der BAdW besser investiert.
- Als definitorischer Kern der Akademie wird die Gelehrten-gesellschaft angesehen, die ihre Ergänzung auch weiterhin an höchster Qualität der Berufenen ausrichten muss. An diesem Grundsatz kann indes festgehalten und zugleich Sorge dafür getragen werden, dass vermehrt Wissenschaftlerinnen, jüngere Mitglieder sowie Mitglieder mit einem akademischen Ort außerhalb Münchens berufen werden.
- Mit dem Förderkolleg ist ein vielversprechender Einstieg in die Nachwuchsförderung gelungen, der ausgebaut werden sollte.
- Für die Durchführung der notwendigen Reformschritte bedarf es eines handlungsfähigen Präsidiums, das in seinen Entscheidungskompetenzen gestärkt werden muss.

4.3.2 Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

| | |
|--|----|
| Vorbemerkung | 64 |
| A. Ausgangslage | 64 |
| A.I Entwicklung und Aufgaben. | 64 |
| I.1 Entwicklung | 64 |
| I.2 Aufgaben | 65 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Bedeutung für die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften. | 65 |
| A.II Arbeitsbereiche. | 66 |
| II.1 Forschung und Entwicklung. | 66 |
| II.2 Serviceleistungen | 72 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 72 |
| III.1 Organisation | 72 |
| III.2 Ausstattung | 74 |
| A.IV. Künftige Entwicklung | 76 |
| B. Bewertung | 77 |
| B.I Bedeutung der Historischen Kommission | 77 |
| B.II Arbeitsbereiche. | 78 |
| II.1 Forschung. | 78 |
| II.2 Serviceleistungen | 79 |
| B.III Organisation und Ausstattung | 79 |
| III.1 Zur Organisation. | 79 |
| III.2 Zur Ausstattung | 82 |
| B.IV Künftige Entwicklung | 83 |
| B.V Zusammenfassung | 84 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zur Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die Historische Kommission eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Ausgangslage

A.1 Entwicklung und Aufgaben

I.1 Entwicklung

Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (im Folgenden: die Kommission) wurde auf Anregung des Historikers Leopold Ranke im Jahr 1858 durch König Maximilian II. von Bayern als „eine Commission für deutsche Geschichts- und Quellenforschung“ mit Sitz in München gegründet. Die Finanzierung der Kommission erfolgte in den Gründungsjahren aus der Privatschatulle des Königs, bis Ludwig II. von Bayern im Jahr 1880 die „Wittelsbacher-Stiftung für Wissenschaft und Kunst“ mit einem Stiftungsvermögen von 650 Tsd. Goldmark zur Finanzierung der Kommission ins Leben rief. 1918 trat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in die Rechtsnachfolge des Königs ein. Das Stiftungsvermögen (der heutige Stiftungsfonds) wurde im Jahr 1923 durch Inflation weitgehend vernichtet, in der Folge wurden einzelne Projekte und Abteilungen durch Reichszuschüsse gefördert.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Kommission zunächst allein durch den Freistaat Bayern finanziert. Seit 1953 kam ein durch das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung und das Bundesministerium für Forschung und Technologie getragener Bundeszuschuss hinzu, der den Zuschuss des Freistaats Bayern überstieg. Erst 1977 ging die Kommission im Zuge der Rahmenvereinbarung von Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung von Forschung nach Art. 91 GG wieder in die alleinige Förderung durch den Freistaat Bayern über.

Im Jahr 1960 war die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ an die Stelle der „Wittelsbacher-Stiftung für Wissenschaft und Kunst“ getreten, in die 1998 das 1980 gegründete Historische Kolleg integriert wurde.

In den mehr als 150 Jahren ihres Bestehens hat die Kommission mehr als 650 Veröffentlichungen vorgelegt. Anfangspunkt waren die Herausgabe der Deutschen Reichstagsakten und der Allgemeinen Deutschen Biographie (ADB). Bis zum Ersten Weltkrieg beschränkte sich die Editionstätigkeit der Kommission auf die Zeit vom 14. bis zum 17. Jahrhundert, im Anschluss wurde dieser Fokus auf das 19. und später auf das 20. Jahrhundert erweitert. Eine weitere deutliche Ausweitung der editorischen

Tätigkeit erfolgte in den 1980er- und 1990er-Jahren. Die historisch-biographische Ausrichtung wurde mit der seit 1953 herausgegebenen Neuen Deutschen Biographie (NDB) sowie der Edition von Nachlässen von Politikern, Diplomaten, Militärs, Gelehrten und zuletzt vermehrt Industriellen weiter ausgebaut. Daneben werden seit 1957 in der Schriftenreihe der Historischen Kommission auch Monographien publiziert. Seit 2005 verfolgt die Kommission eine Digitalisierungsstrategie für laufende und abgeschlossene Projekte.

I.2 Aufgaben

Nach Auffassung Leopold Rankes sollte die Kommission eine „Akademie der deutschen Geschichtswissenschaft“ sein. In dieser Tradition sieht sie sich auch heute noch als „kollegial verfasste Gelehrtengesellschaft“. Deren Aufgabe ist laut § 1 des Statuts die „Veröffentlichung von Quellen und Darstellungen zur deutschen Geschichte“. Dies wird zum einen durch die Herausgabe von Quelleneditionen vom Spätmittelalter bis zur Zeitgeschichte realisiert, wobei die Frühe Neuzeit (vor allem das 16. und 17. Jahrhundert) und das 19. Jahrhundert Schwerpunkte bilden, zum anderen durch die Publikation von historisch-biographischen Lexika und Datenbanken. Damit leistet die Kommission Beiträge zur historischen Grundlagenforschung und zur Bereitstellung einer Informationsinfrastruktur für historische Forschung. Auf beiden Tätigkeitsfeldern verfolgt die Kommission neben Printpublikationen digitale Veröffentlichungsstrategien (Open Access), um die Möglichkeiten des Internets im Sinne einer digitalen Wissenschaftskommunikation für die historische Forschung nutzbar zu machen. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld der Kommission bildet die Publikation von Dissertationen und Habilitationen mit Bezug zu ihren Arbeitsschwerpunkten im Rahmen der Schriftenreihe der Historischen Kommission.

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Bedeutung für die wissenschaftlichen Fachgemeinschaften

Nach Darstellung der Kommission findet sich national im Bereich von Quelleneditionen keine Einrichtung, die vergleichbar breit aufgestellt ist wie die Historische Kommission, deren Editionstätigkeit sich vom 15. bis zum 20. Jahrhundert erstreckt. Zwar stellten die „Monumenta Germaniae Historica“ (MGH) in München, das Bundesarchiv in Koblenz, das Institut für Zeitgeschichte in München (IfZ) und die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ähnlich arbeitende Institutionen dar, deren Quelleneditionen weisen jedoch einen entweder epochal oder thematisch anderen bzw. engeren Fokus auf als die der Kommission. Das epochenübergreifende Arbeiten bietet aus Sicht der Kommission den Vorteil, zwischen Quellen aus verschiedenen Epochen sowohl inhaltliche Vergleiche als auch solche hinsichtlich der editorischen Anforderungen ziehen zu können. Zudem garantierten insbesondere die Schwerpunkte der Editionstätigkeit mit Bezug auf das 16. und das 19. Jahrhundert eine nationale Alleinstellung der Kommission. Da eine Editionstradition, wie sie von der Kommission gepflegt wird, in besonderer Weise im deutschsprachigen Raum anzutreffen sei, fänden sich international vergleichbare Einrichtungen v. a. in Österreich. Hier wiesen die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien ähnliche Tätigkeitsprofile

wie die Kommission auf, konzentrierten sich in ihrer Editionstätigkeit aber auf den österreichischen Raum.

Nicht nur in ihren Editionen, sondern auch in ihrer personellen Besetzung durch die Mitglieder repräsentiert die Kommission laut ihrem Selbstverständnis in besonderer Weise die Geschichtswissenschaft in der thematischen Breite vom Spätmittelalter bis zur Zeitgeschichte.

Die Kommission verweist darauf, dass die von ihr betriebenen langfristigen Projekte in der Herausgabe von Editionen und Lexika nicht im selben Umfang an Hochschulen bearbeitet werden könnten, da die hierfür erforderliche Kontinuität nur durch speziell ausgebildete, unbefristet beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet werden könne. Die hieraus resultierenden Editionen erfüllten durch die Erschließung und Kommentierung von Quellenmaterial für die historische Forschung eine Erstorientierungs-, eine Impuls- und eine Fundamentierungsfunktion und bildeten somit als Grundlagenforschung den Ausgangspunkt anschließender, stärker synthetisch ausgerichteter Forschungsprojekte.

A.II Arbeitsbereiche

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Forschungsthemen und -schwerpunkte

Die Kommission ist dezentral in 17 Abteilungen gegliedert, die jeweils unter der ehrenamtlichen Leitung eines Mitglieds der Kommission eigene Aufgabenbereiche und damit die Herausgabe entsprechender Veröffentlichungen verantworten. Die derzeit eingerichteten Abteilungen sind:

- Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe,
- Deutsche Reichstagsakten, Mittlere Reihe,
- Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe,
- Deutsche Reichstagsakten, Reichsversammlungen 1556-1662,
- Repertorium Academicum Germanicum (RAG),
- Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit,
- Die Wahlkapitulationen der römisch-deutschen Könige 1519-1792,
- Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges,
- Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts,
- Die Protokolle des Bayerischen Staatsrats 1799-1817,
- Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten,
- Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes,
- Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1945,
- Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945-1954,
- „Rheinischer Kapitalismus“ – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bonner Republik,
- NDB und
- Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Innerhalb dieses breit gefächerten Spektrums werden aktuell folgende inhaltliche und methodische Schwerpunkte gelegt:

- Angesichts des 150-jährigen Bestehens der Kommission im Jahr 2008 stellte die eigene Geschichte der Kommission einen wichtigen Schwerpunkt dar. Aus Anlass des Jubiläums wurde das Archiv geordnet, für die wissenschaftliche Forschung geöffnet und teilweise auch durch ein Online-Findbuch erschlossen. Zudem wurde die Geschichte der Kommission in zwei Publikationen (Jubiläumsschrift und Chronik) aufgearbeitet.
- Einen neuen Weg beschreitet die Kommission mit dem Projekt „Rheinischer Kapitalismus – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bonner Republik“, zu dem im Anschluss an eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2009 derzeit die Pilotstudie „Alfred Herrhausen als Manager und Symbolfigur des Rheinischen Kapitalismus“ erstellt wird. In diesem Projekt, für das 2011 die Aufnahme in das Akademienprogramm beantragt wurde, sollen neben Quelleneditionen, wie bspw. von Briefen zentraler Akteure, auch Fondseditionen von Unternehmensverbänden und Monographien veröffentlicht werden. Wie auch ein 2012 entstehender und durch die Bayer AG geförderter Band der Korrespondenz des Industriellen Carl Duisberg im Rahmen der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ steht das Projekt „Rheinischer Kapitalismus“ für eine neue Schwerpunktsetzung im Bereich der Wirtschaftsgeschichte.
- Eine wichtige methodische Neuerung stellt die Wandlung der NDB von einem Lexikon in Buchform zu einem Online-Informationsportal dar. In Kooperation mit der Bayerischen Staatsbibliothek und mithilfe von DFG-Förderung wurden die Daten der NDB und der bis 1912 herausgegebenen ADB unter dem Namen „Deutsche Biographie“ im Internet zugänglich gemacht und mit den bibliothekarischen Daten der Bayerischen Staatsbibliothek, der Deutschen Nationalbibliothek sowie weiteren Internetressourcen verknüpft. Die „Deutsche Biographie“ soll jetzt in Kooperation mit dem Österreichischen Biographischen Lexikon und dem Historischen Lexikon der Schweiz zu einem internationalen „Biographieportal“ weiterentwickelt werden. Diese Initiativen stehen im Kontext eines generellen Bemühens der Kommission, ihre Arbeitsergebnisse verstärkt in digitaler Form zu präsentieren und diese Form ständig weiterzuentwickeln. Dabei geht es neben der Übertragung von bereits in Printform vorliegenden Veröffentlichungen in ein digitales Format auch um die Entwicklung von Methoden für genuin digitale Editionen.

Nach Schätzungen der Kommission machen eigene Forschung und Entwicklung einen Anteil von 85 Prozent am Gesamtspektrum der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals aus.

b) Forschungsprogramm

Alle strategischen Entscheidungen, die das Forschungsprogramm der Kommission betreffen, obliegen der Jahresversammlung der Mitglieder, die als oberstes Entscheidungsorgan der Kommission fungiert und laut § 4 des Statuts auch den Arbeitsplan verantwortet. Insbesondere beschließt sie neue Projekte und Schwerpunktsetzungen

und damit auch die Einrichtung neuer Abteilungen. Anregungen dazu gehen von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten, der Sekretärin bzw. dem Sekretär, der Geschäftsführerin bzw. dem Geschäftsführer sowie einzelnen Mitgliedern der Kommission aus. Im Jahr 2011 wurde ein jährliches Treffen der Abteilungsleiterinnen und -leiter neu eingeführt, das in Kombination mit der Jahresversammlung einen halbjährlichen Sitzungsrhythmus der wichtigsten Akteure innerhalb der Kommission sicherstellt. In Zukunft sollen diese Sitzungen der Abteilungsleitungen auch Impulse für die programmatische Schwerpunktsetzung liefern und damit den Prozess der inhaltlichen Ausrichtung der Kommission stärker strukturieren. Daneben gibt es laut Darstellung der Kommission Überlegungen, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker in strategische Entscheidungsprozesse einzubinden, an denen sie bislang nur informell beteiligt sind.

c) Publikationen und Tagungen, Praxistransfer

Den Schwerpunkt der Editionstätigkeit der Kommission bilden die in den jeweiligen Abteilungen erarbeiteten Quelleneditionen und biographischen Lexika. In den Jahren 2008 bis 2010 wurden in diesem Bereich insgesamt zehn Bände veröffentlicht. Von diesen sind nach Darstellung der Kommission der 20. Band der Deutschen Reichstagsakten (Jüngere Reihe), „Der Reichstag zu Augsburg 1555“, sowie der das Jahr 1938 behandelnde fünfte Band der „Akten der Reichskanzlei – Regierung Hitler“ von besonderer Bedeutung. Im Zuge ihrer Bemühungen um eine verstärkt digitale Publikationsstrategie hält die Kommission auf ihrer Homepage eine Reihe digitaler Angebote zu ihren Editionen und Lexika bereit.

Daneben gibt die Kommission regelmäßig folgende Schriftenreihen heraus:

- Jahresbericht der Historischen Kommission: Der in einer Auflage von 500 bis 700 Exemplaren gedruckte Jahresbericht wird an rund 300 ausgewählte Empfänger (Einzelpersonen, Einrichtungen und Bibliotheken) verschickt und online auf der Homepage der Kommission veröffentlicht.
- Schriftenreihe der Historischen Kommission: Im Rahmen der seit 1957 erscheinenden Schriftenreihe werden überwiegend Qualifizierungsarbeiten veröffentlicht, die einen inhaltlichen Bezug zu den Forschungsschwerpunkten der Kommission aufweisen. Zudem wird die Schriftenreihe in geringerem Umfang auch für die Publikation von Tagungsbänden genutzt. Die Auflage belief sich zuletzt auf 300 Exemplare.

Auf Neuerscheinungen wird zum einen auf der Homepage hingewiesen, zum anderen über Pressemitteilungen und Buchpräsentationen aufmerksam gemacht. Die Kommission ist regelmäßig mit eigenen Beiträgen in „Akademie aktuell“, dem viermal jährlich erscheinenden Periodikum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAdW), mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren vertreten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission veröffentlichten in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 32 Monographien, 14 Artikel in referierten Fachzeitschriften, 25 eigenständige referierte Internetpublikationen, 51 Beiträge zu Sammelwerken im Fremdverlag und sieben Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag. Ein Anreizsystem

für Veröffentlichungen wird im Rahmen der Publikationsstrategie der Kommission bislang nicht umgesetzt.

In den Jahren 2008 bis 2010 hat die Kommission einen internationalen Workshop zum Thema „Mobilität von Studenten und Gelehrten zwischen dem Reich und Italien (1400-1600)“ sowie die internationale Konferenz historisch-biographischer Lexika in Europa unter dem Titel „Vom Nachschlagewerk zum Informationssystem“ veranstaltet. Zudem werden im Anschluss an die Jahresversammlungen regelmäßig „Mitarbeitertagungen“ organisiert, bei denen die dezentral arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich gegenseitig, den Mitgliedern der Kommission und anderer Kommissionen der BADW der Wissenschaften sowie den Vertretern anderer in München ansässiger Forschungseinrichtungen ihre Forschungsarbeit präsentieren.

Angesichts der geringen Zahl von durch die Kommission veranstalteten Tagungen verweist sie auf Schwierigkeiten, die in ihrer Struktur begründet liegen. Zum einen seien die ehrenamtlichen Mitglieder an ihren jeweiligen Hochschulen sehr eingebunden und in erster Linie darauf bedacht, dort entsprechende Sichtbarkeit zu erzielen. Zum anderen fehlten angesichts einer Vielzahl von Abteilungen, die mit nur einer fest angestellten Mitarbeiterin bzw. einem fest angestellten Mitarbeiter ausgestattet seien, die Kapazitäten für die Organisation von Veranstaltungen. Allerdings waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission im Erhebungszeitraum mit insgesamt 49 auf Einladung gehaltenen eigenen Vorträgen auf internationalen Konferenzen anderer Veranstalter vertreten.

d) Drittmittel

Der Anteil von Drittmitteln am Jahreshaushalt der Kommission liegt seit dem Jahr 2001 konstant zwischen 20 und 25 Prozent. In den Jahren 2008 bis 2010 hat die Einrichtung insgesamt Drittmittel in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro eingeworben. Von diesen stammt mit knapp 65 Prozent der weit überwiegende Teil von der DFG. Weitere Drittmittelgeber sind Stiftungen³⁷ mit einem Anteil von knapp 7 Prozent und die Wirtschaft mit knapp 5 Prozent. Rund 20 Prozent der eingeworbenen Drittmittel stammen zudem aus dem Akademienprogramm von Bund und Ländern.

Die Einwerbung von Drittmitteln wird durch die Geschäftsführerin bzw. den Geschäftsführer in Absprache mit den Abteilungsleiterinnen und -leitern koordiniert. Die Abrechnung erfolgt in der Regel über die Geschäftsstelle der Kommission.

Die Kommission verfügt bislang nicht über ein Anreizsystem für die Einwerbung von Drittmitteln, insbesondere nicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission. Für die Mitglieder besteht jedoch seit dem Jahr 2010 ein Anreiz zur Einwerbung von Drittmitteln in der Möglichkeit, diese Mittel nicht über den Kommissionshaushalt, sondern über ihr jeweiliges Universitätsdrittmittelkonto zu verbuchen, sodass diese

³⁷ Wichtige Förderer in diesem Bereich sind die Fritz-Thyssen-Stiftung, die Gerda-Henkel-Stiftung und die Volkswagen-Stiftung.

in die leistungsbezogene Mittelvergabe einbezogen werden können. Dies soll auch dazu beitragen, dass die dezentral arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission weiterhin Arbeitsräume und Infrastrukturen an den Universitäten nutzen können. Für die Kommission bedeutet diese Form der Abrechnung aber nicht nur sinkende Drittmittelträge im eigenen Haushalt, sondern vor allem auch reduzierte Einnahmen aus den Programmpauschalen der DFG-Sachbeihilfen.

e) Kooperationen

Aufgrund ihrer dezentralen Struktur sind die Universitäten in Frankfurt, Gießen, Passau, Regensburg und Würzburg sowie in Bern und Wien wichtige Kooperationspartner der Kommission, da sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeitsräume und Infrastruktur für die Kommissionsarbeit zur Verfügung stellen. Auch das Bundesarchiv in Koblenz und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, mit denen die Kommission im editorischen Bereich kooperiert, überlassen Arbeitsräume für die Nutzung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission.

Die Kommission war an der Gründung des an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) beheimateten „Münchner Zentrums für Editionswissenschaft“ (MüZe) im Jahr 2008 beteiligt, dessen Aufgaben laut Kooperationsvertrag die Begleitung von editorischen Forschungsvorhaben und die Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit sind.

Auf dem Feld der historisch-biographischen Forschung besteht mit der „Deutschen Biographie“ eine enge Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek. Künftig sollen auch die Deutsche Nationalbibliothek, das Bildarchiv Foto Marburg, das Deutsche Literaturarchiv, das Deutsche Rundfunkarchiv, das Deutsche Museum und das Germanische Nationalmuseum sowie in technischer Hinsicht die Research Group Agile Knowledge Engineering and Semantic Web (AKSW) des Instituts für Angewandte Informatik an der Universität Leipzig in dieses Projekt einbezogen werden. In der Weiterentwicklung der „Deutschen Biographie“ zum „Europäischen Biographieportal“ kooperiert die Kommission mit dem Österreichischen Biographischen Lexikon der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Historischen Lexikon der Schweiz.

Enge Verbindungen auf verschiedenen Ebenen pflegt die Kommission zur BAdW, in deren Räumlichkeiten die Geschäftsstelle sowie drei der Abteilungen mietfrei untergebracht sind und Veranstaltungen der Kommission durchgeführt werden. Das Statut der Kommission schreibt vor, dass die Präsidentin bzw. der Präsident und die Sekretärin bzw. der Sekretär sowie insgesamt mindestens drei Mitglieder der Kommission zugleich auch Mitglieder der BAdW sein müssen.³⁸ Der Präsident der BAdW nimmt als Gast an den Jahresversammlungen der Kommission teil. Zudem profitiert die

³⁸ Im Fall der Sekretärin bzw. des Sekretärs kann in Ausnahmefällen bei Zustimmung der BAdW und des zuständigen Bayerischen Staatsministeriums von der Verpflichtung zur Mitgliedschaft in der Akademie abgesehen werden.

Kommission über die Verbindung zur BAdW von der EDV-Anbindung an das Leibniz-Rechenzentrum in Garching. Die Kommission ist von der BAdW rechtlich und finanziell unabhängig, die Akademie unterhält aber wegen der engen, auch satzungsmäßigen Verbundenheit keine eigene historische Kommission.

Das Archiv der Kommission wird regelmäßig von Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern genutzt. Ebenso verbringen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission regelmäßig Gastaufenthalte an zahlreichen Archiven im In- und Ausland.

f) Beteiligung an der Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

An den Universitäten in Frankfurt, Gießen, Passau, Regensburg, Würzburg, Bern und Wien, die auch Räumlichkeiten für die Arbeit der Kommission bereitstellen, sowie denen in München (LMU) und Eichstätt-Ingolstadt bieten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommission regelmäßig Lehrveranstaltungen an. Mehr als ein halbes Dutzend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission sind regelmäßig in die Lehre an diesen Universitäten eingebunden, weitere bieten in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen an. Im Jahresdurchschnitt umfasst die Lehrleistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt 12 bis 14 Semesterwochenstunden. Zudem sind die Mitglieder der Kommission i. d. R. Professorinnen und Professoren an Hochschulen und in dieser Eigenschaft – sofern noch nicht emeritiert – in die Hochschullehre eingebunden. Von den derzeit 41 Mitgliedern der Kommission trifft dies auf 13 zu.

Die unbefristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind i. d. R. promoviert³⁹, zwei haben sich in der Zeit ihrer Tätigkeit für die Kommission habilitiert. Die Kommission verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die editorische Arbeit und Publikationstätigkeit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kaum Freiräume für eine gleichzeitige Habilitation ließen. Von den befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden in den letzten Jahren drei promoviert, ein weiterer hat sich habilitiert. Derzeit strebt eine befristet beschäftigte Mitarbeiterin die Habilitation an.

In verschiedenen Projekten der Kommission werden Doktorandinnen und Doktoranden betreut, die i. d. R. als wissenschaftliche Hilfskräfte, in Einzelfällen auch als wissenschaftliche Mitarbeitende beschäftigt werden. Derzeit sind fünf Doktorandinnen bzw. Doktoranden in dieser Weise in die Arbeit der Kommission eingebunden. Auch für Studierende in der Abschlussphase gibt es die Möglichkeit, als wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte bei der Kommission tätig zu sein. Zum Stichtag 15. April 2011 beschäftigte die Kommission zehn Hilfskräfte. Zudem ist die Kommission Partnerin der Praktikumsbörse des Historischen Seminars der LMU und vergibt in diesem Rahmen durchschnittlich drei mehrmonatige Praktika pro Jahr in der Redaktion der NDB.

³⁹ Derzeit sind zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter zudem auch habilitiert.

g) Wissenschaftliche Qualitätssicherung

Alle Veröffentlichungen der Kommission werden vor dem Druck von zwei Mitgliedern der Kommission schriftlich begutachtet. Entsprechende Verfahrensregeln wurden im Jahr 2010 in Reaktion auf einen Band, bei dem nach der Publikation zahlreiche Mängel festgestellt wurden, schriftlich niedergelegt.

Im Bereich der externen Qualitätsprüfung verweist die Kommission darauf, dass dritt-mittelfinanzierte Projekte sowohl bei der Antragstellung als auch nach Ende der Laufzeit von externen Gutachterinnen und Gutachtern beurteilt werden, teilweise (z. B. im Akademienprogramm) finden auch Evaluationen während der Laufzeit statt.

II.2 Serviceleistungen

Die Kommission schätzt den Anteil von Serviceleistungen am Gesamtspektrum der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals auf 15 Prozent. Hierzu zählt sie vor allem die Arbeitsbereiche, die sie – im Unterschied zur wesentlich in Form von Editionen betriebenen Grundlagenforschung – als Bereitstellung von Forschungsinfrastruktur definiert. Darunter fallen vor allem die historisch-biographischen Veröffentlichungen, wie die NDB und das RAG. Die im Rahmen der NDB zum Einsatz kommenden Personennamendateien (PND) im Beacon-Format werden zudem auf der Homepage kostenfrei zur weiteren Nutzung zur Verfügung gestellt. Weiterhin werden als Serviceleistungen für Forschung und Lehre Übersichten über die Reichsversammlungen und Reichstage von 1376 bis 1662 mit Daten und Literaturangaben zusammengestellt und auf der Homepage veröffentlicht. Zudem begreift die Kommission auch die Weitergabe von Editorenwissen in den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als eine Form der Serviceleistung.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Rechtsträger der Historischen Kommission ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“, eine rechtsfähige öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in München. Deren Verfasstheit wird in der Satzung in der Fassung vom 8. Juni 1999 geregelt. Zweck der Stiftung ist – wie schon im Namen ausgedrückt – die Förderung der Kommission sowie des Historischen Kollegs, dessen Aufgabe die Förderung ausgewiesener historischer Forscherpersönlichkeiten durch Stipendien und Preise ist. Die Stiftung nimmt alle für diese beiden Einrichtungen bestimmten Zuwendungen entgegen und verwaltet diese getrennt. Sie verfügt für die Erfüllung dieser Aufgabe über folgende Organe:

- Der Stiftungsrat als oberstes Leitungsorgan setzt sich zusammen aus: der Präsidentin bzw. dem Präsidenten, der Sekretärin bzw. dem Sekretär, der stellvertretenden Sekretärin bzw. dem stellvertretenden Sekretär und zwei weiteren aus

dem Kreis der ordentlichen Mitglieder der Kommission gewählten Personen sowie der bzw. dem Vorsitzenden des Kuratoriums des Historischen Kollegs und einem weiteren aus dem Kuratorium des Kollegs gewählten Mitglied sowie einer Vertreterin bzw. einem Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommission und des Kollegs werden auf die Dauer von fünf Jahren von den Einrichtungen entsandt, eine Wiederentsendung ist zulässig. Der Stiftungsrat hat insbesondere folgende Aufgaben: Überwachung der Einhaltung des Stiftungszwecks, rechtliche und finanzielle Überprüfung der Haushaltspläne, Beschlussfassung über den Haushaltsplan sowie die Billigung von Rechtsgeschäften.

- Der Vorstand der Stiftung besteht aus der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Kommission, die bzw. der als Vorsitzende bzw. Vorsitzender des Stiftungsrates fungiert, sowie der Sekretärin bzw. dem Sekretär der Kommission, die bzw. der qua Amt die Position der Pflegerin bzw. des Pflegers der Stiftung bekleidet. Die bzw. der Vorsitzende beruft mindestens einmal jährlich den Stiftungsrat ein und leitet dessen Sitzungen. Der Pflegerin bzw. dem Pfleger der Stiftung obliegt die laufende Geschäftsführung.

Die Organisationsstruktur der Kommission selbst wird durch das Statut vom 29. September 1953 in der zuletzt am 2. März 2010 geänderten Fassung geregelt:

- Die Kommission darf inklusive der Präsidentin bzw. dem Präsidenten und der Sekretärin bzw. dem Sekretär höchstens 25 ordentliche Mitglieder⁴⁰ umfassen, von denen mindestens drei auch Mitglieder der Philosophisch-historischen Klasse der BAdW sein müssen. Derzeit verfügt die Kommission über 41 Mitglieder⁴¹, darunter drei Frauen⁴². Diese bilden das oberste Entscheidungsorgan der Kommission, die Vollversammlung, die einmal jährlich zusammentritt. Sie stellt den Arbeitsplan und den Haushalt auf, beschließt dabei über neue Projekte und Schwerpunkte, führt Wahlen durch und nimmt die Berichte über den Stand der Arbeiten und die Verwendung der Mittel entgegen. Die Präsidentin bzw. der Präsident der BAdW nimmt als Gast an den Sitzungen der Vollversammlung teil.
- Die Präsidentin bzw. der Präsident, die Sekretärin bzw. der Sekretär und deren bzw. dessen Stellvertretung werden durch die Vollversammlung auf fünf Jahre⁴³ gewählt, Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl der ersteren beiden bedarf der Bestätigung durch das Staatsministerium.
- Die Kommission verfügt zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben über eine Geschäftsstelle, die von einer Geschäftsführerin bzw. einem Geschäftsführer geleitet wird. Diese bzw. dieser wird durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten und die Sekretärin bzw. den Sekretär berufen und die Berufung durch die Vollversammlung bestätigt.

⁴⁰ Die über 70 Jahre alten Mitglieder werden in die Zahl der ordentlichen Mitglieder nicht eingerechnet.

⁴¹ Von diesen sind 17 älter als 70 Jahre.

⁴² 1975 wurde erstmals eine Frau zum Mitglied der Kommission gewählt.

⁴³ Im Fall der stellvertretenden Sekretärin bzw. des stellvertretenden Sekretärs wird die Amtszeit bis zur Neuwahl einer Vertretung festgelegt.

Neben diesen im Statut geregelten Strukturen verfügt die Kommission über derzeit 17 Abteilungen, die ehrenamtlich von Mitgliedern geleitet werden. Im Jahr 2011 hat die Kommission eine jährliche Sitzung der Abteilungsleitungen eingeführt, bei der insbesondere über Personal-, Projekt-, Publikations- und Drittmittelfragen beraten werden soll. Zudem werden bedarfsbezogen Ausschüsse eingerichtet und Mitglieder bzw. teilweise auch externe Personen in diese gewählt (z. B. Zuwahlenausschuss, Ausschuss zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis, Zukunftsausschuss).

b) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Das Verhältnis zum Freistaat Bayern wird von der Kommission als gut und kooperativ bewertet. Die Koordination im Hinblick auf finanzielle Fragen erfolge zwar nur punktuell, aber über das Jahr verteilt regelmäßig. Das Statut enthält eine regelmäßige Berichtspflicht der Sekretärin bzw. des Sekretärs gegenüber dem zuständigen Staatsministerium. Diesem wird auch der Voranschlag über die geplante Verwendung der Mittel zur Genehmigung vorgelegt.

c) Leitung

Die ehrenamtliche Leitung der Kommission wird durch die Vollversammlung der Mitglieder gewählt (vgl. II.1.a). Die Präsidentin bzw. der Präsident muss Mitglied der BAdW sein, die Sekretärin bzw. der Sekretär⁴⁴ und deren bzw. dessen Stellvertretung müssen sogar ordentliche Mitglieder sein⁴⁵. Laut Statut muss die Vertreterin bzw. der Vertreter zudem in Bayern wohnhaft sein.

Die Ämter werden im Ehrenamt wahrgenommen. Die Präsidentin bzw. der Präsident verantwortet die Durchführung der Beschlüsse der Vollversammlung. Die Sekretärin bzw. der Sekretär führt die laufenden Geschäfte und wird darin durch die hauptberufliche Geschäftsführerin bzw. den hauptberuflichen Geschäftsführer unterstützt. Der derzeitige Geschäftsführer fungiert gleichzeitig auch als Geschäftsführer des Historischen Kollegs.

Über die Betrauung ordentlicher Mitglieder mit der Leitung von Abteilungen entscheidet die Vollversammlung auf Vorschlag von Präsidentin bzw. Präsident und Sekretärin bzw. Sekretär auf der Basis der fachlichen Eignung.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Die Historische Kommission verfügt über insgesamt 20 Stellen, die mit 22 Personen besetzt sind. Davon entfallen 17 auf wissenschaftliches Personal, die alle in Vollzeit besetzt sind, eine davon befristet. Hinzu kommen 21 befristete, aus Drittmitteln bzw.

⁴⁴ Im Fall der Sekretärin bzw. des Sekretärs kann in Ausnahmefällen von der Mitgliedschaft abgesehen werden.

⁴⁵ Ordentliche Mitglieder der BAdW müssen ihren Wohnsitz in Bayern haben.

Aushilfs-/Annex-Titeln finanzierte Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliches Personal, so dass aktuell insgesamt 38 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt werden. Zu den drei im Stellenplan der Kommission enthaltenen Stellen für nichtwissenschaftliches Personal kommen noch neun nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzu, die aus Drittmitteln finanziert werden. Das Personaltableau vervollständigen derzeit zehn wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte.

Die Geschäftsstelle umfasst die Geschäftsführerin bzw. den Geschäftsführer, eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter mit dem Arbeitsschwerpunkt Digitalisierung und drei Sekretariatsbeschäftigte. Die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Abteilungen tätig.

Das fest angestellte wissenschaftliche Personal setzt sich aus vier Frauen und 13 Männern zusammen, damit beträgt die Quote weiblichen wissenschaftlichen Personals 23,5 Prozent. Eine Gleichstellungsstrategie existiert nicht. Die weit überwiegende Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt über einen Hochschulabschluss im Fach Geschichte.

b) Finanzen

Im Jahr 2011 (Soll) verzeichnete die Kommission Gesamteinnahmen in Höhe von knapp 2,01 Mio. Euro. Hiervon entfielen knapp 1,53 Mio. auf den Zuschuss des Freistaats Bayern, knapp 385 Tsd. Euro auf Drittmittel⁴⁶, rund 64 Tsd. Euro auf Verwaltungseinnahmen und 30 Tsd. Euro auf Einnahmen aus Stiftungsvermögen, davon 9 Tsd. Euro aus dem Stiftungsfonds und 21 Tsd. Euro aus der Zustiftung Franz-Schnabel-Stiftung. Erträge aus dem Stiftungsfonds stehen dem Stiftungszweck entsprechend ausschließlich für den Druck von Bänden der „Deutschen Reichstagsakten“ zur Verfügung. Erträge aus der Franz-Schnabel-Stiftung dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses über die Beschäftigung von Hilfskräften und den Druck von Qualifizierungsarbeiten in der Schriftenreihe der Historischen Kommission. Die Gesamtausgaben der Kommission in 2011 (Soll) entsprechen exakt den Einnahmen. Es entfielen mit 1,52 Mio. Euro knapp 76 Prozent der Ausgaben auf Personalausgaben, 69 Tsd. Euro (3,4 Prozent) auf sächliche Verwaltungsausgaben und knapp 415 Tsd. Euro (20,6 Prozent) auf zweckgebundene Ausgaben aus Zuschüssen. Einschließlich nachrichtlich ausgewiesener Drittmittel⁴⁷ betragen die Gesamtaufwendungen der Kommission im Jahr 2011 (Soll) rund 2,13 Mio. Euro.

Personal- und Sachmittel können im Haushalt der Kommission gegeneinander verrechnet werden, solange ein Haushaltsausgleich möglich ist. Dies erlaubt einen in begrenztem Maße flexiblen Mitteleinsatz.

⁴⁶ Drittmittel erhielt die Kommission im Jahr 2011 von der DFG, aus dem Akademienprogramm von Bund und Ländern, von der Fritz-Thyssen-Stiftung, der Bayer AG und der Akademie der Wissenschaften in Göttingen.

⁴⁷ Die Berner Arbeitsstelle des RAG wurde im Jahr 2011 mit rund 123 Tsd. Euro aus dem Akademienprogramm gefördert. Diese werden nur nachrichtlich im Wirtschaftsplan veranschlagt.

Die Kommission hat nach eigener Aussage mit einer Unterfinanzierung zu kämpfen, die laut ihrer Darstellung auch durch die Zuwendungsgeber anerkannt ist, aber bislang nicht zu einer Erhöhung des Zuschusses geführt hat. Bedarf sieht sie insbesondere in einer Aufstockung der Personalmittel, wodurch auch mehr Sachmittel zur Verfügung stünden, da diese derzeit in wesentlichem Umfang für Personalausgaben verwendet werden. Außerdem sieht sie die Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung von Veranstaltungen und Weiterbildungsmaßnahmen als dringend erforderlich an.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Die Kommission besitzt keine eigenen Räumlichkeiten. Alle Arbeitsräume werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch kooperierende Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Im Gebäude der BAdW in München nutzen die Geschäftsstelle, die Abteilung NDB und die Abteilung „Wahlkapitulationen 1519-1792“ insgesamt zwölf Räume mit einer Fläche von rund 320 qm. Darüber hinaus stellen die Universitäten in Frankfurt, Gießen, Passau, Regensburg und Würzburg sowie in Bern und Wien, das Bundesarchiv in Koblenz und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns jeweils einzelne Räume bereit.

Derzeit verfügt ein Mitarbeiter nicht über einen eigenen Arbeitsplatz, dieser bearbeitet die von ihm betreute Edition zu Hause bzw. in Universitäts- oder Staatsbibliotheken.

A.IV. Künftige Entwicklung

Die Kommission hat in der Vergangenheit mehrfach Versuche unternommen, Änderungen in ihrer Organisationsstruktur vorzunehmen. Diese zielten v. a. auf eine Senkung des Altersdurchschnitts und eine Reduktion der Zahl der ordentlichen Mitglieder ab. Die Vorschläge scheiterten jedoch in der Jahresversammlung. Auch der Versuch, die Stiftungssatzung im Hinblick auf eine stärkere Trennung von Stiftungsvorstand und Stiftungsrat zu überarbeiten, blieb bislang ohne Ergebnis.

Ein von der Kommission zusammen mit dem Historischen Kolleg im Jahr 2011 erarbeitetes „Zukunftskonzept“ sieht darüber hinaus weitergehende Änderungen vor. Zentraler Aspekt dieses Konzepts ist die Gründung eines „Zentrums für Historische Grundlagenforschung“ in München, an dem sich neben der Kommission und dem Kolleg auch die „Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (AHF) beteiligen soll. Ziel ist eine Bündelung der in München vorhandenen Einrichtungen historischer Forschung, daher sollen nach Möglichkeit auch das IfZ, die MGH, die historisch arbeitenden Kommissionen der BAdW, das Historische Seminar der LMU, die Bayerische Staatsbibliothek und die in München ansässigen Archive über Kooperationen in das Zentrum eingebunden werden. Die Aufgaben des angestrebten Zentrums sollen neben den bereits jetzt durch die beteiligten Einrichtungen bearbeiteten Feldern v. a. im Bereich der Nachwuchsförderung liegen. Hierfür sind folgende Maßnahmen angedacht:

- eine in Form einer *Summer School* zu organisierende Editorenschule, an der Archivarinnen und Archivare, erfahrene Editorinnen und Editoren sowie Professorinnen und Professoren mitwirken sollen,

- ein Editoren-Stipendium, das die selbstständige Bearbeitung einer Edition und in diesem Rahmen auch die Promotion ermöglichen soll,
- die Entwicklung eines Master-Studiengangs „Editionswissenschaften“,
- zwei Förderstipendien für biographische Forschung im Rahmen von Dissertationen und
- die verstärkte Einbindung von Studierenden in Editionsprojekte über Praktika und Hilfskrafttätigkeiten.

Zur Erhöhung der Sichtbarkeit editorischer Arbeiten bestehen zudem Überlegungen zur zweijährlichen Vergabe eines Editionspreises sowie zur vermehrten Organisation von Fachtagungen und Workshops.

Um die genannten Aufgaben erfüllen zu können, sollen die Kommission, das Historische Kolleg und die AHF unter dem Dach einer gemeinsamen Stiftung – ähnlich wie bereits jetzt die Kommission und das Kolleg – zusammengeführt werden. Organe der Stiftung sollen der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand sein. Das Zentrum soll grundsätzlich über die drei Mitgliedseinrichtungen finanziert werden, wobei diese weiterhin über getrennte Wirtschaftspläne und Haushaltsführungen verfügen sollen. Die Einrichtungen weisen jedoch darauf hin, dass die Gründung des Zentrums mit den bisherigen Mitteln nicht umsetzbar sei und die Zuschüsse des Freistaats Bayern im Rahmen einer mindestens dreijährigen Anschubfinanzierung entsprechend anzuheben seien.

Unabhängig von dieser größeren Umstrukturierung bestehen für die Kommission Überlegungen zur Verbesserung der eigenen Arbeit, die aber bislang – zum Teil wegen fehlender Mittel oder personeller Ressourcen – noch nicht umgesetzt wurden. Hierzu zählen:

- der *Relaunch* der Homepage,
- die stärkere Einbindung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Prozesse der Themenfindung und Schwerpunktsetzung,
- eine Anreizstrategie für Publikationstätigkeiten,
- ein Anreizsystem für Drittmiteleinwerbungen und
- eine Beteiligung an Graduiertenschulen bzw. -kollegs.

Die Kommission weist darauf hin, dass auch eine wesentlich umfassendere und grundlegendere Strukturänderung denkbar sei, nämlich die Umwandlung der Kommission von der jetzigen Form einer Gelehrten-gesellschaft in ein Forschungsinstitut mit hauptberuflicher Leitung. Dies würde jedoch einen unwiederbringlichen Bruch mit einer langen und ertragreichen Tradition bedeuten.

B. Bewertung

B.I Bedeutung der Historischen Kommission

Die Historische Kommission definiert sich als „kollegial verfasste Gelehrten-gesellschaft“ nach Art der Akademien der Wissenschaften. In dieser Funktion beruft sie

verdiente Vertreterinnen und Vertreter der Geschichtswissenschaften zu Mitgliedern und bringt diese im Rahmen der Jahresversammlungen zusammen. Dieser Gelehrtenengesellschaft wird laut Statut die Aufgabe zugeschrieben, Quellen und Darstellungen zur deutschen Geschichte zu veröffentlichen.

Damit übernimmt die Kommission Aufgaben, die aufgrund ihrer außergewöhnlichen Langfristigkeit von bis zu mehreren Dekaden Bearbeitungszeit an Universitäten häufig keinen Ort haben – einem Umstand, dem auch das Akademienprogramm von Bund und Ländern Rechnung trägt. Auch die Aufgabenprofile von Archiven als Orten der Quellenbewahrung entwickeln sich zunehmend in einer Weise, die die Edition von Quellen nicht mehr umfasst. Aus der Tatsache, dass die von der Kommission übernommenen Aufgaben nur an wenigen anderen Einrichtungen deutschlandweit bearbeitet werden, leitet sich ihre nationale Bedeutung ab. Dieser Bedeutung wird die Kommission durch die hohe Qualität ihrer Veröffentlichungen gerecht.

B.II Arbeitsbereiche

Die Kommission bearbeitet in 17 dezentral organisierten Abteilungen ein breit gefächertes Spektrum von Arbeitsfeldern, die sich vom Mittelalter bis zur Zeitgeschichte erstrecken. Diese Arbeitsfelder lassen sich unterteilen in die Herausgabe von Editionen und die Bereitstellung von Informationsinfrastrukturen, wobei die Kommission selbst Ersteres als Grundlagenforschung und Letzteres als Serviceleistung definiert.

II.1 Forschung

Die Kommission weist konstant gute Erfolge im Bereich der Drittmittelinwerbungen auf und zeigt eine beständig rege Publikationstätigkeit. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission nehmen regelmäßig als Vortragende an Tagungen und Konferenzen teil. Die Editionen der Kommission zeichnen sich im Allgemeinen durch hohe Qualität aus.

Die Ausweitung der Editionstätigkeit auch auf Bereiche der Neuesten Geschichte wird begrüßt. Die Initiative für einen Schwerpunkt „Rheinischer Kapitalismus“ kann dabei als wichtiger erster Schritt angesehen werden. Auf diese Weise können neue Forschungsfelder mit großem Zukunftspotenzial identifiziert und durch Quelleneditionen auf eine seriöse Grundlage gestellt werden. Da etliche der Editionsreihen in nicht allzu ferner Zukunft abgeschlossen sein werden, empfiehlt die Kommission zudem, die Programmplanung für zukünftige Unternehmungen frühzeitig in Angriff zu nehmen.

Indes lassen sich in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Abteilungen große Unterschiede feststellen, die sich wesentlich in stark variierenden Geschwindigkeiten in der Erarbeitung von Editionen niederschlagen. Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Leitung der Abteilungen im Ehrenamt und damit je nach den weiteren Aufgaben der Abteilungsleiterinnen und -leiter mit unterschiedlichem zeitlichen Engagement wahrgenommen wird und auch nur werden kann. Diesem Umstand könnte zumindest bis zu einem gewissen Grad durch die

Vereinbarung verbindlicher Leistungskriterien und Zielvorgaben sowohl die Standards der Editionen wie auch die Bearbeitungszeit betreffend gegengesteuert werden. Dies geschieht bislang jedoch nur vereinzelt. Es sollten daher – nach Möglichkeit abteilungsübergreifend – Qualitätskriterien für die Editionen der Kommission entwickelt werden. Dies würde zu einer nachhaltigen Stärkung der internen Qualitätssicherung für die Publikationen der Kommission beitragen. Es wird in diesem Zusammenhang begrüßt, dass die Kommission im Jahr 2010 Verfahrensregeln für eine interne schriftliche Begutachtung jeder Publikation festgelegt hat. Um die notwendige fachliche Nähe zu der jeweils begutachteten Publikation in allen Fällen sicherzustellen, sollte bei Fehlen entsprechender Expertise unter den Mitgliedern der Kommission fallweise und nach Bedarf auch auf externe Gutachterinnen und Gutachter zurückgegriffen werden. Zu einer effektiven Qualitätssicherung im Bereich der Editionen sollte auch eine regelmäßige Überprüfung der Nachfrage nach den verschiedenen Veröffentlichungen zählen. Insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Verfügbarkeit von Quellenmaterialien im Internet muss der Bedarf an gedruckten Editionen kritisch hinterfragt werden. In vielen Bereichen sind Quellen in steigendem Maße bereits online verfügbar. Dies kann einerseits zu sinkender Nachfrage nach der Aufarbeitung der Quellen in Form von Editionen führen, birgt aber andererseits die Gefahr sinkender Standards im historiographisch korrekten und nachprüfaren Umgang mit historischen Quellen in sich. Umso stärker ist die Notwendigkeit zertifizierten Wissens zu betonen, das die Originalität der Texte und deren wissenschaftlich einwandfreie Kommentierung garantiert.

Vor diesem Hintergrund wird das Engagement der Kommission im Bereich digitaler Editionen nachdrücklich begrüßt und unterstützt. Es ist zu erwarten, dass das Editions Wesen sich in Zukunft verstärkt von gedruckten hin zu digital verfügbaren Editionen entwickeln wird. Die Kommission sollte daher ihre Digitalisierungsinitiative noch konsequenter als bisher verfolgen und dazu v. a. die Vernetzung mit geeigneten Kooperationspartnern auf diesem Feld weiter vorantreiben.

II.2 Serviceleistungen

Die von der Kommission bereitgestellten Forschungsinformationsinfrastrukturen, insbesondere die historisch-biographischen Veröffentlichungen der NDB und des RAG, sind ebenfalls von hoher Qualität. Sie übernehmen eine wichtige Servicefunktion für Studierende und insbesondere Forschende der Geschichtswissenschaften.

Desiderate zeigen sich v. a. in der Aktualisierung älterer Artikel und der Anpassung dieser an zeitgemäße Standards. Dies scheitert jedoch bislang an der personellen Ausstattung der jeweiligen Abteilungen wie auch der Kommission insgesamt.

B.III Organisation und Ausstattung

III.1 Zur Organisation

Die Kommission zeichnet sich durch zwei Besonderheiten für eine Forschung betreibende Einrichtung aus, die jede für sich genommen gleichermaßen Vorteile bieten

und Herausforderungen stellen. Diese Besonderheiten sind die Verfassung der Kommission als Gelehrten-gesellschaft und ihre dezentrale Struktur.

a) Mitgliederstruktur

Als Gelehrten-gesellschaft vereinigt die Kommission Geschichtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die sich in besonderer Weise um das Fach verdient gemacht haben und von daher hohe Reputation genießen. Sie bietet damit ein wichtiges Forum zum innerdisziplinären Austausch über unterschiedliche Fachgebiete hinweg. Allerdings wird von dieser Möglichkeit bislang noch nicht zum vollen Nutzen Gebrauch gemacht. Die jährlich stattfindenden Versammlungen aller Mitglieder sollten daher konsequenter als bisher für fachwissenschaftliche Debatten genutzt werden. Hierfür sollten spezielle Zeitfenster reserviert und eigene Formate entwickelt werden. Eine in Verbindung mit der Jahresversammlung stattfindende Fachkonferenz, zu der auch externe Vortragende sowie externe Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen werden sollten, böte eine gute Möglichkeit, das Potenzial der Gelehrten-gesellschaft zur Weiterentwicklung der Geschichtswissenschaft noch besser zu nutzen.

Die Verfasstheit als Gelehrten-gesellschaft stellt die Kommission aber auch vor große Herausforderungen. Diese betreffen im Wesentlichen die Altersstruktur der Mitglieder sowie deren ehrenamtliches Engagement. Es hat in der Vergangenheit verschiedene Initiativen im Hinblick auf eine Verjüngung der Kommissionsmitglieder gegeben, die jedoch bislang nicht von Erfolg gekrönt waren. Im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Kommission sind entsprechende Schritte jedoch unumgänglich. Es wird der Kommission daher nachdrücklich empfohlen, eine Änderung des Statuts dergestalt herbeizuführen, dass das Stimmrecht von Mitgliedern mit Erreichen des 70. Lebensjahrs erlischt. Über das Stimmrecht sollten demnach nur die 25 ordentlichen Mitglieder verfügen, die jünger als 70 Jahre sind. Um jüngere Kolleginnen und Kollegen frühzeitig in die Arbeit einzuführen und die Übernahme von Projekten durch sie vorzubereiten, sollten die über 70 Jahre alten Mitglieder zudem die Leitung von Abteilungen nur noch in Stellvertretung übernehmen dürfen.

Die Gutachtergruppe betont, dass sie die beschriebenen Maßnahmen zur Verjüngung der Kommission für unerlässlich erachtet. Sie erkennt jedoch an, dass bisherige Initiativen nicht allein am Widerstand der älteren Mitglieder gescheitert sind, sondern auch an der feststellbar nachlassenden Bereitschaft jüngerer Mitglieder der Kommission zur Übernahme von Aufgaben im Ehrenamt bzw. potenzieller jüngerer Mitglieder zur Mitgliedschaft in der Kommission überhaupt. Dies liegt wesentlich in der stärkeren zeitlichen Inanspruchnahme durch die Lehr- und Forschungstätigkeit an ihren Heimatuniversitäten und -forschungseinrichtungen begründet. Um die Mitgliedschaft in der Kommission auch für jüngere Fachvertreterinnen und -vertreter attraktiv zu gestalten, müssen daher dringend Anreizsysteme für die Gewinnung geschaffen werden. Diese könnten etwa in der Finanzierung einer befristeten Lehrvertretung für die Heimatuniversität durch die Kommission bestehen. Dies würde aber voraussetzen, dass im Kontext der Kommissionstätigkeit eingeworbene Drittmittel nicht wie bislang häufig durch die Universitäten vereinnahmt würden, sondern bei der Kommission verblieben.

Neben der Verjüngung sollte die zukünftige Strategie zur Rekrutierung von Mitgliedern auch eine stärkere Outputorientierung anstreben. Die Berufung von Mitgliedern sollte im Hinblick auf zu übernehmende oder geplante Projekte erfolgen und ggf. sogar an die Bereitschaft dazu gebunden werden. Derzeit ist unter den Mitgliedern der Kommission eine sehr heterogene Verteilung des Engagements festzustellen. Zudem sind Tendenzen zu einer größer werdenden Trennung zwischen der Ebene der Mitglieder als den Honoratioren der Kommission und der Arbeitsebene der Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Editionen und Lexika erkennbar. Diesen Entwicklungen sollte durch eine klare und transparente Kommunikation der an die Mitgliedschaft geknüpften Anforderungen in der Betreuung von Projekten und Übernahme von Abteilungsleitungen an neu zu berufende Mitglieder gegengesteuert werden. Auch hier wird sich die Schaffung von Anreizstrukturen positiv auswirken. Um die jeweils größtmögliche fachliche Nähe der Abteilungsleitungen zu den in den jeweiligen Abteilungen bearbeiteten Projekten herzustellen, wäre zudem auch eine Öffnung für Abteilungsleitungen zu erwägen, die nicht zugleich Mitglieder der Kommission sein müssen.

Nicht zuletzt sollte auch ein ausgewogeneres Verhältnis von weiblichen und männlichen Kommissionsmitgliedern Ziel künftiger Berufungen sein. Hierzu sollte sich die Kommission eine Gleichstellungsstrategie geben, die neben dem Bereich der Mitglieder auch den der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommission umfassen sollte.

b) Interne Struktur

Neben der Verfasstheit als Gelehrtenengesellschaft stellt die dezentrale Struktur der Kommission eine weitere wesentliche Besonderheit dar. Die 17 Abteilungen, die zum Teil auch nur aus einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter neben der ehrenamtlichen Abteilungsleitung bestehen, sind deutschlandweit an Archiven, Bibliotheken oder den Universitäten untergebracht, an denen die jeweiligen Abteilungsleitungen lehren und forschen. Diese Struktur wird nicht per se als dysfunktional betrachtet, sie bietet gewisse Vorteile im Hinblick auf die Vernetzung der Kommission mit anderen Einrichtungen, den direkten Zugang der Mitarbeitenden zu den verwendeten Quellen sowie Einsparpotenziale im Hinblick auf die räumliche Unterbringung der Kommission.

Allerdings stellt die Dezentralität ihrer Struktur die Kommission vor erhebliche Herausforderungen hinsichtlich der notwendigen Vernetzung der Abteilungen untereinander und der Entwicklung abteilungsübergreifender Standards für die Veröffentlichungen der Kommission. Bislang bietet die Kommission ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu wenige Möglichkeiten zum abteilungsübergreifenden Austausch. Kontakte zwischen den Bearbeiterinnen und Bearbeitern der unterschiedlichen Publikationen beschränken sich im Wesentlichen auf persönliche Bekanntschaften und zufällige Zusammentreffen. Es wird daher dringend empfohlen, institutionalisierte Formate der Zusammenkunft aller wissenschaftlich Mitarbeitenden zu etablieren. Eine jährliche Mitarbeiterkonferenz bspw. würde ein Forum zur Verständigung über Kriterien für Editionen und Lexika, über auftretende Schwierigkeiten und deren Lösung sowie weitere Initiativen zur Verbesserung der Herausgebere Tätigkeit der Kommission bieten.

Neben ihrem dezentralen Aufbau zeichnet sich die Kommission in ihrer Verbindung zum Historischen Kolleg unter dem Dach einer gemeinsamen Stiftung durch eine enge Verflechtung der Leitungsstrukturen aus. Dabei sind nicht nur die Leitungsstrukturen der Kommission eng mit denen der sie tragenden Stiftung verwoben, auch die verschiedenen Leitungsorgane der Stiftung selbst weisen eine Reihe von Personalunionen auf. Die ehrenamtliche Leitung der Kommission bildet gleichermaßen den Stiftungsvorstand wie – zusammen mit weiteren Personen – den Stiftungsrat. Hier ist eine personelle Entflechtung zwingend erforderlich. Insbesondere muss der Stiftungsrat mit externen Personen besetzt werden, um seiner Kontroll- und Überwachungsfunktion adäquat nachkommen zu können. In der derzeitigen Konstellation kontrollieren die Akteure ihre Handlungen selbst, damit wird der Stiftungsrat seiner eigentlichen Funktion enthoben.

III.2 Zur Ausstattung

Die Kommission kommt der Erfüllung ihrer Aufgaben mit verhältnismäßig geringen Mitteln nach. Eine Reihe der 17 Abteilungen besteht aus nur einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter und der im Ehrenamt wahrgenommenen Abteilungsleitung. Wie oben beschrieben, sollte sich insbesondere im Interesse dieser Kleinstabteilungen um einen verbesserten abteilungsübergreifenden Austausch bemüht werden. Dieser könnte auch zur Entwicklung einheitlicher Kriterien für die Vergabe von Leistungszulagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen. Insgesamt sollte im Bereich von Personalentscheidungen – von der Personalauswahl bis zu Aspekten leistungsgerechter Bezahlung – eine größere Transparenz angestrebt werden. Dies würde die Akzeptanz dieser Entscheidungen erhöhen.

Auch im Bereich der räumlichen Ausstattung muss sich die Kommission mit bescheidenen Mitteln begnügen. Über eigene Räumlichkeiten verfügt sie nicht, Geschäftsstelle und Abteilungen sind in Räumen untergebracht, die von anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist allerdings zum Teil mit Unsicherheit hinsichtlich der Nachhaltigkeit der entsprechenden Arrangements verbunden. Die Kommission sollte sich zur Reduktion dieser Unsicherheiten um verbindliche, schriftlich fixierte Kooperationsvereinbarungen mit denjenigen Einrichtungen bemühen, die Räumlichkeiten bereitstellen.

Als ein Nebeneffekt dieser Unsicherheit sowie aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten in der Gewinnung jüngerer Mitglieder für die Kommissionsarbeit wurden im Kontext der Kommissionstätigkeit angeworbene Drittmittel zuletzt vermehrt über die Heimatuniversitäten der Kommissionsmitglieder und nicht über die Kommission selbst abgerechnet. Diese Vorgehensweise kommt jedoch absehbar an Grenzen, da der Kommission dadurch erhebliche Verluste durch Mindereinnahmen aus den DFG-Programmpauschalen entstehen. Daher steigt zunehmend der Bedarf an alternativen Anreizstrukturen, wie etwa die unter B.II.1.a skizzierte Möglichkeit, Mitglieder der Kommission für eine gewisse Zeit von ihren Aufgaben an der Heimatuniversität freizustellen, damit sie sich auf die Forschungstätigkeit in der Kommission konzentrieren können. Hierfür sind die finanziellen Mittel der Kommission ggf. entsprechend aufzustocken. Dies gilt auch für den dann möglicherweise anfallenden erhöhten Raumbedarf.

B.IV Künftige Entwicklung

Die Kommission befindet sich derzeit in einer Phase intensiver Diskussionen über ihre zukünftige Ausrichtung. Allerdings wurden die im Zukunftskonzept vorgestellten Überlegungen zur Gründung eines „Zentrums für historische Grundlagenforschung“ bislang wesentlich auf der Ebene der Kommissionsleitung vorangetrieben, die Jahresversammlung war in diese Planungen nicht eingebunden und auch die Runde der Abteilungsleitungen war nur in Vorüberlegungen einbezogen.

Die Pläne werden in der vorgelegten Form differenziert beurteilt. Einerseits ist eine verstärkte Kooperation der in München ansässigen Institutionen, die sich mit historischen Editionen beschäftigen, sehr zu begrüßen. Ob dies in der vorgeschlagenen Weise geschehen sollte, wird hingegen eher skeptisch gesehen. Angesichts der bereits jetzt feststellbaren Verflechtungen in den Leitungsstrukturen der Kommission sollten diese nicht durch zusätzliche Komplexitäten belastet werden. Zudem bezieht sich die geplante Integration allein auf die Technik historischer Editionstätigkeit. Dies ist aber nur ein Teilaspekt der Tätigkeit der Kommission. Auch erschiene die Gründung eines solchen Zentrums allenfalls dann sinnvoll, wenn alle historisch forschenden nichtuniversitären Institutionen am Standort München in dem Zentrum zusammengeführt würden. Dies ist jedoch nach dem aktuellen Stand der Planungen nicht vorgesehen. Worin der tatsächliche Vorteil einer Teilintegration einiger historisch arbeitender Institutionen in München gegenüber dem getrennten Weiterbestehen der sehr unterschiedlichen Einrichtungen bestünde, wird daher nicht recht einsichtig.

Aus Sicht der Gutachtergruppe sollte an der Organisation als Gelehrtenengesellschaft im Prinzip festgehalten werden. Die Vorteile der Flexibilität, der unbedingten Orientierung auf wissenschaftliche Exzellenz und des geringen Bürokratisierungsgrads überwiegen hierbei die Nachteile einer zuweilen widersprüchlich und anachronistisch anmutenden Struktur deutlich. Einige Veränderungen erscheinen dennoch dringend angezeigt. Aus Sicht der Gutachtergruppe sollten diese in erster Linie im Rahmen einer engeren institutionellen Anbindung an die BAdW erfolgen, mit der die Kommission ohnehin in vielfältiger Weise verbunden ist. Diese Verbindung sollte gestärkt werden, indem die Kommission als eigene historische Forschungseinheit in die BAdW integriert wird. Dadurch würde die Kommission von der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der BAdW und verbesserten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Bereichen innerhalb der BAdW profitieren. Zudem wäre damit auch die Nutzung von Ressourcen der BAdW durch die Kommission auf eine verlässliche Basis gestellt.

Die Integration der Kommission in die BAdW ist allerdings von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Zum einen müsste die inhaltlich und personell überregionale, d. h. deutschlandweite Aufstellung der Kommission von der BAdW akzeptiert werden. Auch die derzeit bestehenden Regelungen, wonach bestimmte Mitglieder der Kommission zugleich auch Mitglieder, insbesondere ordentliche Mitglieder der BAdW sein müssen, sollten modifiziert werden. Zum anderen ist eine solche Integration allein im Kontext einer ausgewogenen Neustrukturierung des Gesamtkomplexes der nicht-universitären Forschungsinstitutionen des Landes Bayern denkbar, wie sie derzeit

geprüft wird. In jedem Fall aber muss das Ziel sein, die erheblichen Potenziale der BAdW und diejenigen der Historischen Kommission in Zukunft stärker aufeinander abzustimmen und füreinander verfügbar zu machen.

Eine Integration der Kommission in die BAdW ist nach derzeitigem Stand auch Überlegungen vorzuziehen, die Kommission in ein neu zu begründendes Gesamtinstitut der historisch arbeitenden nichtuniversitären Institutionen in München einzubringen. Der Vorteil einer solchen weiteren Neugründung gegenüber der Aktivierung und Stärkung der BAdW ist nicht zu erkennen.

Unabhängig von der späteren institutionellen Gestaltung sollte sich die Kommission um verbesserte Kooperationsbeziehungen mit den anderen historisch forschenden Einrichtungen in München bemühen. Schwerpunkte könnten dabei etwa Themen wie die Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Datenvorhaltung sein. Auf diesen Feldern ist auch die gemeinsame Nutzung personeller Ressourcen denkbar. Zudem könnte auch die Idee einer Editorenschule, insbesondere in der im Zukunftskonzept beschriebenen Form einer *Summer School*, ein lohnenswertes Unterfangen darstellen, für das sich weitere Kooperationspartner gewinnen ließen. Allerdings sollten diese Aktivitäten eher nachgeordnete Tätigkeiten der Kommission darstellen. Im Mittelpunkt sollten auch weiterhin unangefochten die Grundlagenforschung und insbesondere die Fortführung der historischen Editionen stehen.

B.V Zusammenfassung

Es gelingt der Kommission trotz nicht unerheblicher struktureller Defizite und einer in Teilen unzureichenden Personalausstattung Forschungs- und Serviceleistungen auf hohem Niveau zu erbringen. Dabei sind die strikte Orientierung auf wissenschaftliche Exzellenz und das hohe Maß an Flexibilität besonders hervorzuheben. Angesichts der für die Zukunft zu erwartenden neuen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung sind aber zum jetzigen Zeitpunkt Maßnahmen zur Verbesserung der Kommission angezeigt, um diese auch auf Dauer zukunftsfähig zu halten.

Diese Maßnahmen sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Auf Ebene der Mitglieder stellen die nachhaltige Verjüngung der Mitgliederstruktur, eine verstärkte Präsenz von Frauen und die Verbesserung der Debattenkultur die wichtigsten Forderungen dar. Die wesentliche Empfehlung für die Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft die Stärkung des abteilungsübergreifenden Austausches. Im Hinblick auf die institutionellen Strukturen der Kommission ist die personelle Entflechtung der Leitungsstrukturen von Kommission und Stiftung unerlässlich. Zudem sollten Mitglieder der Kommission in verstärktem Maße für die Forschungsaufgaben in der Kommission von ihren Aufgaben an den Heimatuniversitäten befristet freigestellt werden, eingeworbene Drittmittel aber bei der Kommission bleiben.

Die Planungen der Kommission zur Gründung eines „Zentrums für historische Grundlagenforschung“ werden in der derzeit projektierten Form eher kritisch bewertet. Ein Mehrwert durch die Zusammenführung verschiedener Einrichtungen lässt sich in der vorgelegten Ausgestaltung nicht erkennen.

Die Gutachtergruppe votiert, auf der Grundlage der in diesem Bericht genannten Voraussetzungen, für eine Integration der Kommission in die BAdW im Rahmen des jetzt begonnenen Prozesses der Neustrukturierung des Gesamtkomplexes der nichtuniversitären Forschungsinstitutionen des Landes Bayern.



4.3.3 Monumenta Germaniae Historica

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 88 |
| A. Darstellung | 88 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 88 |
| I.1 Entwicklung | 88 |
| I.2 Aufgaben | 88 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 89 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 90 |
| II.1 Forschung und Entwicklung | 90 |
| II.2 Serviceleistungen | 93 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 94 |
| III.1 Organisation | 94 |
| III.2 Ausstattung | 95 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 97 |
| B. Bewertung | 98 |
| B.I Zur Bedeutung | 98 |
| I.1 Forschung und Entwicklung | 99 |
| I.2 Serviceleistungen | 100 |
| B.II Zu Organisation und Ausstattung | 101 |
| II.1 Organisation | 101 |
| II.2 Ausstattung | 102 |
| B.III Zur künftigen Entwicklung | 103 |
| B.IV Zusammenfassung | 103 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zu den Monumenta Germaniae Historica ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die Monumenta Germaniae Historica eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Die Monumenta Germaniae Historica (MGH), die sich auch als „Deutsches Institut zur Erforschung des Mittelalters“ bezeichnen, wurden 1819 auf Initiative des Freiherrn vom Stein als privater Verein gegründet mit der Aufgabe, die Schriftquellen des deutschen Mittelalters zu sichten und zu publizieren. 1875 übernahm das Deutsche Reich die Trägerschaft und setzte eine Zentralkommission aus Delegierten der Preußischen, der Bayerischen und der Österreichischen Akademie sowie kooptierten Fachleuten ein. 1936 wurde die Einrichtung zum „Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde umgewandelt“ und einem vom Reichswissenschaftsminister bestimmten Präsidenten unterstellt. Nach 1945 vollzog sich die Reorganisation in Bayern, hier wurde die Zentralkommission mit Vertretern der Akademien in Berlin, München, Wien, Göttingen, Heidelberg, Leipzig (später auch Mainz und Düsseldorf) und bis zu sieben weiteren persönlich gewählten Fachleuten wieder errichtet. Seit 1963 haben die MGH die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Finanzierung der MGH übernahm 1953 die Gesamtheit der Bundesländer, bis 1972 die alleinige Trägerschaft für das Münchner Institut auf das Sitzland Bayern übergang. Neben der Münchner Zentrale unterhalten die MGH derzeit sechs weitere, nicht vom Freistaat Bayern finanzierte Arbeitsstellen der kooperierenden Akademien (in Berlin, Düsseldorf/Bonn, Göttingen, Leipzig, Mainz, München und Wien).

I.2 Aufgaben

Die in der Satzung formulierte Aufgabe, „durch kritische Quellen-Ausgaben und -Studien der wissenschaftlichen Erforschung der mittelalterlichen Geschichte Deutschlands und Europas zu dienen“, wurde und wird durch die Definition von Schwerpunkten realisiert, die nach Angaben der MGH an den sich wandelnden Bedürfnissen historischer Forschung orientiert sind. Die MGH setzten sich anfangs zum Ziel, die für den deutschen Kulturraum relevante, nach damaligem Verständnis in der germanischen Frühzeit einsetzende Überlieferung zu erforschen, doch führten Entwicklung und Verflechtung des mittelalterlichen Reichs schon im 19. Jh. zur Überschreitung aktueller politischer Grenzen und zum Ausgreifen auf außerhalb des deutschen

Sprachraums entstandene Quellen. Seit mehreren Jahrzehnten vollzieht sich eine Hinwendung zu Texten des Spätmittelalters. Die Aufgaben des Instituts haben sich durch Berücksichtigung neuer Quellengruppen und Forschungsbereiche stetig erweitert. Neben Werken der Geschichtsschreibung, Urkunden, Gesetzen, Rechtsbüchern, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Quellen werden Briefsammlungen, historische Dichtungen, klösterliche Memorialbücher und Nekrologe, politische Traktate und Schriften zur Geistesgeschichte herausgegeben. Die MGH betonen ihre Offenheit für neue Impulse, daneben aber auch die Verpflichtung gegenüber der Fachwelt, laufende Editionsprojekte zu Ende zu führen. Während mehrere Editionsreihen abgeschlossen werden konnten, kamen weitere neu hinzu. Regelmäßig publiziert wird außerdem die Zeitschrift *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* (seit 1819/1937).

Aufgabe ist daneben die Pflege einer Bibliothek, die mit 140.000 Bänden als weltweit bedeutendste Spezialbibliothek für die Geschichte des Mittelalters beschrieben wird. Der Katalog ist online zugänglich, weitere elektronische Informationsangebote werden ausgebaut.

Eigene Forschung leistet die Einrichtung vor allem durch ihre Editionen, verbunden mit Separatpublikationen in Buch- oder Aufsatzform. Mit Ausnahme des Bibliotheksleiters sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit eigenen Editionsprojekten betraut, wofür ca. 25 bis 40 % der Arbeitszeit veranschlagt werden. Weitere ca. 25 % entfallen auf die grundsätzlich in München stattfindende Endredaktion weiterer Publikationen, die in den anderen Arbeitsstellen oder durch freie Mitarbeiter, bei denen es sich zumeist um Universitätsangehörige handelt, erarbeitet wurden. Mit Auskünften, Recherchen, Literaturbeschaffung und Handschriftennachkontrollen erbringt die Einrichtung Serviceleistungen für externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und berät in- und ausländische Gäste (ca. 10 % der Arbeitszeit). Stellen zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation sind bisher nicht vorhanden.

1.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Die MGH beschreiben ihre Stellung im nationalen Rahmen als konkurrenzlos. Historische Kommissionen und Archivverwaltungen seien nur auf regionaler Ebene editorisch tätig, was selten zu Überschneidungen führe. In anderen europäischen Nationen arbeiteten vergleichbare Institutionen mittelalterliche Quellen auf (Istituto Storico Italiano per il Medioevo; Académie des Inscriptions et Belles-Lettres; Commission royale d'histoire; Royal Historical Society), doch seien die Aufgabenbereiche durch die nationalen Zuständigkeiten klar voneinander abgegrenzt. Überschneidungen ergäben sich am ehesten mit Italien, was regelmäßige Absprachen mit italienischen Einrichtungen erfordere.

Das Institut betont, dass es dank langer Tradition und Erfahrung internationale Maßstäbe für die Edition mittelalterlicher Quellen gesetzt habe. Im internationalen Rahmen vergleichbare Institutionen seien oft nach dem Vorbild der MGH gegründet worden. Die nichtuniversitäre Stellung des Instituts sei begründet in der Langfristigkeit seiner Arbeitsziele, in der kontinuierlichen Betreuung der Publikationen und freien Mitarbeiter wie auch in der Pflege der großen Spezialbibliothek und umfangreicher

Materialsammlungen. Diese Aufgaben seien mit dem Lebensrhythmus einer Universität nicht vereinbar. Auch sei die Ausbildung von Spezialqualifikationen, wie sie für die Münchner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich sei, an Universitäten nicht gesichert. Vielmehr sei für die Arbeit der MGH die Kombination von dezentralen, an verschiedenen Arbeitsstellen und Universitäten betriebenen Einzelprojekten und zentraler Steuerung durch das Münchner Institut essenziell.

A.II Arbeitsschwerpunkte

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Arbeits- und Forschungsprogramm

Das Arbeitsprogramm wird jährlich von der Zentralkommission beraten und aktualisiert. Neue Projekte kommen zustande durch Aufträge an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Münchner Instituts, durch Absprachen mit den kooperierenden Akademien und durch Vereinbarungen mit freien Mitarbeitern, die oft auf deren Initiative zurückgehen. Im Einzelfall werden auch abgeschlossene Dissertationen, die Texteditionen enthalten, zur Publikation angenommen.

b) Forschung und Entwicklungsschwerpunkte

Die Jahresberichte des Präsidenten der MGH für die Jahre 2009 bis 2011 führen mehr als 70 Editionsprojekte auf, von denen derzeit zwölf im Münchner Institut bearbeitet werden:

- *Die Briefsammlung des Petrus de Vinea*
- *Staufische Reichslegatenurkunden in Italien*
- *Frutolf von Michelsberg, Chronik*
- *Jüngere Translatio s. Dionysii Areopagitae*
- *Codex Udalrici*
- *Bodensee-Chronistik*
- *Die Briefe des Erzbischofs Hinkmar von Reims*
- *Benedictus Levita, Falsche Kapitularien*
- *Engelbert von Admont, De ortu et fine Romani imperii*
- *Engelbert von Admont, De regimine principum*
- *Lateinische Übersetzung des Schwabenspiegels*
- *Annales Sangallenses*

Weitere sechs Editionen werden zurzeit an deutschsprachigen Akademien überwiegend als Langzeitunternehmen bearbeitet:

- Berlin: *Constitutiones (Ludwig der Bayer, Karl IV.)*
- Düsseldorf: *Die Urkunden Ludwigs des Frommen*
- Göttingen: *Pöhlde Annalen*
- Leipzig: *Sachsenspiegelglossen*
- Mainz: *Die Konzilien Deutschlands und Reichsitaliens 1002-1022*
- München: *Urkunden Friedrichs II.*
- Wien: *Urkunden Heinrichs VI. und Philipps von Schwaben*

c) Publikationen und Tagungen, Praxistransfer

Die MGH heben hervor, dass in den vergangenen Jahren trotz stagnierender Finanzausstattung die Zahl der Publikationen bei weiterhin hoher Qualität deutlich gesteigert werden konnte. Ein spezielles Anreizsystem für Publikationen war bisher nicht erforderlich. Außerdem wurde die von der DFG geförderte und in Verbindung mit der Bayerischen Staatsbibliothek betriebene Digitalisierung aller MGH-Editionen seit 1826 mit Volltextfassung (dMGH) 2010 planmäßig abgeschlossen.

2008 bis 2011 legten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 19 Editionen vor, u. a. Beiträge zu den Reihen *Scriptores rerum Germanicarum*, *Quellen zur Geistesgeschichte des Mittelalters*, *Libri memoriales et necrologia*, *Scriptores*, *Staatsschriften des späteren Mittelalters*, *Concilia*, *Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser*, *Briefe des späteren Mittelalters*, außerdem *Die Urkunden der Lateinischen Könige von Jerusalem*. Daneben wurden fünf Editionen im Internet publiziert und sieben Hefte des *Deutschen Archivs für Erforschung des Mittelalters* veröffentlicht.

Im gleichen Zeitraum wurden außerdem 14 Darstellungen in den von den MGH herausgegebenen Reihen *Schriften der MGH* bzw. *Studien und Texte* veröffentlicht. Die Reihe *Schriften der MGH*, derzeit 62 Bände, hat eine Auflage von 600 Exemplaren; *Studien und Texte* erscheint seit 1991 und umfasst bisher 51 Bände.

Zudem erscheint zweimal jährlich die Zeitschrift *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* (Auflage 800), welche die editorischen Arbeiten durch quellenkritische Untersuchungen begleitet. Laut Selbstbericht findet die Zeitschrift u. a. wegen ihres umfangreichen Besprechungssteils international Beachtung und gilt als führende Fachzeitschrift der deutschsprachigen historischen Mittelalterforschung. Bis auf den jeweils jüngsten Jahrgang ist die Zeitschrift frei im Internet zugänglich.

Im Rahmen des DFG-Projektes dMGH veranstalteten die MGH zusammen mit der Bayerischen Staatsbibliothek 2008 die Tagung *Mediävistische Editionen im digitalen Zeitalter*. In der Regel richten die MGH jedoch keine eigenen Konferenzen aus, sondern wirken aktiv an Tagungen anderer Veranstalter mit. Seit 2008 beteiligten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MGH auf Einladung und mit eigenem Vortrag an 48 Konferenzen im In- und Ausland (u. a. in Australien, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Slowakei, Südkorea und Ungarn).

d) Drittmittel

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden von den MGH insgesamt 454 Tsd. Euro an Drittmitteln eingeworben. Drittmittelgeber waren die DFG (ca. 82 %), Stiftungen (ca. 15 %) und kooperierende Akademien (ca. 3 %). 2010 betrug der Anteil der eingeworbenen Drittmittel an den Gesamteinnahmen ca. 10 %.

Das Institut weist darauf hin, dass die von Geldgebern vorgesehenen Bewilligungszeiträume zur wirksamen Förderung der meisten Editionsprojekte zu kurz seien. Aller-

dings habe die DFG von 2005 bis 2010 das Projekt zur Digitalisierung der Editionen wie auch das laufende Anschlussprojekt gefördert. DFG-Förderung erhielten ebenfalls mehrere mit den MGH verabredete Vorhaben freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wobei die Abrechnung meist über die jeweiligen Universitäten erfolgte.

Als weitere Drittmittelinwerbung wird die Stipendiatenstelle eines MGH-Mitarbeiters angeführt, der vom Schweizer Nationalfonds für ein auf drei Jahre angelegtes Editionsprojekt im Rahmen der MGH entsandt und auch vom Schweizer Nationalfonds bezahlt wird. Die MGH stellen ihm einen Arbeitsplatz in München zur Verfügung.

e) Kooperationen

Vertragliche Kooperationsvereinbarungen bestehen mit den Akademien der Wissenschaften in Berlin, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Mainz und München, außerdem mit der Österreichischen sowie der Israelischen Akademie der Wissenschaften. Die Bayerische Staatsbibliothek, in deren Gebäude das Institut seit mehr als 40 Jahren untergebracht ist, ist vor allem durch ihre Handschriftenabteilung und ihr Digitalisierungszentrum für die MGH von großer Bedeutung. Auch gehören die MGH dem Münchner Zentrum für Editionswissenschaft, das an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) angesiedelt ist, seit dessen Gründung (2008) an.

Darüber hinaus besteht ein Forschungsverbund mit dem Medioevo Europeo (S.I.S.M.E.L) in Florenz. Mit dem Istituto Storico Italiano per il Medioevo in Rom werden von Fall zu Fall gemeinsame Publikationen vertraglich vereinbart. Hingewiesen wird außerdem auf die seit den 70er-Jahren bestehende Praxis der Entsendung eines Stipendiaten des Schweizer Nationalfonds an die Münchner Zentrale der MGH. Auch sehen sich die MGH über ihre freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hochschulen im In- und Ausland verbunden und stehen speziell durch die korrespondierenden Zentraldirektoren mit zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen im Ausland in Kontakt.

Seit 2008 nahmen die MGH sieben Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus Italien, Polen und den USA, vor allem Stipendiaten der Humboldt-Stiftung, für die Dauer von einem Monat bis zu einem Jahr auf. Dazu kommen jährlich ca. zehn bis zwölf Forscherinnen und Forscher aus dem Ausland (Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Polen, Tschechien, Ungarn, Russland, USA und Japan), denen für mehrere Wochen ein Arbeitsplatz in der Bibliothek der MGH zur Verfügung gestellt wird. Gastaufenthalte von MGH-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern sind eher selten (ein Mitarbeiter war 2009 für einen Monat zu Gast an der École pratique des hautes études in Paris). Eher üblich sind Arbeitsbesuche in Archiven und Handschriftenbibliotheken (ohne Einladung).

f) Beteiligung an der Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Alle habilitierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Münchner Instituts sind an ihren Universitäten mit mindestens zwei Lehrveranstaltungsstunden tätig. Die Prä-

sidentin der MGH ist zugleich Professorin der LMU. Auch nehmen zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MGH Lehraufträge an Universitäten wahr.

An der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist die Einrichtung durch die akademische Lehrtätigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt, die eine Betreuung von Dissertationen und anderen Qualifikationsarbeiten einschließt. Die MGH stellen im wissenschaftlichen Bereich nur promoviertes Personal ein; Doktorandinnen und Doktoranden werden allenfalls über befristete Werkverträge beschäftigt. Fünf von derzeit neun wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben sich (bereits vor 2008) habilitiert. Daneben berät die Einrichtung Nachwuchsforscher aus dem In- und Ausland, die die MGH-Bibliothek als Gäste nutzen. Außerdem erhalten jährlich zwei studentische Praktikantinnen bzw. Praktikanten Gelegenheit zur Mitarbeit im Münchner Institut.

g) Wissenschaftliche Qualitätssicherung

Die Arbeit der MGH wird regelmäßig durch die Zentralkommission, die sich auf ihrer jährlichen Sitzung mit dem Stand der einzelnen Projekte befasst und ggf. Empfehlungen gibt, bewertet. Der Kritik der internationalen Fachöffentlichkeit stellen sich die MGH in erster Linie durch ihre Publikationen. Außerdem wird darauf verwiesen, dass jene akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ebenfalls in der Lehre tätig sind (derzeit sieben von neun), gehalten sind, ihre Projekte zu begründen und Ergebnisse weiterzugeben. Auch befördert die Mitarbeit am Besprechungsteil des *Deutschen Archivs für die Erforschung des Mittelalters* die Auseinandersetzung mit der internationalen Forschung.

II.2 Serviceleistungen

Die Arbeit der MGH dient der Pflege des deutschen und europäischen Kulturerbes, indem sie historische Textquellen erschließt und editorisch bereitstellt. Die Editionen wie auch begleitende Publikationen richten sich vor allem an die wissenschaftliche Fachgemeinschaft, gleichzeitig finden die Digitalisierung der Editionen, der elektronische Bibliothekskatalog sowie das Online-Findbuch des Archivs nach Angaben der MGH breitere Resonanz.

Die Bibliothek übernimmt Aufgaben einer zentralen Fachbibliothek mit dem Sammelgebiet Europäische Geschichte des Mittelalters. Der Aufbau des Bestandes (derzeit 140.000 Bände, 204 laufende Zeitschriften) zielt auf Vollständigkeit und Reservoirbildung. Durch Abtretung von jährlich ca. 220 Rezensionsexemplaren im Wert von ca. 13,2 Tsd. Euro tragen die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Bestandsaufbau bei. Auch beteiligt sich das gesamte wissenschaftliche Personal an der Betreuung von Bibliotheksnutzern. In 2011 wurden 24.096 Entleihungen aus dem Bestand vorgenommen. Da es sich um eine Präsenzbibliothek handelt, ist eine gebende Fernleihe nicht möglich, doch wird diese durch einen elektronischen Dokumentlieferdienst ersetzt (Jahresstand bis zum 01.11.2011: 238 Bestellungen aus dem In- und Ausland).

Die Web-Seiten des Instituts ermöglichen neben allgemeinen Informationen über die MGH Zugriff auf die Kataloge der Buch- und Mikrofilmbestände sowie das Online-Findbuch des Archivs. Die Editionsبände werden mit einer „moving wall“ von drei Jahren im Open Access angeboten. Auch werden Materialsammlungen zu in Arbeit befindlichen Editionen bereitgestellt. Der Web-OPAC wird kontinuierlich ausgebaut. Neben Nachweisen von Digitalisaten ist ein Archiv digitaler Forschungsbeiträge im Aufbau (derzeit 10.270 Dokumente), ferner ein Online-Zugriff auf die seit 1877 in MGH-Zeitschriften publizierten Rezensionen (derzeit ca. 50.000). Aktuell werden monatlich ca. 155.000 Anfragen an den Web-OPAC verzeichnet.

Einen weiteren Sektor bildet eine durch Schenkungen auf 20.000 Exemplare angewachsene Sammlung mittelalterlicher Handschriften und Archivalien in Mikroform oder digitaler Form. Das Archiv der MGH umfasst neben der Altregistratur des Instituts vor allem Materialien zu Editionsprojekten seit 1819 sowie ein Handschriftenarchiv, das die Sammlung von Reproduktionen ergänzt. Das Archiv dient auch als Primärquelle zur deutschen Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Die MGH sind laut Satzung von 1963 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst untersteht, und verfügen über drei Organe:

- Die Zentraldirektion besteht aus den Ordentlichen Mitgliedern der MGH, zu denen die Vertreter der sieben deutschen Akademien der Wissenschaften und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie sonstige fachlich qualifizierte und international renommierte Wissenschaftler gehören. Die Akademien entsenden je einen sachkundigen Vertreter, wobei sie nicht an den Kreis ihrer Mitglieder gebunden sind. Die sonstigen persönlichen Mitglieder werden von der Zentraldirektion gewählt. Die Zahl von 15 Ordentlichen Mitgliedern soll i. d. R. nicht überschritten werden, doch werden gewählte Mitglieder, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, nicht eingerechnet. Der Zentraldirektion, die mindestens einmal jährlich zusammentritt, obliegen die Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten, die Wahl Korrespondierender Mitglieder, die Festsetzung des Arbeitsplanes, die Beschlussfassung über Haushaltsplan, Veröffentlichungen und Neudrucke, die Übertragung größerer Arbeitsvorhaben sowie die Aufstellung von Richtlinien für die Anstellung und Besoldung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In den zahlenmäßig nicht begrenzten Kreis der korrespondierenden Mitglieder der Zentraldirektion werden ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewählt, von denen eine Förderung der Anliegen der MGH zu erwarten ist.
- Die Präsidentin oder der Präsident wird von der Zentraldirektion gewählt und vom Freistaat Bayern zur Staatsbeamtin oder zum Staatsbeamten ernannt. Sie oder er führt die Geschäfte, vollzieht die Beschlüsse der Zentraldirektion, ver-

waltet das Vermögen, stellt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein und erstattet einen Jahresbericht, der veröffentlicht wird.

- Der Ortsausschuss besteht aus den am Sitz der MGH ansässigen Ordentlichen Mitgliedern und kann zwischen den Sitzungen der Zentraldirektion zur Erledigung von Geschäften zusammentreten.

Die Haushaltsrechnung der MGH wird vom Bayerischen Obersten Rechnungshof geprüft.

b) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Die jahrzehntelange Förderung durch den Freistaat Bayern wird gewürdigt, doch sehen die MGH die Beziehungen beeinträchtigt durch die Ankündigung von Mittelkürzungen, die seit 2010 geltende Stellenbesetzungssperre und durch Meinungsverschiedenheiten über die Verbindlichkeit der Satzung der MGH, die sich im Jahre 2011 zumal auf die Neubesetzung des Präsidentenamts negativ ausgewirkt haben.

c) Leitung

Einziges Leitungsgremium ist die Zentraldirektion, die sich nach Darstellung der MGH durch spezifischen Sachverstand auszeichnet. Außerhalb der Jahressitzungen sind die Mitglieder an der Prüfung eingehender Manuskripte beteiligt. Auch sind mehrere Mitglieder in Editionsprojekte der MGH eingebunden. Der Zentraldirektion obliegt ebenfalls die Rechnungsprüfung, die von zwei dazu beauftragten Mitgliedern durchgeführt wird.

Die Präsidenten bzw. der Präsident wird in der Regel aus dem Kreis der Ordentlichen Mitglieder gewählt und muss über Erfahrung in der editorischen Arbeit und über eine hervorragende fachliche Reputation verfügen und darüber hinaus den institutionellen Leitungsanforderungen entsprechen. Das Zusammenwirken von Präsidenten und Zentraldirektion wird als vertrauensvoll und sachorientiert beschrieben. Präsidentin ist seit dem 1. April 2012 mit einem zunächst auf zwei Jahre befristeten Vertrag Frau Prof. Dr. Claudia Märkl.

Weitere Leitungspositionen haben der faktische Stellvertreter der Präsidentin bzw. des Präsidenten bzw. die faktische Stellvertreterin – seit dem 1. April 2012 Frau Prof. Dr. Martina Hartmann – und die Leiterin bzw. der Leiter der Bibliothek inne. Die Besetzung der Wissenschaftlerstellen, die meist für bestimmte editorische Aufgaben erfolgt, wird durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten vorgenommen. Die Stellen der Bibliotheksleiterin bzw. des Bibliotheksleiters wie auch des nichtwissenschaftlichen Personals werden i. d. R. nach Ausschreibung besetzt.

III.2 Ausstattung

a) Personal

2011 waren in der Münchner Zentrale der MGH insgesamt 20 Personen tätig. Das Institut verfügt über 11,5 Stellen im wissenschaftlichen und sieben Stellen im nicht-

wissenschaftlichen Bereich, wobei die Präsidentin, die über die LMU München als Professorin besoldet wird, im Stellenplan nicht berücksichtigt ist. Von den 11,5 Wissenschaftlerstellen sind aufgrund der Stellenbesetzungssperre derzeit allerdings nur neun (sieben männlich, zwei weiblich) besetzt; eine weitere Mitarbeiterstelle wird voraussichtlich 2012 vakant. Das relativ hohe Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – kein Mitarbeiter ist unter 40, zwei sind über 60 Jahre alt – wird damit begründet, dass nur promovierte Personen eingestellt werden. Eine Verjüngung durch Neubesetzung der vakanten Stellen wurde bisher durch die Stellenbesetzungssperre verhindert. Eine Gleichstellungsstrategie wird aufgrund der geringen Größe und Stellenzahl nicht verfolgt.

Die MGH geben an, dass die Gewinnung wissenschaftlich qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich kein Problem darstellt. Auch dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen Ruf auf einen Lehrstuhl erhalten, die Einrichtung verlassen, wird im Sinne des personellen Austausches mit Universitäten begrüßt. So wurde ein Mitarbeiter der MGH 2006 auf den Lehrstuhl für Mittellateinische Philologie an der Universität zu Köln, ein weiterer Mitarbeiter 2010 als Professor an die Universität Innsbruck berufen.

Der vormalige Präsident der MGH und ein weiterer Mitarbeiter wurden seit 2008 in wissenschaftliche Beiräte mehrerer Institutionen in Deutschland und Österreich bzw. in Historische Kommissionen berufen. Dem vormaligen Präsidenten der MGH wurden im gleichen Zeitraum außerdem zwei Preise für seine historischen Forschungen verliehen.

b) Finanzen

In 2010 verfügten die MGH über Einnahmen in Höhe von ca. 1,6 Mio. Euro, die zu 88 % vom Freistaat Bayern finanziert wurden. Neben den Drittmitteln (10 %) trug das Institut aus eigenen Einnahmen (Buchverkauf, Dokumentlieferdienste, Fernleihen, Einnahmen aus dem Deutschen Archiv und der VG Wort) 2 % zur Deckung der Kosten bei.

Die Summe der Ausgaben betrug 2010 ca. 1,5 Mio. Euro. Davon entfielen 73 % auf Personalausgaben, 26 % auf Sachausgaben (vor allem für Miete, Bibliothek und eigene Publikationen) und 0,7 % auf Investitionsausgaben (u. a. EDV-Bereich).

Das Institut sieht durch den Globalhaushalt seine finanzielle Flexibilität gewährleistet. Stagnierende Sachmittel habe man lange Jahre dadurch kompensiert, dass Personalmittel nicht voll ausgeschöpft worden seien. Unter den Bedingungen der Stellenbesetzungssperre werden vorhandene Personalmittel u. a. für Werkverträge und Hilfskräfte verwendet. Eine leistungsbezogene interne Mittelvergabe besteht nicht und wird angesichts der geringen Größe der Einrichtung auch nicht für zweckmäßig gehalten.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Die MGH sind seit 1967 im Gebäude der Bayerischen Staatsbibliothek angesiedelt, wo ihnen eine Gesamtfläche von 1.744 qm zur Verfügung steht. Den größten Flä-

chenanteil nehmen Magazin (1.002 qm) und Lesesaal (100 qm) der Bibliothek ein, während 12 Büroräume zusammen 335 qm umfassen. Das Institut erklärt, dass die räumliche Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die technische Ausstattung der Büros angemessen sei, doch fehlten Räumlichkeiten für Hilfskräfte, Gastwissenschaftler, Konferenzen und technische Geräte (Bookscanner, Mikrofilmlesegeräte, Server) und stießen Magazin und Lesesaal an ihre Grenzen. Ein Neubau der Bayerischen Staatsbibliothek, der derzeit erwogen werde, könne die räumliche Situation der MGH verbessern. Im Bereich der technischen Ausstattung wird ein Mangel an Equipment für Schulungen und Workshops festgestellt.

A.IV Künftige Entwicklung

Um ihre führende Position auf ihren spezifischen Arbeitsfeldern zu sichern, wollen die MGH einerseits ihr Arbeitsprogramm weiterhin der Entwicklung der Mediävistik anpassen, andererseits ihre EDV-Angebote und -Kompetenzen weiter ausbauen.

Das Institut sieht seine künftige Entwicklung geprägt durch ein steigendes Interesse an Texteditionen und Editionswissenschaft sowie der elektronischen Präsentation von Daten. Auch in Zukunft sei eine durch einen sachverständigen Editor gesicherte Textbasis Grundlage aller historisch orientierten Wissenschaften. Die sachverständige Aufbereitung von Texten sei auch durch die zunehmende Digitalisierung nicht ersetzbar. Dies gelte insbesondere für die Mediävistik, da die Fähigkeiten zur Bewältigung der spezifischen Verständnisprobleme mittelalterlicher Texte tendenziell abnehmen. Zudem werde das Spektrum der Textsorten, welche die historische Forschung für relevant und editionswürdig halte, ständig breiter, sodass neue editorische Kompetenzen gefordert seien. Insgesamt werde die Nachfrage nach Hilfestellungen zum Verständnis (z. B. nach ausführlichen Kommentaren oder vollständigen Übersetzungen) und damit nach Hybridformen von Publikationen in der Kombination von Print- und elektronischen Medien wachsen.

Im Einzelnen hervorgehoben werden drei Aufgabenschwerpunkte, die im aktuellen mediävistischen Fachdiskurs eine zentrale Position haben und an die editorische Arbeit der MGH anschließen. Sie bauen außerdem auf den Kooperationen der MGH und auf Projekten ihrer externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf, die Interessenschwerpunkte mediävistischer Forschung widerspiegeln:

- **Diplomata:** Urkunden, als massenhaft überlieferte serielle Quellen, sind offen für eine Vielzahl von Fragestellungen, die über Politik- und Herrschaftsgeschichte weit hinausgehen. Ihre Edition, häufig nur in Form von Langzeitprojekten zu realisieren, legt aufgrund regionaler Streuung (grenzüberschreitende) Kooperationen nahe.
- **Scriptores:** Neben der Aussagekraft historiographischer Texte für den Wandel mittelalterlicher Weltansicht finden zunehmend die Konstruktion von Geschichtsbildern und Traditionen sowie die Darstellung von Personen und Gruppen wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Mit der verstärkten Erschließung historiographischer und hagiographischer Texte des Spätmittelalters, auch solcher in der Volkssprache, soll Neuland betreten werden.

- Epistolae: Briefe und verwandte Textgenera sind unter kultur-, mentalitäts- und kommunikationsgeschichtlichen Fragestellungen ins Zentrum mediävistischer Forschung gerückt. Da auch diese Texte oft nur in Langzeit- und Kooperationsunternehmungen zu erschließen sind, werden sie als ideales Arbeitsfeld der MGH betrachtet.

Daneben planen die MGH, sich an der Erforschung ihrer eigenen Geschichte und der Geschichte der Mediävistik zu beteiligen. Das Archiv der MGH wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich für wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen genutzt. Angestrebt wird eine Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte in München.

Vorgesehen sind ebenfalls weitere Schritte auf dem Feld der elektronischen Editionen und beim Ausbau der Online-Informationsmöglichkeiten. Mittelfristig soll ermöglicht werden, die dMGH (Suche, Volltext und Images) in virtuelle Forschungsumgebungen einzubinden. Über das Münchner Zentrum für Editionswissenschaft besteht bereits Kontakt zu TextGrid. Im Übrigen soll der Besprechungsteil des *Deutschen Archivs* in kürzeren Abständen online zugänglich gemacht werden.

Als neuer Aufgabenschwerpunkt wird die Beteiligung an der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der Editionswissenschaft genannt, was zur nachhaltigen Sicherung des Standards historisch-mediävistischen Edierens unumgänglich sei.

Zur Weiterentwicklung der MGH wird auf folgende Rahmenbedingungen hingewiesen: eine kontinuierlich angepasste Grundfinanzierung, Aufhebung der Stellenbesetzungssperre und Einrichtung weiterer Mitarbeiterstellen u. a. für EDV- und Nachwuchsprojekte. Die künftige Entwicklung soll außerdem durch diverse Einzelmaßnahmen unterstützt werden, u. a. die Stärkung von Kommunikation und Qualitätssicherung innerhalb der MGH, die Bekanntmachung wünschenswerter Projekte auf der Homepage als Anregung zu externen Drittmittelprojekten, die Sicherung und Förderung von Kooperationen, Vernetzung und Nachwuchspflege unter verstärkter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Stärkung internationaler Kontakte und Sichtbarkeit der MGH u. a. durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit auswärtigen Fachleuten, Gästen und korrespondierenden Mitgliedern in Form von Workshops, Einladungen, Kolloquien, Beteiligung an Sommerschulen und Vermittlung von Gastvorträgen.

B. Bewertung

B.1 Zur Bedeutung

Für die kritische Edition mittelalterlicher Textquellen war und ist die Arbeit der Monumenta Germaniae Historica wegweisend. Im Bereich der Texteditionen haben die MGH national und international Maßstäbe gesetzt, die weltweit als beispiel- und vorbildhaft gelten. Als nichtuniversitäre Forschungseinrichtung zeichnet sie sich durch ihr umfassendes Aufgabenfeld, durch langfristige Arbeitsprojekte und ihre editionswissenschaftliche Expertise aus. Aufgrund ihrer spezifischen Aufgabenstellung ist die

Einrichtung mit zahlreichen europäischen Parallelinstitutionen eng vernetzt. Zur wissenschaftlichen Reputation der MGH tragen auch ihre wichtigen Serviceleistungen für die nationale und internationale Mediävistik bei (vgl. I.1).

I.1 Forschung und Entwicklung

Hervorzuheben ist die gemessen an der Ausstattung insgesamt große Leistungsfähigkeit der Einrichtung, die nicht zuletzt durch ein hohes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht wird. Neben den kontinuierlich vorgelegten Quelleneditionen ist die regelmäßig erscheinende renommierte Fachzeitschrift *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* als ein Organ zu würdigen, das durch seine Rezensionen insbesondere deutsche Forschungsleistungen weltweit vermittelt. Eine wichtige Serviceleistung für die Wissenschaft erbringen die MGH auch mit ihrer Spezialbibliothek zur mittelalterlichen Geschichte, die ein Anziehungspunkt für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist. Als maßstabsetzende Editionsleistung ist darüber hinaus die in Kooperation mit dem Digitalisierungszentrum der Bayerischen Staatsbibliothek abgeschlossene Digitalisierung aller MGH-Editionen mit Volltextfassung (dMGH) hervorzuheben. Mit dem seit 2005 von der DFG geförderten Digitalisierungsprojekt haben die MGH ein Online-Angebot geschaffen, das mit ca. 10.000 Zugriffen pro Jahr in bemerkenswertem Maße genutzt wird und die Außenwirkung der Einrichtung weit über den engen Kreis der Fachwissenschaft erhöht. Auch seitens des Münchner Zentrums für Editionswissenschaft (MüZE) wird die Erstellung der dMGH als vorbildlich effektives und von beiden Seiten engagiert betriebenes Kooperationsprojekt bewertet. Aufgrund der großen Editionsbestände, der spezifischen Anforderungen und Potenziale des Textmaterials sowie der beabsichtigten elektronischen Verknüpfung der Textquellen mit weiteren Digitalisaten ist das Projekt aus editionswissenschaftlicher Sicht besonders zukunftsfähig, aber auch besonders herausfordernd. Auch nach Abschluss des laufenden DFG-Projekts sollte die Zusammenarbeit der MGH mit dem Münchner Zentrum für Editionswissenschaft fortgesetzt werden. Die Kooperation fördert nicht nur den weiteren Ausbau des digitalen Angebots, sondern dient auch dem Transfer der speziellen editionswissenschaftlichen Kompetenzen der MGH in den universitären Bereich.

An der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses in der Quellenforschung und in der Editionswissenschaft beteiligen sich die MGH bisher durch akademische Lehrtätigkeiten ihrer Leitung sowie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an verschiedenen Universitäten, durch die jeweils auf drei Jahre befristete Aufnahme einer Stipendiatin bzw. eines Stipendiaten des Schweizer Nationalfonds sowie durch Aufnahme internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten der Humboldt-Stiftung. Zur Vermittlung der besonderen Kompetenzen der MGH, aber auch zur Förderung ihres Anschlusses an die universitäre Mediävistik ist darüber hinaus ein stärkeres Engagement auf dem Feld der Nachwuchsförderung zu empfehlen. Inhaltlich sollte die Nachwuchsarbeit vor allem im Bereich der ausgebildeten Spezialkompetenzen, d. h. im Bereich der Editionswissenschaft liegen, strukturell sollte sie durch Einrichtung wissenschaftlicher Qualifikationsstellen (s. u. B.III.2) sowie durch Beteiligung an entsprechenden Studienprogrammen umgesetzt werden. Hier bietet sich eine Ausweitung der Kooperation mit dem Münchner Zentrum für Editionswissenschaft auf den Bereich der Lehre

an. Die MGH sollten sich aktiv an der Entwicklung und Durchführung der am MÜZE eingeführten „editionswissenschaftlichen Kolloquien“ beteiligen, die als interdisziplinäre Module angelegt sind und in unterschiedliche Studiengänge der LMU München integriert werden können. Dieses Modell entspricht in idealer Weise einerseits den an den MGH vorhandenen Spezialkompetenzen, andererseits den Interessen der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Einrichtung eines eigenen editionswissenschaftlichen Aufbaustudiengangs ist dagegen im Hinblick auf die unzureichenden beruflichen Perspektiven potenzieller Absolventinnen und Absolventen nicht zu empfehlen.

Mit Blick auf die Nachwuchsförderung ist auf die Weiterqualifizierung der im Münchner Institut beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten. Das Institut hat überzeugend dargestellt, dass aufgrund unterschiedlicher zeitlicher Anforderungen der Editionsprojekte auch in Zukunft eine Mischung lang- und mittelfristig gebundener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig ist. Im Sinne der Nachwuchsförderung und der personellen Dynamisierung sollten jedoch neben unbefristeten Stellen zur Bearbeitung von Langzeitprojekten auch befristete Qualifikationsstellen zur Bearbeitung zeitlich begrenzter Editionsprojekten mit dem Ziel der Promotion oder Habilitation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingerichtet werden. Es liegt in der Verantwortung des Präsidiums, den weiteren wissenschaftlichen Werdegang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen und insbesondere deren wissenschaftliche Karriere zu fördern. In diesem Zusammenhang ist auch eine Veränderung der Arbeitszeitverteilung zu erwägen, insbesondere eine Reorganisation der umfangreichen Rezensionstätigkeit und der Servicearbeiten für Editionsprojekte anderer Arbeitsstellen oder freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Beide Aufgabengebiete nehmen bisher einen unangemessen hohen Anteil der Arbeitszeit in Anspruch und werden von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Belastung für ihre Forschungstätigkeit gesehen.

Darüber hinaus sollten weitere Möglichkeiten zur Einbindung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geprüft werden. Das neue Präsidium der MGH erwägt die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte, die Erweiterung des Angebots an Praktika und die Ausschreibung von MGH-Stipendien. Diese Optionen zur Öffnung des Instituts für wissenschaftliche Nachwuchskräfte werden ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

1.2 Serviceleistungen

Neben der Bereitstellung von Quelleneditionen bieten die MGH mit dem umfangreichen Rezensionsteil des *Deutschen Archivs für Erforschung des Mittelalters*, mit der Digitalisierung ihrer Editionen und dem Online-Findbuch des Archivs wertvolle Serviceleistungen für die internationale Mediävistik. Die Spezialbibliothek der MGH zeichnet sich nicht nur durch ihren großen Bestand an Primär- und Sekundärquellen, sondern auch durch die thematisch geordnete Aufstellung als Freihandmagazin aus. Sie bietet der mediävistischen Forschung daher besonders gute Arbeitsbedingungen und wird von deutschen und internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern intensiv genutzt.

B.II Zu Organisation und Ausstattung

II.1 Organisation

Für die strukturelle Organisation der MGH ist das Zusammenwirken von Zentraldirektion, Münchner Institut, Arbeitsstellen der Akademien sowie freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern essenziell. Dabei kommt der Zentraldirektion, die zum einen programmatische Richtungsentscheidungen und Entscheidungen über die Aufnahme neuer Editionsprojekte trifft, zum anderen die wissenschaftliche Qualitätssicherung ausübt, bisher eine ausgesprochen starke Stellung zu. Die in der Zentraldirektion vertretene wissenschaftliche Kompetenz ist anerkannt und zu würdigen, doch sollte die Organisationsstruktur den veränderten Anforderungen, die an eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung gestellt werden, besser gerecht werden. Zentrale Entscheidungen über Fragen der Weiterentwicklung in wissenschaftlicher und struktureller Hinsicht sowie die damit verbundenen Beratungs- und Kontrollaufgaben sollten grundsätzlich nicht einem einzigen Gremium überantwortet werden, sondern im Zusammenwirken verschiedener Gremien und Organe getroffen werden. Beratung und Entscheidung müssen daher stärker als bisher getrennt werden. Zudem sollte die Organisationsstruktur die Anschlussfähigkeit der Einrichtung an aktuelle Entwicklungen in den Fachdisziplinen sicherstellen und dabei insbesondere den Grundsatz der Partizipation von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Entscheidungsprozessen berücksichtigen. Die zentrale Arbeitseinrichtung der MGH bildet das Münchner Institut, das zumindest im Ausland mit der Organisation insgesamt identifiziert wird. Dessen Leitung sollte ein erweitertes Entscheidungsrecht erhalten. Auch wenn die Position der in München tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler de facto bereits stärker sein sollte, als dies in der Satzung vorgesehen ist, sollte diese für eine kontinuierliche Arbeit notwendige Praxis auch in der Satzung institutionell verankert werden.

Die Zentraldirektion sollte künftig primär beratende Funktionen wahrnehmen. So könnte sie in der Art eines wissenschaftlichen Beirats oder eines Kuratoriums wirken, der das Münchner Institut mit wissenschaftlicher Kompetenz und auf Basis der internationalen Kontakte seiner Mitglieder durch Empfehlungen unterstützt. Die Zusammensetzung der Zentraldirektion soll mit dem Ziel überprüft werden, ihre strukturelle Diversität sukzessiv zu verbessern. Empfohlen wird zum einen die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nahestehender Fachgebiete, um alle Bereiche der quellennahen mediävistischen Grundlagenforschung besser zu berücksichtigen. Auch sollte in der Zentraldirektion die für den Bereich der Digitalisierung notwendige Expertise vertreten sein. Im Übrigen sind strukturelle Maßnahmen zur Verjüngung dieses Gremiums und zur angemessenen Vertretung von Wissenschaftlerinnen vorzusehen.

Zur Reform der institutionellen Struktur gehört sodann die Einrichtung eines neuen Leitungsgremiums, dessen Zusammensetzung sich an vergleichbaren Gremien in Forschungseinrichtungen orientieren sollte. Ohne die Zusammensetzung im Einzelnen empfehlen zu wollen, sollten in diesem Gremium unter der Leitung der Präsidentin wenigstens eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter der Münchner

Zentrale sowie ggf. Vertreter institutionell eng kooperierender Einrichtungen in angemessener Weise vertreten sein. Auch ist eine Vertretung der Zentraldirektion in diesem Gremium möglich, doch sollten Aufgaben und Kompetenzen der Zentraldirektion und des neuen Leitungsgremiums in der Satzung der Monumenta klar definiert und voneinander abgegrenzt werden. Die Organisation sollte so strukturiert sein, dass die Einbindung von Arbeitsstellen der Akademien wie auch die freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin möglich ist.

Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der MGH sollte in Zukunft durch eine öffentliche und internationale Ausschreibung der Leitungsposition und ein Berufungsverfahren gemeinsam mit der LMU mittels einer von den MGH und der LMU gemeinsam eingesetzten Berufungskommission durchgeführt werden. Mit einer gemeinsamen Berufung würde sich die im Vorfeld des Leitungswechsels zwischen dem vorigen Präsidenten und dem Freistaat Bayern strittige Satzungsbestimmung (§ 8 Abs. 3) erübrigen, die die Ernennung einer von der Zentraldirektion gewählten Präsidentin oder eines Präsidenten zur Staatsbeamtin oder zum Staatsbeamten vorsieht. Um die Stelle der Präsidentin bzw. des Präsidenten auch für internationale Bewerber zu öffnen, ist es unverzichtbar, künftig eine Etatstelle für die Präsidentin bzw. den Präsidenten der MGH Geschäftsstelle vorzusehen.

II.2 Ausstattung

Die personelle und sächliche Ausstattung des Münchner Instituts ist insgesamt als gut zu bewerten. Es ist zu begrüßen, dass die seit 2010 geltende Stellenbesetzungssperre, die zu personellen Engpässen geführt hat, im Zuge des Leitungswechsels aufgehoben wurde. Derzeit haben die MGH die Möglichkeit, vakante Wissenschaftlerstellen befristet auf zwei Jahre neu zu besetzen. Der Freistaat Bayern hat in Aussicht gestellt, nach Abschluss des Evaluierungsverfahrens im Fall positiver Empfehlungen der Strukturkommission ggf. auch diese Befristung aufzuheben.

Die Kommission empfiehlt die Einrichtung von zwei halben E13-Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs (Qualifikationsstellen). Zur Besetzung der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine öffentliche Ausschreibung erforderlich. Die Entscheidung über die Besetzung wie auch über tarifliche Gruppierungen der Stellen für wissenschaftliches Personal sollte bei dem künftigen Münchner Leitungsgremium liegen. Zu empfehlen sind differenzierte Funktionsbeschreibungen und eine dementsprechend differenzierte Besoldung, sodass ein Anreizsystem geschaffen und eine dynamische Personalentwicklung angeregt werden. Auch sollte im Zuge der Neubesetzung ein Gleichstellungskonzept entwickelt werden. Bei Neueinstellungen sollte auf Kompetenzen im Bereich der elektronischen Edition geachtet werden, die für eine Fortsetzung der Kooperation mit dem Münchner Zentrum für Editionswissenschaften auch über den DFG-Förderungszeitraum hinaus erforderlich sind.

Da die besonderen Vorzüge der Bibliothek nicht nur in ihrem umfangreichen Bestand, sondern auch in der nutzerfreundlichen Freihandaufstellung liegen, wird der Erhalt als eigenständige Spezialbibliothek als notwendig erachtet.

B.III Zur künftigen Entwicklung

Nach dem im März 2012 erfolgten Leitungswechsel sieht sich das neue Präsidium der MGH vor der Aufgabe, eine Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit und eine Neuorientierung vorzunehmen. Die neue Leitung und deren Pläne, durch eine weitere internationale Vernetzung neue Impulse aufzunehmen und sich verstärkt im Bereich der Nachwuchsförderung zu engagieren, werden nachdrücklich unterstützt. Befürwortet wird auch die beabsichtigte inhaltliche Neuorientierung durch eine verstärkte Hinwendung zu Quellen des Spätmittelalters einschließlich einer Öffnung zum 16. Jahrhundert, u. a. durch Aufnahme von Briefliteratur und Gesandtenberichten in das Editionsprogramm. Auch die Fortsetzung und der Ausbau des Digitalisierungsprojekts sind wünschenswert.

Mit den Empfehlungen zur Nachwuchsförderung und zur Reorganisation der institutionellen Struktur verbindet sich die Erwartung einer Kompetenzstärkung des Münchner Instituts, sowohl seines Präsidiums als auch seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine dynamische Entwicklung der MGH befördern soll. Diese Entwicklung wird maßgeblich unterstützt durch die erfreuliche Entscheidung des Freistaats Bayern, die seit 2010 geltende Stellenbesetzungssperre aufzuheben.

B.IV Zusammenfassung

Leistung und Wirkung der Monumenta Germaniae Historica werden insgesamt als hervorragend bewertet. Für die Editionswissenschaft hat die Einrichtung national und international Maßstäbe gesetzt, für die Mediävistik leistet sie unverzichtbare Grundlagenforschung. Wertvolle Serviceleistungen für die Wissenschaft sind u. a. das Digitalisierungsprojekt dMGH und das bibliothekarische Angebot. Das Münchner Institut zeichnet sich durch eine gemessen an seiner finanziellen und personellen Ausstattung hohe Leistungsfähigkeit aus.

Aufgrund ihres spezifischen Aufgabenfeldes sind die MGH vor allem auf internationaler Ebene mit europäischen Parallelinstitutionen sehr gut vernetzt, doch könnte die Einrichtung ihren Anschluss an die universitäre Mediävistik intensivieren und festigen. Als Beitrag dazu wird ein stärkeres Engagement auf dem Feld der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung empfohlen. Die MGH sollten sich an spezialisierten mediävistisch ausgerichteten Masterprogrammen beispielsweise durch das Angebot von Sommerschulen beteiligen und ihre Spezialkompetenzen durch eine stärkere Beteiligung an editionswissenschaftlichen Studienangeboten des Münchner Zentrums für Editionswissenschaft vermehrt in die universitäre Lehre einbringen. Auch sollte das Münchner Institut durch ein differenzierteres Angebot an Qualifikationsstellen zum Austausch mit Universitäten und zur Nachwuchsförderung beitragen. Dabei ist auch die berufliche Laufbahn der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Förderung ihrer Berufbarkeit zu unterstützen.

Empfohlen wird außerdem eine Reform der institutionellen Struktur mit dem Ziel, Entscheidungskompetenzen im Münchner Institut der MGH in einem neuen Leitungsgremium zu konzentrieren. Die Zentraldirektion sollte die Entwicklung der MGH künftig

mit ihrer Expertise beratend begleiten. Die Stelle der Präsidentin bzw. des Präsidenten sollte öffentlich und international ausgeschrieben und nach einem gemeinsamen Berufungsverfahren der MGH mit der LMU besetzt werden. Auch zur Besetzung wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen sind öffentliche Ausschreibungen erforderlich.

Die seitens der MGH dargestellten Zukunftsperspektiven – inhaltliche Öffnung des Arbeitsprogramms, weiterer Ausbau des Digitalisierungsprojekts, Akzentuierung der Nachwuchsförderung – werden befürwortet in der Erwartung einer dynamischen Entwicklung, die durch die neue Leitung und institutionelle Strukturveränderungen begünstigt werden. Die zuständigen Gremien und der Zuwendungsgeber sollten alles dafür tun, um diese Entwicklung zu unterstützen.

4.3.4 Historisches Kolleg

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 106 |
| A Darstellung | 106 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 106 |
| I.1 Entwicklung | 106 |
| I.2 Aufgaben | 107 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 107 |
| A II. Arbeitsschwerpunkte | 108 |
| II.1 Serviceleistungen und inhaltliche Schwerpunkte. | 108 |
| II.2 Arbeitsergebnisse. | 110 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 111 |
| III.1 Organisation | 111 |
| III.2 Ausstattung | 112 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 113 |
| B Bewertung | 114 |
| B.I Bedeutung des Historischen Kollegs | 114 |
| B.II Gesamtkonzept und Alleinstellung. | 114 |
| B.III Arbeitsergebnisse. | 118 |
| B.IV Organisation und Ausstattung | 119 |
| B.V Künftige Entwicklung | 122 |
| B.VI Zusammenfassung und zentrale Empfehlungen | 122 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Historischen Kolleg ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für das Historische Kolleg eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Das Historische Kolleg wurde am 20. Oktober 1980 gemeinsam vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, von der Deutschen Bank und von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften als „Stiftung Historisches Kolleg“ gegründet.

Seit 1988 stellt der Freistaat Bayern die Kaulbach-Villa in München (Kaulbachstraße 15) zur Nutzung durch das Historische Kolleg zur Verfügung. Im Jahr 1999 wurde der „Freundeskreis des Historischen Kollegs e.V.“ ins Leben gerufen, dem gegenwärtig 170 Mitglieder angehören.

Bis zum Jahr 2000 wurde die Stiftung rein privat vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der Deutschen Bank finanziert. Ab dem Jahr 2000 wurde die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“ Rechtsträgerin der Einrichtung. Der Freistaat Bayern übernahm die Grundfinanzierung (durchschnittlich rund 330 Tsd. Euro jährlich), während Stipendien zur Förderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Umfang von durchschnittlich rund 380 Tsd. Euro jährlich weiterhin von Sponsoren finanziert wurden.

Im Februar 2006 geriet das Historische Kolleg in eine Krise: Per Ministerialbeschluss sollte im laufenden Haushaltsjahr der Landeszuschuss gekürzt und zum Jahresende gänzlich eingestellt werden. Zudem wurde für 2007 die Kaulbach-Villa zurückgefordert. Der Protest seitens der Wissenschaft und der Förderer führte jedoch dazu, dass dieser Beschluss durch den damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten aufgehoben wurde. Da die Kürzungen für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 jedoch bereits festgeschrieben waren, mussten die fehlenden Mittel durch Spenden privater Förderer (Audi, BMW und E.ON Bayern) kompensiert werden.

Das Kuratorium des Historischen Kollegs reagierte auf diese Krise mit einem Maßnahmenpaket: Die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten wurde wesentlich stärker von der Realisierbarkeit der Buchprojekte abhängig gemacht, Sparmaßnahmen

wie beispielsweise die Einstellung des Jahrbuchs des Historischen Kollegs wurden beschlossen und es wurde entschieden, die Kaulbach-Villa stärker für Veranstaltungen der historisch orientierten Wissenschaften (Kooperations- und Fremdveranstaltungen) sowie für die kommerzielle Nutzung zu öffnen.

Im Jahr 2009 wurde das Stipendienangebot des Historischen Kollegs um ein Honorary Fellowship für maximal sechs Monate erweitert und die Podiumsdiskussionsreihe „Blick zurück nach vorn“ ins Leben gerufen. Für die Finanzierung Letzterer ist es dem Historischen Kolleg wiederholt gelungen, private Spendengelder einzuwerben.

I.2 Aufgaben

Seit seiner Gründung ist das Historische Kolleg der Personenförderung verpflichtet, die im Kern darin besteht, es exzellenten Gelehrten zu ermöglichen, sich, befreit von sonstigen Pflichten, über einen längeren Zeitraum (ein Jahr lang) ausschließlich der Arbeit an einem großen Buchprojekt zu widmen. Darüber hinaus vergibt das Historische Kolleg alle drei Jahre einen Preis und veranstaltet Kolloquien, internationale Tagungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen. Seinem Auftrag entsprechend versteht es sich selbst als soziale Forschungsinfrastruktur. Als solche hat es kein eigenes, thematisch orientiertes Arbeitsprogramm entwickelt, sondern konzentriert sich auf die Personenförderung. Dabei ist es nach eigenen Angaben bewusst offen für alle methodischen und thematischen Ansätze der historisch orientierten Wissenschaften. Im Einzelnen gliedern sich die Aktivitäten des Historischen Kollegs in folgende Bereiche:

1. Vergabe von Stipendien
2. Organisation und Durchführung wissenschaftlicher Vorträge, Kolloquien und Konferenzen
3. Vergabe des Preises des Historischen Kollegs, der sich als „Deutscher Historikerpreis“ etabliert hat, alle drei Jahre
4. Organisation und Durchführung der Podiumsdiskussionsreihe „Blick zurück nach vorn“

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Zentrales Alleinstellungsmerkmal des Historischen Kollegs ist seine Eigenschaft als inspirierender Rückzugsort für vielversprechende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in der Themenwahl und methodischen Vorgehensweise für ihr Buchprojekt völlig frei sind. Einen programmatischen Rahmen gibt es nicht. Die Arbeitsbedingungen am Historischen Kolleg sind in besonderer Weise durch Ruhe und Distanz zum Universitätsbetrieb gekennzeichnet.

Nach eigenen Angaben ist das Historische Kolleg somit die einzige Einrichtung in Deutschland, die es speziell Historikerinnen und Historikern erlaubt, sich über einen längeren Zeitraum einem *opus magnum* zu widmen. In diesem Zusammenhang verweist das Historische Kolleg auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur Forschungsinfrastruktur in den Geistes- und Sozialwissenschaften vom 28. Januar 2011, in der es als eine der renommiertesten Einrichtungen der sozialen Forschungsinfra-

struktur beschrieben wird. Diese Einschätzung hat der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands in seiner darauf bezogenen Stellungnahme vom 27. April 2011 bestätigt.

Durch die serviceorientierte technische und personelle Infrastruktur des Historischen Kollegs werden die Stipendiatinnen und Stipendiaten nicht nur bei der Organisation und Durchführung ihrer Kolloquien und Vorträge, sondern auch bei alltäglichen Erfordernissen wie beispielsweise der Literatur- und Medienbeschaffung unterstützt. Zudem ist durch die Ästhetik der Kaulbach-Villa im Herzen Münchens und durch den familiären Kreis der gleichzeitig Geförderten ein intellektuell anregender Rahmen gegeben.

Aufgrund der Attraktivität des Historischen Kollegs besteht ein großes Interesse der Historikerinnen und Historiker an einem Aufenthalt, sodass das Kuratorium die Renommiertesten unter ihnen auswählen kann. Dies wiederum stärkt die Reputation der Einrichtung sowie ihrer Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Nicht zuletzt ist es als ehrenvolles Alleinstellungsmerkmal anzusehen, dass der „Preis des Historischen Kollegs“ alle drei Jahre durch den Bundespräsidenten verliehen wird und sich als „Deutscher Historikerpreis“ etabliert hat.

A.II Arbeitsschwerpunkte

II.1 Serviceleistungen und inhaltliche Schwerpunkte

STIPENDIEN

Nach Darstellung des Historischen Kollegs ist die Vergabe von Stipendien seine Hauptarbeitsrichtung, während es seine anderen Aktivitäten als weitere Arbeitsfelder betrachtet.

Die Förderung der jährlich drei (seit 2006/2007: zwei) vom Kuratorium des Historischen Kollegs ausgewählten etablierten Gelehrten (Forschungsstipendien) besteht in der Finanzierung ihrer Vertretungen an ihren jeweiligen Heimatuniversitäten, die sich an der Besoldung nach W2 orientiert. Außerdem erhalten die Forschungsstipendiatinnen und -stipendiaten einen Mietzuschuss für eine Wohnung in München sowie ein Arbeitszimmer in der Kaulbach-Villa, deren Bibliothek, technische Infrastruktur und personelle Ressourcen sie ebenfalls nutzen können. Durch Forschungsstipendien Geförderte sollten nicht älter als 61 Jahre sein. Erwartet wird von den Gelehrten die Fertigstellung eines *opus magnum*, ein öffentlicher Vortrag zum Thema des Buchprojekts sowie die Durchführung eines thematisch entsprechenden zweitägigen Kolloquiums, dessen Beiträge in der Reihe „Kolloquien des Historischen Kollegs“ veröffentlicht werden.

Die Förderstipendien für Nachwuchskräfte (seit 2006 zwei Personen pro Jahr) orientieren sich ebenfalls an der Besoldung nach W2. Sie werden entweder direkt finanziert, oder, soweit sie in festen Vertragsverhältnissen stehen, unter Finanzierung ihrer Vertretungen durch das Historische Kolleg freigestellt. Auch die Förderstipendiatinnen und -stipendiaten erhalten einen Mietzuschuss. Wer ein Förderstipendium erhält,

sollte nicht älter als 38 Jahre alt sein. Von den Nachwuchskräften wird lediglich ein Vortrag im Laufe des Kollegjahres (Vortrag, *opus magnum*) erwartet. Die von ihnen verfolgten Buchprojekte sind häufig Gegenstand ihrer Habilitation.

Im Jahr 2009 hat das Historische Kolleg sein Stipendienangebot um ein *Honorary Fellowship* erweitert. Es ermöglicht ehemaligen Fellows oder anderen Gelehrten, die entweder aus dem aktiven Universitätsdienst ausgeschieden sind oder über ein *Sabbatical* verfügen, maximal sechs Monate lang im Historischen Kolleg entgeltfrei zu wohnen und zu arbeiten. Dies soll in besonderer Weise für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland attraktiv sein. Für sie müssen keine Vertretungskosten finanziert werden. Erwartet werden ein Vortrag, ein Workshop, eine Podiumsdiskussion o. Ä. über das jeweilige Projekt in der Kaulbach-Villa.

VORTRÄGE, KOLLOQUIEN UND KONFERENZEN

Das wissenschaftliche Personal des Historischen Kollegs unterstützt die Stipendiatinnen und Stipendiaten bei der logistischen und organisatorischen Vorbereitung sowie bei der Durchführung ihrer öffentlichen Vorträge und zweitägigen Kolloquien mit Teilnehmenden aus dem In- und Ausland. Die Vorträge der Forschungsstipendiaten finden in der Regel im Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften statt, alle anderen Veranstaltungen in der Kaulbach-Villa (Vortragssaal mit 110 Plätzen).

Seit 2007 hat das Historische Kolleg seine Kooperationsbeziehungen intensiviert und auf dieser Grundlage das Spektrum seiner wissenschaftlichen Veranstaltungen deutlich erweitert. Nach eigener Darstellung hat es somit seine Funktion als lebendiges Zentrum der Geschichtswissenschaften gefestigt. Als Beispiel für eine große und erfolgreiche Veranstaltung wird die 2009 durchgeführte Konferenz „*Judaism, Christianity, and Islam in the Course of History: Exchange and Conflicts*“ genannt, die auf der Grundlage einer Finanzierung durch das BMBF in Kooperation mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) durchgeführt wurde. Für die Konzeption dieser Veranstaltung wurde ein Wissenschaftlicher Beirat ins Leben gerufen, in dem (ehemalige) Stipendiatinnen und Stipendiaten, Kuratoriumsmitglieder und Repräsentanten der Kooperationspartner mitarbeiteten.

DEUTSCHER HISTORIKERPREIS

Der „Preis des Historischen Kollegs“ wird seit 1983 im dreijährigen Rhythmus im Rahmen einer Festveranstaltung in der Münchner Residenz vom Bundespräsidenten verliehen. Der unteilbare Preis ist mit 30 Tsd. Euro dotiert und hat sich mittlerweile als „Deutscher Historikerpreis“ etabliert. Die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger obliegt einer Kommission unter Vorsitz des oder der Vorsitzenden des Historischen Kollegs. Die Rahmenbedingungen der Preisverleihung und das Auswahlverfahren sind in den „Statuten für den Preis des Historischen Kollegs“ geregelt.

Zwar existiert ein Stiftungsvermögen, dessen Ertrag zur Finanzierung des Preises genutzt werden kann, dies wird jedoch nur dann in Anspruch genommen, wenn weder

ein Sponsor gefunden werden kann noch der Freundeskreis des Historischen Kollegs in der Lage ist, die Finanzierung zu übernehmen. Seit 1983 wurde der Preis zehnmal verliehen. Die nächste Preisverleihung ist für 2013 vorgesehen.

PODIUMSDISKUSSIONSREIHE „BLICK ZURÜCK NACH VORN“

Nach eigenen Angaben hat das Historische Kolleg mit der 2009/2010 ins Leben gerufenen Gesprächsreihe „Blick zurück nach vorn“ ein „viertes Standbein“ etabliert, mit dem das Ziel verfolgt wird, aktuelle Fragestellungen um eine historische Dimension zu erweitern. Damit werden insbesondere Schülerinnen und Schüler höherer Klassen erreicht. Die Wirkung der Reihe soll daher von Anfang an über das bei den Veranstaltungen anwesende Publikum hinausgehen, da die Diskussionen von den Medienpartnern BR-Alpha und / oder DRadioWissen gesendet werden. Pro Wintersemester werden unter einem übergeordneten Thema vier Veranstaltungen angeboten (jeweils im Oktober, November, Januar und Februar).

Finanzierungen für die ersten drei Veranstaltungsreihen hat das Historische Kolleg erfolgreich bei der Philip-Morris-Stiftung eingeworben. Die Finanzierung einer vierten Staffel übernimmt die Robert-Bosch-Stiftung.

II.2 Arbeitsergebnisse

Arbeitsergebnisse des Historischen Kollegs sind seine Serviceleistungen für exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Vorträge, Kolloquien und Publikationen sowie wissenschaftliche Transferleistungen für ein breiteres Publikum durch öffentliche Veranstaltungen wie insbesondere die Podiumsdiskussionsreihe „Blick zurück nach vorn“.

Seit seiner Gründung bis einschließlich 2010 förderte das Historische Kolleg insgesamt neunzig etablierte Gelehrte durch Forschungsstipendien. Im Jahr 1988 wurde zusätzlich ein jährliches Förderstipendium für Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen ausgeschrieben. Seit 2006/2007 sind es zwei pro Jahr. Bis einschließlich 2010 wurden dadurch insgesamt dreißig Personen gefördert.

In den drei Jahren des Berichtszeitraums (2008 bis 2010) waren 21 Historikerinnen und Historiker zu Gast am Historischen Kolleg. Darunter waren vier *Honorary Fellows* und ein Gast der LMU. Drei der Gäste kamen aus dem Ausland (Italien, Israel, Schweiz).

Eine Gleichstellungsstrategie wird am Historischen Kolleg nicht verfolgt. Bis 2010 gingen acht von 120 Forschungs- und Förderstipendien an Frauen.

Als wichtigste Publikationen nennt das Historische Kolleg die *opera magna* seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten – hiervon sind im Berichtszeitraum 14 erschienen – sowie die von ihnen herausgegebenen Kolloquienbände, in denen die Ergebnisse der internationalen Tagungen dokumentiert werden, die sie am Historischen Kolleg durchgeführt haben (acht Sammelbände in den drei Jahren 2008 bis 2010). Die „Kolloquien des Historischen Kollegs“ erscheinen im Oldenbourg-Verlag,

werden redaktionell jedoch überwiegend vom Personal des Historischen Kollegs betreut.

Der „Preis des Historischen Kollegs“ wurde seit 1983 insgesamt zehnmal verliehen. Da die Verleihung vom Bundespräsidenten vorgenommen wird, erfolgt eine breite Rezeption und Kommentierung des Ereignisses durch die Medien.

Seit der Gründung der Gesprächsreihe „Blick zurück nach vorn“ (2009) wurden drei Staffeln unter folgenden übergeordneten Themen durchgeführt:

1. WS 2009/2010: „Mit allen Sinnen“
2. WS 2010/2011: „Weise, mutig und gerecht – Tugenden heute“
3. WS 2011/2012: „Zwischen Lust und Schande – Laster gestern und heute“

Die vierte Veranstaltungsreihe (WS 2012/2013) wird unter dem Thema „Vorbilder im Wandel der Zeit“ stehen.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

Seit dem Jahr 2000 ist das Historische Kolleg eine wissenschaftliche Einrichtung der „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“, die als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts die für das Historische Kolleg notwendigen Rechtsgeschäfte wahrnimmt. Der Stiftungsrat überwacht die Einhaltung des Stiftungszwecks und ist für die rechtliche und finanzielle Überprüfung der vom Historischen Kolleg beschlossenen Haushaltsvorschläge verantwortlich.

Oberstes Entscheidungsgremium des Historischen Kollegs ist sein Kuratorium, das zweimal jährlich zusammenkommt und alle grundsätzlichen Angelegenheiten bezüglich der fachlichen Ausrichtung, der Finanzen und der Personalpolitik regelt. Dem Kuratorium gehören sechs „Persönliche Mitglieder“, die für die Dauer von fünf Jahren gewählt werden (einmalige Wiederwahl ist möglich), sowie fünf „Mitglieder von Amts wegen“ an. Es wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende für eine zweijährige Amtszeit (Wiederwahl ist möglich). Die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten betrachtet das Kuratorium als seine vornehmste Aufgabe.

Der oder die Kuratoriumsvorsitzende ist qua Amt Mitglied des Stiftungsrats der „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“. Er oder sie führt die laufenden Geschäfte des Historischen Kollegs und ist insbesondere für die Einwerbung privater Fördermittel verantwortlich. Kuratoriumsvorsitzende waren seit der Gründung des Historischen Kollegs Theodor Schieder (1980-1984), Horst Fuhrmann (1984-1997) und Lothar Gall (1997-2011). Im Jahr 2011 hat Andreas Wirsching, der Direktor des in München ansässigen Instituts für Zeitgeschichte, den Kuratoriumsvorsitz übernommen.

Unterstützt wird der Kuratoriumsvorsitzende seit der Gründung des Kollegs von einem Geschäftsführer, der seine Arbeit für das Historische Kolleg als Nebentätigkeit zur Geschäftsführung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ausübt. Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere der Haushaltsvollzug, die Personalleitung, die Ausschreibung der Stipendien, die Pflege der Kooperationsbeziehungen, die Formulierung von Drittmittelanträgen und der Kontakt mit den Verlagen sowie mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten. Darüber hinaus ist er für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich und vertritt das Historische Kolleg gegenüber Ämtern und Behörden. Ferner führt er die Geschäfte des Freundeskreises des Historischen Kollegs.

Nach eigenen Angaben ist diese organisatorische Struktur grundsätzlich zweckmäßig zur Erfüllung der Aufgaben des Historischen Kollegs, allerdings wird es als problematisch erachtet, dass für die Geschäftsführung keine Vollzeitstelle zur Verfügung steht.

III.2 Ausstattung

Neben seiner Grundausstattung durch den Freistaat Bayern (seit dem Jahr 2000 zwischen rd. 92 Tsd. und rd. 418 Tsd. Euro jährlich, durchschnittlich rd. 330 Tsd. Euro bzw. 46 % des Gesamtbudgets) erhält das Historische Kolleg Drittmittel in Form von zweckgebundenen Zuschüssen (zwischen rd. 89 Tsd. und rd. 552 Tsd. Euro jährlich), die seit dem Jahr 2000 durchschnittlich rund 54 % seiner gesamten Einkünfte ausmachen. Bezogen auf den Berichtszeitraum 2008 bis 2010 betrug der Drittmittelanteil durchschnittlich rund 66 Prozent.

Die Personalausstattung des Historischen Kollegs umfasst ein Vollzeitäquivalent der Entgeltgruppe 14 (TV-L), womit zwei halbe Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen finanziert werden, sowie zwei weitere nichtwissenschaftliche Stellen (Sekretariat und Hauswirtschaft). Eine der beiden halben wissenschaftlichen Stellen wurde in den Jahren 2008 bis 2010 anteilig auch aus Drittmitteln finanziert. Die Personalausstattung wird von der Einrichtung als zu gering angesehen, da sich der Aufwand für die zwei halben wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen durch die größere Zahl von Fellows, die damit verbundene größere Zahl eigener Veranstaltungen, durch neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die Erweiterung des Homepageauftritts sowie die Konzeption, Durchführung und Nachbereitung der Reihe „Blick zurück nach vorn“ mit vier Veranstaltungen pro Jahr erheblich erhöht hat. Die Stelle eines Geschäftsführers bzw. einer Geschäftsführerin ist im Stellenplan des Historischen Kollegs nicht vorgesehen. Im Wirtschaftsplan werden lediglich Mittel zur Vergütung von Dienstleistungen veranschlagt (ca. 3,5 Tsd. Euro), die von der Geschäftsstelle der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erbracht werden.

Derzeit werden am Historischen Kolleg sieben wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte beschäftigt.

Die räumliche Ausstattung des Historischen Kollegs wird von der Einrichtung selbst als angemessen und im Hinblick auf die große architektonische Qualität der Kaulbach-Villa im Herzen Münchens sogar als ideal bezeichnet.

A.IV Künftige Entwicklung

Für die Zukunft gibt es gemeinsame Pläne der Historischen Kommission und des Historischen Kollegs, ein Zentrum für Historische Grundlagenforschung in München zu gründen. Damit wird das Ziel verfolgt, grundlagenwissenschaftliche Kompetenzen stärker zu bündeln, ihr systematisches Zusammenwirken zu verbessern und somit das synergetische Potenzial der beiden komplementären Einrichtungen effizienter zu nutzen. Dies betrifft die Gebiete Quelleneditionen, Elite- und Nachwuchsförderung, historisch-biographische Forschung und fachbibliographische Information.

Weiteres Mitglied des Zentrums soll neben der Historischen Kommission und dem Historischen Kolleg die Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen (AHF) werden. Darüber hinaus sind Kooperationsbeziehungen mit weiteren universitären und nichtuniversitären Institutionen geplant wie etwa den Monumenta Germaniae Historica (MGH), dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ), historisch arbeitenden Kommissionen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, dem Historischen Seminar der LMU München, der Bayerischen Staatsbibliothek und zahlreichen in München angesiedelten Archiven.

Trägerin des Zentrums für Historische Grundlagenforschung in München soll eine erweiterte Stiftung – bestehend aus der Historischen Kommission, dem Historischen Kolleg und der Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen – werden, die gegebenenfalls durch zusätzliche Institutionen zu erweitern wäre. Als Organe sind ein Stiftungsrat in der Funktion eines Aufsichtsgremiums und ein Stiftungsvorstand vorgesehen, dem die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedereinrichtungen angehören sollen. Den Vorsitz des Stiftungsvorstands soll der Präsident oder die Präsidentin der Historischen Kommission übernehmen, so wie auch die gemeinsame Geschäftsführung bei der Historischen Kommission angesiedelt sein soll.

Die Finanzierung des Zentrums für Historische Grundlagenforschung in München soll durch die Mitgliedseinrichtungen erfolgen, deren Wirtschaftspläne und Haushaltsführungen getrennt bleiben sollen. Wenngleich ein Teil der Aktivitäten des Historischen Kollegs auch in Zukunft durch Spenden finanziert werden soll, wird die Grundfinanzierung einer bestimmten Anzahl von Stipendien durch den Freistaat Bayern angestrebt. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass sich für das Historische Kolleg dann wesentlich bessere Chancen ergeben, Sponsoren für Stipendien zu finden, wenn für einen Teil des Stipendienprogramms eine staatliche Grundfinanzierung vorgesehen ist.

Unabhängig von der Gründung des Zentrums für Historische Grundlagenforschung in München plant das Historische Kolleg ab 2013 gemeinsam mit der Stiftung „Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ (DIGA) einen weiteren Forschungspreis zu vergeben. Diese Pläne sind verbunden mit der Absicht, die internationale Sichtbarkeit des Historischen Kollegs dadurch zu stärken, dass die Preisträgerinnen und Preisträger die Gelegenheit erhalten, im Historischen Kolleg ein internationales Kolloquium durchzuführen. Ebenfalls 2011 wurde eine Kooperationsvereinbarung mit

dem Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität abgeschlossen. Die Kooperation mit dem Historischen Seminar der LMU betrifft die Nutzung von Räumlichkeiten der Kaulbach-Villa und die gemeinsame Finanzierung (je 30 Tsd. Euro) eines Förderstipendiums durch das Historische Seminar und das Historische Kolleg alle zwei Jahre, erstmals im Kollegjahr 2013/2014.

B Bewertung

B.I Bedeutung des Historischen Kollegs

Das Historische Kolleg ermöglicht es ausgewählten historisch arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sich ein Jahr lang aus dem universitären Betrieb zurückzuziehen, um konzentriert und ohne formale oder inhaltliche Vorgaben an der Fertigstellung eines *opus magnum* zu arbeiten – ein auch im internationalen Vergleich sehr hilfreiches Förderkonzept, das aber anderswo in Deutschland fehlt oder, etwa im Rahmen der Initiative „Pro Geisteswissenschaften“, gerade abgebaut wird. Bei Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen ist diese Arbeit in der Regel die Habilitationsschrift. Darüber hinaus werden Vorträge, Kolloquien und Tagungen veranstaltet. Alle drei Jahre wird vom Bundespräsidenten der „Preis des Historischen Kollegs“ verliehen.

Wie die nicht zuletzt durch die Exzellenzinitiative ausgelöste starke Zunahme der Anzahl von Stipendienangeboten, Kollegs und *Institutes for Advanced Studies* in den letzten Jahren zeigt, erfüllt die individuelle Förderung exzellenter Forscherinnen und Forscher innerhalb des Wissenschaftssystems grundsätzlich eine sehr wichtige Funktion, da sie unmittelbar zur Publikation neuer, bedeutender Werke führt, die unter den Bedingungen des normalen Universitätsbetriebs gerade angesichts der intensivierten Einwerbung von Drittmitteln und deren zielkonforme Verwendung (z. B. Graduiertenbetreuung) nicht oder nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung entstehen könnten. Darüber hinaus leistet diese Form der Personalförderung sowohl direkt als auch indirekt (durch Lehrstuhlvertretungen) einen bedeutenden Beitrag zur Nachwuchsförderung. Durch seine unmittelbare Nähe zur Bayerischen Staatsbibliothek und durch die Bedeutung Münchens als attraktiver Wissenschaftsstandort ist das Historische Kolleg zur Erfüllung dieser Aufgabe besonders gut geeignet. Die Bewertungsgruppe empfiehlt daher nachdrücklich, das Historische Kolleg strategisch weiterzuentwickeln und auch zukünftig zu fördern.

B.II Gesamtkonzept und Alleinstellung

Selbstverständnis und Wahrnehmung des wissenschaftlichen Umfeldes

In der Vergangenheit war das Historische Kolleg von einem Selbstverständnis geprägt, das bestimmte inhaltliche Richtungen und Schulen, bestimmte Themen und die internationale Geschichtswissenschaft außerhalb des deutschsprachigen Raums nicht angemessen berücksichtigte. Auch der niedrige Anteil historisch arbeitender Wissenschaftlerinnen ist auffällig. Die Bewertungsgruppe hält eine weitere

Öffnung und zeitgemäße Anpassung dieses Selbstverständnisses sowie Maßnahmen zur Steigerung des Anteils geförderter Stipendiatinnen (künftig Junior bzw. Senior Fellows) für erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine entsprechende Strategie entwickelt und konsequent verfolgt werden.

Das wissenschaftliche Umfeld des Historischen Kollegs hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative wurde in Deutschland eine Reihe von Institutionen ins Leben gerufen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vergleichbare Freiräume für die konzentrierte Arbeit an Forschungsprojekten ermöglichen. Leider hat sich das Historische Kolleg in den seine Zukunft betreffenden Überlegungen (vgl. Kap. B V.) nicht damit auseinandergesetzt, was diese Veränderungen des Umfeldes für seine eigene Position und Weiterentwicklung bedeuten.

Aus Sicht der Bewertungsgruppe ist die Veränderung des Umfeldes in zweifacher Hinsicht maßgeblich für das Historische Kolleg: Zum einen stellt das deutlich gewachsene Angebot vergleichbarer Freistellungsmöglichkeiten eine ernst zu nehmende Konkurrenz dar. Zum anderen bestätigt die Zunahme von Stipendienangeboten, Kollegs und *Institutes for Advanced Studies*, dass das vom Historischen Kolleg verfolgte Grundprinzip der Bereitstellung eines inspirierenden Rückzugsortes, an dem ohne die Vorgaben und Erwartungen von Drittmittelprojekten (greifbare Zusammenarbeit, Graduiertenbetreuung) konzentriert individuelle Forschungsprojekte verfolgt werden können, einem fundamentalen Bedürfnis entspricht, einen wesentlichen Beitrag zur Nachwuchsförderung leistet und eine wichtige Funktion im Prozess der Genese und Veröffentlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfüllt.

Um zukünftig eine, gemessen an deutschen Standards und auch im internationalen Vergleich, konkurrenzfähige Position einzunehmen, muss das Historische Kolleg die Faktoren, die einen Aufenthalt in München für Forscherinnen und Forscher attraktiver macht als an anderen Standorten (oder bei sich zu Hause), analysieren und neben anderen Aspekten zur Entwicklung einer Strategie nutzen, die zu einer zeitgemäßen Fortentwicklung und Schärfung seines Profils führt.

Sofern einerseits seine finanzielle Grundausstattung (inklusive eines Teils der Stipendienfinanzierung) gesichert ist, und andererseits die empfohlene Strategie entwickelt und konsequent verfolgt wird, sieht die Bewertungsgruppe gute Chancen für eine nachhaltige Positionierung des Historischen Kollegs als renommierte Institution mit großer Sichtbarkeit im In- und Ausland.

Auswahlkriterien der durch Stipendien Geförderten

Die Kriterien, die der Auswahl von Stipendiatinnen und Stipendiaten (Fellows) bisher zugrunde lagen, waren intransparent und führten in der Gesamtschau der Geförderten und ihrer Themen zu einem einseitigen Profil der Einrichtung. Um dieses Profil zeitgemäß fortzuentwickeln und auch im internationalen Vergleich attraktiv und konkurrenzfähig zu werden, muss das Historische Kolleg seine Auswahlkriterien der empfohlenen thematischen und methodischen Öffnung für ein breiteres Spektrum der historischen Wissenschaften anpassen.

Neben der wissenschaftlichen Qualität eines Vorhabens muss künftig auch die Chancengleichheit für Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden. In der Vergangenheit lag der Frauenanteil unter den Geförderten (nur acht von 120 Begünstigten in dreißig Jahren waren Frauen) weit unterhalb eines hinnehmbaren Prozentes. Daher wird zunächst und mit Nachdruck empfohlen, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil von am Historischen Kolleg arbeitenden Wissenschaftlerinnen deutlich und nachhaltig zu erhöhen. Nicht nur muss Chancengleichheit als eines der Grundprinzipien des Auswahlmechanismus in den relevanten Texten verankert werden, auch müssen Wissenschaftlerinnen zukünftig aktiv und gezielt auf die Möglichkeiten des Historischen Kollegs aufmerksam gemacht und eingeladen werden, sich für ein Stipendium zu bewerben. Darüber hinaus sollte geprüft werden, welche weiteren Maßnahmen, beispielsweise die Einwerbung eines Stipendiums zur Förderung von Historikerinnen bei einer Stiftung oder eine Frauenquote, sinnvoll und realisierbar wären, um den Frauenanteil nachhaltig zu erhöhen.

Darüber hinaus sollten die Auswahlkriterien im Ergebnis zu einem deutlich stärkeren Anteil an Geförderten, Themen und Forschungsobjekten außerhalb deutscher Kontexte führen. Um die Ausbildung eines internationalen bzw. auch außerhalb Deutschlands sichtbaren und anerkannten Profils des Historischen Kollegs zu fördern, sollten dabei nicht nur verstärkt europäische, sondern auch außereuropäische Fragestellungen und Forschende in den Blick genommen werden.

Schließlich sollte die Fokussierung des Historischen Kollegs auf seine zentrale Aufgabe einhergehen mit einer Erweiterung des Spektrums historisch arbeitender Disziplinen. Ziel sollte es sein, mit disziplinär, thematisch und methodisch breit gestreuten und innovativen Ansätzen das Profil des Historischen Kollegs zu bereichern, die Diversität der Forschungsprojekte zu steigern und somit nicht zuletzt das Interesse am wissenschaftlichen Austausch unter den Geförderten zu vergrößern.

Berücksichtigung individueller Bedürfnisse der Geförderten

Die durch ein Stipendium des Historischen Kollegs eröffneten Freiräume für historisch arbeitende Forscherinnen und Forscher werden von den Begünstigten in hohem Maße geschätzt. Die Befreiung von Pflichten der Lehre und akademischen Selbstverwaltung wirkt in Verbindung mit der Perspektive, ein ganzes Jahr lang in Ruhe arbeiten zu können, sehr motivierend. Dabei sind die Bedürfnisse nach intellektuellem Austausch, zusätzlicher Inspiration, beispielsweise im Rahmen eines Kolloquiums, oder Wissensvermittlung der ersten Erkenntnisse, etwa durch einen Vortrag, individuell verschieden und abhängig vom Stand des Forschungsprojekts zum Zeitpunkt des Eintritts ins Historische Kolleg.

Diesen individuell unterschiedlichen Situationen trägt das Historische Kolleg bislang insofern zu wenig Rechnung, als die Erwartungshaltung allen Geförderten gegenüber gleich ist bzw. nur hinsichtlich ihres Status als etablierte oder Nachwuchswissenschaftlerinnen bzw. Nachwuchswissenschaftler variiert. Unabhängig von ihrem Förderstatus stellt für manche Forscherinnen und Forscher jedoch beispielsweise die Organisation eines Kolloquiums eine eher störende Verpflichtung dar, während

andere diese Möglichkeit oder auch nur die Veranstaltung eines kleineren, weniger aufwendigen Workshops außerordentlich begrüßen würden.

Es wird empfohlen, den Fellows freizustellen, ob sie während ihres Aufenthalts in München wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen und welche Form diese ggf. haben sollen. Maßgeblich sollte der Nutzen einer solchen Veranstaltung für die Fertigstellung des geplanten Forschungsprojekts sein. Diesbezügliche Überlegungen und Wünsche sollten die Interessierten bereits im Zuge der Antragstellung erläutern, sodass sie in die Planungen für ein Kollegjahr und ggf. auch in den Auswahlprozess eines Jahrgangs einfließen können. Dabei muss ausdrücklich sichergestellt werden, dass diese Wünsche für die Auswahl nicht ausschlaggebend sein dürfen.

Interessenkonflikt zwischen Rückzugsangebot und mehr Sichtbarkeit der Einrichtung
Mit den in den letzten Jahren vorangetriebenen Aktivitäten, insbesondere mit der Ausweitung des Programms wissenschaftlicher Veranstaltungen und der Öffnung der Kaulbach-Villa für Seminare, Konferenzen und Tagungen auch anderer wissenschaftlicher Communities, hat das Historische Kolleg erfolgreich das Ziel verfolgt, als Kristallisationspunkt exzellenter historischer Forschung auch für eine breitere Öffentlichkeit sichtbarer zu werden. Seine Bestrebungen nach intensiverer Vernetzung und Zusammenarbeit sowohl auf lokaler Ebene (wie im vorgelegten „Zukunftskonzept“ näher ausgeführt) als auch international (beispielsweise mit der Stiftung „Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“, DGIA) sind angesichts seiner prekären finanziellen Situation nachvollziehbar.

Zwar ist es verständlich, dass sich das Historische Kolleg bemüht, durch eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit sichtbarer auch für mögliche Geldgeber zu werden und durch die Öffnung der Kaulbach-Villa Aufmerksamkeit, Renommee und Einnahmen zu gewinnen, jedoch darf nicht übersehen werden, dass hierdurch letztlich ein Interessenkonflikt entsteht: Diese Aktivitäten dienen nicht der Realisierung oder Unterstützung des Stipendienprogramms, das die Kernaufgabe des Historischen Kollegs darstellt und mit dessen Erfolg die Einrichtung steht und fällt.

Es besteht sogar das Risiko, dass das Angebot, zusätzlichen Veranstaltungen beizuwohnen oder sich am intellektuellen Austausch mit Kooperationspartnern des Historischen Kollegs zu beteiligen, kontraproduktiv wirkt, etwa dann, wenn es von den Fellows als Erwartung an eine Teilnahme wahrgenommen wird und sie von ihrer Arbeit abgelenkt werden. Auch ist zu bedenken, dass das wissenschaftliche und kulturelle Angebot Münchens hinreichend groß ist, um die Bedürfnisse der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Anregung und Austausch zu decken.

Schließlich ist die von der Bewertungsgruppe festgestellte starke Arbeitsbelastung des wissenschaftlichen Personals des Historischen Kollegs nicht zuletzt auf die Intensivierung der Veranstaltungstätigkeit und eine aufwendigere Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen.

Es wird empfohlen, die Aktivitäten des Historischen Kollegs auf seine Kernaufgabe zu konzentrieren und wissenschaftliche Veranstaltungen nur dann durchzuführen, wenn

sie den Forschungsprojekten der Geförderten dienen. Ein darüber hinausgehendes Veranstaltungsprogramm sollte nur dann organisiert werden, wenn es nicht zu Lasten der optimalen Arbeitsbedingungen der Stipendiatinnen und Stipendiaten erfolgt.

Gruppengröße und intellektueller Austausch unter den Geförderten

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bei der Gestaltung ihres Arbeitsalltags vollkommen frei. Dass die Kollektivität (in welcher Form auch immer) am Historischen Kolleg keinen verpflichtenden Charakter hat, ist ein sinnvolles Grundprinzip und Alleinstellungsmerkmal, das unter allen Umständen beibehalten werden sollte. Aufgrund der aktuell geringen Zahl von Geförderten ist intensiverer Austausch oder eine Netzwerkbildung jedoch auch dann kaum möglich, wenn dies gewünscht wird. Bei einer Gruppengröße von etwa acht Personen, die bei der Finanzierung der Hälfte der Stipendien durch den Freistaat Bayern realistisch erscheint und die den Kapazitäten der Kaulbach-Villa entspricht, sieht die Bewertungsgruppe allerdings gute Chancen dafür, dass sich Möglichkeiten des gesellschaftlichen Anschlusses und des wissenschaftlichen Austauschs ergeben. Diese potenziell netzwerkfördernde Funktion des Historischen Kollegs würde seine Attraktivität zumindest für einige der Fellows zusätzlich steigern.

B.III Arbeitsergebnisse

Die Leistungsbilanz des Historischen Kollegs hinsichtlich seiner ausschlaggebenden Arbeitsergebnisse, der *opera magna* seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten, ist gut, wengleich steigerungsfähig. Es wird begrüßt, dass das Kuratorium seit der Krise von 2006/2007 noch stärker darauf achtet, bevorzugt Bewerberinnen und Bewerber auszuwählen, die bereits überzeugende Vorarbeiten geleistet haben und im besten Falle erste Kapitel ihrer Arbeit vorlegen können, sodass sich die Chancen für eine Fertigstellung der Werke im jeweils geplanten Zeitrahmen verbessert haben.

Die Betreuung der Geförderten durch das wissenschaftliche Personal und durch Hilfskräfte ist hervorragend und stellt einen wesentlichen Bestandteil der konstruktiven Arbeitsatmosphäre dar.

Die Vorträge, Tagungen und Konferenzen des Historischen Kollegs sind von einem hohen wissenschaftlichen Niveau, das sich auch in den Kolloquiumsbänden widerspiegelt. Anerkennenswert sind darüber hinaus die erfolgreichen Bemühungen, mit der Veranstaltungsreihe „Blick zurück nach vorn“ ein breiteres Publikum, insbesondere Schülerinnen und Schüler, für historische Themen und Betrachtungsweisen zu gewinnen. Wie bereits erläutert, sieht die Bewertungsgruppe in dieser für das wissenschaftliche Personal arbeitsintensiven Veranstaltungsreihe jedoch keinen unmittelbaren Mehrwert für die Stipendiatinnen und Stipendiaten bzw. für die Erfüllung der Kernaufgabe des Historischen Kollegs. Insofern wird angeregt zu prüfen, ob es sinnvoll ist, die Veranstaltungsreihe fortzusetzen.

Mit dem „Preis des Historischen Kollegs“ erregt die Einrichtung große öffentliche Aufmerksamkeit für die Bedeutung der Geschichtswissenschaften. Dass er zuletzt einem in Cambridge lehrenden Australier verliehen wurde, wird als positives Signal der Bereitschaft zur Öffnung und Internationalisierung des Historischen Kollegs gewertet.

Die Bewertungsgruppe hält es für wichtig, dass weitere deutliche Signale der zeitgemäßen Fortentwicklung und Schärfung seines Profils folgen. So sollte es beispielsweise zukünftig auch möglich sein, dass sowohl der Preisträger bzw. die Preisträgerin als auch das Thema des Werkes keine Bezüge zur deutschen Geschichte im engeren Sinn haben.

B.IV Organisation und Ausstattung

Organisation

Das Historische Kolleg wird professionell geleitet und verwaltet. Die erfolgreichen Bemühungen um die Einwerbung von Zuschüssen nichtstaatlicher Geldgeber verdienen insbesondere vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit ausgebliebenen Stipendienfinanzierung durch den Freistaat Bayern große Anerkennung.

Die Zusammensetzung des Kuratoriums weist gegenwärtig eine zu starke Konzentration auf München bzw. Bayern auf. Zukünftig sollte das Gremium mit dem Ziel einer inhaltlich und methodischen größeren Öffnung ausgeglichener besetzt sein und geeignete Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland einbeziehen. Von einer entsprechenden Umstrukturierung würde das wichtige Signal ausgehen, dass das Historische Kolleg künftig als Einrichtung von deutschlandweiter Bedeutung auch im Ausland sichtbar sein möchte.

Die Geschäftsführung des Historischen Kollegs wird derzeit als Nebentätigkeit zur Geschäftsführung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ausgeübt. Dies mag in ökonomischer Hinsicht effizient sein, vor dem Hintergrund der notwendigen strategischen Entwicklung und Profilschärfung des Historischen Kollegs ist diese Lösung jedoch nicht mehr angemessen. Ihrem Auftrag der „Veröffentlichung von Quellen und Darstellungen zur deutschen Geschichte“ entsprechend, führt die Historische Kommission umfangreiche Editionsprojekte durch. Die damit verbundenen Aktivitäten sind allenfalls für einen Teil der durch das Historische Kolleg Geförderten relevant. Darüber hinaus wäre es ein wichtiges Signal für die zukünftige strategische Entwicklung des Historischen Kollegs, sich aus institutionellen Verflechtungen zu befreien, deren Fokus auf der deutschen Geschichte liegt. Daher wird empfohlen, für das Historische Kolleg eine eigenständige Geschäftsführung vorzusehen.

Qualitätssicherung

Eine regelmäßige unabhängige Evaluierung der Zielsetzung, strategischen Entwicklung und Leistungsfähigkeit des Historischen Kollegs fand in der Vergangenheit nicht statt. Künftig sollen Effektivität und Effizienz des Historischen Kollegs bei der Erreichung seiner Ziele sowie seine Pass- und Konkurrenzfähigkeit innerhalb des Wissenschaftssystems (auch im internationalen Vergleich) einer regelmäßigen, unabhängigen Evaluierung unterzogen werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind entsprechend einzuplanen.

Ausstattung mit Räumlichkeiten, Sachmitteln und Personal

Die angenehmen und repräsentativen Räumlichkeiten der Kaulbach-Villa im Herzen Münchens sind für die Zwecke des Historischen Kollegs ideal. Derzeit ist die Kapa-

zität des Hauses aufgrund der geringen Anzahl von Stipendien allerdings nicht ausgelastet.

Etwa sieben bis neun Stipendiatinnen und Stipendiaten sollten gleichzeitig ein Jahr lang am Historischen Kolleg arbeiten. Um diese Zahl zu erreichen, muss mindestens die Hälfte aller Stipendien durch den Freistaat Bayern grundfinanziert werden. Auf dieser Grundlage sollte das Historische Kolleg mit seiner erfolgreichen Einwerbung weiterer Stipendien bei nicht-staatlichen Geldgebern fortfahren. Die für das Historische Kolleg existenziell wichtige Einwerbung von nicht-staatlichen Fördergeldern ist eine sehr anspruchsvolle und aufwendige Aufgabe, die für die ehrenamtlich wirkenden Mitglieder des Kuratoriums eine starke Belastung darstellt. Zukünftig sollten sich daher hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen wissenschaftspolitischen Seite verbindlich für das Einwerben zusätzlicher Gelder einsetzen, etwa durch eine Ministerrunde mit potenziellen Sponsoren. Darüber hinaus wird empfohlen, auch solche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufzunehmen, die ihre Finanzierung für ein Jahr lang unabhängig vom Historischen Kolleg organisiert haben.

Gemessen an den aktuellen Aufgaben des Historischen Kollegs, die neben der Betreuung der Geförderten, der organisatorischen Begleitung ihrer Kolloquien und Vorträge sowie redaktionellen Arbeiten auch die Organisation weiterer wissenschaftlicher Veranstaltungen umfassen, ist die Kapazität des wissenschaftlichen Personals äußerst knapp bemessen. Bei einer Reduzierung der Aufgaben außerhalb des Kerngeschäfts muss die Steigerung der Anzahl von Stipendiatinnen und Stipendiaten allerdings nicht zwingend zu einer stärkeren Arbeitsbelastung führen, insbesondere dann nicht, wenn nicht alle Geförderten eines Jahrgangs Vorträge halten und Kolloquien veranstalten. Gleichwohl erfordert die empfohlene Neuausrichtung des Historischen Kollegs auch eine Revision der Aufgaben des wissenschaftlichen Personals. Es muss über hinreichende Kapazitäten verfügen, um die Erfüllung der Kernaufgabe in angemessener Weise unterstützen zu können.

Institutionelle Anbindung

Wie bereits im Zusammenhang mit der Geschäftsführung erläutert, ist in den Augen der Bewertungsgruppe die aktuelle Verbindung des Historischen Kollegs mit der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften weder zwingend noch in besonderer Weise geeignet, um seine Kernaufgabe zu unterstützen.

Gleichzeitig ist offensichtlich, dass durch eine Anbindung des Historischen Kollegs an eine größere wissenschaftliche Institution Effizienz- und Synergieeffekte erzielt werden können. Sofern eine solche institutionelle Integration die Unabhängigkeit des Historischen Kollegs von bestimmten geschichtlichen Epochen, Methoden und geographischen Bezügen einerseits sowie von landesspezifischen Wissenschaftsstrukturen andererseits garantiert und seine notwendige strategische Entwicklung und Profil Schärfung unterstützt, wird sie von der Bewertungsgruppe befürwortet.

Unter strategischen Gesichtspunkten ist eine engere institutionelle Verflechtung nach Auffassung der Bewertungsgruppe weder mit der Historischen Kommission

noch mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften oder mit der Ludwig-Maximilians-Universität München geeignet. Von überregionaler Bedeutung und vor allem hinsichtlich ihres Dienstleistungsangebots von größter Relevanz für alle Stipendiatinnen und Stipendiaten des Historischen Kollegs ist hingegen die Bayerische Staatsbibliothek. Neben der gediegenen Arbeitsatmosphäre am Historischen Kolleg ist zumeist sie der maßgebliche Grund für Antragstellende, gerade München für einen Forschungsaufenthalt zu wählen. Mit der wachsenden Zahl von Kollegs und Forschungszentren gewinnt dieses Argument an Bedeutung. Daher wird empfohlen zu prüfen, ob und ggf. welche Kooperationsformen oder Maßnahmen der institutionellen Verflechtung geeignet sind, um eine Verbindung zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Historischen Kolleg herzustellen, die für beide Partner einen Mehrwert erzeugt, das Historische Kolleg stärkt und seine strategische Entwicklung unterstützt.

Weitere Kooperationen

Das Angebot des Historischen Kollegs, Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der „Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien“, die von der Ludwig-Maximilians-Universität und der Universität Regensburg gemeinsam getragen wird, mehrmonatige Aufenthalte in der Kaulbach-Villa zu ermöglichen, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der geringen Auslastung mit eigenen Stipendiatinnen und Stipendiaten sinnvoll. Mit der strategischen Neuausrichtung des Historischen Kollegs sollte jedoch eine vollständige Auslastung des Hauses erreicht werden.

Die Absicht des Historischen Kollegs, den Geförderten eine Beteiligung an Veranstaltungen des Historischen Seminars der Ludwig-Maximilians-Universität, insbesondere im Rahmen des Promotionsstudiengangs „ProMoHist“, nahezu zulegen, ist nach Auffassung der Bewertungsgruppe nicht sinnvoll (vgl. Kap. B.II, Interessenkonflikt). Die Rückzugsmöglichkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die konzentrierte Arbeit an ihren Forschungsprojekten sollten Priorität haben.

In Zusammenarbeit mit der Stiftung „Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ (DGIA) hat das Historische Kolleg einen neuen Forschungspreis ausgelobt, der ab 2013 jährlich vergeben werden und mit einem Aufenthalt sowie der Veranstaltung einer internationalen Tagung am Historischen Kolleg in München verbunden sein soll. Sofern dieser Preis dazu beiträgt, die Anzahl exzellenter ausländischer Bewerberinnen und Bewerber zu erhöhen, die Internationalität des Historischen Kollegs zu stärken und die empfohlene strategische Entwicklung zu befördern, wird er befürwortet. Ob diese Ziele erreicht werden konnten, soll nach Ablauf von fünf Jahren im Rahmen einer unabhängigen Evaluierung überprüft werden.

Kooperationen, die primär der stärkeren Auslastung der Kaulbach-Villa dienen und darüber hinaus die Einnahmen des Historischen Kollegs verbessern, sollten im Zuge der strategischen Neuausrichtung und vollständigen Belegung des Hauses mit Stipendiatinnen und Stipendiaten an Bedeutung verlieren. Sofern ein Veranstaltungsprogramm außerhalb der Kernaufgabe beibehalten wird, muss sichergestellt werden, dass es sich nicht störend auf die optimalen Arbeitsbedingungen der Geförderten auswirkt.

Kooperationen, zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung, die die Familienfreundlichkeit des Historischen Kollegs verbessern, werden begrüßt.

B.V Künftige Entwicklung

Das anlässlich der Evaluierung vorgelegte Zukunftskonzept geht von einer weiterhin engen Verbindung zwischen dem Historischen Kolleg und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften aus. Nach den Plänen des Kuratoriums sollen in einem „Zentrum für Historische Grundlagenforschung in München“ die Aufgaben der Quellenedition, der historischen Biographienforschung, der Fachinformation sowie der individuellen Eliten- und Nachwuchsförderung gebündelt werden. Wie bereits ausgeführt, sieht die Bewertungsgruppe hierin jedoch weder eine Notwendigkeit noch strategische Vorteile für die Entwicklung des Historischen Kollegs.

Die im Zukunftskonzept ausgeführte Idee, in Kooperation mit der Historischen Kommission und ihren Forschungen sowie weiteren Münchner Partnern Stipendien für einzelne historische Epochen oder Fachgebiete einzuführen, führt nach Auffassung der Bewertungsgruppe nicht in hinreichendem Maße zur eingangs empfohlenen Öffnung, Internationalisierung, strategischen Fortentwicklung und Profilschärfung des Historischen Kollegs. Darüber hinaus würde die geplante Einführung von Stipendien für Promovierende der empfohlenen Fokussierung auf die Kernaufgabe des Historischen Kollegs entgegenwirken und seinen Charakter unangemessen verändern.

Hingegen unterstützt die Bewertungsgruppe die vom Kuratorium vorgeschlagene Finanzierung von zwei „Grundstipendien“ durch den Freistaat Bayern, die zusätzlich zur Grundausrüstung des Historischen Kollegs mit Personal- und Sachmitteln erfolgen sollte.

B.VI Zusammenfassung und zentrale Empfehlungen

Empfehlungen für den künftig einzuschlagenden Weg haben zwei Probleme zu lösen. Erstens verlangt die Ausweitung der Zahl von *Institutes for Advanced Studies* und anderer Förderangebote zur temporären Konzentration auf ein Forschungsvorhaben eine Neubestimmung der Funktion des Historischen Kollegs. Zweitens erweist sich die Grundfinanzierung seitens des Freistaats Bayern als zu gering für einen lebendigen Kollegbetrieb. Das Historische Kolleg selbst hat auf diese Lage mit der Ausweitung seines Tätigkeitsspektrums reagiert. Die Bewertungsgruppe hatte die Grundsatzentscheidung zu treffen, ob eine Fokussierung des Historischen Kollegs auf die Förderung von Stipendiatinnen und Stipendiaten oder eine weitere Ausdehnung seiner Funktionen empfohlen werden soll. Im Ergebnis richtet sich die Empfehlung auf eine Fokussierung, die allerdings mit einer Reihe von Änderungen einhergehen muss.

Grundlegende Voraussetzung für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Historischen Kollegs ist eine auf Dauer zuverlässig planbare Finanzierung wenigstens der Hälfte aller Stipendien einer Gruppe von Forscherinnen und Forschern, die sich ein

Jahr lang am Historischen Kolleg aufhalten. Nachdem Stiftungen und Geldgeber aus der freien Wirtschaft das Historische Kolleg über Jahrzehnte unterstützt haben, wird es als unerlässlich angesehen, dass diese Aufgabe zukünftig mit mindestens zwei Stipendien vom Freistaat Bayern übernommen wird. Soweit diese Voraussetzung gegeben ist, bestehen aus Sicht der Bewertungsgruppe sehr gute Chancen, zusätzliche Geldgeber für die Finanzierung der restlichen Stipendien zu gewinnen.

Weitere Einschätzungen und Empfehlungen der Bewertungsgruppe beziehen sich auf strukturelle und konzeptionelle Aspekte. Diese können jedoch nur dann zur Sicherung und Weiterentwicklung der „Marke“ *Historisches Kolleg München* beitragen, wenn die finanzielle Sicherung der Einrichtung gewährleistet ist. Insofern setzen die hier empfohlenen strukturellen und konzeptionellen Maßnahmen eine solche langfristige Sicherung voraus. Soweit diese gegeben ist, sollten folgende zentralen Hinweise und Empfehlungen bei der zukünftigen Entwicklung des Historischen Kollegs besonders beachtet werden (innerhalb der einzelnen Kapitel des Bewertungsberichts sind sie in ausführlichere Erörterungen eingebettet):

1. Die Bewertungsgruppe hält eine Öffnung und zeitgemäße Anpassung des Selbstverständnisses des Historischen Kollegs für erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine entsprechende Strategie entwickelt und konsequent verfolgt werden.
2. Um zukünftig eine, gemessen an deutschen Standards und auch im internationalen Vergleich, konkurrenzfähige Position einzunehmen, muss das Historische Kolleg die zahlreich vorhandenen Faktoren, die einen Aufenthalt in München für Forscherinnen und Forscher attraktiver macht als an anderen Standorten (oder bei sich zu Hause), analysieren und neben anderen Aspekten zur Entwicklung einer Strategie nutzen, die zu einer zeitgemäßen Fortentwicklung und Schärfung seines Profils führt.
3. Die Fokussierung des Historischen Kollegs auf seine zentrale Aufgabe sollte einhergehen mit einer Erweiterung des Spektrums historisch arbeitender Disziplinen. Ziel sollte es sein, mit disziplinär, thematisch und methodisch breit gestreuten und innovativen Ansätzen das Profil des Historischen Kollegs zu bereichern.
4. Darüber hinaus sollten die Auswahlkriterien im Ergebnis zu einem deutlich stärkeren Anteil an Geförderten, Themen und Forschungsobjekten außerhalb deutscher Kontexte führen.
5. Es wird empfohlen, die Aktivitäten des Historischen Kollegs auf seine Kernaufgabe zu fokussieren und wissenschaftliche Veranstaltungen nur dann durchzuführen, wenn sie den Forschungsprojekten der Geförderten dienen.
6. Es wird mit Nachdruck empfohlen, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil von am Historischen Kolleg arbeitenden Wissenschaftlerinnen deutlich und nachhaltig zu erhöhen. Nicht nur muss Chancengleichheit als eines der Grundprinzipien des Auswahlmechanismus in den relevanten Texten verankert werden, auch müssen Wissenschaftlerinnen zukünftig aktiv und gezielt auf die Möglichkeiten des Historischen Kollegs aufmerksam gemacht und eingeladen werden, sich für ein Stipendium zu bewerben.
7. Sofern am Historischen Kolleg ein Veranstaltungsprogramm außerhalb der Kernaufgabe beibehalten wird, muss sichergestellt werden, dass es sich nicht störend auf die optimalen Arbeitsbedingungen der Geförderten auswirkt.

8. Es wird empfohlen, den Geförderten freizustellen, ob sie während ihres Aufenthalts in München wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen und welche Form diese ggf. haben sollen. Maßgeblich sollte der Nutzen einer solchen Veranstaltung für die Fertigstellung des geplanten Forschungsprojekts sein. Diesbezügliche Überlegungen und Wünsche sollten die Interessierten bereits im Zuge der Antragstellung erläutern, sodass sie in die Planungen für ein Kollegjahr und ggf. auch in den Auswahlprozess eines Jahrgangs einfließen können.
9. Etwa sieben bis neun Stipendiatinnen und Stipendiaten (Fellows) sollten gleichzeitig am Historischen Kolleg arbeiten. Um diese Zahl zu erreichen, müssen mindestens zwei der Stipendien durch den Freistaat Bayern grundfinanziert werden. Auf dieser Grundlage sollte das Historische Kolleg mit seiner erfolgreichen Einwerbung weiterer Stipendien bei nicht-staatlichen Geldgebern fortfahren. Es sollten sich hochrangige politische Vertreterinnen und Vertreter verbindlich für das Einwerben zusätzlicher Gelder einsetzen, etwa durch eine Ministerrunde mit potenziellen Sponsoren. Darüber hinaus wird empfohlen, auch solche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufzunehmen, die ihre Finanzierung für ein Jahr lang unabhängig vom Historischen Kolleg organisiert haben.
10. Die Zusammensetzung des Kuratoriums weist gegenwärtig eine zu starke Konzentration auf München bzw. Bayern auf. Zukünftig sollte das Gremium methodisch offener und regional ausgeglichener besetzt sein und geeignete Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland einbeziehen.
11. Es wird empfohlen, für das Historische Kolleg eine eigenständige Geschäftsführung vorzusehen, die sich der Neuausrichtung wie den laufenden Geschäften ungeteilt zuwenden kann.
12. Die empfohlene Neuausrichtung des Historischen Kollegs erfordert auch eine Revision der Aufgaben des wissenschaftlichen Personals. Es muss über hinreichende Kapazitäten verfügen, um die Erfüllung der Kernaufgabe in angemessener Weise unterstützen zu können.
13. Künftig sollen Effektivität und Effizienz des Historischen Kollegs bei der Erreichung seiner Ziele sowie seine Pass- und Konkurrenzfähigkeit innerhalb des Wissenschaftssystems (auch im internationalen Vergleich) einer regelmäßigen, unabhängigen Evaluierung unterzogen werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind entsprechend einzuplanen.
14. Es wird empfohlen zu prüfen, ob und ggf. welche Kooperationsformen oder Maßnahmen der institutionellen Verflechtung geeignet sind, um eine Verbindung zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Historischen Kolleg herzustellen, die für beide Partner einen Mehrwert erzeugt, das Historische Kolleg stärkt und seine strategische Entwicklung unterstützt.
15. Sofern der in Kooperation mit der Stiftung „Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ geplante Forschungspreis dazu beiträgt, die Anzahl exzellenter ausländischer Bewerberinnen und Bewerber zu erhöhen, die Internationalität des Historischen Kollegs zu stärken und die empfohlene strategische Entwicklung zu befördern, wird er befürwortet. Ob diese Ziele erreicht werden konnten, soll nach Ablauf von fünf Jahren im Rahmen einer unabhängigen Evaluierung überprüft werden.

4.3.5 Collegium Carolinum

| | |
|---|-----|
| Vorbemerkung | 126 |
| A. Darstellung | 126 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 126 |
| I.1 Entwicklung | 126 |
| I.2 Aufgaben | 126 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Alleinstellungsmerkmal | 127 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 128 |
| II.1 Forschung. | 128 |
| II.2 Serviceleistungen | 135 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 135 |
| III.1 Organisation | 135 |
| III.2 Ausstattung | 137 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 139 |
| B. Bewertung | 140 |
| B.I Zur wissenschaftlichen Bedeutung | 140 |
| B.II Zu den Arbeitsschwerpunkten | 141 |
| II.1 Zur Forschung | 141 |
| II.2 Zu den Serviceleistungen | 144 |
| B.III Zu Organisation und Ausstattung. | 145 |
| B.IV Zusammenfassung | 147 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Collegium Carolinum ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für das Collegium Carolinum eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Der Trägerverein Collegium Carolinum e.V.⁴⁸ und das dazugehörige Institut wurden 1956 in München gegründet. Die institutionelle Finanzierung des Forschungsinstituts erfolgte zunächst hälftig durch das Forschungsministerium des Freistaats Bayern und die Bundesrepublik Deutschland, später vollständig durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. In den Anfangsjahren wurde die Institutsarbeit von deutschen und tschechischen Fachleuten getragen, die nach 1945 bzw. nach 1948 die Tschechoslowakei verlassen mussten; erst später kamen neu ausgebildete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Bundesrepublik Deutschland hinzu. Im Zentrum der Tätigkeiten standen in den Anfangsjahren der Aufbau einer Fachbibliothek, die Planung und Durchführung jährlicher Fachtagungen sowie die Dokumentation des Forschungsstandes und der Edition grundlegender Quellen. Ein Schwerpunkt der ersten Forschungstätigkeit lag auf der Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Im weiteren Verlauf seiner Geschichte nahm die eigene Forschung des Collegium Carolinum an Bedeutung zu; heute existieren fünf Forschungsschwerpunkte (vgl. Kap. A.II.1. b). Seit dem Jahr 2006 ist das Collegium Carolinum An-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und kooperiert mit ihr in Forschung und Lehre.

I.2 Aufgaben

Das Collegium Carolinum ist laut § 2 der Satzung ein unabhängiger wissenschaftlicher Verein zur Erforschung von Vergangenheit und Gegenwart der böhmischen Länder und ihrer Bevölkerung im Allgemeinen sowie der sudetendeutschen Volksgruppe vor und nach ihrer Vertreibung im Besonderen. Zur Verwirklichung des Vereinszwecks sieht die Satzung vor, dass der Verein eine Forschungsstelle für die böhmischen Länder und für die Probleme der sudetendeutschen Volksgruppe vor und nach ihrer Vertreibung schaffen und unterhalten soll. Ferner solle er im Rahmen seiner Zweckbestimmung selbstständige Forschungen anderer unterstützen, solche Forschungen

⁴⁸ Der Name „Collegium Carolinum“ bezieht sich auf das Hauptgebäude der 1348 gegründeten Prager Karlsuniversität.

anregen, wissenschaftliche Tagungen, Lehrgänge und andere zweckentsprechende Veranstaltungen durchführen und Publikationen herausgeben.

Der Fokus auf die Sudetendeutschen ist inzwischen einer generellen Erforschung der Geschichte und Kultur der historischen böhmischen Länder, der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei gewichen. Im Vordergrund stehen hierbei wissenschaftliche Arbeiten zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die in einen vergleichenden ostmitteleuropäischen Kontext gestellt werden. Das Collegium Carolinum definiert sein Arbeitsgebiet durch seine regionale Kompetenz, grenzt sich aber von landeskundlichen Ansätzen ab. Die Arbeit konzentrierte sich auf systematische Fragen, die auf die Region bezogen, aber stets mit einem breiten komparativen Ansatz verbunden würden.

Neben der Forschungsaufgaben nimmt das Institut seit seiner Gründung Serviceaufgaben für die internationale Forschung wahr (Betreuung der Wissenschaftlichen Bibliothek, Erarbeitung von Bibliographien, Beratung von Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland, Erarbeitung von Lexika). Zudem leisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum Beiträge zur Hochschullehre an den Universitäten in München und Passau.

Der Anteil der Forschung am Gesamtspektrum der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals beträgt 60 %, der Anteil der Serviceleistungen 40 %. Das Institut verfolgt das Ziel, die genannten Funktionen in Schwerpunkten so miteinander zu verbinden, dass Forschung, Lehre und Service wechselseitig voneinander profitieren können.

1.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen und Alleinstellungsmerkmal

Forschung zur Geschichte der böhmischen Länder, der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei wird in hohem Maße in den genannten Ländern selbst durchgeführt, vor allem an den Universitätslehrstühlen in Prag, Brünn, Olomouc und Opava (Tschechien) sowie Bratislava, Nitra, Banská Bystrica und Prešov (Slowakei) und in den historischen ausgerichteten Instituten der Akademien der Wissenschaften der Tschechischen Republik und der Slowakei. Des Weiteren bestehen in den USA und in Großbritannien Lehrstühle, die sich unter anderem mit osteuropäischer Geschichte befassen (Southampton, Minnesota, Swarthmore u. a.).

Als deutsche Einrichtungen, die auf einem ähnlichen Arbeitsgebiet forschen, nennt das Collegium Carolinum zwei nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen, das Herder-Institut in Marburg und das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Leipzig (GWZO). Beide hätten aber, wie das Collegium Carolinum betont, keinen eindeutigen regionalen Schwerpunkt auf der tschechischen und slowakischen Geschichte und seien zeitlich nicht primär auf das 19. und 20. Jh. orientiert.

Als sein Alleinstellungsmerkmal bezeichnet das Collegium Carolinum, dass in seinen Forschungen dem polyethnischen Charakter der historischen böhmischen Länder besonderes Gewicht eingeräumt werde. Zugleich werde die tschechische bzw.

tschechoslowakische Geschichte vergleichend in ostmitteleuropäischer bzw. europäischer Perspektive bearbeitet und eingeordnet. Zudem erfülle das Institut eine wichtige Erschließungsaufgabe, indem es durch seine Forschungs Kooperationen, Veranstaltungen und Publikationen Forschungsergebnisse der tschechischen und slowakischen Geschichtswissenschaft für die Forschung in Deutschland und in anderen Ländern vermittele. Nach eigener Einschätzung nimmt das Collegium Carolinum für die Länder Tschechien und Slowakei funktional einen Platz ein, den für andere Länder (z. B. Russland, Polen) die Deutschen Historischen Institute wahrnehmen.

Das Institut erklärt, aufgrund seines renommierten Mitgliederkreises und seiner erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne es eine Kontinuität bieten, die im Unterschied zur universitären Forschung die langfristige Verfolgung inhaltlicher Schwerpunkte gewährleiste.

A.II Arbeitsschwerpunkte

II.1 Forschung

a) Forschungsprogramm

Das Collegium Carolinum setzt auf die Bearbeitung und Weiterentwicklung eines kohärenten Forschungsprogramms und hat eine Forschungs Koordinationsstelle eingerichtet. In regelmäßigen Forschungsrunden, an denen der Institutsleiter, der Geschäftsführer, die Forschungs koordinatorin sowie die an den Projekten beteiligten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen, werden die laufenden Vorhaben und neue Projektideen diskutiert. Vorschläge für neue Vorhaben können sowohl von der Institutsleitung als auch von einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingebracht werden. Bei der Auswahl neuer Vorhaben wird auf Kohärenz zum Forschungsprogramm sowie auf Zusammenhänge mit laufenden Eigenvorhaben und die Möglichkeit geachtet, neue Kooperationen mit anderen Einrichtungen einzugehen.

Die Instituts gremien (Vorstand, Mitgliederversammlung, Kuratorium) begleiten die Auswahl und Durchführung von Projekten kritisch und beteiligen sich an der Weiterentwicklung des Forschungsprogramms.

b) Forschungsschwerpunkte

Im Bereich der Forschung hat das Collegium Carolinum neben einigen etablierten Forschungsfeldern wie Religionsgeschichte und Geschichte sozialistischer Staatlichkeit neue Forschungsfelder erschlossen. So widmen sich neue Projekte der Geschichte von Kriminalität bzw. Ordnungsvorstellungen, dem historischen Zusammenhang von Migration und Wissenstransfer, der Umwelt- und Infrastrukturgeschichte sowie der Geschichte des Föderalismus bzw. föderativer Ideen. Seit 2008 werden folgende Schwerpunkte und Projekte bearbeitet:

- Schwerpunkt Religionsgeschichte:
 - Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert (Förderung: Versöhnungsfonds der katholischen Kirche)

- in Deutschland): Zentrales Ergebnis des 2009 beendeten Projektes ist die Herausgabe des „Handbuchs der Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert“, das in Zusammenarbeit von tschechischen und deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entstanden ist und nach Angaben des Collegium Carolinum erstmals umfassend und konfessionell vergleichend die religiöse Entwicklung der Region auf neuestem Forschungsstand darstellt.
- Internationales Graduiertenkolleg „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“ (Förderung: DFG): Das Collegium Carolinum bringt seine besondere regionalhistorische Kompetenz in das von ihm mit initiierten, seit 2009 laufenden Graduiertenkolleg der LMU und der Karlsuniversität Prag ein und unterstützt die Betreuung der Promotionsvorhaben in München und Prag.
 - Schwerpunkt Erinnerungsgeschichte:
 - Musealisierung der Erinnerung. Zweiter Weltkrieg und nationalsozialistische Besatzung in Museen, Gedenkstätten und Denkmälern im östlichen Europa (Förderung: VolkswagenStiftung): Neben der Entwicklung seit 1945 liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Analyse der Veränderungen, die sich seit 1989/91 ergeben haben. Unterstützt von einem Kreis von Projektleiterinnen und Projektleitern aus dem In- und Ausland arbeiten vier Doktorandinnen sowie zwei kooperierende Wissenschaftler aus Tschechien und Polen an dem 2008 begonnenen Projekt mit. Für die im Projekt arbeitenden Doktorandinnen wurden Workshops zur Erinnerungsgeschichte oder zur Bildanalyse veranstaltet.
 - Diskurse von Opferverbänden: Deutschland, Tschechien und die Slowakei im Vergleich: In dem in Kooperation mit der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission von 2007 bis 2011 durchgeführten Vorhaben (Förderung: Beauftragter für Kultur und Medien der Bundesregierung) wurde anhand mehrerer Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs die Geschichte ihrer Konstituierung und die Entwicklung von Gruppenwahrnehmung und Entschädigungsforderungen untersucht.
 - Zivilgesellschaftliche Erinnerungspraxis nach 1989: Zweiter Weltkrieg und Zwangsmigration am Beispiel von Hoyerswerda und Ústí nad Labem/Ausig (Förderung: Beauftragter für Kultur und Medien der Bundesregierung): In Kooperation mit der Professur für Europäische Zeitgeschichte an der Universität Siegen wird anhand der Entwicklung der beiden Orte analysiert, welche Rolle lokale Initiativen bei der Beschäftigung mit den Geschehnissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg eingenommen haben.
 - Schwerpunkt Migrationsgeschichte:
 - Transnationale Wissensmittler. Die Migration tschechoslowakischer Journalisten und ihre Tätigkeit für Radio Free Europe in München (1950-1970): Hier geht es insbesondere um die Frage, welche Rolle Wissensbestände und ihre Vermittlung bei Migrationsvorgängen spielen. Erste Ergebnisse des im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbunds „Migration und Wissen“ (ForMig) angesiedelten und in Kooperation mit der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas der LMU durchgeführten Projekts, das seit 2009 läuft, wurden auf einer vom Collegium Carolinum, dem Tschechischen Zentrum (München) und dem Institut zur Erforschung totalitärer Regime (Prag) veranstalte-

ten internationalen, von der DFG finanzierten Konferenz zur Geschichte von Radio Free Europe im April 2011 präsentiert.

- Zwangsmigration und neue Gesellschaft in Ostmitteleuropa nach 1945: Aus diesem Workshop ging ein im Jahr 2010 erschienenes Themenheft der Zeitschrift *Bohemia* hervor. In vergleichender Perspektive wurde untersucht, wie in den von Zwangsmigration betroffenen Gebieten der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Jugoslawiens und der Ukraine die Wiederbesiedlung geplant wurde und welche gesellschaftlichen Folgen damit verbunden waren.
- Vorstellungswelten und politisches Engagement vertriebener Frauen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland: Das Collegium Carolinum beteiligt sich hier an einem im Frühjahr 2011 begonnenen Forschungsprojekt der LMU (Förderung: Beauftragter für Kultur und Medien der Bundesregierung).
- Schwerpunkt Geschichte von Ordnungsvorstellungen und -praktiken:
 - Politische und kulturelle Loyalitäten im modernen Ostmitteleuropa: Hierbei handelt es sich um einen Schwerpunkt des *Center for Advanced Studies* der LMU, der in Kooperation mit dem Collegium Carolinum politische und kulturelle Ordnungen, Vergemeinschaftungen und Beziehungen unter dem Gesichtspunkt von Loyalitäten erforscht.
 - Edvard Beneš und die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei zwischen Pariser Friedenskonferenz und Münchner Abkommen: Konzeption, Außen- und Innenpolitik (Förderung: DFG): In dem seit 2010 laufenden Forschungsprojekt wird die tschechoslowakische Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit jenseits eines tschechisch-deutschen Antagonismus untersucht. Es wird die Rolle eines nationalisierenden Nationalstaats mit Blick auf die komplexe Situation eines polyethnischen Staates analysiert.
 - Staat, Unternehmen und Arbeiterschaft in gelenkten Wirtschaften. Die böhmisch-mährische Industrie zwischen Nationalsozialismus und Volksdemokratie (1938-1950): Das Collegium Carolinum hatte sich als Kooperationspartner an dem 2010 abgeschlossenen Forschungsprojekt der LMU beteiligt (Förderung: DFG), das den Einfluss wirtschaftslenkender Entscheidungsprozesse über die politischen Zäsuren der Jahre 1945 und 1948 hinaus untersuchte.
 - Vielfalt ordnen. Förderalismusvorstellungen in der Habsburgermonarchie und ihren Nachfolgestaaten: Im Frühjahr 2012 wird am Collegium Carolinum eine von der DFG geförderte Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe mit diesem Namen ihre Arbeit aufnehmen. Ein Postdoc-Projekt und zwei Promotionsvorhaben werden sich mit Förderalismuskonzeptionen in der Habsburgermonarchie, der Zwischenkriegszeit und im Staatssozialismus beschäftigen.
- Umweltgeschichte:
 - Die Erschließung der Karpaten. Staatliche Strukturpolitik, Nutzungskonflikte und ökologische Veränderungen in einer Gebirgsregion im Staatssozialismus 1945-1989: Das im Jahr 2011 begonnene Vorhaben baut auf der in Kooperation mit dem *Rachel Carson Center for Environmental History*⁴⁹ der

⁴⁹ Das *Rachel Carson Center* ist eine gemeinsame Initiative der LMU und des Deutschen Museums München, das die Forschung und Diskussion auf dem Gebiet der internationalen Umweltforschung fördern und die Rolle der Geisteswissenschaften in der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Debatte über die Umwelt stärken soll.

LMU durchgeführten Institutstagung zur Umweltgeschichte Ostmitteleuropas im Jahr 2010 auf. Es untersucht am Beispiel der slowakischen und der rumänischen Karpatenregion staatliches Handeln auf der Makroebene, dessen Umsetzung sowie die Wahrnehmung dadurch bedingter Umweltveränderungen vor Ort.

c) Publikationen und Tagungen, Praxistransfer

Vom Collegium Carolinum werden folgende Zeitschriften, Reihen und Lexika herausgegeben:

- „Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder“ mit Berichten über laufende Forschungen zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei.⁵⁰ Sämtliche Jahrgänge der Zeitschrift (pro Jahr zwei Hefte) werden zurzeit digitalisiert und online gestellt;
- „Bad Wiesseer Tagungen“: Veröffentlichung der Ergebnisse der jeweiligen Jahrestagungen des Collegium Carolinum (ein Band pro Jahr, Auflage i. d. R. 550 Exemplare, bisher knapp 30 Bände);
- „Veröffentlichungen des Collegium Carolinum“: Veröffentlichung von Dissertationen, Habilitationen, Projektmonographien und Konferenzbänden (vier bis fünf Bände pro Jahr, Auflage i. d. R. 550 Exemplare, bisher knapp 120 Bände). Im Rahmen des Projektes „OstDok“ wurde ein Großteil der Institutspublikationen digital aufbereitet und steht per open access online zur Verfügung;
- Sudetendeutsches Wörterbuch. Wörterbuch der deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien (Auflage 500 Exemplare, bisher vier Bände);⁵¹
- Biographisches Lexikon zur Geschichte der böhmischen Länder (Auflagenhöhe 550 Exemplare, bisher drei Bände und vier Teillieferungen).⁵²

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum veröffentlichten in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt sechs Monographien, drei Artikel in referierten Fachzeitschriften, sieben Artikel in nicht referierten Zeitschriften, jeweils eine referierte und eine nicht referierte Internetpublikation, 28 Beiträge zu Sammelwerken in Fremdverlagen und 13 Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag. Nach Angaben des Collegium Carolinum ist die Zahl der Publikationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den vergangenen zehn Jahren deutlich erhöht worden. Während zuvor in der Regel in hauseigenen Organen publiziert worden sei, würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun ermutigt, auch andere Publikationsmöglichkeiten wahrzunehmen. Für Doktorandinnen und Doktoranden spielten die neu geschaffenen Publikationsmöglichkeiten (Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, OstDok) eine zunehmende Rolle.

⁵⁰ Der Herausgeberrat der Zeitschrift ist international besetzt.

⁵¹ Zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter des Collegium Carolinum sind an der Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ an der Universität Gießen tätig. Das Projekt wurde von Beginn an in Kooperation mit dem Collegium Carolinum durchgeführt und für zwei Jahrzehnte gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), heute vom Freistaat Bayern.

⁵² Der Herausgeberrat des Lexikons ist international besetzt.

Das Collegium Carolinum hat im Zeitraum 2008 bis 2010 insgesamt elf nationale und internationale Veranstaltungen (einschließlich der Jahrestagungen des Instituts)⁵³ ausgerichtet. Seine wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten im genannten Zeitraum insgesamt 75 Vorträge, davon 26 auf internationalen Veranstaltungen, zu denen sie mit eigenem Vortrag eingeladen wurden.

d) Drittmittel

Von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Collegium Carolinum wurden in den Jahren 2008 bis 2010 Drittmittel in Höhe von insgesamt 802 Tsd. Euro eingeworben. Rund 63 % dieser Mittel stammten von Stiftungen, 21 % vom Bund, rund 15 % von der DFG und rund 0,9 % vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. Als Anreiz zur Erarbeitung von Drittmittelanträgen bietet das Collegium Carolinum bei Erfolg zeitlich befristete Freistellungen oder schafft auf andere Art Freiräume für die Bearbeitung von Projekten. In Ausnahmefällen werden von der Institutsleitung finanzielle Mittel leistungsbezogen vergeben, um außergewöhnliche Arbeitsbelastungen zu honorieren. Das Institut gibt an, der Anteil der aus Drittmitteln finanzierten Forschungen habe sich in den vergangenen Jahren erheblich erhöht.

e) Kooperationen

Das Collegium Carolinum kooperiert im Rahmen des internationalen Graduiertenkollegs „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“ seit dem Jahr 2009 mit der LMU und mit der Karlsuniversität Prag. Es ist zudem am Antrag auf Einrichtung einer gemeinsamen Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien der LMU und der Universität Regensburg auf Förderung im Rahmen der Exzellenzinitiative beteiligt. Darüber hinaus werden die Projekte „Politische und kulturelle Loyalitäten im modernen Ostmitteleuropa“, „Transnationale Wissensmittler“, „Vorstellungswelten und politisches Engagement vertriebener Frauen“ und „Staat, Unternehmen und Arbeiterschaft in gelenkten Wirtschaften“ (vgl. Kap. A.II.1b) in Kooperation mit der LMU bearbeitet. Zudem ist das Collegium Carolinum am gemeinsamen Elitestudiengang „Osteuropastudien“ der LMU und der Universität Regensburg beteiligt.

Im Rahmen des von der DFG geförderten Gemeinschaftsprojekts „OstDok“ (Osteuropa-Dokumente online) – einer Initiative zur Erstellung einer zentralen Plattform für elektronische Volltexte der Osteuropaforschung – arbeitet das Collegium Carolinum mit der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB), dem Herder-Institut Marburg sowie dem Osteuropa-Institut Regensburg zusammen. Durch seine Mitgliedschaft im bayerischen Forschungsverbund „Migration und Wissen“ (ForMig) kooperiert es mit elf anderen

⁵³ Themen der Jahrestagungen: Wissenschaftsgeschichte von Soziologie und Ethnologie (2008), sozialistische Staatlichkeit (2009), Umwelt- und Infrastrukturgeschichte (2010) sowie Ordnung und Sicherheit, Devianz und Kriminalität (2011).

universitären und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen in Bayern.⁵⁴ Es ist in der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission⁵⁵, der Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) und der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung (ABDOS) vertreten. Des Weiteren kooperiert das Collegium Carolinum mit der BSB auch im Projekt „Bohemia Online“ und unterhält eine Bibliotheksgemeinschaft mit dem Adalbert-Stifter-Verein, dem Sudetendeutschen Archiv und der Ackermann-Gemeinde.

Das Collegium Carolinum hat seine Beziehungen zu Tschechien in den letzten Jahren verstärkt, indem es Konferenzen und Workshops in zunehmendem Maße in Prag veranstaltet und die Zeitschrift *Bohemia* in einzelnen Fällen als Doppelnummer mit der Zeitschrift des Instituts für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften *soudobé dějiny* erscheinen lässt. Mit der Karlsuniversität Prag arbeitet das Institut im Rahmen des Graduiertenkollegs „Religiöse Kulturen“ sowie bei der Ausrichtung von Tagungen auf vertraglicher Basis zusammen. Mit der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik verbindet das Collegium Carolinum außerdem eine Zusammenarbeit am Biographischen Lexikon sowie Projekt- und Tagungskooperationen. Gemeinsam mit der Tschechischen Christlichen Akademie in Prag erstellte das Institut das „Handbuch der Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder und Tschechiens im 20. Jahrhundert“ und führte eine gemeinsame Forschungskonferenz durch. Auch mit der Slowakischen Akademie der Wissenschaften läuft eine Tagungskooperation.

Weitere internationale Kooperationspartner des Collegium Carolinum sind an den Universitäten Aarhus/Dänemark, Southampton und Cambridge/Großbritannien, Brünn/Tschechien und Wien/Österreich tätig. Es handelt sich teils um Mitglieder des internationalen Redaktionsbeirats oder Herausgeberkreise der Zeitschrift *Bohemia* oder des Biographischen Lexikons, teils um Projekt- oder Tagungskooperationen. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum sind in Redaktionsbeiräten tschechischer und slowakischer Fachzeitschriften vertreten.

Das Institut nimmt regelmäßig Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus dem In- und Ausland auf, die es teilweise mit bis zu dreimal pro Jahr vergebenen Forschungsbeihilfen unterstützen kann. Im Zeitraum von 2008 bis 2010 arbeiteten insgesamt 20 Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler überwiegend aus Tschechien, aber auch aus Deutschland, Frankreich, Italien und den USA am Insti-

⁵⁴ Mit dem Osteuropa-Institut Regensburg und mit Einrichtungen der LMU München (Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung; Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas) sowie der Universitäten Bamberg (*Trimberg Research Academy* – TRAC; Europäisches Forum für Migrationsstudien – efms e.V.), Bayreuth (Lehrstuhl für Betriebliches Personalwesen und Führungslehre; Lehrstuhl für Ethnologie; Lehrstuhl für Sozialanthropologie; Lehrstuhl für Kultur- und Religionssoziologie), Regensburg (Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas) und Würzburg (Department für empirische Bildungsforschung).

⁵⁵ Der Leiter des Collegium Carolinum führt den Vorsitz der Kommission; auch deren wissenschaftliches Sekretariat wird vom Institut geführt.

tut. Auch vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum verbrachten einen Gastaufenthalt zu Forschungszwecken am Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Prag, am *Leo Baeck Institute, Center for Jewish History* in New York, am Wissenschaftskolleg zu Berlin und dem Masaryk Institut und Archiv der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Prag.

f) Beteiligung an der Hochschullehre und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Der Leiter des Collegium Carolinum hat ein Lehrdeputat von neun Semesterwochenstunden an der LMU. Gemäß dem Kooperationsvertrag mit der LMU übernimmt das Institut in der Regel einen Lehrauftrag (zwei Semesterwochenstunden) pro Semester; die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum wechseln sich bei der Wahrnehmung der Lehraufträge ab. Hinzu kommt ein jährlich im Sommersemester wahrgenommener Lehrauftrag an der Universität Passau. Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter übernehmen auf Wunsch selbstständig Lehraufgaben oder Aufgaben im Co-teaching. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die an der Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ an der Universität Gießen tätig sind, nehmen regelmäßig Lehraufträge im Bereich der Sprachwissenschaft wahr.

Derzeit arbeiten sechs wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Stipendiatinnen des Collegium Carolinum an einem Promotionsvorhaben und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin an ihrer Habilitation. Seit Herbst 2009 sind drei Mitarbeiter des Collegium Carolinum an den Veranstaltungen des Internationalen Graduiertenkollegs „Religiöse Kulturen“ beteiligt und betreuen in diesem Rahmen elf Münchener und acht Prager Kollegiatinnen und Kollegiaten. Darüber hinaus hat das Collegium Carolinum in den letzten Jahren aufgrund einer Stiftung einer Privatperson zwei Promotionsstipendien zur Geschichte der böhmischen Länder vergeben können; vor Kurzem erfolgte aus diesen Stiftungsmitteln zudem die Vergabe von zwei Abschlussstipendien. Die meisten der im Collegium Carolinum betreuten Doktorandinnen und Doktoranden sind an größeren drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten beteiligt. Einige arbeiten auf einer Institutsstelle oder einer Stellenvertretung (derzeit drei).

Im Erhebungszeitraum von 2008 bis 2010 erfolgte eine Promotion eines Projektmitarbeiters. Das Collegium Carolinum vermittelt promovierenden Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern in speziellen Workshops methodische und theoretische Kenntnisse. Es bietet ihnen an, Lehre an der LMU zu ihren Forschungsthemen zu veranstalten (im Co-teaching mit Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern oder allein).

Nur in unregelmäßigen Abständen (meist im Abstand von ein bis zwei Jahren) bietet das Collegium Carolinum Praktika an.

g) Wissenschaftliche Qualitätssicherung

Das Collegium Carolinum verfügt nicht über einen wissenschaftlichen Beirat. Es gibt an, seine Arbeit werde intern durch den Vorstand, die Mitgliederversammlung und

das Kuratorium, dem in der Mehrzahl wissenschaftliche Mitglieder angehörten, kritisch begleitet. Grundlage hierfür seien die Jahresberichte, die Berichte der Institutsleitung sowie die in den Gremien vorgestellten Strukturpläne.

II.2 Serviceleistungen

Als Serviceleistung stellt das Collegium Carolinum der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft seine Bibliotheksbestände (vgl. Kap. A.III.2 c), seine Sammlungen⁵⁶ sowie Fachbibliographien zur Verfügung. Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der Biographischen Sammlung beantworten neben der Lexikonarbeit regelmäßig Anfragen. Neben Studierenden und Promovierenden sind es vor allen Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler aus dem In- und Ausland, die die Serviceangebote des Collegium Carolinum nutzen. Hinzu kommen landeskundlich Interessierte.

Allen an der Geschichte der böhmischen Länder, Tschechiens und der Slowakei Interessierten bietet das Collegium Carolinum den Zugang zur Präsenzbibliothek. Es informiert in Publikationen, Broschüren und online über neue Forschungsergebnisse. Auf Anfrage erteilt es Auskunft über Zugang und Forschungsmöglichkeiten in tschechischen und slowakischen Archiven und Bibliotheken. Es vermittelt zudem Kontakte zu Fachleuten aus dem In- und Ausland.

Über die individuelle Beratung von Forschenden hinaus bietet das Institut mit seinem jährlichen Forum für Tschechien-Forschung („Bohemisten-Treffen“) eine Plattform zur Präsentation und Diskussion laufender Forschungsarbeiten zur Geschichte und Kultur der böhmischen Länder bzw. Tschechiens und der Slowakei.

Das Collegium Carolinum informiert das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK) jeweils mit einem Jahresbericht über die Gesamtentwicklung des Instituts. Auf Nachfrage stellt es dem Ministerium Fachinformationen aus seinem Arbeitsgebiet zur Verfügung.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Das Collegium Carolinum e. V. München ist ein rechtsfähiger wissenschaftlicher Verein mit den Organen Mitgliederversammlung, Vorstand, Kuratorium, Geschäftsführung und Revisoren:

- Der Mitgliederversammlung können laut Satzung maximal 40 Mitglieder ange-

⁵⁶ Es handelt sich um die Biographische Sammlung zur Geschichte der böhmischen Länder, bestehend aus Datensätzen zu ca. 80.000 Personen der Geschichte der böhmischen Länder und Personendaten kommunistischer Führungskräfte in der Tschechoslowakei nach 1945, sowie um Sammlungen zu den historischen deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien.

hören; diese Zahl wird derzeit voll ausgeschöpft.⁵⁷ Der aktuellen Mitgliederversammlung gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen⁵⁸ und Ländern⁵⁹ an. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist das zentrale Gremium des Vereins, sie wählt den Vorstand sowie Mitglieder des Kuratoriums. Sie unterstützt durch Diskussion die Weiterentwicklung des Forschungsprogramms.

- Der Vorstand besteht aus der bzw. dem Vorsitzenden, zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertretern und zwei weiteren Mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit in ihren Ämtern einzeln für die Dauer von drei Jahren bestellt. Der Vorstand besorgt die Vereinsangelegenheiten in Übereinstimmung mit den von der Mitgliederversammlung beschlossenen Richtlinien und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Beschlüsse des Kuratoriums. Er kontrolliert die Geschäftsführung und die allgemeine Institutsarbeit und berät in seinen Sitzungen über die Weiterentwicklung des Forschungsprogramms.
- Das Kuratorium besteht aus neun Mitgliedern, von denen vier auf Vorschlag des Collegium Carolinum⁶⁰, je eines auf Vorschlag des StMWFK sowie des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie drei auf Vorschlag der Sudetendeutschen Landsmannschaft von der Bayerischen Staatsregierung für je drei Jahre berufen werden. Das Kuratorium unterstützt und berät die übrigen Organe des Vereins in allen Planungen des Instituts. Insbesondere berät das Kuratorium über die wissenschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Planungen einschließlich der jeweiligen jährlichen Wirtschaftspläne des Instituts, zu denen es Stellung nimmt, sowie über den Geschäftsbericht des Vorstands, zu dem es Beschluss fasst.
- Die Geschäftsführung wird vom Vorstand zu seiner Unterstützung bestellt, insbesondere zur Führung der Verwaltungsangelegenheiten. Sie arbeitet nach den vom Vorstand erteilten Weisungen und ist ihm verantwortlich.
- Die Revisorinnen bzw. Revisoren werden von der Mitgliederversammlung gewählt, ebenso deren Vertreterinnen bzw. Vertreter. Sie überprüfen jährlich das Finanzgebaren des Vereins auf Rechtmäßigkeit und Richtigkeit im Sinne der Statuten und verfassen einen Prüfungsbericht, der dem Vorstand vorgelegt wird. Dieser leitet eine Ausfertigung des Berichts an das Kuratorium weiter.

⁵⁷ Mitglied können alle Personen werden, die durch wissenschaftliche Qualifikationen im Sinne des Vereinszwecks hervorgetreten sind. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet die Mitgliederversammlung nach Anhörung des Kuratoriums. Mitglieder, die das 70. Lebensjahr vollendet haben (derzeit 26), werden auf die begrenzte Zahl der Mitglieder nicht angerechnet, behalten aber ihre Rechte.

⁵⁸ Überwiegend Vertreterinnen und Vertreter der Geschichtswissenschaften, aber auch der Rechtsgeschichte und Rechtswissenschaft, Slawistik, Germanistik, Ethnologie, Geographie und Wirtschaftswissenschaften.

⁵⁹ Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Slowakei, Tschechien, USA.

⁶⁰ Ein Mitglied der vom Collegium Carolinum gewählten Kuratoriumsmitglieder muss Mitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste sein.

Im Institut finden im wöchentlichen Rhythmus allgemeine Dienstbesprechungen sowie Fachbesprechungen zu den Arbeitsgebieten „Forschung“, „Service“ und „Verwaltung“ statt.

a) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Nach Angaben des Collegium Carolinum verläuft der Austausch zwischen dem Institut und dem StMWFK sehr gut; ebenso würden organisatorische und haushaltstechnische Fragen ohne Schwierigkeiten abgewickelt. In regelmäßigen Abständen finden Besprechungen zwischen dem Institutsleiter und dem Referatsleiter auf Ministeriumsseite statt. Das Ministerium ist zudem durch einen Sitz im Kuratorium vertreten.

b) Leitung

Die bzw. der Vorsitzende und der gesamte Vorstand werden gemäß Satzung von der Mitgliederversammlung des Collegium Carolinum gewählt. Die oder der Vorsitzende soll auf dem Gebiet der tschechischen und slowakischen Geschichte international ausgewiesen sein. Die Leitung des Collegium Carolinum wird nicht in gemeinsamer Berufung mit einer Universität besetzt; allerdings legt der Kooperationsvertrag mit der LMU fest, dass ein Vorstandsmitglied des Collegium Carolinum eine Professur an der LMU innehaben muss.

Abgesehen vom Leiter des Collegium Carolinum haben der Geschäftsführer, die Forschungs Koordinatorin und die Bibliotheksreferentin Leitungsfunktionen. Wenn ihre Stellen frei werden, werden sie ebenso wie die anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeschrieben; bei ihrer Besetzung sind die fachliche Qualität und Eignung der Bewerberin bzw. des Bewerbers wichtigste Kriterien für die Besetzung. Über die Stellenvergabe entscheidet der Vorstand.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Das Collegium Carolinum verfügt insgesamt über 12 Stellen, davon sieben Stellen für wissenschaftliches Personal, von den 1,5 Stellen befristet besetzt waren.⁶¹ Hinzu kamen 2,5 befristete drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse.

Insgesamt waren im Collegium Carolinum im Jahr 2011 17 Personen tätig. Acht Personen – jeweils vier Frauen und vier Männer – zählten zum wissenschaftlichen Personal. Vier von ihnen hatten einen Hochschulabschluss im Fach Geschichte, eine/r im Fach Rechtswissenschaft/Rechtsgeschichte und drei im Fach Sprachwissenschaft.

⁶¹ Einschließlich der beiden Mitarbeiterstellen an der Arbeitsstelle Sudetendeutsches Wörterbuch an der Universität Gießen.

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Collegium Carolinum wurde zum Direktor des Herder-Instituts und Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Gießen berufen.

b) Finanzen

Das Collegium Carolinum verfügte im Jahr 2011 über einen Gesamtetat in Höhe von 1.247 Tsd. Euro (davon 903,1 Tsd. Euro Zuwendung durch den Freistaat, 44,5 Tsd. Euro Verwaltungseinnahmen sowie 299,6 Tsd. Euro Drittmittel). Das Collegium Carolinum gibt an, eine Erhöhung der Grundfinanzierung erhalten zu haben, die es für die Einrichtung einer neuen Wissenschaftlerstelle genutzt habe.

Die Summe der Ausgaben betrug im Jahr 2011 947,6 Tsd. Euro. Hiervon entfielen auf Personalausgaben 615,5 Tsd. Euro, auf sächliche Verwaltungsausgaben 191,2 Tsd. Euro, auf Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse⁶² 133,4 Tsd. Euro und auf Ausgaben für Datenverarbeitung und den Datenverbund der Bibliothek 7,5 Tsd. Euro. Das prozentuale Verhältnis zwischen der Grundfinanzierung, den eingeworbenen Drittmitteln mit einem Anteil von 25-30 % des Gesamtetats und sonstigen Einnahmen mit einem Anteil von ca. 3 % des Gesamtetats hat sich nach Angaben des Instituts in den letzten Jahren stabil entwickelt. Aufgrund der verstärkten Auslastung durch zusätzliches Personal und eingeworbene Projekte habe das Collegium Carolinum für erhöhte Kosten für Institutsinfrastruktur aufkommen müssen, die durch den Grundetat nicht mehr gedeckt werden könnten, sondern über Overheadmittel (Programmpauschalen der DFG) gesichert werden müssten. Da auch die Kosten für die zugenommenen Publikationstätigkeiten des Instituts gestiegen seien, verfüge es im Bereich der Sachmittel auf absehbare Zeit nur über sehr begrenzte Spielräume.

Der jährlich vorzulegende Wirtschaftsplan sieht vor, dass die Ansätze der Personalausgaben und der sächlichen Verwaltungsausgaben jeweils nur in sich deckungsfähig sind. Die Bewirtschaftung erfolgt durch doppelte Buchführung.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Das Collegium Carolinum verfügt an seinem Standort im Sudetendeutschen Haus in München über eine Grundfläche von ca. 340 Quadratmetern. Seit 2008 wurden vier weitere Zimmer in einem anderen Stockwerk des Hauses für Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter angemietet. Die technische Ausstattung aller Räumlichkeiten ist nach Auskunft des Collegium Carolinum gut.

Die Arbeitsplätze für das Personal der Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ sowie die Räumlichkeiten für die dort befindlichen Sammlungen werden von der Universität Gießen zur Verfügung gestellt, die Räume für die wissenschaftliche Bibliothek des Collegium Carolinum von der Sudetendeutschen Stiftung. Neben den Buchbe-

⁶² Es handelt sich hauptsächlich um einen Zuschuss in Höhe von 131,5 Tsd. Euro für die Herausgabe des Sudetendeutschen Wörterbuchs.

ständen des Collegium Carolinum, die ca. 56 % der Verbundbibliothek ausmachen, sind darin auch die Buchbestände der Ackermann-Gemeinde, des Adalbert-Stifter-Vereins, des Sudetendeutschen Archivs sowie einige Kleinbestände enthalten.

Das Institut erklärt, es stehe mittelfristig vor dem Problem, bei einem weiteren Anwachsen der Drittmittelprojekte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angemessene Arbeitsplätze zur Verfügung stellen zu können. Neben den Kosten für Miete und technische Ausstattung bestehe die Schwierigkeit, dass es im Sudetendeutschen Haus kaum noch adäquate Räumlichkeiten zur Miete gebe. Die Magazinräume der Bibliothek seien für die derzeit etwa 155.000 Medieneinheiten ausreichend, würden jedoch bei einem weiteren Anwachsen der Bestände in ca. fünf Jahren zu knapp werden.

A.IV Künftige Entwicklung

Künftig soll die Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei noch mehr im europäischen bzw. ostmitteleuropäischen Kontext bearbeitet werden. Hierzu will das Collegium Carolinum eine Theoriediskussion führen, die auf die Entwicklung und Schärfung von regional anwendbaren Analysebegriffen zielt, z. B. im Bereich der Förderalismus- und der Umweltgeschichte. Den zeitlichen Schwerpunkt auf dem 19. und 20. Jahrhundert will das Institut beibehalten, die Forschungen jedoch disziplinär um sprach-, kultur- und sozialwissenschaftliche Ansätze erweitern.

Insbesondere soll die historische Migrationsforschung um einen kultur- und sprachwissenschaftlichen Ansatz ergänzt werden; daher arbeitet das Collegium Carolinum zurzeit daran, seine sprachwissenschaftlich ausgerichtete Arbeitsstelle „Sudetendeutsches Wörterbuch“ so in das Forschungsprogramm zu integrieren, dass ein Forschungsbereich entsteht, der Ressourcen der Arbeitsstelle bzw. ihrer Sammlungen nutzt und Projekte linguistischer Ausrichtung mit kulturwissenschaftlichen und wissenschaftsgeschichtlichen Ansätzen verbindet.

Das Collegium Carolinum gibt außerdem zur weiteren Entwicklung seiner Forschungsschwerpunkte an:

- Im Bereich des Schwerpunkts Religionsgeschichte werde das Institut weiter im Internationalen Graduiertenkolleg mitarbeiten, u. a. durch Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an der Sommerschule des Kollegs.
- Im Bereich der Erinnerungsgeschichte sei nach Auslaufen der beiden aktuellen Projekte in den kommenden Jahren ein größeres Projekt geplant, das durch das Pilotprojekt „Zivilgesellschaftliche Erinnerungspraxis nach 1989“ vorbereitet werde.
- Im Bereich der Migrationsgeschichte bereite das Institut einen sprachwissenschaftlichen Forschungsantrag vor. Ziel des Projektes sei es, die sprachliche Integration von Vertriebenen zu untersuchen und den damit verbundenen Sprachwandel zu analysieren.
- Im Bereich Geschichte von Ordnungsideen und -praktiken habe das Collegium Carolinum bei der DFG ein Projekt zur Geschichte von Sicherheit und Kriminalität in den böhmischen Ländern und in Polen im 19. Jh. beantragt.

- Im Bereich der Umwelt- und Infrastrukturgeschichte habe das Institut aus Mitteln des Grundbudgets ein Projekt entwickelt, das in einer transnationalen Perspektive die Geschichte der Erschließung, wirtschaftlichen und touristischen Nutzung und des Naturschutzes im Karpatenraum untersuchen werde.

Das Collegium Carolinum strebt an, in Zukunft Forschung und Service in den Bereichen von Biographie- und Sprachforschung noch stärker zu verzahnen.

Das Collegium Carolinum strebt an, mittelfristig in die Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Gottfried Leibniz (WGL) aufgenommen zu werden, wenn es die Voraussetzungen dafür erfüllt. Hierfür müsste der Zuwendungsbedarf des Collegium Carolinum mehr als 1,5 Mio. Euro betragen.

B. Bewertung

B.1 Zur wissenschaftlichen Bedeutung

Im Gegensatz zur ursprünglichen Intention bei seiner Gründung als Einrichtung, die die Geschichte der böhmischen Länder vor allem unter dem Blickwinkel der sudetendeutschen Besiedlung erforschen sollte, ist das Arbeitsgebiet des Collegium Carolinum heute nicht mehr durch Ethnizität definiert, sondern rein territorial bestimmt. Mit seiner Ausrichtung auf die Erforschung der Geschichte und Kultur der historischen böhmischen Länder, der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei des 19. und 20. Jahrhunderts ist das Collegium Carolinum auf ein Arbeitsgebiet fokussiert, das von keiner anderen Institution in Deutschland in vergleichbarer Konzentration bearbeitet wird. Die universitären Lehrstühle für die Geschichte Ostmitteleuropas in der Bundesrepublik Deutschland befassen sich vorwiegend mit der Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion, Polens und der Ukraine oder Südosteuropas, und bei den nichtuniversitären Einrichtungen ist der Untersuchungsraum weiter gefasst; das auf Ostmitteleuropa ausgerichtete Herder-Institut in Marburg ist zudem primär eine Serviceeinrichtung, während das Collegium Carolinum die Forschung im Mittelpunkt der Arbeit stellt. In anderen europäischen Ländern – mit Ausnahme der Tschechischen Republik und der Slowakei – gibt es keine auf demselben oder einem ähnlichen Arbeitsgebiet tätige Einrichtung wie das Collegium Carolinum.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der Region, die die historischen böhmischen Länder, der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei umfasst, ist für die europäische Geschichtswissenschaft aus mehreren Gründen von Bedeutung. Zum einen steht die Geschichte Deutschlands in enger Wechselwirkung zu der des Nachbarlandes, nicht nur im 19. und 20. Jahrhundert, als die deutsch-tschechischen Beziehungen im Kontext von Nationalbewegungen und Nationalismus durch besondere Spannungen und Konflikte geprägt waren, sondern auch in der Vormoderne, in der Böhmen nicht nur ein Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches war, sondern von Böhmen aus auch wichtige Impulse für die allgemeine Reichsgeschichte (Karl IV, Hussitismus u. Ä.) ausgingen. Zum anderen ist die Zeitgeschichte Tschechiens und der Slowakei als Teil des modernen großen Staatenverbundes, der Europäischen Union, für ihre Bündnispartner von Interesse.

Im Sinne einer modernen Geschichtsforschung ist es zu begrüßen, dass die Transfer- und Beziehungsgeschichte im Mittelpunkt der heutigen Forschung des Collegium Carolinum steht, wobei die Multiethnizität der Region, vergleichende Perspektiven verschiedener Disziplinen, die Perspektiven anderer Länder sowie die Auswirkungen auf benachbarte Regionen und die europäische Geschichte insgesamt berücksichtigt werden. Dem Collegium Carolinum kommt die wichtige Funktion einer Koordinationsinstanz für die Kommunikation auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet zwischen Tschechien, der Slowakei und Deutschland zu, vergleichbar der Funktion, die in Russland und in Polen jeweils von einem Deutschen Historischen Institut wahrgenommen wird. Die Einrichtung sorgt außerdem dafür, dass seine Forschungsergebnisse durch Ausstellungen, Vorträge u. Ä. in den kulturellen Bereich vermittelt werden.

Dem Freistaat Bayern wird empfohlen, für die längerfristige institutionelle Sicherung des Collegium Carolinum zu sorgen. Insbesondere sollten eine hauptamtliche Leitungsposition sowie weitere Mitarbeiterstellen geschaffen werden (vgl. Kap. B.III. Zu Organisation und Ausstattung). Auch trotz des Verbots der Nettokreditaufnahme der Länder ab dem Jahr 2020 im Rahmen der Schuldenbremse, das erhebliche Einsparungen auf allen Ebenen erforderlich machen wird, sollte das Land anstreben, diese herausragende Forschungseinrichtung zu erhalten und zu fördern, da sie zu dem wissenschaftlichen Renommee des Landes beiträgt.

Mittelfristig könnte für das Collegium Carolinum eine Aufnahme in die WGL aufgrund seines Alleinstellungsmerkmals, seines internationalen Renommees sowie seiner beachtlichen Forschungs- und Serviceleistungen eine Perspektive sein. Um seine hohe Leistungsfähigkeit noch weiter zu erhöhen, werden dem Collegium Carolinum im Folgenden verschiedene Empfehlungen gegeben.

B.II Zu den Arbeitsschwerpunkten

II.1 Zur Forschung

Das Collegium Carolinum hat in den letzten zehn Jahren trotz seiner geringen personellen Größe (sieben Wissenschaftlerstellen) seinen Forschungsbereich deutlich erweitern können. Es hat ein überzeugendes, kohärentes Forschungsprogramm erstellt, erbringt gute Forschungsleistungen, beteiligt sich an den aktuellen Theoriediskussionen im Fach Geschichte und greift methodisch neue Fragestellungen auf; so forscht es z. B. in Zusammenarbeit mit dem *Rachel Carson Center* auf dem Gebiet der Umweltgeschichte und beteiligt sich durch verschiedene Veranstaltungen an der transdisziplinären und internationalen Diskussion auf diesem Gebiet. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum engagieren sich stark in Forschung und Service, mehrere von ihnen haben für ihre Leistungen Preise gewonnen.

Das Forschungsprogramm sollte durch eine weitere Konkretisierung der Forschungsinhalte und eine Ausweitung der interdisziplinären Ansätze optimiert werden. Des Weiteren sollte eine inhaltliche Erweiterung des Forschungszeitraums erwogen wer-

den, z. B. auf die Vormoderne oder auf die Zeitgeschichte bis hin zur gegenwärtigen Entwicklung in Tschechien und der Slowakei, die nach der geplanten Einstellung einer Sozialwissenschaftlerin bzw. eines Sozialwissenschaftlers mit soziologischen Methoden untersucht werden könnte. Die Theoriediskussion im Fach sollte fortgesetzt und verstärkt werden. Hierzu sollte das Collegium Carolinum in Kooperation mit der LMU in eine konzeptuelle, methodische und theoretische Diskussion eintreten, um seinen künftigen Weg genauer zu bestimmen und auch weiterhin an der fachlichen Methoden- und Theoriediskussion intensiv teilnehmen zu können; gegebenenfalls könnte ein Methoden- und Theorieseminar eingerichtet werden, das von der LMU organisiert und von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Disziplinen durchgeführt werden könnte.

Auf dem Gebiet der Drittmittelinwerbung kann das Collegium Carolinum beeindruckende Erfolge vorweisen. So konnte es 2011/12 eine DFG-Förderung für eine Emmy-Noether Nachwuchsgruppe einwerben, eine der wenigen derartigen Nachwuchsgruppen, die auf dem Gebiet der Neueren und Neuesten Geschichte von der DFG gefördert werden (bislang insgesamt vier). Zudem hat das Collegium das internationale, von der DFG geförderte Graduiertenkolleg „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts“ der LMU in Kooperation mit der Universität Prag initiiert; diese Leistung ist umso bemerkenswerter, als hierfür die Unterschiede in den Wissenschaftssystemen beider Länder auf dem Gebiet der Graduiertenausbildung überwunden werden mussten.

Die Forschungsergebnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum wurden im Berichtszeitraum in sechs Monographien sowie überwiegend in auf die tschechische Geschichte konzentrierten Sammelwerken und in hauseigenen Publikationsreihen veröffentlicht. Die Zahl der Veröffentlichungen in referierten Fachzeitschriften ist hingegen noch steigerungsfähig. Da es die erklärte Absicht des Collegium Carolinum ist, wissenschaftliche Karrieren fördern zu wollen, sollte es für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitliche Freiräume schaffen, um eine verstärkte Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse in referierten Fachzeitschriften zu ermöglichen, vor allem in deutschen Fachorganen wie der Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung (ZfO) und in internationalen referierten Fachzeitschriften, wobei sich die Auswahl nicht auf Zeitschriften mit ausschließlich tschechischem bzw. slowakischem Bezug beschränken sollte.

Es ist erfreulich, dass die renommierte hauseigene Zeitschrift *Bohemia* mittlerweile über einen internationalen Herausgeberkreis, eingehende Artikel im *peer review*-Verfahren prüft und mit mehrsprachigen *Abstracts* veröffentlicht. Die Digitalisierung und *open access*-Veröffentlichung der Zeitschrift ist angesichts generell schwindender Leserkreise für Printpublikationen und sinkender Beschaffungsetats der Bibliotheken als sinnvolle Maßnahme zur Erschließung neuer Interessenten (vor allem aus Osteuropa) zu begrüßen.

Die Zahl sowohl der am Collegium Carolinum ausgerichteten Tagungen als auch der Veranstaltungen, an denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung mit eigenem Vortrag teilgenommen haben, ist beeindruckend.

Das Collegium Carolinum ist sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gut mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen vernetzt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie sein Leiter sind in vielen Gremien und Verbänden vertreten. Insbesondere zu Einrichtungen sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Tschechien und der Slowakei bestehen enge Beziehungen, in der Mitgliederversammlung des Trägervereins sind sie in größerer Zahl (20, davon 15 aktive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) vertreten. Auch zu Historikerinnen und Historikern in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion bestehen gute Kontakte. Noch weiter verbessern könnte das Collegium seine Vernetzung, wenn es die Zusammenarbeit mit anderen nichtuniversitären Forschungseinrichtungen wie dem GWZO an der Universität Leipzig oder dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg verstärken würde.

Besonders enge Beziehungen bestehen zur Ludwig-Maximilians-Universität, an der der ehrenamtliche erste Vorsitzende des Collegium Carolinum die Professur für Geschichte Osteuropas innehat: Durch die Beteiligung am gemeinsamen Elitestudiengang „Osteuropastudien“ der LMU und der Universität Regensburg sowie am internationalen Graduiertenkolleg (und künftig auch an der im Rahmen der Exzellenzinitiative bewilligten Graduiertenschule „Ost- und Südosteuropastudien“ der beiden Universitäten) ist das Collegium Carolinum intensiv in die Hochschullehre und die Betreuung wissenschaftlichen Nachwuchses eingebunden. Auch unabhängig vom Graduiertenkolleg beteiligen sich jedes Jahr mehrere Doktorandinnen und Doktoranden an Forschungsprojekten des Collegium Carolinum. Durch den Kontakt mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ist gewährleistet, dass die Forschung des Collegium Carolinum regelmäßig durch neue Ideen und methodische Ansätze bereichert wird, während in die Hochschullehre die Forschungsergebnisse der Einrichtung einfließen. Die Anbindung an die LMU sollte – u. a. durch gemeinsame Besetzung der Position des bzw. der ersten Vorsitzenden des Collegium Carolinum und durch Einführung eines gemeinsamen Methoden- und Theorieseminars – künftig noch weiter verstärkt werden, um das Kompetenzprofil des Collegium Carolinum zu vergrößern und ihm stärkeren Zugang zu einer interdisziplinären Methoden- und Theoriediskussion zu verschaffen. Zudem kann hierdurch eine bessere Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden gewährleistet werden, deren Thema fachliche Co-Betreuung durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter einer Disziplin verlangt, die nicht am Collegium vertreten ist.

Dass das Collegium Carolinum eine Einrichtung mit internationalem Ruf ist, zeigt sich auch an der Zahl an Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die die Einrichtung für einen Forschungsaufenthalt aufsuchen. Um noch mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus osteuropäischen und anderen Ländern Gelegenheit zu einem Gastaufenthalt zu geben, sollte das Collegium Carolinum ein Stipendien- oder Fellowship-Programm einführen.

Aufgrund ihrer hohen Arbeitsbelastung haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum im Berichtszeitraum kaum längerfristige Gastaufenthalte in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, Tschechien oder anderen Ländern absolviert. Im Sinne einer weiteren Erhöhung ihrer Karrierechancen auf wis-

senschaftlichem Gebiet sollten sie künftig stärker die Möglichkeiten zu Forschungsaufenthalten in anderen Institutionen nutzen, z. B. im Imre-Kertész-Kolleg Jena oder im GWZO.

II.2 Zu den Serviceleistungen

Das Collegium Carolinum verfügt über umfangreiche Spezialsammlungen auf dem Gebiet der Biographien und der historischen Mundarten; aus der wissenschaftlichen Auswertung dieser Sammlungen generiert es einen Teil seiner Forschung. Eine verdienstvolle Serviceleistung ist die Erstellung des Biographischen Lexikons zur Geschichte der böhmischen Länder, von dem bislang vier Bände erschienen sind. Da der Ansatz dieses Lexikons nicht mehr dem Stand der Fachdiskussion entspricht, sollten die Arbeiten am fünften und letzten Band so schnell wie möglich – gegebenenfalls unter Einsatz zusätzlicher Kapazitäten – abgeschlossen werden. Das zurzeit gemeinsam mit jeweils einem Wissenschaftler der Universität Basel und der LMU geplante Projekt zur Erforschung imperialer Biographien, für das eine DFG-Förderung beantragt werden soll, schließt inhaltlich an die Lexikonarbeiten an. Nach Abschluss des biographischen Lexikons sollten ähnlich sinnvolle Arbeiten zur weiteren Nutzung der Sammlung konzipiert werden.

Die Arbeiten der Gießener Außenstelle am Collegium Carolinum zur Erstellung eines Sudetendeutschen Wörterbuchs werden noch mehrere Jahre andauern. Positiv ist hervorzuheben, dass die trotz der räumlichen Distanz gut in das Collegium integrierte Gießener Arbeitsgruppe bereits Vorstellungen entwickelt hat, welche Anschlussarbeiten sie nach der Fertigstellung des Wörterbuchs aufnehmen kann.

Das Collegium Carolinum hat erklärt, sich künftig auf den Aufbau digitaler Forschungsinfrastrukturen durch Bereitstellen von Digitalisaten und Diskussionsplattformen sowie durch verstärktes Engagement in der Mitarbeit an der Virtuellen Fachbibliothek Osteuropa (ViFaOst) konzentrieren zu wollen. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass mit der Digitalisierung des Biographischen Lexikons auch ein Beitrag zum Biographie-Portal geleistet werden soll, das derzeit in Kooperation zwischen der BSB, der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAdW), der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz aufgebaut wird. Außerdem sollte baldmöglichst mit der Digitalisierung des Sudetendeutschen Wörterbuchs begonnen werden. Die enge Kooperation des Collegium Carolinum mit der BSB (OstDok, Bohemia Online) ist für beide Seiten von Vorteil und sollte unbedingt fortgesetzt werden.

Eine weitere für das Collegium Carolinum wie generell für die tschechisch-slowakische Geschichtsforschung wichtige Sammlung stellen die Bestände der Bibliothek dar. Zu diesen Beständen, denen außer der Sammlung des Collegium auch die des Sudetendeutschen Archivs, des Adalbert-Stifter-Vereins, der Ackermann-Gemeinde und der Historischen Kommission für die böhmischen Länder angehören, zählen Publikationen – unter anderem auch sogenannte Graue Literatur –, die sogar der Sammelschwerpunkt Osteuropa der Bayerischen Staatsbibliothek nicht vorweisen kann. Es ist sinnvoll, dass die Bibliothek des Collegium Carolinum die Bestände weiterhin

vorhält, die auch im Sammelschwerpunkt Osteuropa der Bayerischen Staatsbibliothek vorhanden sind, da hier eine sinnvolle Arbeitsteilung besteht: Die Bayerische Staatsbibliothek erfüllt die Aufgabe einer bundesweiten Literaturversorgung, während die Präsenzbibliothek im Sudetendeutschen Haus die Versorgung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor Ort übernimmt.

Der osteuropäischen Geschichtsforschung bietet das Collegium Carolinum durch die Herausgabe der Zeitschrift *Bohemia*, die Bad Wiesseer Tagungen und durch seine Veröffentlichungsreihe wichtige Foren für den wissenschaftlichen Austausch. Durch das jährliche Bohemisten-Treffen sowie durch seine Mitarbeit in der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission unter Vorsitz des Collegium Carolinum sorgt dieses dafür, dass der wissenschaftliche Dialog zwischen tschechischen und slowakischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufrechterhalten bleibt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Collegium Carolinum sind fast alle für eine der Serviceaufgaben der Einrichtung verantwortlich; hierzu zählen außer den genannten Aufgabengebieten auch die Geschäftsführung und die Öffentlichkeitsarbeit, die Forschungscoordination sowie Redaktionsarbeiten für die Publikationsreihen. Der Aufwand für die Servicearbeiten dürfte verantwortlich dafür sein, dass den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu wenige zeitliche Freiräume für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen oder für längere Gastaufenthalte an anderen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Ein Umverteilen bestimmter Servicezuständigkeiten wie z. B. der Redaktionsaufgaben auf mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann nur ein Teil der Lösung dieses Problems sein; mittelfristig sollte das Collegium Carolinum zusätzliche Stellen für Servicepersonal erhalten. In den Servicebereichen, in denen eine Betreuung durch wissenschaftliches Personal unabdingbar ist, sollte versucht werden, Serviceleistungen und Forschung so miteinander zu verschränken, dass aus den Serviceleistungen Forschungsprojekte hervorgehen.

B.III Zu Organisation und Ausstattung

Die Satzung des Collegium Carolinum ist stark durch die Situation in der unmittelbaren Nachkriegszeit, insbesondere durch die Ansiedlung eines großen Teils der heimatvertriebenen Sudetendeutschen in Bayern geprägt. Seit damals hat die Einrichtung jedoch ihren Untersuchungsfokus auf deutlich andere Forschungsinteressen gerichtet. Da in der modernen Geschichtswissenschaft die Geschichte von Regionen nicht mehr ausschließlich unter dem Aspekt ihrer deutschen Besiedlung untersucht wird, ist die Satzung des Collegium Carolinum nicht mehr zeitgemäß und muss – auch im Hinblick auf den Antrag auf Aufnahme in die WGL – aktualisiert werden. Um die institutionengeschichtlichen Hintergründe im Gedächtnis zu bewahren, könnten die wichtigsten Aussagen der alten Satzung in einer Präambel zur neuen Satzung zusammengefasst werden.

Eine weitere Regelung, die geändert werden sollte, betrifft die Zusammensetzung der Mitgliederversammlung des Trägervereins. Ihr gehören neben maximal vierzig aktiven Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern 26 Mitglieder an, die älter als siebzig

Jahre sind, denn laut Satzung werden die Mitglieder auf Lebenszeit berufen, sofern sie nicht austreten oder vom Vorstand ausgeschlossen werden. Die Mitglieder, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, werden zwar auf die Begrenzung der Mitgliederzahl auf 40 nicht mitgerechnet, behalten aber ihre Rechte. Aufgrund der steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung wird das Gremium immer weiter anwachsen, bis es in seiner Funktionalität erheblich eingeschränkt zu werden droht. Dem Verein wird empfohlen, die Bestimmung dahingehend zu ändern, dass Mitglieder, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, als Ehrenmitglieder weiterhin an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, ihre Rechte aber nicht behalten sollten. Nach Beschluss einer inhaltlichen und interdisziplinären Erweiterung des Forschungsprogramms sollten in die Mitgliederversammlung des Trägervereins entsprechende Sachverständige berufen werden.

Darüber hinaus sollte die Bestimmung in der Satzung, dass drei der neun Kuratoriumsmitglieder von der Sudetendeutschen Landsmannschaft vorgeschlagen werden, geändert werden, da sie nicht mehr zeitgemäß ist. Das Collegium Carolinum ist derzeit bundesweit die einzige und letzte Einrichtung zur Erforschung mittel- und osteuropäischer Geschichte, in der eine Landsmannschaft der Heimatvertriebenen satzungsgemäß ein Mitspracherecht hat; selbst die Institute, die Förderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung) erhalten, wie z. B. das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) in Oldenburg, haben vergleichbare Satzungsbestimmungen abgeschafft. Die Satzungsänderung soll nicht bedeuten, dass das Collegium Carolinum die Beziehungen zur Sudetendeutschen Landsmannschaft vollständig beenden muss; wenn sie dies wünscht, bleibt es der Einrichtung unbenommen, z. B. zur Wahrung der guten Beziehungen auch weiterhin einen Vertreter oder mehrere Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft ins Kuratorium zu berufen.

Das Kuratorium erfüllt bislang die Funktion eines wissenschaftlichen Beirats. Für eine Einrichtung von der Größe des Collegium Carolinum ist bislang kein komplexer Überbau notwendig, doch im Hinblick auf den Antrag auf eine Aufnahme in die WGL sollte erwogen werden, das Kuratorium zu einem Beschlussgremium weiterzuentwickeln, das in allen grundsätzlichen Angelegenheiten entscheidet und die Richtlinien der Tätigkeiten des Vereins bestimmt. Die Aufgaben der Beratung sollten einem wissenschaftlichen Beirat übertragen werden, dem vom Kuratorium berufene aktive Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören sollten. Außer der Beratung des Kuratoriums und des Vorstands in allen wichtigen wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Fragen sollte der wissenschaftliche Beirat periodisch – in der Regel innerhalb von drei Jahren – Forschungsleistungen und Arbeitspläne des Vereins begutachten.

Das Collegium Carolinum wird von einem Vorstand geleitet, dessen Vorsitzender lediglich ehrenamtlich in der Einrichtung tätig ist. Da die nebenamtliche, unentgeltliche Leitung einer Forschungseinrichtung neben der Wahrnehmung einer Professur mit voller Lehrverpflichtung eine erhebliche Belastung darstellt und auf Dauer zu einer unzumutbaren Überlastung führen wird, wird dem Land dringend empfohlen, eine

Position für die hauptamtliche Leitung des Collegium Carolinum einzurichten. Die Position sollte in gemeinsamer Berufung mit der LMU besetzt werden. Das Lehrdeputat der Professur sollte deutlich auf das bei gemeinsamen Berufungen übliche Maß an Semesterwochenstunden gesenkt werden.

Im Zuge des Ausbaus in Vorbereitung auf eine Beantragung der Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder sollten am Collegium Carolinum über die Leitungsposition hinaus mindestens fünf zusätzliche Stellen eingerichtet werden, darunter mindestens zwei Stellen für wissenschaftliches Personal. Das Vorhaben des Collegium Carolinum, diese Stellen mit Vertreterinnen und Vertretern von Disziplinen wie Soziologie, Ethnologie oder Sprachwissenschaften zu besetzen, wird nachdrücklich unterstützt. Drei weitere Stellen sollten für Servicepersonal eingerichtet werden, um die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Serviceaufgaben zu entlasten. Dank der hohen Drittmittelinwerbung, die seit Jahren bei rund 30 % der Gesamtmittel liegt, ist das Collegium Carolinum derzeit für seine Aufgaben finanziell hinreichend ausgestattet. Um einen Antrag auf Aufnahme in die WGL stellen zu können, müsste der Haushalt des Collegium Carolinum allerdings von 0,9 auf 1,5 Mio. Euro aufgestockt werden.

Die räumliche Ausstattung des Collegium Carolinum ist verbesserungsbedürftig, da Räumlichkeiten für Drittmittelpersonal und Gastwissenschaftler fehlen; auch für das zusätzliche Personal, das bei einem Ausbau der Einrichtung im Hinblick auf die Beantragung der Aufnahme in die WGL eingestellt werden soll, sind nicht genügend Büros vorhanden. Zudem wird die Bibliothek in absehbarer Zeit an den Rand ihrer räumlichen Möglichkeiten gelangt sein. Daher sollten unbedingt frei werdende Räumlichkeiten in dem Gebäude, in dem das Collegium Carolinum gemeinsam mit anderen Einrichtungen mit sudetendeutschem Bezug untergebracht ist, zusätzlich angemietet werden. Sollte dies nicht rechtzeitig möglich sein, müssten in der näheren Umgebung Räume gemietet werden.

B.IV Zusammenfassung

Das Collegium Carolinum hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer modernen, leistungsstarken Forschungs- und Serviceeinrichtung entwickelt, die auf nationaler wie auf internationaler Ebene einen guten Ruf genießt. Besonders hervorzuheben sind auf dem Gebiet der Forschung die Einführung eines konsistenten Forschungsprogramms, eine erfolgreiche Bilanz in der Drittmittelinwerbung sowie die enge Zusammenarbeit mit tschechischen und slowakischen Einrichtungen einerseits sowie mit der LMU in Lehre, Forschung und Nachwuchsbetreuung andererseits. Unverzichtbare Serviceleistungen des Collegium Carolinum für die Wissenschaft sind das Bereitstellen der umfangreichen, zum Teil mit singulären Beständen ausgestatteten Bibliothek, die Herausgabe der referierten Fachzeitschriften Bohemia, das Organisieren des Bohemistentreffens, durch das ein tschechisch-slowakischer Dialog gewährleistet ist, sowie das wissenschaftliche Aufarbeiten der Biographischen Sammlung zur Geschichte der böhmischen Länder sowie der Sammlungen zu den historischen deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. Aufgrund ihrer überzeugenden Leistungen und ihrer besonderen Stellung als einzige Einrichtung, die sich auf die Erforschung

der böhmischen Länder, der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei konzentriert, sollte der Freistaat Bayern die Finanzierung des Collegium Carolinum in jedem Fall fortsetzen und seine Mittel erhöhen. Perspektivisch könnte ein Antrag auf Aufnahme der Einrichtung in die gemeinschaftliche Finanzierung durch Bund und Länder im Rahmen der WGL gestellt werden.

Der Vereinszweck sollte in der Satzung des Collegium Carolinum an den Entwicklungsstand angepasst werden, den es inzwischen erreicht hat. Darüber hinaus sollte durch weitere Satzungsänderungen eine klarere Aufteilung der Funktionen und damit eine Effizienzsteigerung der Organe erzielt werden. Insbesondere sollte die Mitgliederversammlung verschlankt, ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet und dem Kuratorium die Funktion eines Beschlussgremiums zugewiesen werden.

Die künftigen Forschungsinhalte sollten weiter konkretisiert werden. Gemeinsam mit der LMU sollte das Collegium Carolinum seinen künftigen konzeptuellen, methodischen und theoretischen Weg näher bestimmen. Die Kooperation mit der LMU sollte durch die gemeinsame Berufung der Leiterin bzw. des Leiters des Collegium Carolinum, die Schaffung einer Stiftungsprofessur als Brücke zwischen der Universität und der Einrichtung sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Theorie- und Methodenseminars weiter verstärkt werden. Das Lehrdeputat der Leiterin bzw. des Leiters des Collegium Carolinum sollte gesenkt werden. Das Collegium sollte zudem auch verstärkt Kooperationsbeziehungen zu anderen nichtuniversitären Forschungseinrichtungen im Inland aufnehmen. Seine Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek und die gemeinsamen Digitalisierungsarbeiten sollte das Collegium Carolinum fortsetzen.

Für erforderlich wird ein Mittelaufwuchs für die Position einer hauptamtlichen Leitung, zwei zusätzliche Stellen für wissenschaftliches Personal sowie Stellen für Servicepersonal gehalten. Der personelle Aufwuchs sollte im wissenschaftlichen Bereich für eine Erweiterung des Arbeitsgebiets – entweder eine Erweiterung des Untersuchungszeitraums oder eine Verstärkung der interdisziplinären Ansätze – genutzt werden. Der Servicebereich sollte personell verstärkt werden, um den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Collegium Carolinum mehr Freiräume für die Forschung – insbesondere für längerfristige Gastaufenthalte an anderen Forschungseinrichtungen und für das Verfassen von Publikationen – zu verschaffen. Für das neue Personal, Drittmittelbeschäftigte, Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie die stetig anwachsenden Bibliotheksbestände müssen zudem weitere Räumlichkeiten angemietet werden.

4.3.6 Deutsches Geodätisches Forschungsinstitut (DGFI)

| | |
|---|-----|
| Vorbemerkung | 150 |
| A. Darstellung | 150 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 150 |
| I.1 Entwicklung | 150 |
| I.2 Aufgaben | 151 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 152 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 152 |
| II.1 Forschung und Entwicklung | 152 |
| II.2 Serviceleistungen | 159 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 160 |
| III.1 Organisation | 160 |
| III.2 Ausstattung | 161 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 163 |
| B. Bewertung | 164 |
| B.I Zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit | 164 |
| B.II Zu den Serviceleistungen | 165 |
| B.III Zur Ausstattung | 166 |
| B.IV Zur strukturellen und thematischen Weiterentwicklung | 166 |
| C. Zusammenfassung und Empfehlungen | 168 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Deutschen Geodätischen Forschungsinstitut ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für das Deutsche Geodätische Forschungsinstitut eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Im Jahr 1950 beschloss die Deutsche Geodätische Kommission (DGK) im Rahmen ihrer Eröffnungssitzung den Aufbau des Deutschen Geodätischen Forschungsinstituts (DGFI). Das DGFI gliederte sich zunächst in zwei Abteilungen, die Abteilung I „Theoretische Geodäsie“ mit Sitz in München und die Abteilung II, die als Institut für Angewandte Geodäsie (IfAG) ihren Sitz in Frankfurt am Main hatte. Das IfAG wurde 1997 in Bundesamt für Kartographie (BKG) umbenannt und schied aus dem DGFI aus, sodass das DGFI seither ausschließlich aus der früheren Abteilung I besteht.

Die Forschungsarbeiten der Abteilung I konzentrierten sich anfangs auf geometrische (astronomisch-geodätische) und dynamische Verfahren der Erdmessung (Gravimetrie, Höhenmessung) sowie die Erdzeitenforschung. Mit dem Aufkommen geodätischer Satellitenverfahren in den 1960er-Jahren ergab sich eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Satellittriangulation. Ab Mitte der 1980er-Jahre verlagerten sich die Forschungsaktivitäten zunehmend auf die dynamische Satellitengeodäsie und damit einhergehend auf die Schwerefeldbestimmung sowie die Mitarbeit in Satellitenmissionen. 1983 erfolgte die Gründung der Forschergruppe Satellitengeodäsie (FGS), der neben dem DGFI das BKG, das Geodätische Institut der Universität Bonn sowie das Institut für Astronomische und Physikalische Geodäsie und die Forschungseinrichtung Satellitengeodäsie (FESG) der TU München angehören. In den 1990er-Jahren wurde das Forschungsprogramm des DGFI einer grundlegenden Neuordnung unterzogen. Als übergeordnetes Forschungsthema wurden „Geodätische Referenzsysteme“ definiert; die Forschungsaktivitäten konzentrierten sich nunmehr auf die Nutzung von Weltraumverfahren zur präzisen Positionierung zur Berechnung terrestrischer Referenzsysteme sowie auf die Bereitstellung dieser Systeme für nachgeordnete Vermessungen. Aus diesen Forschungsaktivitäten ergab sich auch eine zunehmende Einbindung des DGFI in internationale wissenschaftliche Dienste. Seit dem Jahr 2000 werden weitere Weltraumverfahren zur Vermessung des Meeresspiegels genutzt. Aktuell steht das Forschungsprogramm des DGFI unter dem Leitthema „Geodätische Forschungsarbeiten zur Beobachtung und Analyse des Systems Erde“, womit der Erkenntnis Rechnung getragen wird, dass nahezu alle geodäti-

schen Weltraumverfahren Prozesse im System Erde erfassen und zur Beschreibung von zeitlichen und räumlichen Änderungen genutzt werden können.

Einer Empfehlung des Wissenschaftsrats aus dem Jahr 2005 folgend, wurde 2010 das Centrum für Geodätische Erdsystemforschung (CGE) gegründet, der neben dem DGFI das IAPG, die FESG sowie die Geodätische Abteilung der Kommission für Erdmessung und Glaziologie (vormals BEK) angehören.

I.2 Aufgaben

Die satzungsgemäßen Aufgaben der DGK umfassen (a) die wissenschaftliche Forschung auf allen Gebieten der Geodäsie, (b) die Beteiligung an nationalen und internationalen Forschungsprojekten, (c) die Vertretung der Geodäsie im nationalen und internationalen Raum, (d) die Koordinierung der geodätischen Forschung in Deutschland sowie die wissenschaftliche Beratung und Unterstützung von universitären und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen, (e) die Koordinierung des Geodäsiestudiums an den Hochschulen in Deutschland sowie (f) die Publikation und Verbreitung von Forschungsergebnissen. Zur Durchführung von Forschungsarbeiten ist der DGK das DGFI angegliedert. Dementsprechend umfasst der Arbeitsbereich des DGFI die Aufgaben (a), (b), (c) und (f).

Kernaufgabe des DGFI ist die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Physikalischen Geodäsie, die sich mit der Ausmessung und Abbildung der Erde als Ganzes befasst. Dabei werden überwiegend geometrische und gravimetrische Weltraumverfahren eingesetzt, um globale und regionale Bezugssysteme zur präzisen Punktpositionierung zu schaffen, das Schwerefeld der Erde zu bestimmen und damit Bezugsflächen für physikalische Höhen bereitzustellen und die Orientierung und Rotation der Erde zu untersuchen.

Über diese Kernaufgabe hinaus widmet sich das DGFI der geodätischen Erdsystemforschung. Grundlage dieses Tätigkeitsfeldes ist die Tatsache, dass geodätische Messreihen durch geophysikalische Messreihen beeinflusst werden, die sich in Atmosphäre, Hydrosphäre, Kryosphäre und dem Erdinnern abspielen. Aufgrund der hohen Präzision und Redundanz geodätischer Messungen können diese Prozesse genau beschrieben und die meteorologischen Grundlagen für konsistente klimarelevante Zeitreihen geschaffen werden. In Kooperation mit anderen Geowissenschaften werden in diesem Arbeitsfeld u. a. Anstieg und Schwankungen des Meeresspiegels, das Deformationsverhalten des Erdkörpers, der Elektronengehalt der Ionosphäre und die Verteilung und Verlagerung von Massen im Erdsystem erforscht.

Neben den Forschungsaktivitäten nimmt das DGFI auch Aufgaben im Bereich wissenschaftsbasierter Serviceleistungen (insbesondere durch die Mitarbeit in internationalen wissenschaftlichen Diensten), in der universitären Lehre, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie in der Aufbereitung und Vermittlung geodätischer Forschungsergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit wahr.

Nach eigener Einschätzung konnte das DGFI die satzungsgemäßen Aufgaben in den letzten Jahren erfüllen.

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Das Arbeits- und Forschungsprogramm des DGFI deckt alle Bereiche der Physikalischen Geodäsie ab. Alleinstellungsmerkmale des DGFI sind nach eigener Einschätzung die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der geodätischen Referenzsysteme, deren Ergebnisse direkt in internationale wissenschaftliche Dienste einfließen, sowie Forschungsarbeiten zur Berechnung von globalen empirischen Gezeitenmodellen und der dynamischen Ozeantopographie, zur Berechnung globaler und regionaler Ionosphärenmodelle und Beiträge zu Modellen der Plattentektonik aus geodätischen Beobachtungen. Auf nationaler Ebene ergeben sich dabei in Teilbereichen Überschneidungen mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere dem Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ), dem BKG sowie der TU München. Als auf internationaler Ebene auf dem Arbeitsgebiet des DGFI führende Einrichtungen nennt das DGFI das Goddard Space Flight Center (GSFC) der NASA in Maryland, das Jet Propulsion Laboratory (JPL) in Pasadena und das Institut Géographique National (IGN) in Paris. Auch zur Arbeit dieser Einrichtungen bestehen nach Angaben des DGFI gewisse Überlappungen. Die bestehenden Überschneidungen der Arbeitsbereiche werden vom DGFI als unproblematisch bewertet, da im Bereich der Geodäsie eine effektive Abstimmung der Forschungsaktivitäten – auf nationaler Ebene durch die DGK, die FGS und das CGE, auf internationaler Ebene durch die International Association of Geodesy (IAG) – erfolge.

Die Organisationsform als nichtuniversitäre Forschungseinrichtung ermöglicht nach Einschätzung des DGFI die umfassende, langfristig angelegte Bearbeitung von Forschungsthemen durch unbefristet angestellte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, was in der Geodäsie vor allem im Zusammenhang mit der Erhebung und Auswertung von langjährigen Beobachtungsreihen von Bedeutung sei. Vergleichbare Forschungsvorhaben sind nach Auffassung des DGFI an Universitäten nicht durchführbar, weil dort die Forschungsaktivitäten stärker am Rahmen des in Dissertationen vorhaben Möglichen ausgerichtet werden müssten. Hinzu kommt als weiterer Vorteil die im Vergleich zu Hochschulen geringe Belastung des wissenschaftlichen Personals durch Lehrverpflichtungen.

A.II Arbeitsschwerpunkte

Zentrale Arbeitsschwerpunkte des DGFI sind die Grundlagenforschung im Bereich der Physikalischen Geodäsie und die Forschungsarbeiten zur geodätischen Erdsystemforschung, auf die etwa zwei Drittel der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals entfallen. Hinzu kommt als weiterer Schwerpunkt die Mitarbeit in internationalen wissenschaftlichen Diensten, auf die das wissenschaftliche Personal einen wesentlichen Teil des verbleibenden Drittels seiner Arbeitszeit verwendet.

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Arbeits- und Forschungsprogramm

Das Forschungsprogramm des DGFI baut auf umfangreichen Vorarbeiten auf. Als herausragende Forschungsergebnisse im Zeitraum 2008 bis 2010 nennt

das DGFI Berechnungen zum Internationalen Referenzrahmen (ITRF2008, DTRF2008), Beiträge zum Referenzrahmen für Südamerika (SIRGAS), Untersuchungen zur Vereinheitlichung von Höhensystemen, die Entwicklung globaler Gezeitenmodelle (EOT08a, EOT10a, EOT11a), Beiträge zur relativen Kalibrierung von multi-missions-Satellitenaltimetrie, Berechnungen der dynamischen Ozeantopographie (DOT), die Verarbeitung von Gradiometermessungen der ESA-Schwerefeldmission GOCE (Gravity Field and Steady-State Ocean Circulation Explorer), die regionale Schwerefeldbestimmung mit lokalisierenden Basisfunktionen, die 4D-Modellierung der Ionosphäre aus multi-missions-Messdaten sowie die Erstellung von plattenkinematischen Modellen der Erdkruste (APKIM2008).

Das aktuelle Forschungsprogramm des DGFI umfasst den Zeitraum 2011 bis 2014 und wurde im Jahr 2010 in enger Verzahnung mit den geplanten Aktivitäten des CGE erstellt, das zum damaligen Zeitpunkt aus organisatorischen Gründen noch nicht formell gegründet worden war. Das gemeinsam von allen beteiligten Institutionen entworfene Forschungsprogramm des CGE ist geprägt durch die schnelle Entwicklung der modernen Weltraumverfahren und der elektronischen Datenverarbeitung, die neue Messverfahren zur globalen, kontinuierlichen und präzisen Erfassung der Erde ermöglichen. Prozesse wie Veränderungen des Meeresspiegels, das Abschmelzen der Eiskappen, Veränderungen des kontinentalen Wasserkreislaufs und der Atmosphäre, Deformationen der festen Erde werden so mit geodätischen Mitteln als globale Prozesse erkennbar und in ihrem räumlichen und zeitlichen Muster messbar. Eine zusätzliche Dimension resultiert aus der Verknüpfung von Raum und Zeit mit der Struktur des Gravitationsfelds, die Massentransporte im Erdsystem messbar machen. Vor diesem Hintergrund verfolgt das CGE das Ziel, eine räumlich und zeitlich hochauflösende Geodäsie („10⁻¹⁰-Geodäsie“) voranzutreiben und so zur Entwicklung neuer wissenschaftlicher und praktischer Möglichkeiten für die Erfassung von Vorgängen in Raum und Zeit beizutragen. Das Spektrum möglicher Anwendungen reicht dabei von Navigations- und Verkehrsleitsystemen über die Synchronisation von Signalen bis zur Erfassung von Bewegungs- und Transportprozessen im System Erde.

Das Forschungsprogramm des CGE gliedert sich in die folgenden fünf Bereiche:

1. Geometrische Verfahren mit den Themen Messsysteme und Datengewinnung, Modellentwicklung und Analyse, Weiterentwicklung der Kombinationsverfahren, Berechnung von Referenzrahmen.
2. Erdschwerefeld mit den Themen Messsysteme und Sensoranalyse, Simulationsprozesse, Theorie und Aufbereitung der Beobachtungen, regionale und globale Modellbildung, Anwendungen.
3. Geodätische Erdsystemforschung mit den Themen Erdsystemmodelle, Atmosphäre, Hydrosphäre, feste Erde.
4. Methodische Grundlagen mit den Themen Sensorik, Numerik und Parameterschätzung, Informatik, Spezielle Funktionen und Reihenentwicklungen, Standards und Konventionen, Kombination.
5. Neue Technologien mit den Themen Kommunikationsinformatik, Sensoranalyse, Missionsstudien, Sensorsimulationen.

Die Forschungsbereiche des CGE werden institutionenübergreifend bearbeitet. Dabei beteiligt sich das DGFI an den ersten vier Forschungsbereichen; für Beiträge zum fünften, um die Entwicklung neuer Technologien kreisenden Forschungsbereich fehlen dem DGFI nach eigenen Angaben die personellen und materiellen Mittel.

a) **Forschungsschwerpunkte**

Forschungsbereich 1: Geometrische Verfahren. Den Schwerpunkt von Forschungsbereich 1 bildet die Bestimmung und Analyse der geometrischen Parameter zur Beschreibung der Gestalt und Orientierung der Erde. Die Arbeiten im Forschungsbereich 1 stützen sich auf geodätische Weltraumbeobachtungsverfahren, wie „Very Long Baseline Interferometry“ (VLBI), „Satellite and Lunar Laser Ranging“ (SLR/LLR), „Global Navigation Satellite Systems“ (GNSS) mit den Mikrowellenverfahren GPS, GLONASS und zukünftig Galileo, „Doppler Orbitography and Radiopositioning Integrated by Satellite“ (DORIS) sowie Satellitenaltimetrie. Diese Beobachtungsverfahren erlauben heute eine hochgenaue und kontinuierliche Ausmessung der Erdoberfläche und ihrer zeitlichen Variationen. Damit kann die Geodäsie kleinste Änderungen in Raum und Zeit quantitativ erfassen, z. B. als Indikatoren des langsam verlaufenden globalen Wandels oder für echtzeitnahe Warnsysteme vor Naturgefahren. Als wichtige Grundlage dafür sind höchste Genauigkeiten für die gesamte Verarbeitungskette der geometrischen Raumverfahren sowie hochgenaue, konsistente und langzeitstabile Referenzsysteme mit hoher Zuverlässigkeit erforderlich. Durch die Einbeziehung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem geodätischen Observatorium Wettzell, das gemeinsam vom BKG und der FESG der TU München betrieben wird, wird die gesamte Verarbeitungskette (Messsysteme und -verfahren, Datengewinnung und -bereitstellung, Modellentwicklung und Analyse, Parameterbestimmung und die Realisierung von Referenzsystemen) abgedeckt. Zentrale Herausforderungen sind die Entwicklung einheitlicher realitätsnaher physikalischer Modelle, deren Parameter aus den Beobachtungen in konsistenten Referenzsystemen zu schätzen sind, die weitere Verbesserungen der Kombinationsmethoden auf der Ebene der Original-Beobachtungen (oder bedingungsfreier Normalgleichungen) sowie die gemeinsame Bestimmung der Parameter des terrestrischen und des himmelfesten Referenzrahmens sowie der sie verbindenden Erdrotationsparameter in einer strengen Gesamtausgleichung. Die geplanten Arbeiten gliedern sich in die vier Themen (1) Messsysteme, Datengewinnung und -bereitstellung, (2) Modellentwicklung und Analyse der geometrischen Raumberechnungsverfahren, (3) Analyse und Weiterentwicklung der Kombinationsverfahren und (4) Berechnung konsistenter globaler und regionaler Referenzrahmen.

Forschungsbereich 2: Schwerefeld. Das Schwerefeld der Erde dient zum einen als Referenzfläche für eine Vielzahl von dynamischen Prozessen im Erdsystem, zum anderen ist die Beobachtung des Schwerefeldes und dessen zeitlicher Variation selbst eine Kenngröße für Massenverlagerungen im Erdsystem und damit auch für die Beschreibung von geophysikalischen Prozessen. Dabei sind sowohl die statische Komponente als auch der zeitvariable Anteil von Interesse. Aus diesem Grund sind die Beobachtung, Modellierung und Bestimmung des statischen und zeitvariablen Erdschwerefeldes sowohl global als auch regional, in verschiedenen räumlichen und

zeitlichen Auflösungen zentrale Aufgaben von Forschungsbereich 2 und zum Teil auch Voraussetzung und Eingangsgröße für andere Forschungsbereiche des DGFI und des CGE. Entscheidend zur Bestimmung des Erdschwerefeldes ist ein tiefes theoretisches und anwendungsbezogenes Verständnis der verschiedenartigen Sensoren zur Beobachtung des Schwerefeldes. Dies schließt Beobachtungssysteme im Weltraum, auf Flugzeugen und Schiffen sowie auf der Erdoberfläche ein. Dabei steht neben der Verbesserung bekannter Beobachtungstechniken die Entwicklung neuartiger Beobachtungskonzepte im Zentrum. Hierzu zählt auch die Weiterentwicklung von Simulationsprozessen, die Aussagen über zukünftige Beobachtungs- und Missionsszenarien ermöglichen. Mit Blick auf die Weiterentwicklung des theoretischen Fundaments für die Auswertung der Beobachtung wird ein gemeinsamer Ansatz zur Schwerefeldbestimmung, der die höchstpräzisen Messungen nutzt, angestrebt. Dies erfordert die Weiterentwicklung von regionalen und globalen Auswertemodellen, die es erlauben, aus den aufbereiteten Beobachtungen hochauflösende und genaue Modelle des Erdschwerefeldes zu berechnen. Darüber hinaus sollen – in Kooperation mit potenziellen Nutzern – Anwendungsstrategien für die globalen und regionalen Modelle entwickelt werden, um das Potenzial der Schwerefeldmodellierung innerhalb der Erdsystemforschung zur Geltung zu bringen. Aufgrund zahlreicher Berührungspunkte ist eine enge Zusammenarbeit mit anderen Forschungsbereichen des DGFI und des CGE geplant. Dies soll u. a. die gemeinsame Bestimmung von Geometrie und Schwerefeld, die Erforschung des Schwerefelds als Element der Erdsystemforschung, die gemeinsame Methodenentwicklung sowie die Analyse neuartiger Sensoren für die Schwerefeldbestimmung umfassen. Der Forschungsbereich gliedert sich in die fünf Themen (1) Messsysteme und Sensoranalyse, (2) Simulationsprozesse, (3) Theorie und Aufbereitung der Beobachtungen, (4) Regionale und globale Modellbildung und (5) Anwendungsstrategien.

Forschungsbereich 3: Geodätische Erdsystemmodellierung. Das übergeordnete Ziel dieses Forschungsbereichs ist es, auf der Grundlage geodätischer Beobachtungen zu einem verbesserten Verständnis von dynamischen Prozessen und ihren Wechselwirkungen im System Erde zu gelangen. Auf dieser Grundlage soll es möglich werden, die fraglichen Abläufe mit möglichst genauen Modellen zu beschreiben, langfristige Veränderungen der Prozesse zu prognostizieren und damit verbundene Auswirkungen auf die Umwelt zu erforschen. So soll ein substanzieller Beitrag zur Diskussion um den globalen Wandel geleistet werden. Der Forschungsbereich ist stark interdisziplinär ausgerichtet und soll Beobachtungen und Modellergebnisse benachbarter wissenschaftlicher Disziplinen – wie der Geophysik, Meteorologie, Ozeanographie oder Hydrologie – mit einbeziehen. Eine Verknüpfung mit den Forschungsbereichen 1 und 2 ergibt sich aus der Nutzung von auf eine globale Sichtweise ausgerichteten geometrischen und gravimetrischen Raumbesichtungen, die von diesen Forschungsbereichen bereitgestellt werden. Aufbauend auf diesen Informationen sollen in Forschungsbereich 3 spezifische Prozesse innerhalb von Erdsystemkomponenten und zwischen einzelnen Systemkomponenten untersucht werden, um die gemessenen integralen Signale so weit wie möglich in Beiträge einzelner Abläufe aufzuspalten, die Genauigkeit einzelner Prozessparameter zu beurteilen und die Bilanzen so gut wie möglich zu schließen. Hierzu sollen insbesondere geeignete mathematische und (geo-)physikalische Modelle dynamischer Prozesse

in den betrachteten Systemkomponenten genutzt werden. Wesentliche Schritte sind dabei die Ermittlung der theoretischen Zusammenhänge zwischen heterogenen Beobachtungstypen und Modellparametern, Untersuchungen zur numerischen Implementierung der Modelle sowie die Bewertung verschiedener Schätzverfahren hinsichtlich ihrer Eignung für die Modellinversion. Für die Modellierung sollen sowohl Vorwärtsmodelle für geodätische Parameter als auch inverse Modelle zur Schätzung von Zustandsgrößen und/oder Parametern des Erdsystems entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Während die inverse Modellierung vor allem die Zielsetzung verfolgt, die Dynamik einzelner Prozesse unter Einbeziehung möglichst aller verfügbaren Beobachtungsdaten möglichst genau zu ermitteln, werden bei der Vorwärtsmodellierung einzelne Teilmodelle bzw. Prozesse zu einem möglichst umfassenden Erdsystemmodell kombiniert, mit dem das Zusammenwirken der Subsysteme untersucht und mit den integralen geodätischen Beobachtungen bilanziert werden kann. Die Entwicklung möglichst umfassender und verlässlicher Vorwärtsmodelle ist eine wichtige Voraussetzung für die Vorhersage von langfristigen natürlichen oder anthropogen verursachten Veränderungen im Erdsystem und den damit verbundenen Auswirkungen auf Umwelt und Lebensbedingungen. Forschungsbereich 3 umfasst die Themen (1) Erdsystemmodelle, (2) Atmosphäre, (3) Hydrosphäre und (4) Feste Erde.

Forschungsbereich 4: Methodische Grundlagen. Durch die extrem hohen Genauigkeiten, die heute besonders von satellitengestützten geodätischen Raumverfahren erreicht werden, sind die Anforderungen an Analyse- und Auswerteverfahren stark gestiegen. Vor diesem Hintergrund müssen die bisherigen Auswertemethoden einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Dabei sind die den jeweiligen Verfahren zugrunde liegenden Annahmen auf ihre Gültigkeit zu überprüfen und Werkzeuge zu entwickeln, durch die Defizite in der Modellierung identifiziert und Empfehlungen für eine verbesserte Parametrisierung abgeleitet werden können. In diesem Zusammenhang spielen auch Simulationsverfahren eine bedeutende Rolle. In Forschungsbereich 4 wird diese Problematik aufgegriffen. Ziel des Forschungsbereiches ist es, verbesserte methodische Grundlagen und Analyseverfahren zu erarbeiten und für die anderen Forschungsbereiche bereitzustellen. So soll eine Infrastruktur geschaffen werden, die schnell zu gesicherten Ergebnissen führt. Im Sinne einer Querschnittsaufgabe soll der Forschungsbereich dabei Anregungen für die Entwicklung neuer methodischer Grundlagen aus anderen Forschungsbereichen aufnehmen oder selbst Entwicklungen aufgreifen, deren Anwendung von allgemeiner Bedeutung ist. Projekte, die hauptsächlich anderen Forschungsbereichen zugeordnet sind, können Teilaufgaben zur Methodikentwicklung definieren und diese mit den Arbeitstechniken des Forschungsbereichs 4 bearbeiten lassen. Neu entwickelte Methoden sollen ausführlich dokumentiert und die Nutzung in anderen Forschungsbereichen durch einen einfachen Zugang, eventuell durch Musterlösungen oder Anpassungen an die speziellen Bedürfnisse eines konkreten Projektes, sichergestellt werden. Die Erarbeitung methodischer Grundlagen und die Entwicklung neuer Analyseverfahren sollen dabei nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen. Die sachgerechte Nutzung von Daten ist durch Definition und Erfassung von Metadaten sicherzustellen. Dabei müssen international anerkannte Standards beachtet und anerkannte Regeln wissenschaftlicher Praxis eingehalten werden, z. B. die digitale Registrierung von Datensätzen, die als Grundlagen wissenschaftlicher Veröffentlichungen dienen. Insbesondere muss gewährleistet

werden, dass die Daten und Ergebnisse auch wissenschaftlichen Nutzern anderer Organisation, der Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsprogramm von Forschungsbereich 4 gliedert sich in die sechs Themen (1) Sensorik, (2) Numerik und Parameterschätzung, (3) Informatik, (4) Spezielle Funktionen und Reihenentwicklungen, (5) Standards und Konventionen und (6) Kombination.

b) Publikationen und Tagungen

Im Betrachtungszeitraum 2008 bis 2010 veröffentlichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGFI zwei Monographien und 59 Aufsätze in referierten sowie 50 Aufsätze in nicht-referierten Zeitschriften. Hinzu kamen eine eigenständige referierte und 16 nicht-referierte Internetpublikationen sowie 11 Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag.

Zusätzlich zu den oben genannten Publikationen berichtet das DGFI auf verschiedenen Internetseiten und Portalen über seine Forschungs- und Entwicklungsergebnisse. Zwischenergebnisse werden in der Reihe „Internal Reports“ dokumentiert. Eine explizite Publikationsstrategie existiert nicht, allerdings werden Publikationen in Fachzeitschriften mit einem möglichst hohen Zitationsindex sowie eine intensivierete Publikationstätigkeit durch die Herausgabe von Proceedings oder Special Issues angestrebt. Für finanzielle Anreize zur Steigerung der Publikationstätigkeit sieht das DGFI aufgrund der angespannten Haushaltslage derzeit keinen Spielraum.

Im Betrachtungszeitraum veranstaltete das DGFI acht Konferenzen und zahlreiche Projektsitzungen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DGFI hielten im selben Zeitraum 179 Vorträge auf nationalen und internationalen Tagungen, davon 35 auf Einladung zu internationalen Konferenzen.

c) Transfer

Das DGFI macht seine Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in verschiedener Form einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Hierzu zählen populärwissenschaftliche Artikel und Vorträge, Podcasts (z. B. auf <http://www.massentransporte.de>), die Betreuung von Schulklassen und Studierenden und der Internetauftritt des Instituts. Im Rahmen der einmal jährlich stattfindenden Münchner Langen Nacht der Museen wird die historische Instrumentensammlung des DGFI gezeigt. Im Jahr 2008 nahm das DGFI an den Münchner Wissenschaftstagen teil.

d) Drittmittel

Das DGFI hat im Zeitraum 2008 bis 2010 insgesamt Drittmittel in Höhe von 994 Tsd. Euro eingeworben. Der größte Drittmittelgeber war dabei die DFG mit 490 Tsd. Euro, gefolgt vom Bund mit 205 Tsd. Euro und der EU mit 172 Tsd. Euro. Aus einem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekt mit dem Amt für Geoinformation der Bundeswehr (AGeoBW) in Euskirchen flossen dem DGFI weitere Drittmittel in Höhe von 127 Tsd. Euro zu.

Drittmittel und die aus ihnen finanzierte befristete Einstellung von wissenschaftlichem Personal sind nach Angaben des DGFI eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Forschungsprogramms. Das DGFI nutzt seine Kontakte zu universitären und nichtuniversitären Kooperationspartnern im In- und Ausland, um auf Ausschreibungen zu reagieren und gemeinsame Projektanträge zu stellen und Projektverbände zu initiieren. Hinzu kommen Einzelanträge bei verschiedenen Förderinstitutionen. Finanzielle Anreize zur Einwerbung von Drittmitteln gibt es nicht.

Schwierigkeiten bei der Einwerbung von Drittmitteln ergaben sich in der Vergangenheit aus der Tatsache, dass das DGFI nicht als Hauptantragsteller bei der DFG auftreten konnte, weil es keiner Hochschule angehört. Durch eine Neuregelung der entsprechenden Vorschriften der DFG im Jahr 2011 ist dieses Problem mittlerweile gelöst. Der rechtliche Status des DGFI, das seine Rechtsfähigkeit nur durch seine Zugehörigkeit zur DGK erhält, führt gelegentlich zu Problemen im Zusammenhang mit dem Nachweis der Gemeinnützigkeit.

e) Kooperationen

Das DGFI unterhält Kooperationsbeziehungen mit nahezu allen deutschen Hochschulen, die eine Ausbildung im Bereich der Geodäsie anbieten, sowie mit zahlreichen öffentlichen nichtuniversitären Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus besteht auch eine intensive Zusammenarbeit mit Hochschulen und nichtuniversitären Einrichtungen im europäischen und außereuropäischen Ausland. Als wichtigste Kooperationspartner nennt das DGFI auf regionaler Ebene das IAPG und die FESG der TU München sowie den geodätischen Teil der Kommission für Erdmessung und Glaziologie (KEG), mit denen im Rahmen des CGE eine enge Zusammenarbeit besteht. Auf nationaler Ebene zählen das GFZ Potsdam, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das BKG, das Alfred-Wegener-Institut (AWI) und das Institut für Geodäsie und Geoinformation (IGG) der Universität Bonn zu den wichtigsten Kooperationspartnern des DGFI. Europäische Partnerinstitutionen von besonderer Bedeutung sind die ETH Zürich und die Universität Bern (Schweiz), die TU Wien (Österreich), die European Space Agency (Niederlande), die Universitat Politècnica de Catalunya (Spanien) und das IGN (Frankreich). Auf außereuropäischer Ebene zählen das GSFC, das JPL und die Ohio State University in den USA sowie die Universidad Nacional de La Plata (Argentinien) zu den wichtigsten Kooperationspartnern des DGFI.

f) Hochschullehre und wissenschaftlicher Nachwuchs

Der Direktor oder die Direktorin des DGFI wird gemeinsam von der TU München und der DKG bestellt und beteiligt sich somit im Rahmen der üblichen Dienstaufgaben an der Lehre der TU München. Darüber hinaus hat in den letzten Jahren wissenschaftliches Personal des DGFI mit einem Umfang von durchschnittlich sechs Semesterwochenstunden pro Jahr zur Lehre der TU München beigetragen.

Im Zeitraum 2008 bis 2010 hat eine Mitarbeiterin des DGFI ihre Promotion abgeschlossen. Zum Erhebungszeitpunkt (30. Juni 2011) arbeiteten zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGFI an ihrer Promotion; für das Jahr 2012 wird der Abschluss

von drei Arbeiten erwartet. Die meisten Promotionsstellen werden über Drittmittelprojekte finanziert. Im Betrachtungszeitraum wurden pro Jahr durchschnittlich 12 Praktikantinnen und Praktikanten sowie drei Masterstudierende am DGFI betreut.

Im selben Zeitraum waren zehn wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem In- und Ausland (Griechenland, Argentinien, Venezuela, Chile) für Gastaufenthalte am DGFI. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGFI verbrachten Gastaufenthalte an wissenschaftlichen Einrichtungen in den USA, Spanien, Ecuador, Uruguay, Kolumbien und Chile.

Im Betrachtungszeitraum wurden 16 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nationale und internationale Gremien, Herausgeberschaften und Fachverbände berufen. Drei wissenschaftliche Mitarbeiter gewannen wissenschaftliche Preise. Zwei wissenschaftliche Mitarbeiter nahmen eine wissenschaftliche Tätigkeit an anderen Einrichtungen (GFZ Potsdam, Abteilung Oberpfaffenhofen; Technische Universität Prag, Tschechische Republik) auf.

g) Qualitätssicherung

Das Forschungsprogramm des DGFI wird jährlich einer internen Bewertung durch die Sektion Erdmessung der DGK unterzogen, die den Jahresbericht des DGFI entgegennimmt, die Forschungsergebnisse einschätzt und darüber der DGK berichtet. Alle vier Jahre erfolgt eine externe Begutachtung des Forschungsprogramms durch den Wissenschaftlichen Beirat des DGFI, dem vier von der IAG benannte ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie drei von der DGK benannte Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen angehören.

Der Qualitätssicherung dienen ferner regelmäßige Arbeitstreffen im Rahmen von Drittmittelprojekten, die Durchführung von Workshops, Seminaren, Vortragsreihen und Kolloquien zu aktuellen Themen sowie der Austausch innerhalb des CGE. Außerdem nehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGFI an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Der Anschluss an aktuelle theoretische und methodische Entwicklungen wird durch die regelmäßige Teilnahme an nationalen und internationalen Symposien, Konferenzen und Workshops, die Verfolgung der einschlägigen Fachliteratur, den Austausch mit Gastwissenschaftlerinnen bzw. Gastwissenschaftlern sowie durch Gastaufenthalte an anderen Einrichtungen sichergestellt.

II.2 Serviceleistungen

Neben Forschung und Entwicklung gehören auch wissenschaftsbasierte Serviceleistungen für die wissenschaftliche Gemeinschaft zu den Aufgaben des DGFI. Die vom DGFI erbrachten Serviceleistungen bilden einen Teil der wissenschaftlichen Dienste der IAG, die auf internationaler Ebene die gesamte Kette vom Aufbau der weltweiten Raumberechnungsstationen über die Datengewinnung und -auswertung bis zur Bereitstellung der geodätischen Produkte koordiniert. Das DGFI übernimmt in diesem Zusammenhang den Betrieb von Beobachtungsstationen, die Sammlung, Archivierung und Verteilung von Messdaten, die kontinuierliche Datenanalyse und

die Berechnung daraus abgeleiteter Produkte, wie z. B. das Internationale Terrestrische Referenzsystem ITRF2008. Die von der IAG angebotene Produktpalette und die Nachfrage von Nutzerseite haben sich nach Aussage des DGFI in den letzten Jahren ausgeweitet, wodurch auch der Beitrag des DGFI zugenommen hat.

Die für die wissenschaftlichen Dienste notwendigen Arbeiten des DGFI sind unmittelbar in das Forschungsprogramm eingebunden, sodass eine enge Wechselbeziehung zwischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und den Beiträgen für die wissenschaftlichen Dienste sichergestellt ist. Die Arbeit in den wissenschaftlichen Diensten erfordert eine hohe Kontinuität und stellt somit eine langfristige Verpflichtung für das DGFI dar. Im Hinblick auf Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bietet die Beteiligung an den wissenschaftlichen Diensten einerseits den Vorteil eines unmittelbaren und zeitnahen Zugriffs auf Rohdaten und Originalmessdaten; andererseits schränkt der hohe Zeitaufwand für die Bereitstellung der geodätischen Produkte die für Forschung und Entwicklung verfügbare Zeit ein, was nach Einschätzung des DGFI negative Auswirkungen auf die Publikationstätigkeit hat.

Neben der Mitarbeit in den wissenschaftlichen Diensten leistet das DGFI nach eigenen Angaben auch wesentliche Beiträge in den Kommissionen und zum Global Geodetic Observing System (GGOS) der IAG. Da mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DGFI verantwortungsvolle Positionen in der IAG bekleiden, ist es dem DGFI nach eigener Einschätzung möglich, die Arbeiten internationaler Organisationen maßgeblich mitzubestimmen.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Das DGFI ist zur Durchführung von Forschungsarbeiten der Deutschen Geodätischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften e.V. (DGK) angegliedert. Die DGK hat die Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins und untersteht als wissenschaftliche Kommission der Verwaltungsaufsicht der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAW). Die Mitgliederversammlung der DGK wird durch Ordentliche Mitglieder gebildet, denen ex officio der Direktor oder die Direktorin des DGFI angehört. Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand der DGK (bestehend aus dem oder der Vorsitzenden und dem Ständigen Sekretär oder der Ständigen Sekretärin). Der Vorstand wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben von einer Geschäftsstelle unterstützt, die dem DGFI verwaltungsmäßig angegliedert ist.

Die DGK ist in verschiedene forschungsorientierte Sektionen und eine Sektion für Lehre gegliedert. Die Sektionen werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung der DGK eingerichtet und aufgelöst. Das DGFI ist laut Satzung der DGK der Sektion angegliedert, die sich mit dem Forschungsfeld der Physikalischen Geodäsie und der Satellitengeodäsie befasst.

Das DGFI ist in vier Arbeitsbereiche gegliedert, die den vier im Forschungsprogramm definierten Forschungsbereichen entsprechen. Die Arbeitsbereiche bilden keine selbstständigen Abteilungen. Den Arbeitsbereichen sind einzelne Aufgaben und Projekte zugeordnet, die häufig inhaltliche Bezüge zu anderen Arbeitsbereichen aufweisen, wodurch eine Vernetzung der Forschungsaktivitäten erreicht wird.

Den Arbeitsbereichen sind einerseits langfristig zu bearbeitende Themen, zugleich aber auch zeitlich begrenzte Aufgaben und Drittmittelprojekte zugeordnet. Nach Einschätzung des DGFI bieten diese Struktur und die flache Hierarchie gute Voraussetzungen für schnelle und flexible Reaktionen auf aktuelle Anforderungen.

b) Leitung

Die Leitung des DGFI obliegt dem Direktor oder der Direktorin. Für die vier Arbeitsbereiche ist jeweils ein Koordinator oder eine Koordinatorin verantwortlich. Bei der strukturellen und organisatorischen Gestaltung der Arbeit stimmt sich der Direktor bzw. die Direktorin mit den Koordinatoren und Koordinatorinnen sowie dem Betriebsrat ab. Entscheidungen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen, werden bei regelmäßigen Besprechungen diskutiert.

Die für die Arbeitsbereiche zuständigen Koordinatorinnen und Koordinatoren haben keine eigene Weisungsbefugnis, sondern lediglich eine Beratungs- und Koordinationsfunktion in und zwischen Projekten. Die Übernahme einer Koordinationsfunktion setzt hohes Engagement, große fachliche Expertise, Bemühungen um die Einwerbung von Drittmitteln sowie eine gute Publikationstätigkeit voraus.

c) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Nach Angaben des DGFI verläuft die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK) als institutionellem Zuwendungsgeber reibungslos. Trotz der Sparzwänge der letzten Jahre wird eine positive Grundhaltung des StMWFK gegenüber dem DGFI wahrgenommen.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Zum Zeitpunkt der Erhebung (Stand: 30.06.2011) waren im Stellenplan des DGFI insgesamt 14 Stellen für wissenschaftliches Personal vorgesehen, von denen zehn besetzt waren. Zu den unbesetzten Stellen zählte auch die Position des Direktors, die zum Ende des Jahres 2010 durch Eintritt in den Ruhestand vakant geworden ist. Eine Neubesetzung dieser Stelle soll spätestens 2012 erfolgen. Vier institutionelle Stellen waren befristet besetzt; zusätzlich bestanden acht befristete, drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Bereich. Für nichtwissenschaftliches Personal wurden 11 Stellen im Stellenplan ausgewiesen, von denen acht besetzt waren. Das DGFI weist darauf hin, dass zum Erhebungszeitpunkt die Wiederbesetzung von sieben institutionellen Stellen (davon vier wissenschaftlichen Stellen)

durch Haushaltssperren blockiert sei, wodurch die Umsetzung des ambitionierten Forschungsprogramms stark behindert werde.

Zum Erhebungszeitpunkt waren 80 % der institutionellen Stellen für wissenschaftliches Personal und sämtliche Stellen für Koordinatoren mit Männern besetzt. Bei Stellenausschreibungen verwendet das DGFI die im öffentlichen Dienst üblichen Formulierungen. Eine darüber hinausgehende Gleichstellungsstrategie existiert nicht und wird vom DGFI auch nicht für notwendig gehalten.

Die Rekrutierung von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird nach Einschätzung des DGFI durch die geringe Laufzeit von Drittmittelprojekten erschwert. Zudem sieht das DGFI Schwierigkeiten bei der langfristigen Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern infolge der Befristung von Stellen.

b) Finanzen

Der Wirtschaftsplan des DGFI weist für das Jahr 2011 zuschussfähige Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.855,8 Tsd. Euro aus. Davon entfiel der mit 1.701,6 Tsd. Euro größte Anteil auf Personalausgaben, gefolgt von 128 Tsd. Euro für sächliche Verwaltungsausgaben, 25,6 Tsd. Euro für Investitionen und 0,6 Tsd. Euro für sonstige Zuschüsse (Mitgliedsbeiträge für wissenschaftliche Vereine). Auf der Einnahmenseite werden der Zuschuss des Freistaats Bayern in Höhe von 1.852,2 Tsd. Euro sowie Verwaltungseinnahmen (v. a. aus dem Verkauf von Veröffentlichungen) und weitere anrechnungspflichtige Einnahmen in Höhe von jeweils 3,6 Tsd. Euro aufgeführt.

Das DGFI weist im Nachtrag darauf hin, dass die tatsächlichen Haushaltsansätze der letzten drei Jahre (mit 1.782,3 Tsd. Euro für 2009 und jeweils 1.788,8 Tsd. Euro für 2010 und 2011) deutlich geringer waren als im Wirtschaftsplan angesetzt. Durch zusätzlich verhängte Haushaltssperren wurden diese Ansätze nochmals reduziert. Die Zuweisungen betragen letztendlich 1.550,0 Tsd. Euro in 2009 und jeweils 1.555,8 Tsd. Euro in 2010 und 2011. Die Einsparvorgaben konnten nur eingehalten werden, indem frei werdende Stellen nicht besetzt wurden.

Das DGFI verfügt nicht über einen Globalhaushalt und führt keine Kosten-Leistungsrechnung durch. Eine interne leistungsbezogene Mittelvergabe findet derzeit nicht statt, ihre Einführung würde vom DGFI aber als geeignetes Mittel zur Anerkennung überdurchschnittlicher Leistungen begrüßt. Das DGFI beurteilt die Flexibilität des Haushalts als sehr gering. In Anbetracht der langfristig angelegten Forschungsarbeiten und der Mitwirkung in den wissenschaftlichen Diensten der IAG hält das DGFI einen über mehrere Jahre hinweg sichergestellten Haushalt für erforderlich.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Das DGFI ist in zwei räumlich getrennten Gebäudeteilen untergebracht. Im Gebäudeteil Hofkapelle (Residenzstr. 1) sind 22 Büroräume (366 qm), ein kleiner Besprechungsraum und ein Raum mit vier Arbeitsplätzen für Studierende (49 qm) sowie Technikräume und ein Sozialraum (19 qm) untergebracht. Im Hauptgebäude der BADw

(Alfons-Goppel-Str. 1) befinden sich im Keller auf einer Fläche von 342 qm ein großer Besprechungsraum, ein Archivraum, Lagerräume, die Sammlung historischer Instrumente und eine mechanische Werkstatt. Hinzu kommen ein gemeinsam mit der KEG genutztes Elektroniklabor (45 qm), eine Bibliothek und ein Zeitschriftenarchiv (127 qm) sowie drei Arbeitsplätze für technische Arbeiten und Postversand (86 qm). Insgesamt stehen dem DGFI somit Räume mit einer Fläche von 1.034 qm zur Verfügung.

Die Arbeitsplätze sind mit der üblichen Bürotechnik ausgestattet, genügen aber nach Angaben des DGFI nicht mehr den heutigen Arbeitsplatzrichtlinien. Das wissenschaftliche Personal verfügt über einige Notebooks und Netbooks. Alle vorhandenen Rechner sind untereinander vernetzt und nutzen Netzwerkressourcen des Leibniz-Rechenzentrums. An modernen geodätischen Messinstrumenten stehen 15 GPS-Empfänger zur Verfügung, davon 5 GPS-GLONASS-Empfänger und 1 GPS-GLONASS-Galileo-Empfänger. Die meisten Empfänger sind als Permanentstationen fest installiert. Ein LaCoste-Romberg-Gravimeter wird gemeinsam mit der KEG genutzt. In einem Schacht des Bergwerkes Berchtesgaden befindet sich ein 30-m-Pendel mit elektronischem Abgriff zur Registrierung von Neigungen der Erdkruste. Die Ausstattung der Werkstatt und des Elektroniklabors entspricht nach Darstellung des DGFI nicht mehr dem Stand der Technik, kann aber den Anforderungen zurzeit noch genügen.

Das DGFI beurteilt die räumliche Situation im Bereich der Büros als sehr beengt und die Trennung von Infrastrukturräumen und Arbeitsplätzen als für die Arbeitsabläufe sehr hinderlich.

A.IV Künftige Entwicklung

Die geplante inhaltliche Weiterentwicklung des DGFI zielt auf eine Verknüpfung von rein geodätischen Aufgaben mit geophysikalischen Fragestellungen. Dabei wird die allgemeine Zielsetzung verfolgt, Synergien von Messen und Modellieren zu entwickeln, diese für eine qualitativ und quantitativ bessere Beschreibung geophysikalischer Prozesse zu nutzen und so verbesserte Vorhersagen zu ermöglichen.

In struktureller Hinsicht strebt das DGFI an, Teil eines neu zu gründenden Instituts für geodätische und geophysikalische Erdsystemforschung zu werden, das langfristig aus zwei etwa gleich starken Abteilungen für Geodäsie und Geophysik bestehen soll. Der Aufbau einer geophysikalischen Abteilung würde dabei neue Forschungsschwerpunkte auf den Gebieten Hydrologie, Geophysik, Ozeanographie und Atmosphäre ermöglichen, die nach Einschätzung des DGFI die Etablierung eines national und international anerkannten und konkurrenzfähigen Instituts der geodätisch-geophysikalischen Forschung in München erlauben würden.

Durch die Nähe zur Kommission für Erdmessung und Glaziologie (KEG) bietet es sich kurzfristig an, die Verbindung von geodätischen und glaziologischen Arbeiten zu verstärken. Erste geodätisch-glaziologische Forschungsthemen zur Erforschung des physikalischen Verhaltens von Eiskörpern sowie zur Bilanzierung von kontinentalen Eismassen werden derzeit geplant und ausgearbeitet. Durch einige Drittmittelprojekte bestehen aber auch jetzt schon Kooperationen mit der Ozeanographie, der

Atmosphärenforschung, der Hydrologie und der Geophysik, die weiterhin gepflegt und intensiviert werden sollten.

Im Hinblick auf eine in diesem Zusammenhang angedachte mögliche Eingliederung des DGFI in die BAdW betont das DGFI, dass eine solche Umstrukturierung unter Wahrung einer möglichst großen Selbstständigkeit in Bezug auf Haushalt, Stellenplan und Forschungsprogramm erfolgen müsse.

B. Bewertung

Das DGFI verbindet grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung mit wissenschaftsbasierten Serviceleistungen. Im nationalen und internationalen Kontext gibt es nur wenige Einrichtungen mit einem vergleichbaren Profil. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des DGFI muss zwischen der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Forschungsleistungen einerseits und den wissenschaftsbasierten Serviceleistungen andererseits differenziert werden.

B.1 Zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit

Die Evaluierungskommission schätzt die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des DGFI als verbesserungsbedürftig ein. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene existieren im Bereich der geodätischen Forschung leistungsfähigere Einrichtungen (wie z. B. das GFZ Potsdam oder das Astronomische Institut der Universität Bern). Verbesserungsbedarf erkennt die Evaluierungskommission insbesondere mit Blick auf die Publikationsleistungen und die Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Fortschritte in diesen Bereichen erfordern zugleich eine Fokussierung der Forschungsprogrammatik. Auch bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bei den Qualitätssicherungsmechanismen bestehen nach Auffassung der Evaluierungskommission Verbesserungsmöglichkeiten.

Die Zahl und Qualität der Publikationen sowie die Zitationshäufigkeit bedürfen einer deutlichen Steigerung. Positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich der am DGFI tätige wissenschaftliche Nachwuchs der Bedeutung bewusst ist, die einer angemessenen Publikationstätigkeit sowohl für ihre eigene wissenschaftliche Karriere als auch für die Weiterentwicklung der Wissenschaft insgesamt zukommt. Die Evaluierungskommission hält es für erforderlich, dass sich diese Einstellung noch stärker als bisher auch bei allen etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des DGFI durchsetzt.

Die Evaluierungskommission erkennt an, dass die Höhe der eingeworbenen Drittmittel in den letzten Jahren deutlich gesteigert werden konnte. Gleichwohl ist festzustellen, dass die Höhe der Drittmittel in Relation zur Höhe der institutionellen Grundfinanzierung im nationalen – und mehr noch im internationalen – Kontext noch hinter dem für vergleichbare Einrichtungen anzustrebenden Standard zurückbleibt. Vor diesem Hintergrund hält es die Evaluierungskommission für notwendig, die Anstrengungen zur Einwerbung von Drittmitteln weiter zu steigern.

Für die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Arbeitsprogramms und der Forschungsprogrammatik des DGFI hält die Evaluierungskommission eine stärkere Fokussierung für erforderlich. In Anbetracht der personellen und finanziellen Ressourcen des DGFI wird eine Beschränkung auf zwei bis drei Forschungsschwerpunkte für notwendig erachtet. Dieser Fokussierungsprozess sollte, insbesondere im Hinblick auf die Aufgabenteilung innerhalb der CGE, einer klaren Strategie folgen, die bisher nicht hinreichend deutlich erkennbar ist. Hier hält die Evaluierungskommission verstärkte Anstrengungen für dringend erforderlich. Bei der strategischen Weiterentwicklung der Forschungsprogrammatik sollte der Wissenschaftliche Beirat des DGFI eine aktivere Rolle spielen als bisher.

Zur wissenschaftlichen Vernetzung des DGFI stellt die Evaluierungskommission fest, dass das DGFI über eine Vielzahl von Kooperationspartnern verfügt, mit denen es in der Forschung wie auch bei der Erbringung von wissenschaftsbasierten Serviceleistungen zusammenarbeitet. Dieses Netzwerk ist beachtlich; ein Ausbau wird nicht für notwendig gehalten; im Gegenteil scheint eher eine selektive Intensivierung besonders wichtiger Kontakte angebracht.

Die Evaluierungskommission begrüßt die Beiträge des DGFI zur Hochschullehre sowie die Tatsache, dass zahlreiche wissenschaftliche Nachwuchskräfte am DGFI tätig sind. Zugleich hält die Evaluierungskommission eine stärkere Strukturierung der Nachwuchsförderung für ratsam. Als nichtuniversitäre Forschungseinrichtung muss das DGFI dabei besonders darauf achten, dass der wissenschaftliche Nachwuchs hinreichend Gelegenheit zum Besuch hochschulischer Lehrveranstaltungen und zum Sammeln von eigenen Erfahrungen in der Lehre bekommt.

Mit Blick auf die am DGFI etablierten Mechanismen der Qualitätssicherung merkt die Evaluierungskommission kritisch an, dass der Wissenschaftliche Beirat, der eine zentrale Rolle bei der Begutachtung des Forschungsprogramms spielt, derzeit mehrheitlich aus Personen besteht, die in der Vergangenheit selbst am DGFI tätig waren. Im Interesse einer objektiven und externen Beurteilung der Forschungsprogrammatik und der Forschungsleistungen des DGFI hält es die Evaluierungskommission für dringend erforderlich, die Unabhängigkeit des Wissenschaftlichen Beirats zu stärken und den Anteil internationaler Mitglieder auszubauen. Außerdem sollte der Beirat künftig jährlich tagen, um eine intensivere Begleitung der weiteren Entwicklung des DGFI leisten zu können.

B.II Zu den Serviceleistungen

Die vom DGFI erbrachten wissenschaftsbasierten Serviceleistungen werden nach dem Eindruck der Evaluierungskommission im internationalen Kontext sehr geschätzt und rege genutzt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Nutzung der vom DGFI erhobenen, aufbereiteten und zur Verfügung gestellten Daten nicht im Detail nachvollziehen lässt. Dies liegt zum Teil an der langen Verwertungskette. Hinzu kommt die in der Geodäsie allgemein übliche Praxis, allenfalls die bestimmten Serviceleistungen oder Daten zugrunde liegenden wissenschaftlichen Arbeiten zu zitieren, nicht jedoch die Datennutzung selbst nachzuweisen. Unabhängig von der sehr

positiven Einschätzung der vom DGFI erbrachten wissenschaftsbasierten Serviceleistungen hält es die Evaluierungskommission für wünschenswert, einen Zitationsmechanismus zu entwickeln, der die Nutzung geodätischer Daten besser nachvollziehbar macht. Die Evaluierungskommission hält dies für eine wichtige Informationsquelle, die Auskunft über die Wirkung geodätischer Forschungs- und Serviceeinrichtungen geben kann.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der vom DGFI erbrachten Serviceleistungen spricht sich die Evaluierungskommission dafür aus, sämtliche Serviceleistungen kritisch zu prüfen und künftig insbesondere solche zu fördern und auszubauen, die ein Alleinstellungsmerkmal des DGFI darstellen. In diesen Prozess sollte der Beirat des DGFI einbezogen werden. Außerdem regt die Evaluierungskommission an, darüber nachzudenken, wie die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer bei der Datenerhebung und der Gestaltung der Serviceleistungen stärker berücksichtigt werden können.

B.III Zur Ausstattung

Die finanzielle Ausstattung des DGFI lässt es derzeit nicht zu, alle im Stellenplan vorgesehenen Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal zu besetzen. Mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen können zwar die wissenschaftsbasierten Serviceleistungen, die eine langfristige Verpflichtung des DGFI darstellen, erbracht werden; die Leistungsfähigkeit des DGFI im Bereich der Forschung wird durch diese Situation aber erheblich beeinträchtigt. Um die notwendige Verbesserung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit zu ermöglichen, hält die Evaluierungskommission eine Erhöhung des Gesamthaushalts um etwa ein Drittel für erforderlich.

Die Evaluierungskommission weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Rekrutierung von geeignetem Leitungspersonal durch die unzureichende finanzielle Situation sehr erschwert wird. Unabhängig davon regt die Evaluierungskommission an, bei der Besetzung von Leitungspositionen künftig aktiver als bisher nach geeigneten Personen zu suchen und sich dabei eigens eingesetzter Findungskommissionen zu bedienen.

Die räumliche Situation des DGFI ist sehr beengt und – auch wegen der Trennung von Arbeits- und Infrastrukturräumen – als stark verbesserungsbedürftig zu beurteilen. Die sächliche Ausstattung kann den aktuellen Erfordernissen insgesamt genügen. Positiv hervorzuheben ist die Möglichkeit, Ressourcen des Leibniz-Rechenzentrums in Garching zu nutzen, was durch die Anbindung des DGFI an die BAdW erleichtert wird.

B.IV Zur strukturellen und thematischen Weiterentwicklung

Die Evaluierungskommission sieht im Bereich der Forschung den größten Weiterentwicklungsbedarf. Angesichts der begrenzten Ressourcen des DGFI ist eine strategische Fokussierung auf zwei bis drei Forschungsschwerpunkte unabdingbar (s. B.I).

Aus Sicht der Evaluierungskommission bietet es sich an, die Forschungsaktivitäten verstärkt auf den qualitativ sehr hochwertigen Daten aus dem Bereich der Serviceleistungen aufzubauen. Unabhängig hiervon wird die Absicht des DGFI begrüßt, der wechselseitigen Abhängigkeit von Geodäsie und Geophysik zukünftig verstärkt Rechnung zu tragen. Die Evaluierungskommission sieht hierin eine folgerichtige Möglichkeit zur inhaltlichen Weiterentwicklung des DGFI. Allerdings weist sie zugleich darauf hin, dass der geplante Fokus auf die Verbindung von geodätischen und glaziologischen Arbeiten zwar die am Standort München vorhandenen Stärken berücksichtigt, angesichts der Breite relevanter geophysikalischer Fragestellungen aber als langfristige Schwerpunktsetzung zu eng erscheint.

Die Pläne zur Gründung eines neuen Instituts für geodätische und geophysikalische Erdsystemforschung, in dem das DGFI als eine von zwei Abteilungen aufgehen soll, werden von der Evaluierungskommission kritisch beurteilt. Die Evaluierungskommission hat den Eindruck gewonnen, dass diese Pläne von außen an das DGFI herangebracht wurden und dort die Befürchtung hervorrufen, dass die Geodäsie an einem solchen Institut keine der Geophysik gleichwertige, sondern nur eine untergeordnete Rolle spielen könnte. Vor dem Hintergrund vergleichbarer Fälle im Ausland und der Tatsache, dass aus finanziellen Gründen bereits jetzt Stellen am DGFI unbesetzt bleiben, hält die Evaluierungskommission diese Befürchtungen für nachvollziehbar. Zudem weist die Evaluierungskommission darauf hin, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Geophysik sehr wichtig ist, dass aber die Zusammenführung von geodätischer und geophysikalischer Expertise auch im Rahmen von projektbasierten Kooperationen erfolgen kann. Vor diesem Hintergrund kommt die Evaluierungskommission zu dem Schluss, dass die Forschung am DGFI fokussiert und gestärkt werden muss, um auf dieser Basis informelle Kooperationsbeziehungen auf- bzw. auszubauen, die die gemeinsame Bearbeitung von Forschungsprojekten erlauben, für die sowohl geodätische als auch geophysikalische Expertise erforderlich ist. Eine dauerhafte Institutionalisierung solcher Kooperationen in Form eines neu zu gründenden Instituts hält die Evaluierungskommission zurzeit nicht für sinnvoll.

Die Evaluierungskommission weist darauf hin, dass dem neuen Direktor bzw. der neuen Direktorin des DGFI eine entscheidende Rolle bei der wissenschaftlichen Weiterentwicklung des DGFI zukommt. Im Sinne einer produktiven Anbindung des DGFI an die universitäre Forschung wird begrüßt, dass die Stelle des Direktors oder der Direktorin als vom DGFI finanzierte Leerprofessur der TU München ausgestaltet ist.

An der Weiterentwicklung des DGFI sollte der Wissenschaftliche Beirat, dessen Unabhängigkeit vom DGFI gestärkt werden muss (s. B.I), künftig noch aktiver mitwirken. Ferner ist die Evaluierungskommission der Ansicht, dass das DGFI ein international besetztes Kuratorium benötigt, dessen Vorsitz der Präsident oder die Präsidentin der BAdW innehaben sollte. Das Budget des DGFI sollte künftig einen Teil des Haushalts der BAdW bilden und von der BAdW an das DGFI weitergeleitet werden. Diese Struktur würde zum einen eine engere Anbindung des DGFI an die BAdW sicherstellen und zum anderen eine höhere Durchsetzungsfähigkeit bei Budgetverhandlungen mit dem StMWFK ermöglichen.

C. Zusammenfassung und Empfehlungen

Das DGFI leistet eine Verbindung von grundlagen- und anwendungsorientierter geodätischer Forschung mit wissenschaftsbasierten Serviceleistungen, die sich im nationalen und internationalen Kontext in dieser Stärke nur an wenigen Einrichtungen findet. Gleichwohl erkennt die Evaluierungskommission mit Blick auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des DGFI erheblichen Verbesserungsbedarf. Sowohl die Zahl und Qualität der Publikationen als auch die Höhe der eingeworbenen Drittmittel müssen gesteigert werden. Angesichts der begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen des DGFI sollte die Forschungsprogrammstruktur auf zwei bis drei Forschungsschwerpunkte fokussiert werden. Der Wissenschaftliche Beirat, der über die Begutachtung des Forschungsprogramms eine wichtige qualitätssichernde Funktion einnimmt, muss personell unabhängiger vom DGFI und internationaler aufgestellt werden, um sicherzustellen, dass er mit der gebotenen Objektivität agieren kann. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte stärker strukturiert werden.

Zu den besonderen Stärken des DGFI zählen die Serviceleistungen, die in der *scientific community* sehr geschätzt und rege genutzt werden. Die bereits sehr guten Leistungen in diesem Bereich können nach Auffassung der Evaluierungskommission weiter gesteigert werden, wenn die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer bei der Datenerhebung und der Gestaltung der Serviceleistungen stärker berücksichtigt und zukünftig insbesondere solche Serviceleistungen ausgebaut werden, die dem DGFI ein Alleinstellungsmerkmal verleihen.

Die finanzielle Ausstattung des DGFI reicht nicht aus, um alle im Stellenplan ausgewiesenen Stellen zu besetzen. Hierdurch wird insbesondere die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des DGFI erheblich beeinträchtigt. Um die Forschung zu stärken, hält die Evaluierungskommission eine Erhöhung des Gesamthaushalts um ungefähr ein Drittel für erforderlich.

Mit Blick auf die strukturelle Weiterentwicklung des DGFI hält die Evaluierungskommission Pläne für die Neugründung eines Instituts für geodätische und geophysikalische Erdsystemforschung, in dem das DGFI als eine von zwei Abteilungen aufgehen soll, zurzeit für verfrüht und daher gegenwärtig nicht zielführend. Darüber hinaus ist aus Sicht der Evaluierungskommission eine Eingliederung des DGFI in eine andere Organisation derzeit nicht angedacht. Stattdessen sollten auf der Grundlage einer gestärkten Forschung informelle, projektbasierte Kooperationen etabliert werden. Über ein international besetztes Kuratorium, dessen Vorsitz der Präsident oder die Präsidentin der BAdW innehat, sollte eine engere Anbindung des DGFI an die BAdW angestrebt werden. Das Budget des DGFI sollte als Teil des Haushalts der BAdW verhandelt werden, um eine höhere Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem StMWFK zu erreichen.

4.3.7 Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns

| | |
|---|-----|
| Vorbemerkung | 170 |
| A. Darstellung | 170 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Bedeutung | 170 |
| I.1 Entwicklung | 170 |
| I.2 Aufgaben | 171 |
| I.3 Bestände | 171 |
| I.4 Bedeutung und Alleinstellung. | 171 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 173 |
| II.1 Aufgaben und aktuelle Arbeitsschwerpunkte. | 173 |
| II.2 Forschung. | 175 |
| II.3 Serviceleistungen | 186 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 188 |
| III.1 Organisation | 188 |
| III.2 Ausstattung | 191 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 197 |
| B. Bewertung | 198 |
| B.I Wissenschaftliche Bedeutung | 198 |
| B.II Arbeitsschwerpunkte | 199 |
| II.1 Forschung. | 199 |
| II.2 Serviceleistungen | 203 |
| B.III Organisation und Ausstattung | 204 |
| III.1 Organisation | 204 |
| III.2 Ausstattung | 206 |
| B.IV Zusammenfassung und Empfehlungen | 208 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zu den Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Bedeutung

I.1 Entwicklung

Die Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns (SNSB) gehen zurück auf die Gründung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 1759, die von Kurfürst Maximilian III. Joseph den Auftrag erhielt, wissenschaftliche Sammlungen anzulegen. Die naturkundlichen Sammlungen wurden bereits damals in die Verantwortung des Staates gestellt. Mit Gründung des „General-Conservatoriums der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates“ im Jahr 1827 erfolgte eine Vervollständigung der Sammlungen, die jedoch erst 1937 endgültig von der Akademie getrennt wurden. Nach Umstrukturierungen und Ausgliederungen führen die Sammlungen seit 1969 die Bezeichnung „Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns“.

Seit ihrer Gründung im 18. Jahrhundert erhielten die Sammlungen Zuwachs, indem bereits bestehende Sammlungen oder zuvor unabhängige Institutionen den heutigen SNSB übertragen bzw. angegliedert wurden. Während des Zweiten Weltkriegs wurden große Teile der Sammlungen – v. a. die Mineralogische Sammlung und die Zoologische Schausammlung – zerstört. Gleichwohl sind die SNSB heute mit über 30 Millionen Sammlungsobjekten neben den Sammlungen der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und dem Museum für Naturkunde in Berlin die dritte große naturkundliche Forschungssammlung Deutschlands.

Heute befinden sich die SNSB in Trägerschaft des Freistaates Bayern, die Zuständigkeit liegt beim Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK).

Die SNSB bestehen aus acht Museen (Museum Mensch und Natur, München; Museum Reich der Kristalle, München; Paläontologisches Museum, München; Geologisches Museum, München; Juramuseum Eichstätt, Naturkundemuseum Bamberg, Rieskratermuseum Nördlingen, Umwelt-Museum Oberfranken, Bayreuth), fünf Sammlungen (Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie, Botanische Staatssammlung, Mineralogische Staatssammlung, Bayerische Staatssammlung für Palä-

ontologie und Geologie, Zoologische Staatssammlung) und dem Botanischen Garten München-Nymphenburg. Hinzu kommen die allgemeinen Museumswerkstätten, eine Zentralverwaltung und die Generaldirektion.

Die SNSB haben sich nach eigener Darstellung seit ihrer Gründung von einem hochrangigen Archiv zu einer modernen naturwissenschaftlichen Forschungssammlung weiterentwickelt.

I.2 Aufgaben

Alle Institutionen der SNSB verstehen sich als Forschungseinrichtungen. Die allgemeinen Aufgaben der Einrichtungen der SNSB sind nach ihrer Dienstordnung „Forschung und Bildung im Bereich der Bio- und Geowissenschaften sowie die Erhaltung, Vermehrung und Erschließung der Sammlungsbestände“. Somit sind neben eigener Forschung vor allem Bildung (über Ausstellungen, Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung an der Lehre) sowie Serviceleistungen für die Wissenschaft (insbesondere die Pflege, Erschließung und Verfügbarmachung ihrer Sammlungen) die zentralen Aufgaben der Einrichtungen der SNSB (vgl. im Einzelnen A.II.1.).

I.3 Bestände

Die SNSB verfügen über mehr als 30 Mio. Inventareinheiten und weitaus mehr Einzelobjekte aus den Bereichen Paläontologie, Zoologie, Botanik, Geologie, Mineralogie, Paläoanatomie und Anthropologie. Die Bestände werden aus teils weltweit einzigartigen Fundstellen stetig erweitert, allerdings können nur in Ausnahmefällen die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der SNSB geborgenen bzw. ihnen von privater Hand für Untersuchungen verfügbar gemachten herausragenden fossilen Fundstücke für den Freistaat Bayern erworben werden.⁶³ Auch gezielte Zukäufe finden aufgrund begrenzter Mittel nur selten statt. Dennoch konnten in den letzten Jahren die Bestände durch spektakuläre Neuzugänge ergänzt werden, etwa durch die Übernahme der größten Schmetterlings-Privatsammlung der Welt, der Sammlung Witt⁶⁴.

I.4 Bedeutung und Alleinstellung

Die SNSB sehen ihre Bedeutung für die Wissenschaft begründet in ihren sehr umfangreichen und auch qualitativ herausragenden, teils über Weltgeltung verfügenden naturwissenschaftlichen Sammlungen, die in einer engen, sich gegenseitig befruchtenden Wechselbeziehung mit der Forschung der SNSB stehen. Einige der Sammlungen, Fundstätten und Bestände der SNSB hätten Alleinstellungsmerkmale: So sei der Alpengarten Schachen des Botanischen Gartens München aufgrund seiner Höhenlage in Deutschland einzigartig. Auch die Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie sei als gleichzeitiges Forschungsinstitut und Archiv für anthropologisches

⁶³ So konnten in den letzten Jahren etwa ein großer, extrem seltener Quastenflosser, ein Hai mit vermuteten Embryos, der Schädel eines Flugsauriers und das Teilskelett eines Krokodils erworben werden.

⁶⁴ Die Sammlung Witt umfasst ca. 3,4 Mio. Exemplare und hat einen Marktwert von ca. 15 bis 20 Mio. Euro.

und archaeozoologisches Untersuchungsgut sowie für Daten aus der Vergangenheit und Gegenwart deutschlandweit einzigartig. Überdies bearbeiteten viele SNSB-Institutionen Fundstätten mit Weltgeltung als Materialgrundlage. Vor allem im Bereich der Paläontologie seien die Fundstellen von höchster Qualität und globaler Bedeutung für die Evolutionsforschung. Zu nennen seien vor allem die Plattenkalk-Fundstellen im Altmühltal, der Plattenkalk-Steinbruch Wattendorf, die Tongrube Mistelgau, die Fundstelle Sandelzhausen sowie die Umgebung des Nördlinger Rieskraters.

Als besonders wertvoll für die Forschung betrachten die SNSB diejenigen Sammlungen, die von mehreren Generationen von Forscherinnen und Forschern zusammengetragen und jahrzehntelang konservatorisch betreut wurden, da sie nach wie vor zugänglich und somit für die Analyse mit neuen Fragestellungen und neuen wissenschaftlichen Methoden verfügbar sind. Überall dort, wo die exzellente Materialbasis der SNSB direkt forschungsrelevant wird, könnten die Einrichtungen der SNSB eine wesentliche Rolle in nationalen und internationalen Verbundprojekten spielen.

Nicht zuletzt sehen die SNSB ihre Bedeutung in ihren Forschungsgebieten begründet: Die in den SNSB betriebene Bio- und Geodiversitätsforschung befinde sich in einer rasanten Entwicklung und sei durch einen großen Bedarf an Daten zum Artenverlust und zum Klimawandel gekennzeichnet, ihre Methodik durch technische Innovationen geprägt. Diese Entwicklung der Geo- und Biodiversitätsforschung steigere zugleich die Bedeutung der Biodiversitätsinformatik. In diesem Feld sehen sich die SNSB in der Lage, aufgrund ihrer eigenständigen Entwicklungsarbeit eine Spitzenposition innerhalb Deutschlands bzw. auch Europas einzunehmen – die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen vorausgesetzt. Der weltweite Rohstoffbedarf begründe die Bedeutung der Forschung der SNSB auf dem Gebiet der strategischen Rohstoffe. Die zahlreichen Sammlungsobjekte der SNSB böten darüber hinaus einen hervorragenden Fundus für die wichtiger werdende Materialforschung – v. a. im Bereich der Funktionsmaterialien und organisch-mineralogischer Verbundstoffe.

Generell sehen die SNSB besonders in den mit ihren großen Beständen verbundenen Forschungsmöglichkeiten sowie in der unmittelbaren Kopplung von Forschung und infrastrukturellen Dienstleistungen ein Alleinstellungsmerkmal, das sie von Universitäten abhebt. Als nichtuniversitäre Einrichtung hätten die SNSB gegenüber den Hochschulen den Vorteil der vergleichsweisen Kontinuität, die besonders für die Langfristaufgabe des Sammlungswesens erforderlich sei, sowie den Vorteil, leichter Brücken zwischen verschiedenen Fächern schlagen zu können – etwa zwischen Geowissenschaften und Biologie; dies sei an Hochschulen häufig durch die Fakultätsstruktur erschwert.

Die wesentlichen Forschungsfelder der SNSB (s. A.II.2.) werden grundsätzlich an zahlreichen deutschen und internationalen Universitäten sowie an vielen größeren Naturkundemuseen bearbeitet.⁶⁵ Direkte Überschneidungen mit anderen Naturkun-

⁶⁵ Auf europäischer Ebene sei auf die Naturkundemuseen im Consortium of European Taxonomic Facilities (CETAF) verwiesen, auf nationaler Ebene auf die im Konsortium der Deutschen Naturwissenschaftlichen Forschungssammlungen (DNFS) versammelten Naturkundemuseen.

demuseen im In- und Ausland kommen nach Auffassung der SNSB jedoch fast nie vor, erstens weil die genetische Individualität bei biologischem Material Sammlungs-dubletten bestenfalls als Ausnahme zulässt und sich weitere Unterschiede durch Art und Qualität der Pflege, Konservierung und Erschließung ergeben, zweitens weil die (Paläo-)Biodiversität eine starke – zwischen den Naturkundemuseen in Deutschland in der Regel komplementäre – Spezialisierung zur Folge hat.

Ein strukturelles Alleinstellungsmerkmal gegenüber vergleichbaren Naturkundemuseen sehen die SNSB im „Münchner Modell“: Dieses ermöglicht die Personalunion einer Professur (meist eines Lehrstuhls) an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und einer Sammlungsdirektion bei den SNSB bei einem leicht verminderten Lehrdeputat.

A.II Arbeitsschwerpunkte

II.1 Aufgaben und aktuelle Arbeitsschwerpunkte

Die drei wesentlichen Aufgabenbereiche der SNSB sind: (1) Sammlungswesen, (2) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und (3) Wissenschaft und Forschung im engeren Sinne.

a) Sammlungswesen

Der Bereich Sammlungswesen umfasst alle unmittelbar sammlungsbezogenen Tätigkeiten. Zentral ist die langfristige Erhaltung (Konservierung) der Sammlungsbestände. Die dafür erforderliche angemessene Lagerung der Bestände und ihr Schutz vor Zerstörung sind – zumal angesichts der sehr umfangreichen Bestände (ca. 30 Mio. Inventareinheiten, ein Mehrfaches davon an Einzelobjekten) – sehr ressourcenaufwendig (Räume, Personen, Finanzen). Ständige methodische Weiterentwicklungen in der sammlungs-basierten Forschung stellen die Konservierung und Aufbewahrung vor ständig neue Herausforderungen und bedingen nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Erweiterungen der Sammlungen, bspw. in Form von DNA-Datenbanken.

Ebenfalls dem Bereich des Sammlungswesens zugerechnet ist die Sammlungserfassung (Inventur). Die elektronische Datenverarbeitung und das Internet haben diesem Bereich wesentlichen Aufschwung gegeben und neue Möglichkeiten der Dokumentation und Auswertung geschaffen. Der große Gesamtbestand lässt eine detaillierte Gesamtinventur nach Einschätzung der SNSB in einigen Bereichen völlig utopisch erscheinen, in denen daher typischerweise hochgradig fokussiert (bspw. Typenmaterial, DNA-Vouchers) oder aus einem gegebenen Anlass (bspw. im Rahmen von Leihvorgängen oder Drittmittelprojekten) katalogisiert wird. In der Zoologischen Staatssammlung München wird derzeit eine neue, drittmittelfinanzierte Erfassungsstrategie über hochaufgelöste „en bloc“-Fotos erprobt.

Die modernen Techniken der Erfassung und Kommunikationstechnologien erlauben auch eine erweiterte (weltweite) Verfügbarmachung der Sammlungen zu Forschungszwecken. Neben Informationen über das jeweilige Objekt kann auch Bildmaterial der

Objekte selbst so leicht zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich werden die Objekte selbst im nationalen und internationalen Leihverkehr mit anderen Instituten und Einzelpersonen zur Verfügung gestellt. Da bestimmte gesetzliche Beschränkungen diesen Leihverkehr indes zunehmend erschweren und verteuern, spielt die Verfügbarmachung über Gastaufenthalte externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach wie vor eine große Rolle, wovon auch die SNSB durch eine Erweiterung der Fachexpertise profitieren können.

Schließlich ist die Erweiterung der Sammlungen eine wichtige Aufgabe, vor allem angesichts des globalen und lokalen Artenschwunds (Botanik, Mykologie, Zoologie) und der Zerstörungsgefahr von Fundstellen (Anthropologie, Paläoanatomie, Paläontologie, Geologie, Mineralogie). Die Aufsammlung erfolgt vor allem durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB selbst sowie durch die Übernahme von Privatsammlungen etwa durch Schenkungen. Ankäufe sind nur in Ausnahmefällen mit Unterstützung der Fördervereine sowie bei größeren Ankäufen im Wert von mehr als 20 Tsd. Euro mit Sondermitteln des StMWFK möglich.

Die SNSB kritisieren die vergleichsweise schlechte Ausstattung ihres Sammlungswezens vor allem in personeller Hinsicht, die sich bei einer Betrachtung der Einzelbereiche zeige. Besonders negativ sei das Fehlen sogenannter „*collection manager*“.

b) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Tätigkeiten im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erstrecken sich auf nahezu alle Alters- und Bevölkerungsgruppen. Die gezielte Informationserteilung und Erstellung von Gutachten für Behörden, Medien und Bürgerinnen und Bürger haben nach Einschätzung der SNSB auch deshalb zugenommen, weil die Universitäten kaum mehr über vergleichbares Fachwissen vor allem in den Bereichen Zoologie, Anthropologie und Paläoanatomie verfügen. Neben gezielter Informationsvermittlung findet Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der SNSB vor allem in ihren öffentlich zugänglichen Fachbibliotheken sowie durch ihre Ausstellungstätigkeiten statt.

Die Dauer- und Sonderausstellungen beschreiben die SNSB als einen beliebten außerschulischen Lern- und Bildungsraum. Ihre Schaumuseen leisteten einen wichtigen, die schulische Ausbildung ergänzenden Bildungsbeitrag im Bereich Natur- und Umweltwissenschaften, wodurch sie auch dazu beitrügen, das generelle Verständnis für die Bedeutung von Natur- und Umweltschutz zu fördern. Das zentrale Ausstellungsforum der SNSB ist das Museum Mensch und Natur, das ca. 1.300 Schulklassen pro Jahr betreut; die insgesamt ca. 2.500 Anfragen pro Jahr könnten aufgrund infrastruktureller Mängel (v. a. Platzmangel im Bereich Museumspädagogik) nicht befriedigt werden.

Zusätzlich bieten die SNSB jährlich zwischen 25 und 35 thematisch stark fokussierte Sonderausstellungen an. Teilweise wird in den Sonderausstellungen ein thematischer Bezug zum Kulturleben in München hergestellt, um zusätzliche Besucherschichten anzusprechen (bspw. Kunstaussstellung mit Greifvogelbildern im Rahmen der Greifvogelausstellung in der ZSM).

Ebenfalls im Sinne der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bieten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB öffentliche Vorträge und zielgruppenorientierte Führungen sowie Fortbildungsveranstaltungen (bspw. im Rahmen des Seniorenstudiums, Gymnasiallehrerfortbildung, Vorträge an der Volkshochschule) an, und sie erreichen die Öffentlichkeit über Mitteilungen und Auftritte in lokalen, deutschlandweiten und internationalen Medien aller Art. Nicht zuletzt wird ein regelmäßiger „Tag der offenen Tür“ angeboten und die SNSB nehmen an der Langen Nacht der Museen in München und den Regionalstandorten teil.

Die Museen mit ihren insgesamt etwa 400.000 Besuchern pro Jahr und der Botanische Garten mit etwa 350.000 Besuchern pro Jahr bieten nach Auffassung der SNSB neben Bildung auch einen attraktiven Erholungsraum.

c) Wissenschaft und Forschung im engeren Sinne

Alle Institutionen der SNSB verstehen sich wesentlich als Forschungsinstitutionen. Forschung findet überwiegend auf Basis von Drittmitteln statt (Näheres zur Forschung vgl. A.II.2.).

Die drei Arbeitsbereiche Sammlungswesen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Wissenschaft und Forschung im engeren Sinne sind eng aufeinander bezogen. So wirkt sich die Sammlungsforschung direkt auf die Bereitstellung von Daten aus; die Betreuung von Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern und der Leihverkehr haben häufig unmittelbare Forschungsergebnisse zur Folge. Ausstellungstätigkeiten sind ebenfalls Forschung, insofern als damit direkt verbunden auch Forschungsergebnisse publiziert werden und als Fachdidaktik als solche ebenfalls ein Forschungsfeld ist. Daher sind die Aufgaben des Sammlungswesens und Ausstellungstätigkeiten letztlich ebenfalls dem Bereich Forschung und Entwicklung zuzurechnen.

An den unterschiedlichen Typen von SNSB-Institutionen (Sammlung, Museum, Kombination aus beidem, Botanischer Garten, Zentralverwaltung) werden die drei Arbeitsbereiche in je unterschiedlicher Intensität bearbeitet. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Staatssammlungen und Museen arbeiten überwiegend in der Forschung (Anteil von ca. 70 % an ihrem Tätigkeitsspektrum), während am Botanischen Garten nur etwa die Hälfte der Tätigkeiten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschung zuzurechnen sind.

Wenn auch die Arbeitsfelder der SNSB in den letzten drei Jahren (2008 bis 2010) im Wesentlichen gleich geblieben sind, ist ihre Umsetzung durch technisch-methodischen Fortschritt in Forschung und Ausstellungswesen, durch die Technologien des World Wide Web sowie durch internationale Bestimmungen über Aufsammlungen und Transport biologischer Proben wesentlichen Veränderungen unterworfen.

II.2 Forschung

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SNSB sind in allen wesentlichen Bereichen der organismischen Biologie inklusive Archaeobiologie und Geodiversität

tätig. Die meisten Forschungsthemen der SNSB sind unmittelbar mit den Sammlungen verknüpft. Schwerpunkte sind: Anthropologie, Botanik, Geologie, Mineralogie, Mykologie, Paläontologie und Geobiologie, Paläoanatomie, Zoologie und Umweltgeschichte. Der große Fundus an natürlichen (Bio-/Geo-)Materialien in den Sammlungen erlaubt zudem Forschung im Bereich der Materialwissenschaften. Auch die Forensik wird an den SNSB an der Schnittstelle verschiedener Arbeitsfelder bearbeitet. Als neuer Bereich hat sich in den vergangenen etwa 15 Jahren die Biodiversitätsinformatik etabliert, die ein Querschnittsfeld sämtlicher Arbeitsfelder der SNSB ist.

Im Bildungssektor der SNSB wird zusätzlich in den Bereichen Fachdidaktik, Museologie und Museumspädagogik gearbeitet.

a) **Übergeordnetes Forschungsziel**

Das übergeordnete Forschungsprogramm der SNSB lässt sich unter dem Begriff „Integrative Systematik“ zusammenfassen. Übergreifendes Ziel ist es, in einem ersten Schritt die gewonnenen Daten aus unterschiedlichsten Untersuchungsmethoden zusammenzuführen, um die Vielfalt der Organismen, der Gesteine oder Mineralien zu erfassen und in ein natürliches System (basierend auf Verwandtschaftsgrad bzw. Evolutionsgeschichte bei den Organismen, basierend auf physikalisch-chemischen Systemen bei Gesteinen und Mineralien) einzuordnen und diesbezügliche Hypothesen zu entwickeln. In einem zweiten Schritt sollen nach der Erstellung der jeweiligen Systematik die gewonnenen Erkenntnisse in übergeordnete Fragestellungen integriert werden. Das betrifft Fragen der Phylogenetik, der Evolutionsbiologie, der prähistorischen Anthropologie und Paläoanatomie, der Biodiversitätsforschung, Ökologie, Medizin, Technik, Fragen des Klimawandels, des Arten- und Habitatschutzes sowie morphologische, physiologische oder molekulare Identifikationssysteme der systematischen Einheiten. Die SNSB sehen in diesem zweiten Schritt, der Übertragung der Erkenntnisse aus der Systematisierung in übergeordnete Fragestellungen, eine neue und anderweitig noch wenig umgesetzte Zielsetzung.

Da die SNSB nicht über ein Programmbudget verfügen, können die Programmziele ausschließlich drittmittelfinanziert umgesetzt werden.

b) **Forschungsschwerpunkte der einzelnen Einrichtungen der SNSB**

Für die einzelnen Einrichtungen der SNSB lassen sich folgende aktuelle Forschungsschwerpunkte beschreiben:

Botanische Staatssammlung (BSM): Botanik, vor allem Systematische Botanik, Phylogenetik, Floristik, Blütenbiologie und alpine Pflanzenökologie wird an der Botanischen Staatssammlung und am Botanischen Garten mit dem Alpengarten Schachen bearbeitet. Die Botanische Staatssammlung befasst sich darüber hinaus auch mit Mykologie, insbesondere Systematischer Mykologie und Lichenologie. Konkret erforscht sie vor allem die Systematik oder Floristik von Araliaceae, Asteraceae, Cucurbitaceae, Euphorbiaceae, Melastomataceae und Rutaceae, sie führt Forschung zur Interaktion Mykobiont-Phycobiont sowie zur Mykologie durch. Die Forschung umfasst auch Biogeographie und Barcoding-Aktivitäten sowie die Erstellung

von Online-Datenbanksystemen mit Forschungsinhalten aus den Bereichen Botanik, Lichenologie und Mykologie, von denen zwei als peer reviewed „Global Species Data-bases“ den „Catalogue of Life“ beliefern. Die Botanische Staatssammlung ist wissenschaftlicher Partner der „Global Plant Initiative“, sie baut innovative Digitalisierungsstationen für ihre Sammlungsobjekte auf und beliefert das JSTOR Plant Science Portal mit Digitalisaten (v. a. Typusbelege von Gefäßpflanzen und Flechten mit Metadaten). Überdies wird der Deutsche Global Biodiversity Information Facility (GBIF)-Knoten für Pilze und Flechten ausgebaut, indem laufend wertvolle historische Sammlungsbestände der BSM digitalisiert und online zugänglich gemacht werden. Das IT-Zentrum entwickelt Datenbanken im Rahmen der „Diversity Workbench“ Entwickler-Plattform zur Verwaltung strukturierter biologischer Daten jeder Art und es ist Datenlieferant und Entwickler von Dateninfrastruktur für die GBIF.

Botanischer Garten (BGM): Aufgabe des Botanischen Gartens ist die Kultivierung, wissenschaftliche Bearbeitung und Ausstellung von Wild- und Kulturpflanzen aus der ganzen Welt. Schwerpunkt der Arbeit ist die biosystematische Bearbeitung und Erforschung von Gattungen, die schwerpunktmäßig im Garten kultiviert werden (speziell Orchideen), Forschung im Bereich der Blütenbiologie und Ökologie sowie die Dokumentation von phänologischen Änderungen im Zuge des Klimawandels.

Bayerische Staatssammlung für Paläontologie und Geologie (BSPG): Als Zentrum zur Dokumentation und Erforschung der Entwicklungsgeschichte des Lebens und der Erde, der Wechselbeziehungen zwischen den Organismen und dem System Erde sowie der geologischen Ressourcen arbeitet die BSPG an der Schnittstelle von geo- und biowissenschaftlichen Forschungsansätzen, wobei vermehrt molekularbiologische Untersuchungsmethoden eingesetzt werden, auch in Bezug auf eher traditionelle Fragestellungen der Paläontologie. An der Abteilung Geologie der BSPG wird Geologie, vor allem Isotopenanalyse und -geochemie sowie isotopische Datierung betrieben. Die Abteilung Paläontologie der BSPG forscht auf den Gebieten der Paläontologie und Geobiologie, insbesondere Paläozoologie, Paläobotanik, Paläomykologie sowie Phylogenetik, Paläoökologie und Geologie. Konkrete Schwerpunkte der Forschung der BSPG sind (1) die Geologie unter Verwendung unterschiedlicher Ansätze der Isotopenanalyse mit Anwendungsgebieten in der Nahrungsmittelkontrolle, der Forensik und der Archäologie, (2) die Paläobotanik und Paläomykologie, die fossile Pflanzen rekonstruiert und ihre Biologie und Ökologie erforscht, (3) die Erforschung der Evolution, Diversität und Systematik von Reptilien, (4) die Erforschung der Evolution, Diversität und Systematik von Fischen, (5) die Erforschung von Morphologie, Taxonomie, Phylogenie, Paläobiogeographie, Paläoökologie, Biostratigraphie sowie Evolution der Säugetiere, (6) Forschung zu Systematik, Phylogenie, Taxonomie, Larvalökologie, Evolution, Diversität, Paläoökologie von Mollusken sowie (7) molekulare Geo- und Paläobiologie.

Mineralogische Staatssammlung (MSM): Diese betreibt anhand ihres umfangreichen Sammlungsmaterials vorzugsweise Grundlagenforschung mit Anwendungsbezug in den Fachgebieten Mineralogie, Materialwissenschaften und Rohstoffe, Systematische Mineralogie, Kristallchemie, extraterrestrische Mineralogie und Biomineralisation. Konkrete Schwerpunkte sind: (1) Material- und Strukturuntersuchungen an

organisch-kristallinen Biomaterialien von Mollusken, Brachiopoden, Echinodermata und Schwämmen mit dem Ziel, die Eigenschaften und Bildungsbedingungen dieser natürlichen Verbundwerkstoffe zu verstehen; (2) Kristallchemische und Strukturuntersuchungen an Geo-Funktionsmaterialien; (3) Rohstoffforschung; (4) Verteilungssystematik leichter Elemente; (5) Extraterrestrische Mineralogie; (6) Mineralogie, Magnetik und Entstehungsgeschichte des ersten bereits im All identifizierten Asteroiden, der dann als Meteorit auf der Erde gefunden werden konnte; (7) Forschung zur Entstehung und Entwicklungsgeschichte des Planeten Mars anhand der zahlreichen in der Sammlung des MSM vorhandenen Mars-Meteoriten und zahlreicher Leihgaben; (8) Raman-spektroskopische Charakterisierung von terrestrischen und extraterrestrischen Materialien.

Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie (SAPM): Die Abteilung Anthropologie befasst sich schwerpunktmäßig mit der prähistorischen Anthropologie. Mit Paläoanatomie, vor allem Domestikationsforschung, Archaeozologie und Paläoökologie befasst sich die Abteilung Paläoanatomie der Staatssammlung. Alle Einrichtungen der SNSB betreiben Forschung auf dem Gebiet der Umweltgeschichte, ein Schwerpunkt liegt dabei bei der SAPM. Konkret werden in enger Zusammenarbeit mit den Kulturwissenschaften körperliche Relikte von Mensch und Tier aus archäologischen Ausgrabungen in der Alten Welt erforscht mit dem Ziel, zum Verständnis der Entstehung und Entwicklung von anthropogenen Ökosystemen von der Steinzeit bis in die Moderne beizutragen. In einem anthropologischen Schwerpunkt werden die Determinanten menschlicher Bevölkerungsentwicklung in Raum und Zeit unter Einsatz moderner Methoden der Archäometrie erforscht. Im Schnittbereich von Anthropologie und Paläoanatomie werden die Anfänge der Huftierdomestikation und Nutztierhaltung in Obermesopotamien untersucht. In der Paläoanatomie werden überdies die Domestikation von Esel, Dromedar und Huhn erforscht. Weitere Schwerpunkte sind die Wirtschafts-, Kultur- und Religionsgeschichte Kleinasiens sowie die Verknüpfung von Ethnologie und Archäologie in einer Studie zu den Jagd- und Essgewohnheiten der Hai//om San in Namibia.

Zoologische Staatssammlung (ZSM): Die ZSM forscht auf dem Gebiet der Zoologie, insbesondere der Systematischen Zoologie (Taxonomie, Phylogenetik und Faunistik aller Tiergruppen). Ein wichtiger aktueller Forschungsschwerpunkt der ZSM ist das vom StMWFK geförderte Projekt „Barcoding Fauna Bavarica“ mit dem Ziel, einen genetischen Fingerprint-Katalog für alle bayerischen Tierarten zu erstellen. Dieses Projekt wird ab Mai 2012 mit fünf weiteren Kooperationspartnern (BMBF-gefördert) auf ganz Deutschland erweitert. Damit verbunden sind der Ausbau der DNA-Bank und die GBIF-Aktivitäten der ZSM. In der Abteilung Evertabrata erfolgt Forschung zur Systematik und Phylogenie der Mollusken, Phylogenie und Biologie parasitischer Crustaceae, Evolution der Arthropoda, Larvalentwicklung der Decapoda und der Pycnogonida, endoparasitische Crustacea, integrative Taxonomie und Typenforschung der Myriapoda. Überdies werden Methoden zur 3D-Visualisierung erarbeitet und es erfolgt die Inventarisierung der Evertabraten des Comau-Fjords in Chile. Die Abteilung Entomologie trägt die Hauptlast des Barcoding-Projekts und trägt parallel die Leitung und Organisation der globalen Kampagne DNA-Barcoding Lepidoptera in Kooperation mit der Universität Guelph, Kanada. Überdies wird die integrative Taxo-

nomie, Phylo-Biogeographie und Verbreitungsdynamik bestimmter Insekten, die vergleichende Anatomie und Mikromorphologie sowie Evolution der Geschlechtsorgane und Gameten der Diptera, die Funktionsmorphologie, Evolution von Strukturen und Phylogenie aquatischer Insekten erforscht; des Weiteren wird Biodiversitätsforschung im tropischen Tieflandregenwald von Peru betrieben und es läuft eine Studie zur Erhaltung eines stabilen pH-Wertes in Nasssammlungen. Die Abteilung Wirbeltiere betreibt Projekte zur Evolutionsbiologie und integrativen Taxonomie von Fischen, zur integrativen Systematik und Biogeographie der komorischen und madegassischen Herpetofauna, zur Wiederansiedelung und Migrationsverhalten des Waldrapps sowie zur Merkmalsausprägung, Faunistik und Arealodynamik bayerischer Kleinsäuger.

Regionalmuseen:

Das **Juramuseum Eichstätt** betreibt seit 2007 Grabungen in den oberjurassischen Plattenkalken von Ettling. Die Funde – fossile Fische in unübertroffener Erhaltung mit zahlreichen bisher unbekanntem Arten – werden anschließend präpariert und wissenschaftlich bearbeitet.

Das **Naturkundemuseum Bamberg** führt wissenschaftliche Grabungen in den Oberjura-Plattenkalken von Wattendorf in Oberfranken durch, die Funde – teils wissenschaftlich höchst wertvolle Fossilien – werden unter Dokumentation des geologischen Zusammenhangs geborgen, in einem internationalen Team taxonomisch eingeordnet und für Schauzwecke präpariert; überdies werden taphonomische Fakten und Zusammenhänge erforscht und geologische, vor allem fazielle Besonderheiten des Wattendorfer Steinbruchs untersucht und dokumentiert.

Das **Rieskratermuseum Nördlingen** betreibt in Kooperation mit der Außenstelle, dem Zentrum für Rieskrater- und Impaktforschung Nördlingen (ZERIN) des Museums für Naturkunde Berlin Impaktforschung, außerdem Riesforschung und Forschung im Steinheimer Becken.

Das **Urwelt-Museum Oberfranken** führt Grabungen in Mistelgau in den Gesteinen des unteren Jura durch, birgt Fossilien und bereitet diese für die wissenschaftliche Bearbeitung und Ausstellung auf. Durch die Grabungen wird die Lebenswelt im Urmeer von Mistelgau vor 175 Millionen Jahren rekonstruiert. Weitere Grabungen finden in den Tonen des untersten Lias in der Region von Kulmbach und Bayreuth statt, hier werden Pflanzenfossilien geborgen, die die bereits jetzt umfassende Sammlung erweitern und weitere wissenschaftliche Auswertungen ermöglichen. Schließlich werden Saurierreste aus dem Muschelkalk von Bindlach neu präpariert und mit Material vervollständigt, das aus der historischen Sammlung des Museums stammt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Neubearbeitung, die vom Museum organisiert wird.

c) Forschungsplanung und Arbeitsprogramm

Die SNSB verfügen nicht über ein zentral gesteuertes Arbeitsprogramm. Es ist somit Aufgabe der einzelnen Sammlungsdirektorinnen und -direktoren, jeweils eigenstän-

dige Arbeitsprogramme zu entwickeln, die ggf. Kooperationen mit anderen Einrichtungen der SNSB in Forschung und Ausstellungstätigkeiten vorsehen. Ergänzt werden diese durch Drittmittelaktivitäten der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Aufsammlungs- und Grabungsaktivitäten richten sich ebenfalls nach den je aktuellen Schwerpunktsetzungen. In der Anthropologie und Paläoanatomie werden die Forschungsthemen auch vom Material der Sammlung bestimmt, da dieses seit dem Jahr 2002 zu den beweglichen Bodendenkmälern zählt.

d) Publikationen, Tagungen, Ausstellungen

Die SNSB publizieren vorrangig in internationalen peer reviewed Fachzeitschriften bzw. Spezialbänden. Strategisch legen die SNSB seit einigen Jahren weniger Wert auf die Quantität der Publikationen als auf ihre Qualität – d. h. sie streben vorrangig Publikation in möglichst hochwertigen Fachzeitschriften an. Die Qualität der Publikationen geht direkt in die persönlichen Beurteilungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein. Zur Publikationsstrategie der SNSB gehört auch, den Kontakt zum (privaten) Sammlerumfeld zu halten und daher in gewissem Umfang in einschlägigen Kleinjournalen zu publizieren. Die SNSB geben selbst in Kooperation mehrerer SNSB-Einrichtungen Schriftenreihen heraus, die sämtlich peer reviewed sind.⁶⁶ Nach wie vor ist – insbesondere im Bereich Taxonomie und Systematik – die Publikation in Printmedien die Regel.

Überdies nehmen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SNSB regelmäßig aktiv an Tagungen und Kongressen teil und informieren dadurch die Fachöffentlichkeit über aktuelle Forschungsergebnisse. Schließlich erfolgt eine Information der Fachöffentlichkeit durch teilweise umfangreiche Webseiten und Datenbanken.

e) Herausgeberschaften, Preise, Gremienmitarbeit

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB wurden in den Jahren 2008 bis 2010 in verschiedene wissenschaftliche Gremien berufen, bspw. wurden die Präsidentschaft der Gesellschaft für Biologische Systematik sowie der Münchner Entomologischen Gesellschaft, Beiratspositionen im Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin Bundesverband, in der Society for Systematic Biology, in DIVERSITAS Deutschland sowie in der Arbeitsgemeinschaft Nichtstaatlicher Museen Bayerns, außerdem die Vorstands- und Sprecherfunktion im GeoBio-Center und im ArchaeoBio-Center

⁶⁶ Das sind: „Archaeopteryx“, Hrsg. Gerhard Ruf, Martina Kölbl-Ebert (Juramuseum Eichstätt), erscheint einmal pro Jahr, Auflage ca. 300 Stück (zusätzlich direkter Verkauf über den Verlag); „Documenta Archaeobiologiae“, Hrsg. Gisela Grupe, George McGlynn, Joris Peters (alle SAPM), erscheint einmal im Jahr nach dem Prinzip „Printing on demand“, Auflagenhöhe durchschnittlich 80 (zusätzlich direkter Verkauf über den Verlag); „Spixiana – Zeitschrift für Zoologie“, Hrsg. Gerhard Haszprunar, Roland Melzer, Stephan Schmidt (alle ZSM), erscheint dreimal pro Jahr, Auflage ca. 350 Stück (zusätzlich direkter Verkauf über den Verlag), seit zwei Jahren bei ISI eingetragen; „Zitteliana“, Hrsg. Gert Wörheide und M. Krings (BSPG), Reihe A: ein Band pro Jahr, für Aufsätze aus dem Gesamtgebiet der Paläontologie, historischen Geologie und Geobiologie, keine regionalen Einschränkungen; Reihe B: unregelmäßig, für Monographien, Dissertationen, Sammel- und Kongressbände; Auflagenhöhe beider Reihen: 550 Exemplare.

der LMU übernommen. Zudem waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB als Herausgeber tätig, bspw. für die *Documenta Archaeobiologiae*, das *Journal of Hymenoptera Research*, die *Mitteilungen der Münchner Entomologischen Gesellschaft* sowie die *Paläontologische Zeitschrift*.

Im Jahr 2008 erhielt der Generaldirektor der SNSB das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst der Bundesrepublik Österreich, eine Sammlungsdirektorin erhielt die Mitgliedschaft in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sowie in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

f) Drittmittel

Die SNSB haben in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 3,48 Mio. Euro an Drittmitteln eingeworben. Der weit überwiegende Teil stammte aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG, ca. 2,2 Mio. Euro). Die Drittmittelstrategie der SNSB ergibt sich einerseits aus den Forschungsthemen, die die Direktorinnen und Direktoren der einzelnen Einrichtungen setzen, andererseits aus den Initiativen der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ihrem jeweiligen Forschungsinteresse. Die Generaldirektion leistet bei kooperativen Anträgen bei Bedarf Hilfestellung. Ebenso wie die Qualität der Publikationen gehen auch Drittmittelinwerbungen direkt in die persönlichen Beurteilungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein bzw. es können Leistungszulagen gewährt werden. Als weiterer wesentlicher Anreiz wirkt die Gepflogenheit der SNSB, dass sie den Projektleitern einen substantiellen Teil der Overheads (80 bis 90 %) direkt für Forschungszwecke zur Verfügung stellen. Hinderlich wirken aus Sicht der SNSB bei Drittmittelprojekten (1) die häufig restriktiven gesetzlichen Bestimmungen für Aufsammlungen im In- und Ausland, (2) die häufig nur sehr kleine Anzahl an Expertinnen und Experten im jeweiligen Spezialgebiet, die für Gutachten zur Verfügung stehen, (3) der zunehmend restriktive Umgang mit Drittmittelanträgen nichtuniversitärer Forschungseinrichtungen insgesamt (v. a. bzgl. Reisemittel des DAAD) sowie (4) in Einzelfällen auch die Tatsache, dass Drittmittel nur erschwert verzinslich angelegt werden können. Problematisch sind auch solche Drittmittelprojekte, die hohe Anforderungen an die Grundausrüstung, an Verdauerung, an finanzielle Vorleistungen oder an Eigenanteile stellen.⁶⁷

Im Bereich der Biodiversitätsinformatik wurde durch das IT-Zentrum der SNSB fast ausschließlich auf Basis von Drittmitteln eine „Diversity Workbench“ entwickelt. Dabei handelt es sich um eine modular aufgebaute, abgestimmte Software- und Datenbankstruktur (sog. „name space“) mit über 2.000 definierten Feldern. Nach Einschätzung der SNSB hat diese Entwicklung ihnen eine in Deutschland führende Position eingebracht und auch international viel Beachtung verschafft. Das System wird derzeit mit Förderung durch die DFG als zentrale Querschnittskomponente in ein deutsch-

⁶⁷ Als Beispiel verweisen die SNSB auf die von der DFG mit großen Summen geförderten Infrastrukturmaßnahmen im Biodiversitätsbereich, die Anforderungen an die personelle und finanzielle Ausgangssituation der SNSB stellen, die diese nicht erfüllen können.

landweites Datenverbundnetzwerk zur Sicherung biodiversitätsrelevanter Daten eingebracht. Mitte 2012 soll ein Drittmittelprojekt zur Harmonisierung von Daten zu den Fischbeständen der SNSB starten, das mittelfristig auf die gesamten Bestände der SNSB ausgeweitet werden soll und über das die Daten der ökologischen Forschung verfügbar gemacht werden sollen.

Ein weiterer drittmittelfinanzierter Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der jurassischen Plattenkalk-Fossilien aus dem Archaesauria-Dinosauria-Vogel-Übergangsfeld. Hier arbeiten die BSPG sowie die Regionalmuseen in Bamberg, Bayreuth und Eichstätt zusammen und haben in jüngster Zeit auch spektakuläre Fundstücke bearbeitet, die international Aufsehen erregt haben und teilweise als „Deutsches Kulturgut“ eingetragen werden konnten.

Sowohl die BSPG als auch die ZSM arbeiten an der weltweiten Initiative des „International Barcode of Life“ mit. An der BSPG wird das „Sponge-Barcoding“ betrieben, an der ZSM wird derzeit das Bayern-Barcoding-Projekt⁶⁸ ausgebaut. Dabei geht es erstens um eine Erweiterung des Areals auf ganz Deutschland in Kooperation mit anderen größeren Naturkundemuseen im Rahmen einer bewilligten BMBF-Finanzierung, zweitens um eine Erweiterung auf Botanik und Mykologie sowie drittens um eine Klärung von Diskrepanzfällen (COI-Barcode stimmt nicht mit bisheriger Taxonomie überein) mittels integrativer Systematik auf Basis von ab 2012 zu beantragenden DFG-Mitteln.

Ein weiterer institutionenübergreifender Drittmittelforschungsschwerpunkt sind die Oberjura-Plattenkalke der Frankenalb; hierzu sind mehrere Drittmittelprojekte in Bearbeitung, bspw. ein Projekt zur Fisch-Diversität des Solnhofen-Archipels (Mittel der Volkswagen-Stiftung), die Erforschung der Fundstelle Wattendorf bei Bamberg (EU-Mittel). Geplant ist, auf Grundlage des umfangreichen alten und neuen Materials in den einzelnen Sammlungen und unter Anwendung moderner Untersuchungsmethoden (Computertomographie, Isotopengeochemie) gemeinsame Projekte zu beantragen, die zur Klärung der Taxonomie und der Ursache der Faunenunterschiede zwischen den einzelnen Plattenkalkwannen sowie letztlich zur Genese der Plattenkalke insgesamt beitragen sollen.

g) Kooperationen

Die SNSB unterhalten institutionelle und personengebundene wissenschaftliche Kooperationen mit 19 Universitäten in Deutschland, mit 22 nichtuniversitären Forschungseinrichtungen, vor allem nichtuniversitären Sammlungen und Museen in Deutschland, mit zwei Industrieunternehmen sowie mit wissenschaftlichen Verbänden und Stiftungen. Mit den Trägern von vier Regionalmuseen haben die SNSB spezielle Trägerverträge für enge Zusammenarbeit Kooperationsverträge geschlossen. Überdies arbeiten die SNSB in 18 Verbundvorhaben mit nationalen Partnern zusammen.

⁶⁸ Vgl. <http://www.faubavarica.de/>, <http://www.bolgermany.de>.

Besonders zahlreiche und intensive Kooperationsbeziehungen pflegen die SNSB mit der LMU. Im Rahmen des „Münchner Modells“ sind einschlägige Professoren (meist Lehrstühle) zugleich im Nebenamt Sammlungsdirektoren. Gemeinsame Berufungen werden jedoch nicht durchgeführt. Mit der Technischen Universität München streben die SNSB eine Intensivierung der Zusammenarbeit an, um verstärkt Anschluss an die angewandten Bereiche der Geo- und Biodiversitätsforschung zu erhalten. Neben den Universitäten am Standort München betrachten die SNSB als ihre wichtigsten Kooperationspartner in Deutschland die größeren deutschen naturkundlichen Forschungssammlungen, insbesondere die im Humboldt-Ring⁶⁹ zusammengeschlossenen.

Im internationalen Bereich pflegen die SNSB Kooperationsbeziehungen mit insgesamt 57 Hochschulen – breit gestreut über Nord-, Mittel- und Südamerika, Asien und Europa mit einem Schwerpunkt auf den USA und Frankreich – sowie mit 46 nichtuniversitären Forschungseinrichtungen (v. a. Sammlungen und Museen). Als wichtigste internationale Kooperationspartner werten die SNSB das Muséum National d’Histoire Naturelle, Paris, das Natural History Museum, London, die Ohio State University in den USA, das Queensland Museum in Australien, die University of Guelph in Kanada sowie die Smithsonian Institution in den USA. Die SNSB kooperieren in 49 Verbundprojekten mit internationalen Partnern.

Die SNSB sind überdies in zentralen Vereinigungen naturkundlicher Forschungsmuseen vernetzt. Seit einigen Jahren sind sie Vollmitglied im Humboldt-Ring, im Konsortium Deutsche Naturwissenschaftliche Forschungssammlungen (DNFS) sowie im Consortium of European Taxonomic Facilities (CETAF). Die Mitgliedschaft in diesen Vereinigungen erleichtert Teilnahmemöglichkeiten an vernetzten Großprojekten, wenn auch die SNSB ihre Ressourcenlage als zu gering einschätzen, um eine führende Position in solchen Projekten einzunehmen. Dennoch sei dies – v. a. mithilfe befristeter Investitionsmittel aus dem StMWFK – im nationalen Rahmen in GBIF-Aktivitäten bzw. generell im Biodiversitäts-Informatik-Bereich, im deutschen DNA-Bank-Netzwerk sowie bei übergreifenden und global vernetzten DNA-Barcoding-Aktivitäten durchaus gelungen.

Neben der Kooperation der SNSB mit Partneereinrichtungen spielt auch die Kooperation der Einrichtungen der SNSB in gemeinsamen Forschungsprojekten und Ausstellungen in den letzten Jahren eine größere Rolle, wobei die räumliche Trennung der Institutionen der SNSB von diesen selbst als hinderlich betrachtet wird. Zwecks Intensivierung der Kooperationsbeziehungen sowohl zwischen den Einrichtungen der SNSB als auch mit Partnern im In- und Ausland schlagen die SNSB die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für zentrale Öffentlichkeitsarbeit und Drittmittelmanagement vor.

Neben institutionellen Kooperationsbeziehungen ergeben sich zahlreiche Kooperationen der SNSB ohne vertragliche Grundlage aus der sammlungsbasierten For-

⁶⁹ Der Humboldt-Ring ist ein Verbund von sechs naturkundlichen Museen, die sich als komplementäre Teile einer föderal verteilten Großforschungsinfrastruktur verstehen und sich um eine gemeinsame Programmatik und ein gemeinsames Selbstverständnis bemühen, s. <http://www.humboldt-ring.de>.

schung: durch Leihverkehr, individuelle wissenschaftliche Zusammenarbeit, Gastaufenthalte oder Materialtausch. In den Jahren 2008 bis 2010 besuchten insgesamt 2.993 wissenschaftliche Gäste aus dem In- und Ausland die Einrichtungen der SNSB, in der Regel für Kurzaufenthalte mit einer Dauer von einem Tag bis zu einer Woche. Umgekehrt sind längere Abwesenheiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SNSB aufgrund der knappen Personalsituation in der Regel nicht realisierbar, sodass überwiegend kurze Aufenthalte im Rahmen bestehender Kooperationen stattfinden.⁷⁰

h) Beteiligung an der Hochschullehre und Betreuung wissenschaftlichen Nachwuchses

Durch das „Münchner Modell“ sind die Sammlungsdirektorinnen und -direktoren hauptamtliche Professorinnen bzw. Professoren der LMU mit leichten Lehrdeputatsreduzierungen.⁷¹ Da an der LMU keine Lehrersatzstellen eingerichtet sind und nur in der Botanik und Paläontologie flankierende (ehemals C3-) W2-Professuren bestehen, liegt der tatsächliche Umfang der Lehre in der Regel deutlich über dem Lehrdeputat von fünf bis sieben Semesterwochenstunden.

Unterhalb der Direktorebene beteiligen sich die fest angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SNSB in Nebentätigkeit im Umfang von ca. 40 Semesterwochenstunden an der Hochschullehre.

Die Einrichtungen der SNSB betreuen regelmäßig akademische Abschlussarbeiten (Diplom-, Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten) und Postdoc-Stipendiatinnen bzw. Stipendiaten sowie Praktikantinnen und Praktikanten in verschiedenen Arbeitsfeldern. Das „Münchner Modell“ erleichtert die Betreuung von Abschlussarbeiten an den Einrichtungen der SNSB. Aktuell betreuen die SNSB 50 Doktorandinnen und Doktoranden aus dem In- und Ausland, schwerpunktmäßig von der LMU. In den Jahren 2008 bis 2010 wurden 13 von den Einrichtungen der SNSB betreute Dissertationen abgeschlossen. Die SNSB nehmen pro Jahr ca. 30 bis 40 Studierende für Abschlussarbeiten auf, in den Jahren 2008 bis 2010 wurden 79 von den SNSB betreute Abschlussarbeiten fertiggestellt. Zudem werden pro Jahr ca. 20 Praktikantinnen und Praktikanten betreut. Die Finanzierung von Doktorandinnen und Doktoranden sowie Postdocs erfolgt in aller Regel über Stipendien, eine aktuelle Ausnahme ist eine Doktorandin, die eine Volontärstelle innehat. Volontärstellen für Postdocs sind bei den SNSB nicht vorgesehen.

Die SNSB sind durch das „Münchner Modell“ an der „Munich Graduate School for Evolution, Ecology and Systematics“, an der „Graduate School Life Science Munich“,

⁷⁰ In den Jahren 2008 bis 2010 verbrachten 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB insgesamt 126 Aufenthalte im In- und Ausland.

⁷¹ An der LMU München liegt das Lehrdeputat bei neun SWS. Die Sammlungsdirektorinnen und -direktoren haben ein reduziertes Deputat von in der Regel sieben, in zwei Fällen fünf SWS. Der Beirat der SNSB hielt eine Deputatsreduktion auf ca. 25 % des regulären Lehrdeputats der LMU München für ein ideales Maß.

am strukturierten Promotionsprogramm des ArchaeoBioCenters der LMU sowie am Programm MaMaSELF (Master of Materials Science exploiting European Large Scale Facilities) beteiligt.

Die Fördergesellschaft der Zoologischen Staatssammlung lobt jährlich einen aus privaten Mitteln gesponserten internationalen Preis für Nachwuchszooologinnen und -zoologen in Höhe von 5 Tsd. Euro aus.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der SNSB wurde im Jahr 2010 habilitiert. Promotionen des wissenschaftlichen Stammpersonals fanden in den Jahren 2008 bis 2011 nicht statt, da das wissenschaftliche Personal in der Regel bereits promoviert ist.

i) Bedeutung für Wissenschaft und Gesellschaft

Die SNSB weisen ihren Sammlungen als Anschauungsmaterial und als Objekte wissenschaftlicher Forschung, somit als wesentliche Forschungsinfrastruktur, eine grundlegende Bedeutung für die Wissenschaft zu. Die Sammlungen und die damit verschränkten Forschungsaktivitäten der SNSB seien besonders für die biologische Forschung (Phylogenetik, Biodiversität, Taxonomie) und für die Paläontologie (langzeithistorische Forschung über Biodiversitätsdynamik, Klimawandel, globale Katastrophen und geologische Prozesse, Integration molekularer Daten) von großer Bedeutung. Das Interesse der scientific community auch an den Sammlungen und der Arbeit der SNSB in den Fächern Mineralogie, Anthropologie und Paläoanatomie zeige sich in dem hohen Publikationsniveau und Drittmittelaufkommen, in Gastaufenthalten und in Kooperationsbeziehungen.

Die Sammlungen der SNSB sind Kulturgut – daher dienen die Leistungen der SNSB in der Bewahrung, Pflege und Bearbeitung dieses Kulturguts sowie durch ihre Forschung und durch Bereitstellung und Vermittlung von naturkundlichem Wissen in hohem Maße der Gesellschaft. In den Bereichen Anthropologie und Archaeozologie bedienen die SNSB das nach wie vor sehr hohe gesellschaftliche Interesse an der Menschheitsgeschichte und Kulturgeschichte der Haustiere und deren Rekonstruktion. In den biologischen Fächern wird vor allem der im Zusammenhang mit dem Klimawandel gestiegene gesellschaftspolitische Bedarf an eine auf evolutionäre Diversität fokussierte Form der Bio- und Geodiversitätsforschung bedient. Die in der Geologie betriebene Isotopenanalyse dient über die Lebensmittelkontrolle unmittelbar gesellschaftspolitischen Interessen. In der Mineralogie wird dem gestiegenen Bedarf an Rohstoffen und neuen Materialien Rechnung getragen. Die nach wie vor große Faszination der Bevölkerung und der Medien für Fossilien und die Entwicklung der Erde und des Lebens sowie für die Entstehung des Sonnensystems und der Erde wird im Querschnitt der Fächer Paläontologie, Geologie und Mineralogie bedient. Nicht zuletzt wird in den Museen der SNSB dem Bedeutungsanstieg naturkundlicher Bildung über „Infotainment“ Rechnung getragen.

j) Wissenschaftliche Qualitätssicherung

Die SNSB halten vor allem durch das „Münchener Modell“ und die dadurch gewährleistete enge Anbindung an die LMU in Forschung und Lehre Anschluss an theoretische

sche und methodische Entwicklungen. Auch der Kontakt mit der scientific community, die Publikationstätigkeit in peer reviewed Zeitschriften sowie die Präsentation der eigenen Forschung auf wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen tragen zur Qualitätssicherung bei. Die Qualitätssicherung mit Blick auf die eingesetzten Methoden sehen die SNSB durch die seit Einführung der Departmentstruktur zunehmende Distanz der inhaltlichen Ausrichtung der Professuren an der LMU von den Sammlungen nicht mehr in hinreichendem Maße gewährleistet.

Die SNSB verfügen über einen wissenschaftlichen Beirat, dem Expertinnen und Experten aus den Fachrichtungen der SNSB, dem Sammlungs- bzw. Museumswesen und dem Management angehören (vgl. A.III.1.c). Dem Wissenschaftlichen Beirat kommt eine qualitätssichernde Funktion zu, da er die Arbeit der SNSB begleitend bewertet und kritisiert. Die Regionalmuseen der SNSB verfügen zudem über eigene Museumsbeiräte, denen die fachlich zuständigen Direktorinnen und Direktoren der SNSB, die Museumsleitung und eine Vertretung eines vorhandenen Trägers, außerdem Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Öffentlichkeit, eine fachnahe Wissenschaftlerin bzw. ein fachnaher Wissenschaftler sowie eine Vertreterin bzw. ein Vertreter eines zuständigen Fördervereins bzw. einer zuständigen Stiftung angehören. Der Beirat erhält Berichte über die laufende Museumsarbeit und Zukunftsplanung und nimmt dazu Stellung.

Darüber hinaus erstellen die SNSB Jahresberichte, die auch dem StMWFK als Leistungsnachweise dienen. Die für die Jahresberichte erforderlichen Angaben stellen die Sammlungen und Museen zusammen. Eine weitergehende formale Bewertung durch den Träger oder eine regelmäßige interne oder externe Evaluation der Leistungen der SNSB findet nicht statt.

Auf der Ebene der einzelnen, weit überwiegend verbeamteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler finden im Rahmen des dreijährigen dienstlichen Beurteilungszeitraums Bewertungen ihrer Leistung durch die jeweiligen Sammlungsdirektorinnen bzw. -direktoren statt, wobei Drittmittelwerbungen und Publikationsleistungen einbezogen werden. Besondere Anreize für die Einwerbung von Drittmitteln werden überdies dadurch gesetzt, dass den Projektleiterinnen und -leitern die von ihnen eingeworbenen Programmpauschalen zu einem hohen Anteil direkt zur Verfügung gestellt werden. Eine leistungsorientierte Mittelvergabe ist nicht eingeführt.

II.3 Serviceleistungen

Die im Bereich des Sammlungswesens und der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erfüllten zentralen Aufgaben sind zugleich wesentliche Serviceleistungen der SNSB (vgl. A.II.1.).

Die Nachfrage nach den Serviceangeboten der SNSB ist nach eigener Auskunft in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dies führen die SNSB darauf zurück, dass an den Universitäten kaum mehr entsprechende Expertise vorhanden ist, sowie darauf, dass die Möglichkeiten des World Wide Web die Reichweite der Angebote der SNSB vergrößert haben.

a) Dienstleistungen für die Wissenschaft

Der zentrale Service der SNSB für die Wissenschaft besteht darin, dass sie ihre Sammlungen als Forschungsinfrastruktur für die Wissenschaft nutzbar machen und zur Verfügung stellen. Ihre zentralen Leistungen sehen die SNSB demnach im Ausbau der Sammlungen, der Rettung von gefährdeten Sammlungen, dem wissenschaftlichen Leih- und Tauschverkehr von Sammlungsobjekten im In- und Ausland, der Betreuung von Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem In- und Ausland, der digitalen Erschließung der Sammlungen, der Organisation von Tagungen, Kongressen etc., der Herausgabe von Zeitschriften und Serien, der Betreibung von Fachbibliotheken und Archiven, der Erstellung von wissenschaftlichen Fachgutachten für Fachzeitschriften, Universitäten und Forschungsförderorganisationen sowie in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die SNSB streben im Bereich der Biodiversitätsinformatik eine Ausweitung ihres Serviceangebots auf die ökologischen Disziplinen an: Ziel ist es, vorhandene Datensätze über Arten und Sammlungsobjekte mit ökologischen Daten zu verschneiden und entsprechende Analysetools anzubieten. An speziellen Dienstleistungen ist außerdem der Samenkatalog des Botanischen Gartens (Index Seminum) mit dokumentierten Wildherkünften zum Tausch mit anderen Gärten anzuführen, überdies sind die Leistungen des IT-Zentrums, das eine Vielzahl kleinerer externer Datenbanken sichert, versorgt und betreut, sowie die Nutzbarmachung des Isotopenlabors der BSPG für externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu nennen.

b) Dienstleistungen für Behörden und staatliche Stellen

Für Behörden und staatliche Stellen bieten die SNSB v. a. Artenbestimmung und Materialanalysen sowie Alters- und Materialbestimmungen an. Überdies beantworten die SNSB Anfragen aus Staatsministerien bzw. deren nachgeordneten Dienststellen (v. a. Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Gesundheit, aber auch Kultus). Nicht zuletzt ist der Botanische Garten Ausbildungsstätte für den gärtnerischen und gartenbautechnischen Nachwuchs in Bayern.

c) Dienstleistungen für die breitere Öffentlichkeit

Für die breitere Öffentlichkeit bieten die SNSB vor allem die Vermittlung von Wissen an (Ausstellungstätigkeiten, Führungen, Museumspädagogik, Vorträge, Medienarbeit), aber auch Auskunft- und Beratungsleistungen gehören zu ihrem Service für die Öffentlichkeit, ebenso wie Arten-, Alters- und Materialbestimmungen für Privatpersonen, die Betreibung öffentlicher Fachbibliotheken und die Informationsvermittlung über das Internet (etwa Webseiten mit aktuellen Informationen zu auffälligen Naturphänomenen wie invasiven Arten, Mückenplagen sowie Informationen zur Artenvielfalt). Schließlich leisten die SNSB einen Beitrag zum Artenschutz, indem sie Erhaltungskulturen pflegen und Austausch von dokumentiertem Pflanzenmaterial aus der freien Natur mit anderen Gärten betreiben.

Für seine Leistungen in der Wissensvermittlung über Ausstellungen und entsprechende damit zusammenhängende Veranstaltungen und Vorträge erwarten die SNSB

durch die Etablierung eines großen „Naturkundemuseums Bayern“ einen substantiellen Mehrwert.

Eine Einbindung der Nutzergruppen der SNSB in Form eines Nutzerbeirates oder ähnliche Gremienstruktur besteht nicht und ist für Naturkundemuseen generell nicht üblich.

d) Ausstellungstätigkeiten

Das Museum Mensch und Natur ist die zentrale Ausstellungsplattform der SNSB, in der alle Fächer vertreten sind und die mehr als 200.000 Besucher pro Jahr verzeichnet. Das Paläontologische und Geologische Museum erreicht mit Ausstellungen zu seinen Fächern ca. 40.000 Besucher pro Jahr. Das Museum Reich der Kristalle widmet sich der Mineralogie und wird von etwa 20.000 Personen im Jahr besucht. Das Naturkundemuseum Bamberg unterhält Ausstellungen im gesamten Fächerspektrum und hat zusätzlich eine starke historische Komponente; es wird von etwa 22.000 Personen pro Jahr besucht. Das Juramuseum Eichstätt mit seinem Schwerpunkt auf Paläontologie besuchen etwa 57.000 Personen pro Jahr. Das ebenfalls auf Paläontologie spezialisierte Urwelt-Museum Oberfranken erreicht ca. 22.000 Besucher im Jahr. Das Rieskratermuseum in Nördlingen hat einen Schwerpunkt auf Impaktforschung und ca. 35.000 Besucher pro Jahr. Der Botanische Garten München-Nymphenburg schließlich ist auf Fachdidaktik, Fachpädagogik und Gartenbau fokussiert und wird jährlich von ca. 350.000 bis 400.000 Personen besucht.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Koordination mit dem Zuwendungsgeber

Das Verhältnis zum Zuwendungsgeber, dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, bezeichnen die SNSB als intakt, auf Arbeitsebene sogar als vertrauensvoll. Hilfreich sei es, dass die Zuständigkeit für die SNSB und die LMU im Ministerium bei derselben Person liege. Gleichwohl sei die Sichtbarkeit der SNSB im Ministerium nicht ausgeprägt genug, sie würden bei einschlägigen Richtlinien, Aussendungen und Präsentationen noch öfters, übersehen. Die SNSB kritisieren, dass das Ministerium trotz zahlreicher klarer Hinweise nicht in eine inhaltlich-konstruktive Diskussion zur Ressourcenlage der SNSB eingetreten sei.

b) Aufbauorganisation

Die Einrichtungen der SNSB verfügen über eine gemeinsame Generaldirektion und eine gemeinsame Zentralverwaltung. Die einzelnen Einrichtungen haben eine eigene Leitungsebene und sind als Abteilungen bzw. Dienststellen organisiert. Die SNSB verfügen demnach über sechs Dienststellen, die der Generaldirektion unmittelbar nachgeordnet sind: die Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie, die Botanische Staatssammlung und der Botanische Garten (die eine gemeinsame Direktion

haben), die Mineralogische Staatssammlung (mit dem Museum Reich der Kristalle), die Bayerische Staatssammlung für Paläontologie und Geologie (mit Paläontologischem und Geologischem Museum) sowie die Zoologische Staatssammlung. Als Abteilungen der Generaldirektion firmieren die Zentralverwaltung, die gemeinsamen Museumswerkstätten, das Museum Mensch und Natur (mit einer gemeinsamen Leitung) sowie die vier Regionalmuseen. Als gemeinsames Leitungsgremium fungiert die Direktorenkonferenz, die von der Generaldirektorin bzw. dem Generaldirektor geleitet wird.

Neben der gemeinsamen Zentralverwaltung, den gemeinsamen Museumswerkstätten und dem gemeinsamen Leitungsgremium bildet auch das IT-Zentrum der SNSB eine Schnittstelle zwischen Einrichtungen der SNSB, indem es insbesondere die Sammlungserfassung und Datenmobilisierung via Internet vieler SNSB-Institutionen koordiniert.

c) Leitung und Gremienstruktur

Die Leitungsstruktur der SNSB ist historisch gewachsen. Die Direktorenkonferenz leitet die Generaldirektion. Mitglieder der Direktorenkonferenz sind (Stand November 2011) der Generaldirektor und Direktor ZSM, der Leiter des Museums Mensch und Natur, die Direktorin der Abteilung Anthropologie der SAPM, der Direktor der Abteilung Paläoanatomie der SAPM, der Leiter des UMO als Vertreter der Regionalmuseen, die Direktorin BSM und BGM, der Direktor MSM sowie der Direktor BSPG. Alle Mitglieder der Direktorenkonferenz haben je eine Stimme. Die in der Dienstordnung für die Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns vom 30. November 2011 festgelegte Stimmrechtsverteilung der Direktorenkonferenz soll eine möglichst breite Repräsentation der Fächer der SNSB in der Direktorenkonferenz gewährleisten – unabhängig von der Größe der einzelnen Sammlungen und Museen (bezogen auf Mitarbeiterzahlen). Die Dienstordnung sieht vor, dass die Direktorenkonferenz die Generaldirektion leitet und für alle gemeinsamen Aufgaben zuständig ist, vor allem billigt sie die Aufstellung des Voranschlags des Haushaltsplans, die Verteilung der Haushaltsmittel und der Planstellen, die der Generaldirektion zugewiesen sind, sowie die Vorschläge der Generaldirektion für die Besetzung der Stellen.

Die Generaldirektorin bzw. der Generaldirektor fungiert als Exekutive sowie als Vertretung gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Sie oder er führt die laufenden Geschäfte, ist Leiterin bzw. Leiter der Generaldirektion und für Grundsatzaufgaben zuständig. Dabei ist sie oder er an die Beschlüsse der Direktorenkonferenz gebunden. Die Generaldirektorin bzw. der Generaldirektor ist unmittelbarer Dienstvorgesetzter der Abteilungsleiterinnen und -leiter und der Beschäftigten der Zentralverwaltung sowie Dienstvorgesetzter aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nachgeordneten Dienststellen und Abteilungen. Bislang wurde die Generaldirektorin bzw. der Generaldirektor dem StMWFK für je drei Jahre aus dem Kreis der Sammlungsdirektorinnen und -direktoren durch einfache Stimmenmehrheit in der Direktorenkonferenz vorgeschlagen, es war nur eine einmalige Wiederwahl möglich. Derzeit ist der Direktor der Zoologischen Staatssammlung zugleich Generaldirektor der SNSB. Mit der neuen Dienstordnung gültig ab dem 01.01.2012 wird die Generaldirektorin bzw. der Generaldirektor für in der Regel fünf Jahre berufen werden und mehrfach wieder wählbar

sein. Die Generaldirektorin bzw. der Generaldirektor wird durch eine Wissenschaftliche Geschäftsführerin bzw. einen Wissenschaftlichen Geschäftsführer unterstützt. Sie oder er führt in Abstimmung mit der Generaldirektorin bzw. dem Generaldirektor und der Verwaltungsleiterin bzw. dem Verwaltungsleiter strategische Verhandlungen nach innen und außen, betreut gemeinsame Forschungsvorhaben und vertritt ggf. die Generaldirektion bzw. die SNSB gegenüber Sponsoren und Gästen. Die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer leitet die übergreifende wissenschaftliche Öffentlichkeitsarbeit der Generaldirektion, koordiniert und redigiert gemeinsame Publikationen, koordiniert gemeinsame Veranstaltungen und unterstützt auf Wunsch die Öffentlichkeitsarbeit der Staatssammlungen und Museen. Sie oder er koordiniert, soweit erforderlich, den Zugang der Regionalmuseen zu den Allgemeinen Museumswerkstätten und plant und betreut gemeinsame IT-Vorhaben. Schließlich gehört der Leitungsebene eine Verwaltungsleiterin bzw. ein Verwaltungsleiter an, die bzw. der in Abstimmung mit der Generaldirektorin bzw. dem Generaldirektor die allgemeine Verwaltung koordiniert, das Haushalts- und Rechnungswesen führt und verantwortlich für Personal- und Organisationsangelegenheiten ist.⁷²

Nach Einschätzung der SNSB ist die Leitung durch die Direktorenkonferenz nicht optimal geeignet, zu einer kohärenten Außendarstellung und schnellen Entscheidungsfindung beizutragen. Die extrem unterschiedliche Ausgangssituation der in der Direktorenkonferenz vertretenen Sammlungen und Museen erschwert nach Ansicht der SNSB bisweilen die Konsensfindung in Strukturfragen.

Ein weiteres wesentliches Gremium der SNSB ist ihr Beirat, der eine rein beratende und unterstützende Funktion hat. Dieser wird vom StMWFK unter Berücksichtigung von Personenvorschlägen der Direktorenkonferenz eingesetzt. Der Beirat setzt sich aus fünf Expertinnen und Experten aus dem Bereich naturkundlicher Sammlungen bzw. den zugehörigen Fachwissenschaften und aus dem Bereich des allgemeinen Managements zusammen. Die genaue fachliche Ausrichtung der Beiratsmitglieder sollte bei Neuberufung alle drei Jahre gegebenenfalls angepasst werden. Die Mitglieder werden zunächst für drei Jahre berufen, eine einmalige unmittelbare Wiederberufung ist möglich. Der Beirat sollte mindestens einmal jährlich zusammenkommen und seine Sitzung protokollieren. Die Direktorenkonferenz nimmt als Gast ohne Stimmberechtigung an den Beiratssitzungen teil. Die Aufgaben des Beirats sind: Rat und Unterstützung zur Verbesserung der strukturellen, personellen, infrastrukturellen und finanziellen Situation der SNSB; Beratung bei der Profilbildung (inkl. Sammlungserweiterung, Forschungspolitik) im bundesweiten Vergleich; Beratung bei der gemeinsamen Präsentation der Sammlungen nach außen; Beratung im Hinblick auf übergreifende museale Konzepte und Bildungsaufgaben.

d) Das „Münchener Modell“

Das „Münchener Modell“ sieht vor, dass Professorinnen bzw. Professoren (meist Lehrstühle) in den einschlägigen Fächern der LMU in Personalunion Direktorinnen

⁷² Die beschriebenen Aufgaben des Leitungspersonals sind festgelegt in der Geschäftsordnung für die Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns vom 15. Juli 2009.

bzw. Direktoren der Einrichtungen der SNSB sind – Letzteres im de facto unbezahlten Nebenamt. Dadurch ist eine Mitnutzung der sehr guten Geräte-, Bibliotheks- und IT-Infrastruktur der LMU möglich. Überdies können so leichter Studierende für Abschlussarbeiten aller Ebenen für die SNSB gewonnen werden.

Neben der besonders engen Anbindung der SNSB an die LMU können somit die SNSB von Ressourcen der LMU profitieren und es sind insgesamt Einsparungen möglich. Zunehmend kritisch ist nach Ansicht der SNSB jedoch, dass sie aufgrund der Autonomie der LMU nur einen minimalen Einfluss auf die Neubesetzung der Direktorenposten haben und dass in der neuen Department-Struktur der LMU die infrastrukturellen Einrichtungen des Lehrstuhls nunmehr als zentrale Einrichtungen des Departments dem direkten Einfluss der Sammlungsleitung weitgehend entzogen sind.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Die SNSB verfügen zum 30. Juni 2011 über insgesamt 222 institutionelle Stellen, von denen 212,2 besetzt sind. Darunter sind 43 Stellen für wissenschaftliches Personal⁷³, von denen eine nicht besetzt und eine befristet besetzt ist. Ergänzt wird der Stellenplan um 24 drittmittelfinanzierte befristete Beschäftigungsverhältnisse für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und neun an den SNSB tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. Doktorandinnen und Doktoranden mit externer Finanzierung.

Ganz oder überwiegend in der Forschung tätig sind 33 Personen: 27 Wissenschaftler und sechs Wissenschaftlerinnen. Neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind seit mehr als 15 Jahren an den SNSB tätig, elf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind seit zehn bis 14 Jahren dort beschäftigt, und 13 seit weniger als zehn Jahren, das heißt die Dauer der Zugehörigkeit ist breit gestreut. Hinsichtlich der Altersstruktur zeigt sich, dass die Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – 17 Personen – älter als 50 Jahre sind, weitere 13 Personen sind zwischen 40 und 50 Jahren alt und drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind jünger als 40 Jahre. Das in der Forschung tätige wissenschaftliche Personal setzt sich überwiegend aus Biologinnen und Biologen zusammen (insgesamt 22 Personen verfügen über einen Abschluss der Fachrichtung Biologie), gefolgt von Geologinnen und Geologen (sechs Personen). Hinzu kommen Forscherinnen und Forscher mit Abschlüssen in den Fächern Mineralogie (zwei Personen), Anthropologie, Zoologie und Chemie (je eine Person).

⁷³ „Wissenschaftliches Personal“ umfasst alle Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen und in der Besoldungsgruppe TVöD oder TV-L 13 oder höher (bzw. analog in der Beamtenlaufbahn) angesiedelt sind, sofern sie nicht ganz überwiegend in der Verwaltung tätig sind. Dazu zählen auch Mitarbeiter/-innen, die trotz akademischer Ausbildung nur einen geringen Anteil ihrer Arbeitszeit wissenschaftlicher Arbeit widmen.

Die Dienstaufgaben des wissenschaftlichen Personals sind: Sammeln (inkl. Feldforschung) und Bewahren (inkl. Bestimmung, Klassifizierung, Inventarisierung, Dokumentation der Sammlungsobjekte), Forschung (mit dem Sammlungsmaterial sowie im Bereich der wissenschaftlichen Disziplinen der Sammlungen, Drittmittelwerbung, Publikation, Präsentation in den scientific communities), Ausstellungen (v. a. Konzeption von Dauer- und Sonderausstellungen, Mitarbeit an Ausstellungskatalogen o. Ä.), sonstige wissenschaftliche Aufgaben (u. a. Tagungsaktivitäten, Betreuung von Infrastruktureinrichtungen, Betreuung von externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei der Bearbeitung von Sammlungsmaterial), sonstige Öffentlichkeitsarbeit sowie die Erstellung von Gutachten.⁷⁴

Die Stellenausstattung im wissenschaftlichen Bereich hat sich in den letzten drei Jahren nicht verändert. Im nichtwissenschaftlichen Bereich wurden 0,2 Vollzeitäquivalente einer E4-Stelle (TV-L) eingezogen. Für die Jahre 2011 bis 2013 sind weitere Stelleneinzüge im Umfang von insgesamt 3,5 Vollzeitäquivalenten im Bereich der Entgeltgruppen 2-6 TV-L vorgesehen.

Die SNSB schätzen ihre Personalausstattung insbesondere im Vergleich zu ihren Konkurrenzinstitutionen in der Leibniz-Gemeinschaft als schlecht ein. Dies betreffe neben dem wissenschaftlichen insbesondere den technischen und administrativen Bereich. Personalmangel in diesen Bereichen wirkt sich auf den für Forschung zur Verfügung stehenden Tätigkeitsanteil des wissenschaftlichen Personals negativ aus. Konkret führen die SNSB Bedarf an Koordinationsstellen für Öffentlichkeitsarbeit und Drittmittelmanagement sowie auch für das IT-Wesen der SNSB an. Darüber hinaus müssten Stellen für „collection managers“ nach dem Vorbild der Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) eingerichtet werden. Überdies müsste in der Administration eine Aufteilung von Personal- und Finanzverwaltung auf mindestens zwei Personen als wesentliche Voraussetzung für die Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung erfolgen.

Zusätzlich zu der ungünstigen Stellenausstattung seien die SNSB kaum in der Lage, kurzfristig auf geänderte Anforderungen an personelle Ressourcen zu reagieren. Dies liege u. a. an den knappen Ressourcen, aber auch an sich an der Finanzlage orientierenden Sperrbestimmungen bei Stellenwechseln (variabel, derzeit sechs Monate) sowie an der Leitungsstruktur (Direktorenkonferenz).

Aufgrund der angespannten Stellensituation für Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler in der Grundlagenforschung haben die SNSB keine Probleme bei der Besetzung von wissenschaftlichen Stellen. Allerdings sehen sie sich aufgrund fehlender Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf Ausstattung und Etat nicht als langfristig attraktiver Arbeitgeber. Auf der Ebene des nichtwissenschaftlichen Personals erschwert das niedrige Entgeltniveau vor allem angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in München die Gewinnung qualifizierten Personals.

⁷⁴ Die Dienstaufgaben des wissenschaftlichen Personals sind definiert in den „Dienstaufgaben der Konservatoren“ vom 14. November 2007.

Das Leitungspersonal der SNSB – die Sammlungsdirektorinnen und -direktoren – sind aufgrund der Spezifika des „Münchner Modells“ hauptamtlich Professorinnen und Professoren der LMU und werden entsprechend nach den gängigen Regeln der LMU berufen. Die Autonomisierung der LMU hat dazu geführt, dass die SNSB auf die Berufung keinen Einfluss mehr nehmen können.⁷⁵ Nach der aktuellen Kooperationsvereinbarung erhalten die SNSB ab 2012 ein minimales Mitspracherecht, indem sie eine von acht bis 14 Personen in der Berufungskommission stellen, sie haben aber kein Veto-Recht. Diese Entwicklung ist aus Sicht der SNSB auch deshalb problematisch, weil die Fächerspezifizierung bei einer Neuausschreibung in der Regel ohne Mitsprache der SNSB erfolgt und der spezifische disziplinäre Zusammenhang zwischen Professur und Sammlung damit nicht mehr zwingend gegeben ist.

Die Leitungsstellen unterhalb der Direktorenposten werden international ausgeschrieben. Die Entscheidung erfolgt durch eine Besetzungskommission und liegt letztlich bei der Direktorenkonferenz. Auch Wissenschaftlerstellen werden international ausgeschrieben und durch eine Besetzungskommission entschieden. Stimmberechtigt sind die bzw. der zuständige Sammlungsdirektorin bzw. -direktor, eine Fachwissenschaftlerin bzw. ein Fachwissenschaftler der betroffenen Einrichtung sowie eine weitere Fachwissenschaftlerin bzw. ein weiterer Fachwissenschaftler der SNSB. Bei Einstimmigkeit bestätigt die Direktorenkonferenz die Entscheidung, ansonsten stimmt die Direktorenkonferenz nach Anhörung erneut über die Stellenbesetzung ab.

An den SNSB sind derzeit zwei Sammlungsdirektorinnen und vier Sammlungsdirektoren, eine Museumsleiterin und vier Museumsleiter, eine Gartenleiterin, eine wissenschaftliche Geschäftsführerin sowie eine Verwaltungsleiterin tätig. Somit sind in den SNSB sechs Frauen und acht Männer in Leitungspositionen beschäftigt. Im wissenschaftlichen Bereich hat sich der Frauenanteil in den letzten Jahren erhöht, durchschnittlich lag der Frauenanteil bei etwa 30 %. Auf das Gesamtpersonal bezogen sind bei den Vollzeitstellen nur 34 % von Frauen besetzt, bei den Teilzeitstellen beträgt der Frauenanteil hingegen 73 %. Die SNSB verfügen über ein Gleichstellungskonzept.

b) Finanzen

Als Mittelbehörde ist für die SNSB im Haushalt des Freistaates Bayern kein eigener Wirtschaftsplan vorgesehen. Sie sind Teil des Einzelplans 15 (Kapitel 15 51) des Bayerischen Staatshaushalts und erhalten ihre Mittel vom StMWFK zugewiesen. Für das Jahr 2010 weist der Haushaltsplan des Freistaats Bayern für die SNSB Ausgaben in Höhe von insgesamt knapp 13,9 Mio. Euro aus, darunter ca. 10,1 Mio. Euro Personalausgaben. Diese Personalausgaben verteilen sich wie folgt: Für den Botanischen Garten wurden ca. 3,8 Mio. Euro für Personal aufgewendet, für den Museumsbereich ca. 1,5 Mio. Euro; die Zentralverwaltung erhielt ca. 0,3 Mio. Euro an Personalmitteln, für Hausmeisterdienste wurden ca. 0,1 Mio. Euro verausgabt. Überdies wurden etwa 0,6 Mio. Euro für wissenschaftliches Personal verausgabt, das aus Drittmitteln

⁷⁵ Früher erfolgte die Berufung durch das StMWFK, sodass die SNSB auf dieser Ebene Einwände geltend machen konnten.

beschäftigt wurde. Schließlich wurden für das Personal im wissenschaftlichen Bereich einschließlich Präparation, Labor etc. etwa 3,8 Mio. Euro aufgewendet.

Die SNSB sind strikt an die Sperrbeschlüsse der Staatsregierung sowie an die Haushaltvollzugsrichtlinien gebunden. Der Haushalt unterliegt der dezentralen Budgetverantwortung. Einnahmen und Ausgaben wurden gekoppelt, was zu einer größeren Flexibilität der Mittelverwendung geführt hat, aber nach wie vor müssen etwaige Mehrbedürfnisse oder Mindereinnahmen durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle des gleichen Kapitels kompensiert werden. So stehen beispielsweise für Sonderausstellungen 80 % der Mehreinnahmen aus eventuell erzielten Überschüssen bei regulären Eintrittsgeldern wieder für Ausgabezwecke zur Verfügung. Zusätzliche Einnahmen generieren die SNSB aus regulären Eintrittsgeldern, aus dem Erlös von Veröffentlichungen, aus Mieteinnahmen und bspw. aus dem Verkauf von entbehrlichen Altgeräten sowie durch Spendengelder. Die Spendengelder laufen direkt über die Fördervereine, sodass das Spendenaufkommen der Gesamt-SNSB-Ebene eher gering ist (bspw. 38 Tsd. Euro in 2010). Die normalen Eintrittsgelder und Mieteinnahmen sind Teil des Budgets, sodass Mindereinnahmen zu einer Verringerung der Ausgabebefugnis des Budgets führen. In den Jahren 2008 und 2010 konnte das Budget nicht erreicht werden, in 2009 hingegen betragen die Mehreinnahmen ca. 42 Tsd. Euro. Die Drittmiteleinwerbungen, die im Jahr 2010 knapp 1,36 Mio. Euro betragen, stehen den SNSB voll zur Verfügung und müssen nicht an den Freistaat Bayern abgeführt werden.

Ein Globalhaushalt existiert nicht. Eine Kosten-Leistungs-Rechnung ist nicht eingeführt, ihre Wirtschaftlichkeit und Effizienz wird derzeit im Freistaat Bayern an anderen Einrichtungen geprüft.

Flexibilität ist nur im Drittmittelbereich gegeben sowie im Bereich der dezentralen Budgetbewirtschaftung dann, wenn die Haushaltseinnahmen das Soll übersteigen und damit für Mehrausgaben zur Verfügung stehen. Bei den Personalausgaben besteht aufgrund der Bindung an die Stellenpläne keinerlei Flexibilität. Insgesamt ist nach Ansicht der SNSB eine flexible und bedarfsgerechte Verteilung und Bewirtschaftung der Finanzmittel nicht in ausreichendem Umfang möglich.

Die SNSB schätzen ihre finanzielle Situation eher schlecht ein, insbesondere verglichen mit ähnlichen Einrichtungen in Deutschland. So liege ihr arbeitseffizienter Etat (v. a. Investitionsmittel, Reise- und Sachmittel) deutlich hinter dem der direkten nationalen Konkurrenz und weit hinter jedem nationalen oder internationalen Standard. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe in seinem Bericht von 2010 eine „schwere Unterfinanzierung“ der SNSB festgestellt. Dies erschwere es den SNSB, ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden.

Auch von externer Seite⁷⁶ wurde den SNSB bestätigt, die wenigen Mittel sehr effizient einzusetzen und mit Blick auf ihre Forschungsleistungen mit geringem Input

⁷⁶ Die SNSB verweisen auf das Schlussgespräch der SYNTHESIS-Evaluation.

einen verhältnismäßig hohen Output zu generieren; dazu trage auch die intensive Anbindung an die LMU bei. Auch die Ausstellungstätigkeiten der SNSB sind nach eigener Ansicht von großer Effizienz gekennzeichnet. Trotz verhältnismäßig geringer vom Träger gewährter Basisressourcen liege so das Museum Mensch und Natur nach der Besucherzahl pro Fläche an der Spitze der Naturkundemuseen in Deutschland.

Allerdings führten die geringen Mittel dazu, dass die Forschung der SNSB überwiegend über Drittmittel finanziert wird, wodurch sie nicht kurzfristig auf aktuelle Chancen (etwa spektakuläre Neufunde, Kooperationsangebote) reagieren könne. Auch seien die Möglichkeiten zur Teilnahme an Fachtagungen aufgrund des geringen Reisebudgets nicht hinreichend, um die Forschungsergebnisse der SNSB zu präsentieren. Erschwert werde dies zusätzlich, seit der DAAD beschlossen hat, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von nichtuniversitären Einrichtungen keine Kongressbeihilfe mehr zu gewähren.

Ergänzende Mittel erhalten viele SNSB-Institutionen über fach- oder regionalspezifische Fördervereine. Diese unterstützen die Einrichtungen vor allem beim Sammlungserwerb sowie bei Ausstellungs- und Bildungsaktivitäten in finanzieller sowie auch personeller Hinsicht.

c) Räumliche Ausstattung und Infrastruktur

Die SNSB sind auf verschiedene Gebäude und Standorte verteilt, die häufig von Dritten (v. a. LMU) verwaltet werden. An eigenen Gebäuden und Nutzflächen stehen den SNSB zur Verfügung:

- Zentralverwaltung: 210 qm für Verwaltungsarbeitsplätze;
- SAPM: 239 qm Labor, Büro- und Arbeitsräume, Bibliothek;
- ZSM: 7.521 qm Büro- und Arbeitsräume, Werkstatt, Bibliothek, IT-Räume, Präparatorien, Magazinfläche im Umfang von ca. 5.000 qm;
- Botanischer Garten: 17.327 qm bebaute Fläche für Werkstätten, Bürogebäude, Ledigenheim, Miet- und Dienstwohnungen, Eintrittskasse, Gewächshäuser, Cafeteria und eine Grundstücksfläche von 179.311 qm (ohne den Alpengarten Schachen oder die Außenstelle Oberhof);
- Botanikgebäude: 5.862 qm gemeinsam mit der LMU, davon von der BSM allein genutzt 2.687 qm – Magazine, Bibliothek, Büro- und Arbeitsräume, Labor- und IT-Räume;
- MMN: 450 qm Werkstätten, Präparationsräume, Grafikräume und Fotolabor.

Als Mitnutzer stehen den SNSB zusätzliche Nutzflächen zur Verfügung:

- BSPG in Gebäuden der LMU: 1.852 qm Magazine, Büro- und Arbeitsräume, Bibliothek, Labore, Präparations- und Werkstatt Räume, Paläontologisches Museum, Geologisches Museum;
- SAPM in Gebäuden der LMU: 843 qm Magazinfläche;
- MSM in Gebäuden der LMU: 1.094 qm Büro- und Arbeitsräume, Labor, Museum Reich der Kristalle, Werkstatt, Magazin;
- MMN in Gebäuden der Staatlichen Schlösser und Seenverwaltung: 2.473 qm Büroräume, Museumsflächen, Cafeteria, Pädagogik;

- JME in Gebäuden der Staatlichen Schlösser und Seenverwaltung: 978 qm Museum, Büros, Bibliothek und Werkstatt;
- JME in Gebäuden des Bischöflichen Seminars Eichstätt: 590 qm Magazinfläche;
- NKMB in Gebäuden der Universität Bamberg: 980 qm Museum, Magazin, Büro, Bibliothek, Werkstatt;
- UMO in Gebäuden der Stadt Bayreuth und von Privatpersonen: 1.900 qm Büro, Magazin, Werkstatt, Sanitärraum, Museum, Ausstellungsbereich im Hof und Garten;
- RKM in Gebäuden der Stadt Nördlingen: 1.170 qm Museum, Büro, Labor, Arbeitsräume und Magazine;
- SAPM und BSPG in Gebäuden der Immobilien des Freistaats Bayern: 2.753 qm Magazinfläche.

Die SNSB verfügen insgesamt über 6.920 qm an Ausstellungsfläche: 2.400 qm für das Museum Mensch und Natur, 560 qm für das Paläontologische Museum München, 420 qm für das Geologische Museum München, 530 qm für das Museum Reich der Kristalle München, 700 qm für das Naturkundemuseum Bamberg, 750 qm für das Juramuseum Eichstätt, 600 qm für das Urweltmuseum Oberfranken (Bayreuth) und 960 qm für das Rieskratermuseum Nördlingen.

Die Raumsituation der SNSB variiert von Einrichtung zu Einrichtung. Die SNSB schätzen die Raumsituation (Umfang wie Qualität der Sammlungsmagazine) in der ZSM und der MSM als gerade ausreichend ein. Für die Paläoanatomie sehen die SNSB die Raumsituation durch die Übernahme und Adaptierung einer Lagerhalle in Poing für die nächsten Jahre gesichert. Die Räume der Münchner Innenstadtmuseen werden zum Teil zugleich für den Lehrbetrieb der LMU genutzt, was ihre museumspädagogische Nutzung durch die SNSB erschwert. Weit unzureichend sei die Raumsituation der Anthropologischen Staatssammlung mit Blick auf Magazin- und Laborkapazitäten. Für die stetig wachsenden Sammlungen der Bayerischen Staatssammlung für Paläontologie und Geologie zeichne sich ein Bedarf nach räumlicher Erweiterung und qualitativer Verbesserung der Magazine bereits ab. Die Depotsituation sei insgesamt als kritisch anzusehen.

Für das Museum Mensch und Natur konstatieren die SNSB erheblichen Platzmangel für den Museumsbetrieb, der durch die geplante Erweiterung zu einem „Naturkundemuseum Bayern“ unter Einbeziehung der Innenstadtmuseen dauerhaft behoben werden könne. Dieses Projekt wäre grundsätzlich auch geeignet, die Magazinsituation für Zoologie und Paläontologie langfristig zu sanieren.

Die technische Ausstattung entspricht nach Einschätzung der SNSB nur bedingt dem aktuellen Standard. Die SNSB verfügen nicht über Forschungsgrößgeräte, die ihnen den Anschluss an den state of the art in der Forschung sichern könnten; eine technisch hochwertige Ausstattung liegt nur bei Kleingeräten vor. Die SNSB sind somit auf die Mitnutzung von Großgeräten anderer Einrichtungen angewiesen, können diese jedoch häufig nur auf Basis persönlicher Gefälligkeiten erreichen, zumal die Finanzmittel für die Bezahlung solcher Mitnutzung nicht vorhanden, aber auch „Gegengeschäfte“ aufgrund fehlender eigener Ausstattung kaum möglich seien. Die

SNSB kritisieren überdies, dass viele ihrer Labore gerätetechnisch veraltet sind. Auch die IT-Ausstattung entspreche nicht dem Standard bzw. den Erfordernissen der Forschungs- und Ausstellungstätigkeiten der SNSB.

Das Fehlen zentral oder komplementär betriebener, einrichtungsübergreifend nutzbarer Infrastruktureinrichtungen führt indirekt zu einer geringeren Vernetzung zwischen den Einrichtungen der SNSB.

A.IV Künftige Entwicklung

Die Direktorenkonferenz hat für die SNSB ein „Zukunftskonzept“ erarbeitet, welches vom Wissenschaftlichen Beirat und den zuständigen Vertretern des StMWFK im November 2011 befürwortet wurde. Es sieht vor, dass ein echtes IT-Zentrum eingerichtet wird, welches erstens als IT-Koordinations- und Servicezentrum für die SNSB, zweitens als Hochleistungs-Datenrepositorium dienen und drittens diverse Anwendungstools der „Diversity-Workbench“ in der Biodiversitätsinformatik erstellen bzw. weiterentwickeln soll. Überdies soll das von der LMU übernommene und inzwischen eigenständig verwaltete Botanikgebäude um- und ausgebaut werden mit dem Ziel, die Bestände der Anthropologischen Staatssammlung und der Botanischen Staatssammlung sachgerecht unterzubringen und dringend benötigte Forschungsinfrastruktur (Laborräume) für die Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie zu schaffen. Dies soll auch ein erster Schritt zur Zusammenführung der in München verstreuten Institutionen der SNSB sein. Schließlich ist eine Erweiterung des Museums Mensch und Natur zum „Naturkundemuseum Bayern“ durch Zusammenfassung aller Schausammlungen der Innenstadtmuseen (Paläontologie, Geologie, Mineralogie) geplant. Dadurch sollen Synergieeffekte generiert und die Effizienz der Arbeit in den Museen gesteigert werden, sodass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von forschungsfremden Aufgaben entlastet werden.

Die SNSB befürchten angesichts ihrer schwierigen Ressourcenlage (v. a. in personeller und technischer Hinsicht) den Anschluss an die besser gestellten Museen in gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Ländern in der Leibniz-Gemeinschaft zu verlieren und damit künftig weder konkurrenz- noch kooperationsfähig zu sein. Sie streben daher als strategisches Hauptziel des Zukunftskonzepts die Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder in der WGL an. Davon versprechen sich die SNSB, insbesondere mit Blick auf ihre Ausstattung (Räume, Personal, Finanzmittel) und ihre forschungsrelevante Infrastruktur zu den anderen großen naturkundlichen Forschungsmuseen in Deutschland aufschließen zu können. Für eine Aufnahme in die WGL wäre aus Sicht der SNSB eine Modifikation des bisherigen Leitungsmodells – bestehend aus einem im „Münchner Modell“ eingesetzten Generaldirektor und einem Leitungskollegium (Direktorenkonferenz) – erforderlich, hin zu einer den Gepflogenheiten der WGL angepassten Leitungsstruktur mit einem hierarchischen Leitungsprinzip mit einem hauptamtlichen Generaldirektor und für die Abteilungen außerhalb der Universität angesiedelten Stiftungsprofessuren mit zwei Semesterwochenstunden Lehrverpflichtung. Die enge Verflechtung mit der LMU macht einen solchen Wechsel schwierig, zumal dieser nicht zulasten der LMU gehen soll. Daher wurden bereits Vorverhandlungen mit der LMU bezüglich der notwendigen Änderung

des Status des Generaldirektors und einer veränderten Leitungsstruktur geführt und es wurden bereits konkrete erste Schritte unternommen: (1) ein jüngst ausgehandelter Kooperationsvertrag zwischen SNSB und LMU schreibt den Ist-Zustand als Ausgangslage fest, (2) die Dienstordnung wurde dahingehend geändert, dass ab 2012 für die Generaldirektion fünfjährige Amtsperioden mit Wiederwahlmöglichkeiten bestehen und schließlich wird (3) der Generaldirektorin bzw. dem Generaldirektor seitens des StMWFK eine Lehrersatzstelle (W2-Zeitstelle für fünf Jahre) als Entlastung zur Seite gestellt, sodass mittelfristig eine hauptamtliche Tätigkeit möglich sein wird. Eine Aufnahme in die WGL soll überdies eine Anpassung der Personalstruktur an die in den Naturkundemuseen der WGL üblichen Gepflogenheiten zur Folge haben, und zwar insbesondere die Etablierung von zentralem Verwaltungs- und Managementpersonal sowie dezentralen „collection managern“ (Stellen nach E10 bis E12-TV-L). Auch dadurch sollten Kapazitäten für genuine Forschungsarbeit frei werden. Der Forschungsanteil in den Staatssammlungen soll damit auf mindestens 90 % ansteigen. Für ihre Forschungsarbeit sehen die SNSB besondere Herausforderungen durch die rasante Entwicklung und zunehmende Technisierung der Bio- und Geodiversitätsforschung. Diese mache einen baldigen Einstieg in die Bioinformatik notwendig und erhöhe die Anforderungen an die Biodiversitätsinformatik. Hier gelte es, die bestehende sehr gute Position der SNSB zu halten. Auch ihren „klassischen“ Disziplinen messen die SNSB weiterhin eine große Bedeutung bei, zumal die Universitäten in diesen Disziplinen kaum mehr ausbilden.

Auch eine stärkere Assoziation mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wäre aus Sicht der SNSB mit Blick auf eine Betreuung der SNSB durch das von der Akademie verwaltete Leibniz-Rechenzentrum erstrebenswert. Eine direkte Mitgliedschaft oder gar Fusion mit der Akademie halten die SNSB jedoch nicht für zielführend.

B. Bewertung

B.I Wissenschaftliche Bedeutung

Die an den SNSB durchgeführte Forschung sowie die wissenschaftsbasierten Serviceleistungen im Zusammenhang mit ihren Sammlungen sind für Wissenschaft und Gesellschaft hoch relevant. Sie bieten wichtige Erkenntnisse zur Bio- und Geodiversitätsforschung und der Erforschung der Wechselbeziehungen von Mensch und Natur, und zwar sowohl im Querschnitt über verschiedene Arten und Lebensräume hinweg als auch im Längsschnitt in der Entwicklung über die Zeitachse der Erdevolution. Die enge Verbindung von sammlungsbezogener geo- und biowissenschaftlicher, Fauna und Flora umfassender Forschung ist ein nationales Alleinstellungsmerkmal der SNSB.

Wesentliche Grundlage der Forschung und der wissenschaftlichen Bedeutung der SNSB sind ihre Sammlungen. Diese verfügen über eine Reihe von international bedeutenden Alleinstellungsmerkmalen, wie z. B. die Sammlungen aus den jurassischen Solnhofen Plattenkalken, die unter anderen wertvollen Stücken eines der Originale der weltbedeutenden Archaeopteryxfunde enthalten, oder die Sammlungen aus

den reichen Fundstellen der Molasse nördlich der Alpen, ferner weltweit einmalige Wirbeltierfossilien aus der Zeit des Erdmittelalters und des Tertiärs. Das Herbar der SNSB gehört mit etwa 3 Mio. Exemplaren zu den bedeutendsten und größten Herbarien Deutschlands. Unter ihren Schätzen befindet sich die aus dem 19. Jahrhundert stammende Brasilien-Sammlung von Carl Friedrich Philipp von Martius, welche die Grundlage noch heute bedeutsamer Veröffentlichungen zur Flora von Brasilien bildet. In der Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie befinden sich die ca. 7.500 Jahre alten Schädel aus der Großen Ofnethöhle am Westrand des Nördlinger Rieses – herausragende Zeugen für das Alltagsleben in der Steinzeit Europas. Mit annähernd 10 Millionen Schmetterlingen besitzt die Zoologische Staatssammlung München vermutlich die größte Schmetterlingssammlung der Welt.

Die umfangreichen, historisch entstandenen und noch wachsenden Sammlungen und die mit ihnen mit großer, teils wegweisender Methodenkompetenz bereits betriebene Forschung sowie das kaum abschätzbare Potenzial, welches sie für die Forschung inner- und außerhalb der SNSB bieten, begründen eine hohe wissenschaftliche Bedeutung der SNSB. Diese Bedeutung sollte allerdings durch verschiedene, vor allem strukturelle Veränderungen noch besser zur Geltung gebracht werden.

B.II Arbeitsschwerpunkte

II.1 Forschung

a) Forschungsplanung

Die einzelnen Einrichtungen der SNSB verfügen teilweise über überzeugende Forschungskonzepte. Jedoch mangelt es an einem tragfähigen übergreifenden Forschungskonzept, das die einzelnen Bereiche der SNSB inhaltlich sinnvoll miteinander verknüpft und Synergiepotenziale nutzt. So entstehen naheliegende Kooperationen zwischen den einzelnen Einrichtungen bislang weitgehend zufällig, etwa auf Basis persönlicher Kontakte und durch limitierte Drittmittelakquisen.

Das vorhandene übergreifende Konzept der „Systematischen Integration“, welches auf die evolutive und funktionale Art- und Taxa-Abgrenzung in Raum und Zeit anhand unterschiedlichster Methoden (wie das ökologische Nischenmodell, die morphologische und molekulare Analyse) zielt, überzeugt als forscherscher Entwicklungsplan für die SNSB nicht: Zum einen ermöglicht es eher die Integration von Methoden als von Fragestellungen, zum anderen lassen sich aus dem übergreifenden Konzept in der Praxis der SNSB nicht hinreichend konkrete Forschungsfragen ableiten.

Sinnvoller schiene es daher, den einrichtungsübergreifend aktuell oder zumindest latent vorhandenen Schwerpunkt „Mensch und Natur“, d. h. die vielfältigen evolutionären und gegenwärtigen Verflechtungen zwischen Mensch und Natur, von Ökosystem und Anthroposystem, als übergreifendes Konzept und Leitbild der SNSB zu etablieren. Die vielfältigen Wechselbeziehungen von Mensch und Natur in Raum und Zeit lassen sich sehr gut für die Forschungs- und Ausstellungstätigkeiten der SNSB nutzen.

Für die Umsetzung einer mittel- bis langfristigen Forschungsplanung und eines übergeordneten Forschungskonzepts verfügen die SNSB allerdings auch nicht in hinreichendem Maße über Grundmittel für die Forschung. Ein eigener Forschungsetat wäre daher dringend erforderlich.

b) Forschungsschwerpunkte

Die überwiegend über Drittmittel finanzierte sammlungsbezogene Forschung der SNSB ist in den einzelnen Einrichtungen sehr gut, in Teilen herausragend. Sie sind in ihrer Forschungsleistung insgesamt auf nationaler und internationaler Ebene konkurrenzfähig. Einige wichtige Forschungsschwerpunkte werden in Kooperation mehrerer Einrichtungen der SNSB bearbeitet. Diese bi- und multilateralen Kooperationsprojekte führen zu einem hohen Grad an Interdisziplinarität der Arbeit der SNSB. Aufgrund des fehlenden Gesamtkonzepts entstehen solche gemeinsamen Forschungsschwerpunkte jedoch eher unsystematisch und personenabhängig. Exemplarisch herausgehoben seien folgende Bereiche:

Die Biodiversitätsinformatik ist ein wichtiger übergreifender Schwerpunkt der SNSB, der verschiedene Disziplinen der SNSB zusammenführt und mit neuer Kompetenz in der Methodenentwicklung sehr überzeugende, auch international wegweisende Leistungen in einem hochaktuellen und relevanten Forschungsfeld hervorbringt. Die Biodiversitätsinformatik ermöglicht eine Forschung innerhalb eines breiteren Umweltsystems und hilft, die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung einer Art und den umgebenden Umweltbedingungen besser sichtbar zu machen.

Als weiterer, eng mit der Biodiversitätsinformatik verbundener übergreifender Forschungsschwerpunkt sind DNA-Barcoding-Projekte besonders hervorzuheben: Hier sind die SNSB mit ihrer Expertise neben dem Zoologischen Forschungsmuseum Alexander König national führend.

Sehr positiv hervorzuheben sind auch die Forschungsarbeiten zur Domestikationsforschung, die in verschiedenen botanisch, zoologisch, molekularbiologisch, geologisch, paläontologisch, paläoanatomisch und anthropologisch ausgerichteten Projekten vorangetrieben werden. Das Thema Domestikation wird an den SNSB unter Nutzung des Vorteils einer sehr breiten disziplinären Aufstellung sowohl im Querschnitt über verschiedene Regionen sowie im Längsschnitt durch verschiedene Zeitalter und unter Rückgriff auf moderne Methoden (etwa Isotopenanalyse, ancient-DNA-Analyse) bearbeitet. Die verschiedenen Fundstellen und Sammlungen der SNSB bieten dafür einen exzellenten Fundus, der, gekoppelt mit hoher methodischer und wissenschaftlicher Kompetenz, sehr gut in teils hervorragende Forschungsleistungen umgesetzt wird.

Ebenso positiv hervorzuheben ist der Schwerpunkt zur Erforschung natürlicher Verbundwerkstoffe, da hier ein hochaktuelles, relevantes Thema interdisziplinär, sammlungsbezogen und mit sehr guten Leistungen bearbeitet wird.

Interessant sind auch entstehende Zusammenarbeiten zwischen Mineralogie und Anthropologie zur frühen Nutzung von Mineralien während der menschlichen Kulturi-sation, die weiter ausgebaut werden könnten.

c) **Drittmittel**

Den SNSB gelingt es, für ihre Forschungsschwerpunkte in recht hohem Umfang kompetitiv vergebene Drittmittel einzuwerben. Dies ist Ausweis der hohen Qualität ihrer Forschung. Allerdings wird das Potenzial der SNSB für die Drittmittelinwerbung nicht in vollem Umfang genutzt, sondern es werden häufig Projekte über die LMU beantragt, da diese aufgrund ihrer besseren administrativen Ausstattung eine bessere Projektunterstützung bieten kann. Überdies setzt die LMU durch ihre leistungsorientierte Mittelzuweisung, die die Einwerbung von Drittmitteln honoriert, starke Anreize für die Direktorinnen und Direktoren der SNSB-Einrichtungen, die hauptamtlich Professorinnen und Professoren der LMU sind, Drittmittelprojekte bei der LMU zu führen. Dem können die SNSB mit ihrer Regelung, dass die für die Drittmittelprojekte eingeworbenen Overheads den jeweiligen Projektleitern unmittelbar zur Verfügung gestellt werden, nur teilweise entgegenwirken.

Problematisch ist außerdem, dass die SNSB zur Umsetzung einer eigenen Forschungsprogrammatik auf Drittmittel angewiesen sind und kaum Möglichkeiten haben, ein eigenständiges Forschungsprogramm über einen längeren Zeitraum zu fördern (s. B.III.2.b).

d) **Publikationen**

Die Publikationsleistungen der SNSB sind in einigen Bereichen überzeugend, teils hervorragend, auch mit Blick auf Publikationen in referierten Zeitschriften. In anderen Bereichen ist Verbesserungsbedarf erkennbar, hier scheint das Potenzial der sammlungsbezogenen Forschung nicht hinreichend ausgeschöpft und sichtbar gemacht zu werden.

So heterogen die Publikationsleistungen der einzelnen Bereiche der SNSB sind, so ist ihnen doch eine problematische Publikationsstrategie gemeinsam: Häufig werden die Forschungsleistungen der SNSB aufgrund der engen Verflechtungen mit der LMU über das „Münchner Modell“ nicht in angemessener Weise sichtbar gemacht. Bei zahlreichen Publikationen, welche sammlungs-basierte Forschungsergebnisse darstellen, wird zwar im Text ein Hinweis auf die Sammlung gegeben, die SNSB als Einrichtung werden jedoch nicht als Herkunftsort der Publikation angeführt. Dies befördert eine Wahrnehmung der SNSB als reine Serviceeinrichtung, während die Forschungsleistungen allein der LMU zugeschrieben werden.

Hier ist eine Veränderung in der Praxis zwingend erforderlich: Mindestens sollten LMU und SNSB gemeinsam als Herkunftsort der Publikation angeführt werden, sofern die Arbeit substantiell an den SNSB entstanden ist. Eine Kennzeichnung einer Publikation mit mehreren Herkunftseinrichtungen ist international gängige Praxis. Dies würde auch zur Verbesserung eines gemeinsamen Selbstverständnisses der SNSB beitragen.

e) **Kooperationen**

Die SNSB sind international und national sehr gut vernetzt. Die dominante Kooperationsbeziehung besteht zur LMU München. Die durch das „Münchner Modell“ vor-

gegebene, sehr enge Kooperation ist grundsätzlich positiv zu bewerten, zumal die SNSB von der engen Verbindung in der Gewinnung von Nachwuchs, in der Teilnahme an großen Verbundprojekten wie dem GeoBio- und dem ArchaeoBioCenter sowie durch die gemeinsame Nutzung von Geräten mit der LMU sehr profitieren. Umgekehrt profitiert die LMU von den Sammlungen der SNSB als wertvolle Infrastrukturen für Forschung und Lehre, auf die sie unmittelbaren Zugriff hat. Eine problematische Konsequenz der Verschränkung ist bei allen Vorteilen eine gewisse Intransparenz der Zuordnung der Forschungsleistungen der SNSB sowie insbesondere das Fehlen eines gemeinsamen Selbstverständnisses der SNSB. Wenn die SNSB als eigenständige Forschungseinrichtung und nicht als Infrastruktureinrichtung der LMU wahrgenommen werden sollen, muss eine gewisse Loslösung und Verselbstständigung durch eine Reform des „Münchner Modells“ erfolgen (vgl. B.III.1), ohne die Kooperationsbeziehung zur LMU grundsätzlich zu gefährden. Auch die LMU würde von einem Kooperationspartner auf Augenhöhe letztlich profitieren.

Die Kooperationsbeziehungen zu den Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft und weiteren naturkundlichen Museen in Deutschland sind über die DNFS sowie den Humboldt-Ring ausgeprägt. Noch engere Kooperationen mit relevanten komplementär ausgerichteten Forschungsmuseen wären möglich, wenn die SNSB ebenfalls in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft übernommen würde.

f) Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die SNSB haben mit ihren unterschiedlichen Sammlungen sehr großes Potenzial für Qualifizierungsarbeiten unterschiedlichster Fachbereiche und sind attraktiv für eine Reihe sehr qualifizierter und engagierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die die Arbeit an und mit den Sammlungen schätzen. Durch die enge Zusammenarbeit mit der LMU München sind die SNSB gut in die Lehre eingebunden und ziehen so wissenschaftlichen Nachwuchs an, der an den SNSB eine engere wissenschaftliche Betreuung erfährt, als dies an Universitäten üblich ist. Positiv zu bewerten ist außerdem, dass der Nachwuchs an den SNSB in Ausstellungs-, Sammlungs- und Grabungsaktivitäten eingebunden wird und sich auf freiwilliger Basis in der Öffentlichkeitsarbeit der SNSB engagiert (bspw. im Rahmen der „Langen Nacht der Museen“). Dadurch werden Karrierewege außerhalb der hochschulischen Forschung aufgezeigt. Allerdings bieten die SNSB selbst kaum Entwicklungsperspektiven für wissenschaftlichen Nachwuchs, der in der Regel nur über Drittmittelprojekte befristet finanziert werden kann.

Kritisch zu sehen ist außerdem, dass dem wissenschaftlichen Nachwuchs keine SNSB-weiten Austauschforen zur Verfügung stehen. Die SNSB sollten einrichtungsübergreifende Doktorandenkolloquien und Seminare anbieten, um den Nachwuchs der unterschiedlichen Einrichtungen besser als bislang untereinander zu vernetzen.

g) Qualitätssicherung

Die Sicherung der wissenschaftlichen Qualität der Leistungen der SNSB erfolgt derzeit vorwiegend indirekt über den wissenschaftlichen Wettbewerb – über die erfolg-

reiche Einwerbung kompetitiv vergebener Drittmittel sowie über Publikationen in anerkannten Fachzeitschriften.

Der erst 2009 eingesetzte wissenschaftliche Beirat der SNSB leistet bereits wichtige Beiträge zur konzeptionellen Weiterentwicklung der SNSB. Um seine beratende Funktion auch weiterhin angemessen zu erfüllen, sollte er angesichts des breiten Disziplinenpektrums der SNSB auf etwa zehn Personen vergrößert werden und je nach Bedarf auch halbjährlich tagen. Für seine Weiterentwicklung sollte sich der wissenschaftliche Beirat an entsprechenden Regularien der WGL orientieren.

Der Beirat kann in seiner beratenden Funktion nicht zugleich eine (externe) Begutachtung der SNSB übernehmen. Eine stärker formalisierte Qualitätssicherung durch regelmäßige, im Abstand von ca. fünf Jahren durchzuführende Evaluationen wäre für die Entwicklung der SNSB hilfreich.

II.2 Serviceleistungen

a) Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausstellungstätigkeiten der SNSB sind in hohem Maße forschungsbasiert und eng verknüpft mit den einzelnen Sammlungen. Die bestehenden Möglichkeiten der wechselseitigen Befruchtung von Ausstellungs- und Forschungsarbeit werden sehr gut genutzt. Regelmäßig wird auf die Sammlungen oder Forschungsergebnisse der einzelnen Sammlungen zurückgegriffen, um Sonderausstellungen in den einzelnen Museen oder auch im Museum Mensch und Natur zu gestalten. In sammlungsübergreifenden Ausstellungsprojekten werden die unterschiedlichen disziplinären Ausrichtungen der Einrichtungen überzeugend zusammengeführt. Eine Zusammenführung der Museumsaufgaben in einem zentralen „Naturkundemuseum Bayern“ erscheint sinnvoll, um die Sammlungen von musealen Aufgaben zu entlasten und Kapazitäten für Forschungsaufgaben zu schaffen. Allerdings sollte weiterhin eine enge Bindung zwischen Sammlungen und Museumsaufgaben, insbesondere mit Blick auf die forschungsbasierten Ausstellungstätigkeiten im künftigen „Naturkundemuseum Bayern“ gewährleistet sein.

Die Museumspädagogik der SNSB, die Beteiligung der SNSB an der Erwachsenenbildung und ihre Öffentlichkeitsarbeit sind positiv hervorzuheben und würden durch eine zentrale, sichtbare Plattform – wie das geplante „Naturkundemuseum Bayern“ – sicher noch gewinnen.

b) Sammlungsbestände

Die Sammlungsbestände werden stetig erweitert, jedoch überwiegend nicht aufgrund eines bestimmten Konzeptes für die SNSB insgesamt oder für einzelne Sammlungen, sondern eher zufällig, indem ihnen Sammlungen angetragen oder aufgrund ihres spezifischen Auftrags als Staatssammlung zugewiesen werden. In vielen Fällen erweisen sich die SNSB gleichsam als Rettung gefährdeter Sammlungen anderer Einrichtungen – vor allem von Universitäten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt

potenziell wertvoller Sammlungen für die Forschung, zumal es ihnen gelingt, trotz des hohen mit Aufsammlungen verbundenen Aufwandes, ihre Sammlungen für die Forschung nutzbar zu machen bzw. selbst zu nutzen. Dies zeigt sich in den überzeugenden eigenen Forschungsleistungen sowie in der bei einigen Sammlungen starken nationalen wie internationalen Nachfrage nach den Sammlungen. Allerdings bindet die Betreuung der Sammlungen in erheblichem Maße Kapazitäten auch des wissenschaftlichen Personals, die durch die Einführung sogenannter „collection manager“ entlastet werden könnten, ohne die wichtige enge Bindung zu den Sammlungen zu verlieren (vgl. B.III.2. a).

c) Datenbanken

Das IT-Zentrum der SNSB ist als wichtiger Querschnittsbereich hervorzuheben. Die innovative Leistung der SNSB, die Objekte auch virtuell zu erschließen und die Forschungsprimärdaten aus unterschiedlichen Bereichen sammlungsunabhängig über Datenbanken zusammenzuführen, sie zu pflegen und über das Internet zugänglich zu machen, ist sehr positiv zu bewerten, da dadurch völlig neue Forschungsfragen möglich werden. Mit ihren generischen Datenstrukturen verfügen die SNSB über ein Alleinstellungsmerkmal.

B.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

Die derzeitige Organisation der SNSB ist vor allem aufgrund ihrer Dezentralität und ihrer starken Ausrichtung auf die LMU München problematisch. Besonders kritisch zu sehen ist, dass die Funktion des Generaldirektors diesem kaum Gestaltungs- und Durchgriffsmöglichkeiten einräumt, dass die Sammlungsleiterinnen und -leiter aufgrund des „Münchner Modells“ stark auf die LMU orientiert und nur nebenamtlich für die SNSB tätig sind, dass in der Direktorenkonferenz keine langfristige strategisch-konzeptionelle Planung betrieben wird und dass die SNSB keine gemeinsame Forschungsplanung haben. All dies verhindert, dass sich die SNSB zu einer eigenständigen funktionalen Einheit, die als selbstständige Gesamteinstitution wahrgenommen wird, entwickeln können – eine notwendige Entwicklung, vor allem da eine Aufnahme der SNSB in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft angestrebt wird. Diese Bestrebungen sind durchaus zu befürworten, zumal es in der Leibniz-Gemeinschaft mit den Senckenberg-Museen, dem Museum für Naturkunde, Berlin, und dem Museum Alexander König, Bonn, bereits etablierte naturkundliche Einrichtungen gibt, deren Profile durch die SNSB sehr gut ergänzt würden.

Das „Münchner Modell“, welches die enge Verflechtung zwischen SNSB und der LMU München prägt, müsste reformiert werden. Generell ist die Tatsache, dass die Sammlungsleiterinnen und -direktoren hauptamtlich an der LMU beschäftigt sind, bei allen naheliegenden Vorteilen für die SNSB problematisch: Die Forschungsleistungen der Direktorinnen und Direktoren werden nicht immer adäquat den SNSB zugerechnet, eine „corporate identity“ der SNSB bildet sich nicht heraus. Besonders kritisch erscheint überdies die Tatsache, dass die SNSB bei der Besetzung der Professuren,

die ex officio zugleich die Leitung der SNSB-Institute innehaben, keine Mitsprache- oder gar Mitentscheidungsbefugnis haben. Auch wenn dies bislang faktisch keine nachteiligen Konsequenzen hatte, ist der Fall denkbar, dass eine Professur der LMU inhaltlich so besetzt wird, dass sie nicht mehr zu der jeweiligen SNSB-Einrichtung passt.

Die Organisation der Generaldirektion erscheint ebenfalls verbesserungsbedürftig: Die Generaldirektorin oder der Generaldirektor der SNSB sollte, wenn sich die SNSB zu einer Einheit entwickeln sollen, nicht lediglich *primus inter pares* mit vorwiegend repräsentativen und exekutiven Rechten sein, sondern braucht übergreifende Befugnisse gegenüber den einzelnen SNSB-Einrichtungen sowie gestalterische Kompetenzen auch gegenüber der Direktorenkonferenz, etwa in strategisch-konzeptionellen Fragen. An dieser Stelle wäre eine Änderung der Dienstordnung notwendig. Außerdem sollte die Funktion hauptamtlich ausgefüllt werden – hier wäre eine Anpassung des „Münchner Modells“ zwingend erforderlich. Die hauptamtliche Generaldirektorin bzw. der hauptamtliche Generaldirektor sollte möglichst weiterhin über eine gemeinsame Berufung oder über eine Stiftungsprofessur an die LMU München angebunden sein, dort aber durch eine W2-Professur unterstützt werden – wie es bereits geplant ist.

Insgesamt sind die einzelnen Einrichtungen der SNSB institutionell zu wenig miteinander bzw. übergreifend vernetzt. Auch wenn unterhalb der Direktorenebene auf Ebene der Kuratorinnen und Kuratoren und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein stärkerer Bezug zu den SNSB als der LMU besteht, fehlen nach innen und außen sichtbare Zeichen der Vernetzung innerhalb der SNSB als Einheit. Insbesondere fehlen institutionalisierte Plattformen und Strukturen für den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Einrichtungen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen. Bislang bietet das Museum Mensch und Natur die einzige übergreifende Institution, die Forschungsergebnisse der verschiedenen Einrichtungen der SNSB in Ausstellungen präsentiert und Verknüpfungen zwischen den Einrichtungen herstellt. Der geplante Ausbau zu einem „Naturkundemuseum Bayern“ wird diese integrative Funktion noch weiter intensivieren und ist daher zu befürworten. Eine stärkere räumliche Annäherung der Sammlungen, eine – durch das IT-Zentrum bereits weitgehend umgesetzte – einheitliche IT-Infrastruktur sowie eine gemeinsame Großgeräteausstattung sind geplant und als Möglichkeiten der stärkeren Zusammenführung der einzelnen Einrichtungen der SNSB ausdrücklich zu begrüßen. Die Einführung von gemeinsamen, einrichtungsübergreifenden Veranstaltungsreihen (Seminare, Kolloquien, Vortragsreihen) sollte – zumal angesichts des geringen Aufwandes – im Sinne der Vernetzung, Offenlegung von Synergiepotenzialen und besserer Nutzung komplementärer Expertise der einzelnen Bereiche zügig umgesetzt werden.

Für die organisatorische Umgestaltung der SNSB und ihre Weiterentwicklung als selbstständige, komplementär zur LMU ausgerichtete Einrichtung sollte ein Entwicklungsplan durch eine „Strategiekommission“ erarbeitet werden. In ihr sollte fachwissenschaftlich-inhaltliche, themenorientierte Kompetenz mit museologischer, wissenschaftlich-strategischer sowie administrativer und Management-Expertise verbunden sein. Ihr sollten daher Mitglieder der Direktorenkonferenz, die Leitung des künftigen

„Naturkundemuseums Bayern“ sowie zusätzliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit administrativer Kompetenz angehören.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Insgesamt verfügen die SNSB über ausgesprochen engagiertes und kompetentes Personal auf allen Ebenen. Das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann jedoch nicht die kapazitären Mängel in der Personalausstattung kompensieren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB haben in hohem Maße Aufgaben in der Erfassung, Inventarisierung und Pflege der Sammlungen zu leisten, die nicht zwingend von wissenschaftlichem Personal durchgeführt werden müssen. Zur Entlastung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte der nicht-wissenschaftliche Mittelbau gestärkt werden und Stellen für technisches Personal sowie für mit dem Management und der Pflege der Sammlungen beauftragte sogenannte „collection manager“ geschaffen werden, wie sie im internationalen Bereich sowie national etwa bei den Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft bereits eingesetzt werden.

Eine stärkere institutionelle Vernetzung zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Sammlungen (vgl. B.III.1) könnte Effizienzgewinne bringen, indem Erfahrungs- und Know-how-Austausch befördert wird.

Die personelle Ausstattung auf der Ebene der Geschäftsführung ist mit nur drei Vollzeitäquivalenten für Haushalt, Personal, Drittmittelverwaltung sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu gering. Das Aufgabenspektrum der wissenschaftlichen Geschäftsführung erscheint mit nur einer Vollzeitstelle kaum zu bewältigen. Das vorhandene Personal kann – bei allem ausdrücklich positiv zu bewertenden Engagement und Kompetenz – nicht alle Serviceleistungen in dem Umfang anbieten, der für eine Forschungseinrichtung wünschenswert wäre. Dies zeigt sich insbesondere in der Unterstützung und Verwaltung von Drittmittelprojekten, vor allem für besonders aufwendige Großprojekte oder EU-Projekte. Die zu geringe Stellenausstattung im administrativen Bereich hat nicht nur eine Überlastung des Personals zur Folge, sondern sie führt auch dazu, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der SNSB häufig auf die Unterstützung der LMU auch in diesem Bereich angewiesen sind und demnach bspw. Drittmittelprojekte häufiger über die LMU München beantragen als über die SNSB. Eine Verbesserung der personellen Ausstattung in der Verwaltung der SNSB ist demnach auch als Baustein einer stärkeren Integration der SNSB erforderlich. Die personelle Ausstattung der Verwaltung der SNSB sollte daher verdoppelt, d. h. um mindestens drei Vollzeitäquivalente aufgestockt werden.

b) Haushalt

Die SNSB sind derzeit eher als Archiv und Serviceeinrichtung ausgestattet und nicht als Forschungseinrichtung; vor allem fehlen ihnen Mittel für die Durchführung von

Forschung. Hinzu kommt die fehlende Planungssicherheit aufgrund der Abhängigkeit der SNSB vom Staatshaushalt. Die derzeitige Finanzierung ist dem tatsächlichen Aufgabenspektrum und Potenzial der SNSB nicht in jeder Hinsicht angemessen. Um die SNSB in die Lage zu versetzen, sich zu einer eigenständigen Forschungseinrichtung mit einer klaren Forschungskonzeption zu entwickeln, die attraktive Bedingungen für qualifiziertes wissenschaftliches Personal und auch längerfristige Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs bietet, und um sie mit vergleichbaren Einrichtungen wettbewerbsfähig zu halten, ist daher eine Verbesserung der Haushaltslage zwingend erforderlich. Insbesondere sollten die SNSB einen frei verfügbaren Forschungsetat für die Umsetzung einer eigenen Forschungsprogrammatik sowie Investitionsmittel für eine bessere Geräteausstattung erhalten.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Die Ausstattung der SNSB ist insgesamt auch im internationalen Vergleich angemessen, in einigen Bereichen wie der Zoologie oder der Botanik ist die räumliche Situation sehr gut, in anderen Bereichen wie der Staatssammlung für Anthropologie und Paläoanatomie stehen nur beengte und teils nur temporär nutzbare Räumlichkeiten und Lagerungsmöglichkeiten zur Verfügung. In einigen Bereichen sind die Laborflächen nicht ausreichend. Teilweise profitieren die SNSB auch hier wieder von der Anbindung an die LMU durch die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten, die es aber erschwert, einen Gesamteindruck von der räumlichen Situation der SNSB zu gewinnen. Diese Anbindung fördert überdies weiter den Eindruck, die SNSB seien von der LMU nicht zu trennen. Die bereits bestehenden Pläne einer stärkeren Zusammenführung unterschiedlicher Sammlungen in einem eigenen Gebäude mit größeren Magazin- und Laborflächen sollten daher zügig umgesetzt werden.

Die Pläne zur Erweiterung des Museums Mensch und Natur zu einem „Naturkundemuseum Bayern“ erfordern auch eine räumliche Erweiterung. Kritisch zu sehen ist indes, dass die bisherige Planung vor allem eine Erweiterung um Schauflächen vorsieht: Auch eine Erweiterung der Magazinflächen ist dringend geboten.

In den Regionalmuseen ist positiv hervorzuheben, dass die örtlichen Gegebenheiten genutzt werden, um teils einzigartige Fundstellen direkt mit einem Forschungsmuseum zu verbinden und auch für Ausstellungen nutzbar zu machen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SNSB können im Zuge der engen Kooperationsbeziehungen mit der LMU München in vielen Fällen relativ unkompliziert auf Geräte und Labore der LMU zurückgreifen, teilweise werden Geräte auch gemeinsam angeschafft. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass die SNSB zentrale Forschungsfragen entsprechend dem methodischen *state of the art* bearbeiten können. Allerdings führt diese Praxis dazu, dass die SNSB nicht auf Augenhöhe mit der LMU agieren, sondern gewissermaßen als Juniorpartner, der auf die LMU angewiesen ist. Um dieses Gefälle in den Beziehungen zur LMU aufzufangen und die SNSB als eigenständigen Akteur zu stärken, ist eine Verbesserung der Geräteausstattung der SNSB – und zwar nicht additiv, sondern komplementär zu den an der LMU vorhandenen Geräten – zwingend erforderlich.

B.IV Zusammenfassung und Empfehlungen

Die SNSB sind ein historisch gewachsener, loser Verbund teils sehr bedeutender naturkundlicher Sammlungen und Museen, die über eine sehr breite fachliche Kompetenz, in vielen Bereichen über nationale und internationale Alleinstellungsmerkmale verfügen, und insgesamt sehr gute Forschungsleistungen und wissenschaftliche Infrastrukturleistungen erbringen. Das vorhandene große Potenzial der SNSB wird jedoch aufgrund strategisch-konzeptioneller sowie struktureller Defizite derzeit nicht voll genutzt. Zentrales Element der perspektivischen Behebung dieser Defizite ist die Stärkung der SNSB als Gesamtinstitution, als Einheit, die ein gemeinsames übergreifendes Forschungskonzept verbindet. Im Einzelnen werden folgende Empfehlungen gegeben:

1. Aufnahme in die gemeinsame Förderung im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft: Die Pläne des Freistaats Bayern und der SNSB, mittelfristig eine Aufnahme in die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft anzustreben, sind für die SNSB und die naturkundliche Forschung in Deutschland insgesamt ein guter Weg. Die SNSB passen hinsichtlich ihrer Sammlungen und ihrer Forschungsschwerpunkte komplementär zu den bereits in der WGL versammelten naturkundlichen Forschungsmuseen und eine Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zu diesen Forschungsmuseen innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft würde bestehende Synergiepotenziale noch besser nutzbar machen. Überdies könnte dadurch die internationale Sichtbarkeit und damit Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Naturkunde befördert werden.
2. Entwicklung der SNSB zu einer Einheit mit einer gemeinsamen Identität: Die Weiterentwicklung der SNSB von einer dezentralen Ansammlung nur lose miteinander verbundener Einrichtungen zu einer funktionalen Einheit mit einer gemeinsamen Identität wird dringend empfohlen, und zwar nicht nur mit Blick auf eine mögliche WGL-Aufnahme: Generell bietet ein engerer Zusammenschluss der Sammlungen das Potenzial, die Synergien und sich ergänzenden Expertisen der Einrichtungen noch besser als bislang offenzulegen und für Forschungs- und Ausstellungstätigkeiten zu nutzen.
3. Reform des „Münchener Modells“: Da das „Münchener Modell“ der engen Verzahnung der SNSB mit der LMU die eigenständige Entwicklung der SNSB zu einer Einheit und die eindeutige Zuordnung von Forschungsleistungen erschwert, ist eine Reform des Modells dringend erforderlich: Die Position der Generaldirektorin bzw. des Generaldirektors sollte – wie bereits geplant – hauptamtlich für eine Dauer von fünf Jahren besetzt werden und mit der LMU über eine Stiftungsprofessur oder ein vergleichbares Modell verbunden sein. Auch für die weiteren SNSB-Direktorinnen und -Direktoren ist zu prüfen, inwieweit die Interessen der SNSB bzgl. ihrer Kapazitäten, ihrer institutionellen und ihrer disziplinären Zugehörigkeit gestärkt werden könnten, ohne die sehr guten Beziehungen zur LMU München zu beeinträchtigen. Auch für die Direktorenebene sollte daher in Erwägung gezogen werden, sie über das Modell von Stiftungsprofessuren mit einem geringen Lehrdeputat mit der LMU zu verbinden, sie hauptamtlich aber an die SNSB anzugliedern.
4. Stärkung der Funktion des Generaldirektors bzw. der Generaldirektorin: Die Funktion der Generaldirektorin bzw. des Generaldirektors sollte mit mehr strategisch-

konzeptionellen Durchgriffsmöglichkeiten in die SNSB ausgestattet werden. Die Rolle der Direktorenkonferenz müsste entsprechend angepasst werden.

5. Stärkung einrichtungsübergreifender Strukturen: Flankierend sollten einrichtungsübergreifende Strukturen gestärkt oder ausgebaut werden, etwa das geplante „Naturkundemuseum Bayern“, die gemeinsame IT-Infrastruktur, die gemeinsame Geschäftsführung, gemeinsam genutzte Räumlichkeiten und Geräte sowie einrichtungsweite Veranstaltungsreihen bzw. Vernetzungsplattformen (Kolloquien, Seminare, Vortragsreihen). Überdies ist ein Umdenken erforderlich hinsichtlich der Publikationspraxis: Die SNSB sollten zumindest neben der LMU als Herkunftsort einer Publikation benannt werden, um die SNSB als Forschungseinrichtung sichtbar zu machen.
6. Entwicklung eines Forschungskonzepts: Die SNSB sollten ein gemeinsames Forschungskonzept entwickeln, welches übergreifende thematische Schnittstellen der SNSB aufgreift und in ein mittel- und langfristiges Forschungsprogramm überträgt. Das Forschungskonzept sollte im Rahmen eines strategischen Leitbildprozesses entwickelt werden. Dies ist auch jenseits der anvisierten WGL-Aufnahme sinnvoll, um die Sichtbarkeit der SNSB als „Marke“ nach außen zu stärken und um nach innen das Gemeinschaftsgefühl ebenso zu befördern, wie die Potenziale der Forschungszusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der SNSB noch besser zu nutzen. Ein naheliegender Ansatz ist es, die Wechselbeziehungen von Mensch und Natur als Grundlage eines SNSB-übergreifenden Leitbildes und Forschungskonzepts zu nutzen.
7. Verbesserung der Personalausstattung: Die personelle Ausstattung der Geschäftsführung sollte dringend verbessert werden, auch mit dem Ziel, einrichtungsübergreifende Aktivitäten der SNSB zu befördern und Unterstützung für Drittmittelprojekte der SNSB in größerem Maße als bislang leisten zu können. Überdies ist eine Verbesserung der Personalausstattung im nichtwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Mittelbau erforderlich; von zentraler Bedeutung ist die Einführung von Stellen für sogenannte „collection manager“.
8. Investitionen in die Geräteausstattung: Die Geräteausstattung der SNSB sollte so verbessert werden, dass sie über eine zur LMU komplementäre Ausstattung verfügen. Durch einen eigenen Gerätepark werden zum einen die Bindungskräfte innerhalb der SNSB gestärkt, zum anderen stärkt eine bessere Geräteausstattung die Position der SNSB gegenüber der LMU und anderen Partnern.
9. Einführung eines Forschungsetats: Zur Stärkung der SNSB ist überdies eine Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung für Forschungsaktivitäten, insbesondere zur Umsetzung eines übergreifenden Forschungsprogramms erforderlich. Daher sollte ein eigener Forschungsetat eingeführt werden.
10. Umsetzung baulicher Vorhaben: Nicht zuletzt sollten die bestehenden baulichen Pläne – die Zusammenführung mehrerer Sammlungen in einem gemeinsamen Gebäude sowie die Erweiterung des Museums Mensch und Natur zu einem „Naturkundemuseum Bayern“ – zügig umgesetzt werden. Das dringend zu entwickelnde tragfähige gemeinsame Forschungskonzept sollte Grundlage des Baukonzeptes und der Weiterentwicklung einer abgestimmten besucherorientierten Museums- und Ausstellungskonzeption für das zentrale „Naturkundemuseum Bayerns“ sein, da es die baulichen Bedarfe vorgibt.

11. Einsetzung einer Strategiekommission: Zur Umsetzung der verschiedenen Reformen – strukturelle sowie konzeptionelle – sollte eine „Strategiekommission“ eingesetzt werden, die thematisch-fachliche, museologische, administrative, strategische und konzeptionelle Kompetenzen versammelt. Eine solche Kommission ist insbesondere notwendig, um mittelfristig die Voraussetzungen für den sinnvoll erscheinenden Plan einer Eingliederung in die Leibniz-Gemeinschaft zu schaffen.

4.3.8 Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen

| | |
|---|-----|
| Vorbemerkung | 212 |
| A. Darstellung | 212 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 212 |
| I.1 Entwicklung | 212 |
| I.2 Aufgaben | 212 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 213 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 213 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 216 |
| III.1 Organisation | 216 |
| III.2 Ausstattung | 217 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 218 |
| B. Bewertung | 219 |
| C. Zusammenfassung und Empfehlungen | 220 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zur Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die AHF eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Die Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (im Folgenden: AHF) ist ein Netzwerk historischer Forschungseinrichtungen. Kernaufgabe der AHF ist die Dokumentation historischer Fachliteratur. Zu den Mitgliedern der AHF zählen rund 100 Wissenschaftsinstitutionen, die historische Forschung betreiben oder fördern, darunter zahlreiche nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Museen, Archive und universitäre Bereiche. Die AHF wurde 1972 auf Initiative der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gegründet und erlangte 1979 ihre Rechtsfähigkeit als eingetragener Verein. Seit 1983 wird die AHF vom Freistaat Bayern institutionell gefördert. Im Jahr 2008 wurde ein „Public Private Partnership“-Modell zwischen öffentlicher Hand (Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst), privater Wirtschaft (Oldenbourg-Verlag) und Wissenschaft (AHF in Kooperation mit dem Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München) initiiert, das seit 2010 den kostenlosen Online-Zugang zur von der AHF herausgegebenen Historischen Bibliographie Online (HBO) ermöglicht.

I.2 Aufgaben

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der AHF liegt im Bereich wissenschaftsbasierter Serviceleistungen. Die AHF gibt jährlich das Jahrbuch der historischen Forschung heraus, das die an deutschen historischen Forschungseinrichtungen entstehende Fachliteratur dokumentiert. Ebenfalls jährlich erscheint die Historische Bibliographie, die die publizierte Fachliteratur erfasst. Die in beiden Publikationen enthaltenen Daten stehen seit 2003 in der kombinierten Datenbank HBO im Internet zur Verfügung (www.historische-bibliographie.de). Außerdem widmet sich die AHF der Forschungsinformation u. a. durch monatlich online erscheinende Tagungsberichte (www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/) und sachthematisch gebündelte Forschungsberichte, die im Jahrbuch der historischen Forschung und online (www.ahf-muenchen.de/Forschungsberichte/) veröffentlicht werden.

Die Organisationsform als nichtuniversitäre Einrichtung ermöglicht es der AHF nach eigener Einschätzung, ihre wissenschaftsbasierten Serviceleistungen nicht nur Universitäten, sondern auch weiteren Zielgruppen wie Schulen, Archiven, Bibliotheken und historischen Museen anspruchsgerech- und bedarfsgerecht anzubieten.

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Die AHF betont, dass die HBO gegenüber zahlreichen anderen bibliographischen Online-Recherchemöglichkeiten im Bereich der Geschichtswissenschaft den Vorteil bietet, dass ihre Datensätze epochenübergreifend sind und alle Textsorten erfassen. Nach Darstellung der AHF werden diese Kriterien in Deutschland nur von der HBO und den von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) herausgegebenen Jahresberichten für deutsche Geschichte erfüllt. Dabei dokumentiert die HBO im Sinne einer „Leistungsschau der deutschen Geschichtswissenschaft“ die Publikationen von deutschen historischen Forschungseinrichtungen, während die Jahresberichte die (nationalen und internationalen) Publikationen zur deutschen Geschichte erfassen. Ein Alleinstellungsmerkmal der HBO besteht laut AHF darin, dass sie auch die an deutschen Forschungseinrichtungen in Vorbereitung befindlichen Publikationen (insbesondere Dissertationen und Habilitationen) verzeichnet. Darüber hinaus ist die HBO im Gegensatz zu vielen anderen Angeboten kostenfrei zugänglich und steht damit einem großen Spektrum von Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung. Nach Einschätzung der AHF ist die HBO die wichtigste Online-Ressource für die Recherche nach historischer Fachliteratur, die deutsche Wissenschaftsinstitutionen planen sowie (seit 1990) publiziert haben.

A.II Arbeitsschwerpunkte

a) Arbeits- und Forschungsprogramm

Im Zentrum der Arbeit stehen wissenschaftsbasierte Serviceleistungen, auf die laut AHF etwa 65 % der Tätigkeit des wissenschaftlichen Personals entfallen. Hinzu kommt Forschung auf dem Gebiet der Wissens- und Informationsgeschichte, für die etwa 35 % der Tätigkeit des wissenschaftlichen Personals aufgewendet werden.

Das Arbeitsprogramm der AHF umfasst die Tätigkeitsfelder 1) Dokumentationsdienst, 2) Informationsdienst, 3) Entwicklung, 4) Kooperation mit dem Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und 5) Geschäftsführung. Der **Dokumentationsdienst** erarbeitet das Jahrbuch der historischen Forschung, die Historische Bibliographie und die HBO. Zu diesem Zweck verarbeitet die AHF bibliographische Datensätze von rund 1.100 meldenden Wissenschaftsinstitutionen und ergänzt diese durch die eigenständige Auswertung von Zeitschriften und Sammelwerken. Des Weiteren zählen zu diesem Tätigkeitsfeld die Betreuung der Meldeinstitutionen, die Erstellung von Datenbankselektionen für Kooperationspartner und die Erstellung von Druckvorlagen für die Druckversionen der Datenbanken.

Der **Informationsdienst** nutzt die Website der AHF, um über die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen und ihre Veröffentlichungen zu informieren, einen Veranstaltungs-

kalender mit Angaben zu historischen Kongressen und Tagungen im In- und Ausland bereitzustellen und von den jeweiligen Veranstaltern erstellte Tagungsberichte zu veröffentlichen. Ein monatlicher Newsletter macht auf die neu eingestellten Angebote der AHF aufmerksam. Darüber hinaus akquiriert, prüft und redigiert der Informationsdienst Forschungsberichte zu jährlich wechselnden Themen, die im Jahrbuch der historischen Forschung und online veröffentlicht werden.

Das Tätigkeitsfeld **Entwicklung** widmet sich der Erarbeitung von Zukunftskonzepten, der Einwerbung von Drittmitteln und der Gewinnung von Kooperationspartnern. Mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wird seit 2011 ein Projekt zur kooperativen Weiterentwicklung geschichtswissenschaftlicher Fachbibliographien gefördert, an dem neben der AHF und einigen ihrer Mitglieder auch das Projekt Jahresberichte für deutsche Geschichte der BBAW beteiligt ist. Ziel ist, die Profile der HBO, der Jahresberichte für deutsche Geschichte und der vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin herausgegebenen Bibliographie für Zeitgeschichte zu schärfen und aufeinander abgestimmte Geschäftsgänge zu entwickeln. So soll ein kooperativ erstellter Datenpool möglich werden, der zu einem nachfrageorientierten und intelligenten Informationsangebot weiterentwickelt werden soll.

In den Bereich der **Kooperation mit dem Historischen Seminar der LMU** fallen die Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten, die Durchführung von Lehrveranstaltungen, die Betreuung von Abschlussarbeiten und Dissertationsprojekten sowie die Forschung zur Geschichte und Gegenwart von Informations- und Wissensinfrastrukturen. Diese Aufgaben werden vom Geschäftsführer der AHF wahrgenommen, der zugleich als außerplanmäßiger Professor am Historischen Seminar der LMU tätig ist.

Hinzu kommt schließlich noch das Tätigkeitsfeld **Geschäftsführung**, zu dem die mit der Organisation und Verwaltung der AHF verbundenen Aufgaben zählen.

b) Publikationen und Tagungen

Wie bereits erwähnt, bildet die Erarbeitung des Jahrbuchs der historischen Forschung und der Historischen Bibliographie die Kernaufgabe der AHF. Die Druckversion des Jahrbuchs der historischen Forschung hat eine Auflage von 300 Exemplaren, die Historische Bibliographie kommt auf eine Auflage von 400 Exemplaren. Die kombinierte Online-Datenbank HBO kommt auf etwa 450.000 Seitenaufrufe pro Jahr. Zur Information der Fachcommunity über wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen wurden zwischen 2008 und 2010 793 ausführliche Tagungsberichte publiziert.

Aus der Forschung an der AHF sind in den Jahren 2008 bis 2010 vier Aufsätze in referierten Zeitschriften, eine eigenständige referierte Internetpublikation und sieben Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag) hervorgegangen, die sämtlich vom Geschäftsführer der AHF verfasst wurden.

Der Geschäftsführer und eine weitere Mitarbeiterin der AHF haben im Berichtszeitraum zehn Vorträge auf Konferenzen und Tagungen gehalten. Im selben Zeitraum

wurde eine Konferenz veranstaltet („Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland vor neuen Herausforderungen“ im Jahr 2008). Die AHF würde gerne jährliche Konferenzen organisieren, um ihre Sichtbarkeit zu steigern, gibt aber an, dass dies aufgrund fehlender finanzieller Mittel derzeit nicht realisierbar sei.

c) Transfer

Nach eigener Einschätzung stellen die Vereinsstruktur und Vernetzung der AHF sicher, dass ihre bibliographischen Produkte und Informationsangebote eine breite Anwendung in der historischen Fachcommunity erfahren. Darüber hinaus ermöglicht die AHF die Nachnutzung ihrer wissenschaftsbasierten Serviceleistungen. So nutzt z. B. das Historische Seminar der LMU spezielle Ausspeicherungen aus dem Datenbestand der HBO, um seine Publikationsleistungen zu dokumentieren. Die Möglichkeiten zur Nachnutzung bibliographischer Daten sollen künftig ausgebaut werden. Darüber hinaus erlaubt das eingangs erwähnte „Public Private Partnership“-Modell die weltweite, kostenlose Nutzung der HBO im Internet. Damit kann das Kernprodukt der AHF von einem weiten Personenkreis genutzt werden, der das akademische Fachpublikum übersteigt und auch z. B. Schülerinnen und Schüler einschließt.

d) Drittmittel

Die AHF hat im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 keine Drittmittel eingeworben. Seit 2011 wird ein Projekt zur kooperativen Weiterentwicklung geschichtswissenschaftlicher Fachbibliographien von der DFG gefördert (vgl. Abschnitt A.II.a). Von den für dieses Projekt bewilligten Mitteln entfallen rund 200,8 Tsd. Euro auf die von der AHF zu bearbeitenden Teilprojekte.

e) Kooperationen

Die Aufgabenstellung der AHF und ihre Vereins- und Netzwerkstruktur bedingen einen engen Austausch mit zahlreichen Wissenschaftsinstitutionen. Fest vereinbarte Kooperationen beim Austausch von bibliographischen Datensätzen bestehen mit der Bayerischen Staatsbibliothek, der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg und dem Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands. Im Rahmen des bereits erwähnten DFG-Projekts (vgl. Abschnitt A.II.a) kooperiert die AHF – neben einigen der bereits genannten Einrichtungen – mit dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der BBAW und dem Deutschen Historischen Institut in London. Weitere Partnerschaften sind geplant. Auf europäischer Ebene arbeitet die AHF als Gründungsmitglied des Verbundprojekts „European Historical Bibliographies“ mit Trägerinstitutionen zahlreicher nationaler historischer Bibliographien zusammen.

Universitäre Partner der AHF sind auf nationaler Ebene das Historische Seminar der LMU und das Forschungszentrum Gotha für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt, auf internationaler Ebene – im Rahmen der (Ko-) Betreuung

von Dissertationen durch den Geschäftsführer der AHF – die Princeton University und die Harvard University. Ebenfalls über die gemeinsame Betreuung von Promotionen existieren Beziehungen zum Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin. Mit dem Oldenbourg-Verlag besteht eine vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit beim Dokumentationsdienst der AHF. Darüber hinaus gibt es einen kontinuierlichen Austausch mit der Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung (Stiftung der BMW AG) zur Weiterentwicklung des „Private Public Partnership“-Modells (vgl. Abschnitt A.I.1).

f) Hochschullehre und wissenschaftlicher Nachwuchs

Als außerplanmäßiger Professor am Historischen Seminar der LMU beteiligt sich der Geschäftsführer der AHF mit durchschnittlich drei Semesterwochenstunden an der Hochschullehre und betreut durchschnittlich vier wissenschaftliche Abschlussarbeiten pro Jahr. Außerdem nimmt die AHF jährlich durchschnittlich vier Praktikantinnen und Praktikanten auf.

g) Qualitätssicherung

Die Arbeit der Einrichtung wird jährlich auf der Basis des vom Geschäftsführer erstellten Geschäftsberichts vom Vorstand und Ausschuss der AHF bewertet. Zur internen Qualitätssicherung trägt darüber hinaus die jährliche Beurteilung des Vorstands, des Ausschusses und der Geschäftsführung durch die Mitgliederversammlung bei. Der Dokumentations- und der Informationsdienst der AHF werden einmal pro Jahr durch die Jahrbuchkommission bewertet. Im Rahmen des DFG-Projekts zur Weiterentwicklung historischer Bibliographien werden zudem Online-Umfragen zum Nutzungsverhalten und zu Verbesserungswünschen der Nutzerinnen und Nutzer durchgeführt.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur und Leitung

Die AHF hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Ihre satzungsgemäßen Organe sind der Vorstand, der Ausschuss und die Mitgliederversammlung. Der Vorstand besteht laut Satzung aus dem oder der Vorsitzenden und dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Eine Kandidatur für diese Ämter steht führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten aus den Mitgliedseinrichtungen der AHF offen. Der oder die Vorsitzende leitet die Geschäfte, vertritt die AHF, verwaltet die finanziellen Mittel und erstattet den Jahresbericht. Dem Ausschuss gehören – neben dem oder der Vorsitzenden und seinem oder ihrem Stellvertreter – drei Beisitzer an, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Zu den Aufgaben des Ausschusses zählen u. a. die Beratung des Vorstands und die Aufstellung eines Entwurfs des Haushaltsplans. Einmal im Jahr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Als beschlussfassendes Organ der AHF entscheidet die Mitgliederversammlung u. a. über die Einsetzung und Zusammensetzung von Arbeitskreisen und Kommissionen, über Satzungsänderungen sowie die Aufnahme und den

Ausschluss von Mitgliedern. Außerdem beschließt sie den Haushaltsplan und nimmt den Jahresbericht und die Jahresrechnung entgegen. Die Geschäftsstelle der AHF wird von einem Geschäftsführer oder einer Geschäftsführerin geleitet, der oder die von dem oder der Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Ausschuss bestellt wird.

Zusätzlich zu den in der Satzung verankerten Organen der AHF gibt es als weiteres Gremium die Jahrbuchkommission. Ihr gehören der Vorstand sowie sechs Vertreterinnen und Vertreter verschiedener historischer Fachgebiete an. Die Jahrbuchkommission fungiert als Qualitätssicherungs- und Beratungsgremium, über das die Bedürfnisse der historischen Fachcommunity in die Weiterentwicklung des Dokumentations- und Informationsangebots der AHF einfließen.

Struktur und Zusammenwirken der Leitungsgremien bewertet die AHF als angemessen. Insbesondere wird darauf verwiesen, dass die bestehende Organisationsstruktur gute Kontrollmöglichkeiten durch den Vorstand, den Ausschuss und die Jahrbuchkommission mit einem angemessenen Spielraum für die Geschäftsführung verbinde.

c) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Die AHF gibt an, dass ihr Verhältnis zum Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als institutionellem Zuwendungsgeber in der Vergangenheit dadurch belastet wurde, dass das Ministerium im Jahr 2004 eine substantielle Kürzung der finanziellen Grundausstattung beschlossen und durchgesetzt habe, ohne die AHF zu konsultieren (vgl. Abschnitt A.III.2.b). Obwohl die AHF die institutionelle Finanzierung nach der Kürzung als unzureichend einschätzt, bewertet sie das derzeitige Verhältnis zum Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als gut und vertrauensvoll.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Der Stellenplan der AHF weist eine Stelle für wissenschaftliches Personal aus, die der Geschäftsführer innehat. Hinzu kommen Stellen für nichtwissenschaftliches Personal im Umfang von 4,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Seit der Kürzung der institutionellen Grundfinanzierung sind 3,0 VZÄ im Bereich des nichtwissenschaftlichen Personals nicht besetzt.

Derzeit wird die Geschäftsführung von einem Mann wahrgenommen, die nichtwissenschaftlichen Beschäftigten sind Frauen. Die AHF verfügt über keine Gleichstellungsstrategie, würde eine solche aber entwickeln, wenn eine Aufstockung der Stellen absehbar wäre.

b) Finanzen

Der Wirtschaftsplan der AHF weist für das Jahr 2011 Soll-Einnahmen in Höhe von 274,54 Tsd. Euro aus. Den größten Posten macht dabei die institutionelle Grundfinanzierung durch den Freistaat Bayern in Höhe von 135,54 Tsd. Euro aus. Sonstige

Einnahmen stammen aus den Jahresbeiträgen der Mitglieder (22 Tsd. Euro), Erträgen aus Veröffentlichungen (25 Tsd. Euro) sowie aus weiteren Zuschüssen und Drittmitteln (92 Tsd. Euro). Die sonstigen Einnahmen führen nicht zur Kürzung der Grundfinanzierung.

Der bei Weitem größte Teil der Ausgaben entfällt auf die Personalausgaben (177,97 Tsd. Euro im Jahr 2011). Außerdem werden im Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 87,7 Tsd. Euro und Kosten für die Datenverarbeitung in Höhe von 8,87 Tsd. Euro aufgeführt. Eine Kosten-Leistungs-Rechnung wurde bisher nicht eingeführt, weil Aufwand und Nutzen angesichts der geringen Größe der Einrichtung nach Einschätzung der AHF nicht in einem sinnvollen Verhältnis stehen würden.

Die institutionelle Grundfinanzierung der AHF wurde von rund 295 Tsd. Euro im Jahr 2004 über rund 247 Tsd. Euro in 2005 und rund 157 Tsd. Euro in 2006 bis 2008 auf rund 135 Tsd. Euro seit 2009 gekürzt. Nach Angaben der AHF besteht seitdem eine Unterfinanzierung mit Blick auf Personal-, Sach- und Investitionsmittel, die die nutzerfreundliche, am kontinuierlichen technischen Fortschritt orientierte Weiterentwicklung der bibliographischen Produkte und Informationsangebote stark erschwere.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Der AHF stehen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem Historischen Seminar der LMU zwei Büroräume mit einer Nutzfläche von 57 qm zur Verfügung. Die übliche Ausstattung zur Bürokommunikation ist vorhanden. Als Gegenleistung für die Nutzung der Räume und der Infrastruktur beteiligt sich die AHF an der Lehre und an der Ausbildung von Praktikantinnen und Praktikanten. Ein Nutzungsentgelt fällt nicht an. Neben der Nutzung als Büros sind in den beiden Räumen auch die Akten der AHF, eine Büchersammlung und die Serveranlage für die Datenbanken untergebracht. Die AHF beurteilt die räumliche Situation als sehr beengt.

A.IV Künftige Entwicklung

Die AHF geht davon aus, dass der Bedarf an schnellen und effektiven Zugriffsmöglichkeiten auf historische Wissensbestände im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung in Zukunft stark steigen wird. Hierbei wird es nach Einschätzung der AHF besonders wichtig sein, in der Fachcommunity bestehende Berührungsängste gegenüber neuen technischen Möglichkeiten abzubauen und digitale Informationsstrukturen stärker als bisher im Verbund mit Kooperationspartnern – auch auf europäischer Ebene – weiterzuentwickeln. Für beide Aufgaben sieht sich die AHF aufgrund ihrer Netzwerkstruktur und ihrer zahlreichen Kooperationsbeziehungen gut gerüstet. Wesentliche Entwicklungsperspektiven ergeben sich nach Einschätzung der AHF aus dem bereits erwähnten DFG-Projekt (vgl. Abschnitt A.II.a) und aus einer engeren Zusammenarbeit mit der von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Neuen Deutschen Biographie. Die AHF unterstützt nachdrücklich das von der Historischen Kommission und vom Historischen Kolleg erarbeitete Konzept für ein Zentrum für Historische Grundlagenforschung in München.

Nach Ansicht der AHF ist eine deutliche Aufstockung ihrer institutionellen Grundfinanzierung eine zwingende Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Einrichtung und ihrer wissenschaftsbasierten Serviceleistungen.

B. Bewertung

Die Evaluierungskommission würdigt die Verdienste, die sich die Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) in der Vergangenheit bei der Dokumentation von Publikationen und Forschungsvorhaben in der Geschichtswissenschaft erworben hat. Zugleich stellt sie aber auch fest, dass sich das wissenschaftliche Umfeld der AHF in der jüngsten Vergangenheit stark verändert hat. In diesem Zusammenhang ist zunächst die fortschreitende Internationalisierung der Wissenschaft zu nennen, die auch die historische Forschung betrifft. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob ein rein national ausgerichteter Dokumentationsdienst noch sinnvoll ist; die Evaluierungskommission kann nicht erkennen, welchen spezifischen Mehrwert die von der AHF geleistete „Leistungsschau der deutschen Geschichtswissenschaft“ gegenüber übergreifenden Dokumentationsdiensten bietet, die sämtliche – deutschen und internationalen – Publikationen zur deutschen Geschichte erfassen.

Eine ähnlich kritische Einschätzung ergibt sich mit Blick auf die von der AHF geleistete Dokumentation von laufenden Forschungsarbeiten und in Vorbereitung befindlichen Publikationen an deutschen historischen Forschungseinrichtungen. Grundsätzlich teilt die Evaluierungskommission zwar die Ansicht der AHF, dass Informationen dieser Art für die Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hilfreich sein können. Zugleich weist sie aber auch auf die vielfältigen, technisch leicht realisierbaren, kostengünstigen und nahezu ubiquitär genutzten Möglichkeiten zur Präsentation von Forschungsvorhaben im Internet hin, die heute diesen Zweck erfüllen und auch kleinen nichtuniversitären Einrichtungen offenstehen. Angesichts dieser Situation kommt die Evaluierungskommission zu dem Schluss, dass der einschlägige Dokumentationsdienst der AHF von der technischen Entwicklung der letzten Jahre überholt wurde. Erschwerend kommt hinzu, dass die Historische Bibliographie Online (HBO) als zentrales Informationsangebot der AHF in technischer Hinsicht stark verbesserungsbedürftig ist. Dies betrifft insbesondere Vernetzung mit anderen Katalogen und Dokumentationsdiensten durch die Entwicklung geeigneter Schnittstellen; angesichts der alternativen Informationsangebote ist der hierfür erforderliche Aufwand allerdings nicht zu rechtfertigen.

Ebenfalls kritisch beurteilt wird das Tätigkeitsfeld der Tagungsdokumentation. Aus Ressourcengründen muss die AHF diese Aufgabe notwendigerweise selektiv wahrnehmen, wobei die Kriterien für die Auswahl von Tagungsberichten unklar bleiben. Zudem gilt auch hier, dass heute nur noch sehr geringe technische und finanzielle Hürden zu überwinden sind, um die Fach- und die interessierte allgemeine Öffentlichkeit per Internet über geplante oder durchgeführte Tagungen zu informieren. Vor diesem Hintergrund ist kein substanzieller Mehrwert des Informationsdienstes der AHF zu erkennen.

Eine ähnliche Einschätzung ergibt sich mit Blick auf den von der AHF erhobenen Anspruch, die Vernetzung von Forschungseinrichtungen zu befördern. Nach dem Eindruck der Evaluierungskommission beschränkt sich die Tätigkeit der AHF im Wesentlichen auf die Sammlung von bibliographischen Datensätzen von Mitglieds- und Meldeinstitutionen, eine weitergehende Funktion im Sinne einer Dienstleistung für die *scientific community* ist nicht erkennbar. Selbst in dieser eingeschränkten Funktion scheint die Reichweite der AHF begrenzt zu sein, was sich daran zeigt, dass nach Angaben der AHF nur rund 40 % der Datensätze von Meldeinstitutionen herrühren, während der Rest von kooperierenden Einrichtungen wie der Bayerischen Staatsbibliothek und aus eigenen Recherchen stammt.

Positiv zu würdigen sind die Aktivitäten der AHF im Bereich der Beratung und Unterstützung von Forschungseinrichtungen bei der Dokumentation ihrer Publikationen. Allerdings ist die AHF nach Ansicht der Evaluierungskommission nicht in der Lage, dieses Angebot auf Dauer eigenständig zu leisten oder gar wesentlich auszubauen, sodass eine andere institutionelle Anbindung dieser Funktion ratsam scheint.

Das Bemühen der AHF, Drittmittel einzuwerben, wird von der Kommission grundsätzlich positiv gesehen. Damit lässt sich das existenzielle Finanzierungsproblem der AHF nicht auf Dauer lösen. Denn die Drittmittelförderung bezieht sich auf temporäre Projekte, hingegen die Dokumentationsfunktion einen langfristigen Charakter besitzt. Vor diesem Hintergrund ist zwar das Bemühen um externe Fördermittel prinzipiell begrüßenswert, jedoch nicht zielführend im Sinne einer Erschließung substanziiell neuer Perspektiven der AHF.

In der Gesamtschau aller Ergebnisse kommt die Evaluierungskommission zu dem Schluss, dass der überwiegende Teil der von der AHF wahrgenommenen Funktionen heute nicht mehr zeitgemäß ist und das Bestehen einer eigenen Institution nicht rechtfertigen kann. Daher empfiehlt die Evaluierungskommission, die Grundfinanzierung der AHF durch den Freistaat Bayern einzustellen. Die als wichtig beurteilte Beratungsfunktion bei der Dokumentation der Publikationsleistung einzelner Einrichtungen sollte im Rahmen einer anderen institutionellen Anbindung (z. B. an die Bayerische Staatsbibliothek oder den Deutschen Historikerverband) weiterhin gewährleistet werden.

C. Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF) ist ein Netzwerk historischer Forschungseinrichtungen. Ihre wesentlichen Aufgaben sind die Dokumentation der Publikationen deutscher historischer Forschungseinrichtungen, die Dokumentation der an diesen Einrichtungen laufenden bzw. geplanten Forschungsvorhaben und die Dokumentation von Tagungen im Bereich der historischen Forschung. Hinzu kommen die Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Beratungsleistungen zur einrichtungsbezogenen Dokumentation von Publikationen.

Die Evaluierungskommission kommt zu einer insgesamt sehr kritischen Beurteilung der AHF. Zwar sind die Verdienste, die sich die AHF in der Vergangenheit bei der Dokumentation von Publikationen und Forschungsvorhaben in der Geschichtswissenschaft erworben hat, durchaus zu würdigen. Im heutigen, von einer fortschreitenden Internationalisierung der Wissenschaft geprägten Umfeld erscheint aber ein rein national ausgerichteter Dokumentationsdienst nicht mehr zeitgemäß; im Vergleich zu übergreifenden Dokumentationsdiensten, die alle Publikationen zur deutschen Geschichtswissenschaft – gleich welcher nationalen Herkunft – erfassen, lässt sich kein substanzieller Mehrwert des von der AHF vorgehaltenen Informationsangebots erkennen. Gleiches gilt für die von der AHF geleistete Dokumentation von laufenden Forschungsvorhaben sowie für die von ihr beanspruchte Vernetzungsfunktion; vor dem Hintergrund der heute technisch und finanziell leicht realisierbaren Möglichkeiten zur Präsentation von Forschungsprojekten im Internet bietet die AHF keinen nennenswerten Zusatznutzen. Auch die – aus Ressourcengründen nur selektiv realisierbare – Dokumentation von Tagungen hat angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten erheblich an Relevanz verloren. Positiv zu würdigen ist dagegen die Beratung und Unterstützung von Forschungseinrichtungen bei der Dokumentation ihrer Publikationsleistungen. Allerdings kann die AHF diese Funktion nach Einschätzung der Evaluierungskommission auf Dauer nicht eigenständig leisten oder gar wesentlich ausbauen.

Insgesamt kommt die Evaluierungskommission zu dem Schluss, dass die überwiegende Zahl der von der AHF wahrgenommenen Funktionen heute nicht mehr zeitgemäß ist. Sie empfiehlt daher, die Grundfinanzierung der AHF durch den Freistaat Bayern einzustellen. Die als wichtig erkannte Beratungsfunktion bei der einrichtungsbezogenen Dokumentation von Publikationen sollte in anderer institutioneller Anbindung erhalten bleiben.



4.3.9 Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 224 |
| A. Darstellung | 224 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 224 |
| I.1 Entwicklung | 224 |
| I.2 Aufgaben | 224 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 225 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 225 |
| II.1 Forschung und Entwicklung | 225 |
| II.2 Serviceleistungen | 229 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 230 |
| III.1 Organisation | 230 |
| III.2 Ausstattung | 231 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 233 |
| B. Bewertung | 233 |
| C. Zusammenfassung und Empfehlungen | 235 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München (ISF) ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für das ISF eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. München (ISF) wurde 1965 als unabhängiges, nichtuniversitäres Institut gegründet. Im Zentrum der Arbeit des ISF stand und steht die arbeits- und industriesoziologische Forschung, die sich in enger Verzahnung von empirischen und theoretischen Ansätzen mit der Analyse von Betrieb und Gesellschaft befasst. Dabei beschränken sich die Untersuchungen nicht auf die Großindustrie, sondern beziehen auch kleine und mittlere Unternehmen, die Dienstleistungsbranche und den Öffentlichen Dienst mit ein. Inhaltlich bearbeitet die ISF ein breites Spektrum. Historische Beispiele hierfür umfassen Studien zu Berufsaussichten und Berufsausbildung in den 1960er-Jahren, die Entwicklung des Ansatzes des segmentierten Arbeitsmarkts sowie die Auseinandersetzung mit Fragen der Lohn- und Leistungs politik und Beiträge zum Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“ in den 1970er-Jahren und Forschung zur „systemischen Rationalisierung“ sowie Beiträge zur Entwicklung industriesoziologischer Methoden in den 1980er- und 1990er-Jahren.

I.2 Aufgaben

Das ISF geht davon aus, dass alle gesellschaftlichen Akteure Wissen über Arbeit und über Gestaltungskonzepte für Arbeit benötigen. Dementsprechend bildet die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Erscheinungen des Wandels von Arbeit und seinen Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Gesellschaft den Kern der Forschungsaktivitäten am ISF. Das ISF verfolgt das Ziel, Ansätze zur Gestaltung von Arbeit zu entwickeln, die die Innovationsfähigkeit von Unternehmen stärken und zugleich soziale und humane Lebensbedingungen für die Beschäftigten bieten. Dabei erfährt das Zusammenwirken zwischen der betrieblichen Organisation von Arbeit mit anderen gesellschaftlichen Bereichen wie dem Bildungs- und Beschäftigungssystem besondere Aufmerksamkeit.

Neben den Forschungsaktivitäten bilden die Qualifizierung wissenschaftlichen Personals, die Beteiligung an der Lehre an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie der Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft, Verbände, Politik und Medien ergänzende Arbeitsfelder des ISF.

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Das ISF nimmt nach eigener Einschätzung eine führende Rolle auf dem Gebiet der arbeits- und industriesoziologischen Forschung ein. Von anderen Einrichtungen mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung auf nationaler wie internationaler Ebene unterscheidet sich das ISF nach eigenen Angaben durch selbst entwickelte, originäre Forschungsansätze und Konzepte, durch die Verbindung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung und die große Kontinuität im Bereich des wissenschaftlichen Personals trotz nahezu ausschließlicher Drittmittelfinanzierung. Darüber hinaus ermöglicht die Organisationsform als nichtuniversitäre Einrichtung nach eigener Einschätzung eine effiziente Drittmittelakquise durch unbürokratische und flexible Organisationsstrukturen und den professionellen Transfer von Forschungsergebnissen, der durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Grafik/Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Lektorat und Veranstaltungsmanagement unterstützt wird.

A.II Arbeitsschwerpunkte

Nach Angaben des ISF entfallen etwa 50 % der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals auf Forschung, 30 % auf Entwicklung bzw. Gestaltung und 20 % auf Transfertätigkeiten. Dabei weist das ISF darauf hin, dass bei in Kooperation mit Unternehmen durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprojekten der Transfer von Forschungsergebnissen einen unmittelbaren Bestandteil der Forschungsarbeit bildet.

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Arbeits- und Forschungsprogramm

Das ISF verfolgt einen anwendungs- und praxisorientierten Forschungsansatz, der für den Bereich der Arbeitsforschung relevante gesellschaftliche Problemstellungen aufgreift, aus empirischer und theoretischer Perspektive untersucht und in Kooperation mit Unternehmen und anderen Institutionen Modelle zur Gestaltung von Arbeit entwickelt. Hierbei kommt ein breites Spektrum von Methoden zur Anwendung, das Untersuchungen in Betrieben und Interviews mit Beschäftigten und Experten ebenso einschließt wie theoretische Reflexion, Politikberatung, Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit. Um die anwendungsorientierte Forschung zu fundieren, betreibt das ISF Grundlagenforschung, z. B. über die Beteiligung an Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Die wissenschaftliche Verantwortung für die Weiterentwicklung der Forschungsprogrammatisik ist dezentral auf die einzelnen Arbeitsbereiche verteilt. Die Gesamtkoordination der Forschung übernimmt der Institutsrat, der auch neue Forschungsschwerpunkte definiert. Nach Darstellung des ISF werden neue Forschungsthemen prospektiv auf der Grundlage antizipierter fachlicher und praktischer Problemstellungen identifiziert, sodass das ISF die Forschungstrends in der Arbeits- und Industriesoziologie selbst mitprägt.

b) Arbeitsbereiche und Forschungsschwerpunkte

Das Arbeits- und Forschungsprogramm des ISF gliedert sich in drei Arbeitsbereiche.

Im Zentrum von Arbeitsbereich 1 steht die Erweiterung des Verständnisses von Arbeit. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Annahme, dass das traditionelle Verständnis von Arbeit als planmäßigem, zweckrationalem Handeln erweitert werden muss. Nach eigener Darstellung zeigen Forschungsergebnisse dieses Arbeitsbereichs, dass die Bewältigung von Arbeitsanforderungen in der Praxis neben zweckrational-objektivierendem Handeln auch erfahrungsgeleitet-subjektivierendes Handeln erfordert, das insbesondere für die Bewältigung von Ungewissheit unverzichtbar ist. Aus dieser Erkenntnis über den Stellenwert von Erfahrungswissen ergeben sich u. a. ein erweitertes Verständnis informeller Prozesse in Unternehmen sowie Anstöße für die Organisation und Technisierung von Arbeit und für Bildung und Personalentwicklung. Der Arbeitsbereich gliedert sich in die Forschungsschwerpunkte „Gesellschaftlicher Umgang mit Erfahrungswissen“, „Innovation jenseits traditionellen Managements: Informelles und erfahrungsgeleitetes Arbeitshandeln“, „Nachhaltige Innovationsfähigkeit industrieller Hightech-Branchen“, „Vertrauen in und zwischen Unternehmen“ und „Am Rande und jenseits der Erwerbsarbeit“.

Die Forschungsaktivitäten in Arbeitsbereich 2 gehen von der Hypothese aus, dass sich die gesellschaftliche Organisation von Arbeit im Umbruch befindet. Als Ursachen dieses Prozesses werden sowohl ökonomische (Globalisierung, Tertiarisierung, Informatisierung etc.) als auch individuelle Entwicklungstendenzen (Individualisierung, Wertewandel etc.) ausgemacht. Es wird angenommen, dass die Entwicklung der Organisation von Arbeit, die durch Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel gekennzeichnet ist, zu einer verschärften Heterogenität von gesellschaftlichen Strukturen führt, neue Chancen und Risiken birgt und durch konfliktreiche Dynamiken geprägt ist. Diese Hypothesen werden in fünf Forschungsschwerpunkten – „Betriebliche Leistungspolitik im Wandel“, „Interaktive Arbeit – Dienstleistung als Kooperative Arbeit“, „Legitimation und Krise“, „Entgrenzung von Arbeit: Work-Life-Balance und Gesundheit“ und „Methoden: Forschung und Gestaltung in Unternehmen“ – untersucht.

Arbeitsbereich 3 befasst sich mit dem Wandel von Arbeit in einer global vernetzten Ökonomie. Der durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien geschaffene globale „Informationsraum“ bildet die Grundlage dafür, dass sowohl die Produktion von Gütern als auch die Erbringung von Dienstleistungen heute zunehmend in weltweit verteilten und vernetzten Wertschöpfungsketten stattfinden. Hieraus ergeben sich grundlegende Fragestellungen zu den Folgen für Arbeit und Beschäftigung sowie zu notwendigen Anpassungen von Unternehmensstrategien und damit auch zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Untersuchung dieser Fragen erfolgt sowohl mit Blick auf klassische exportorientierte Kernbranchen der deutschen Industrie (z. B. Metall- und Elektroindustrie, Automobilindustrie, Maschinen- und Anlagenbau) als auch moderne Dienstleistungsbereiche (z. B. Software-Entwicklung, IT- und Finanzdienstleistungen). Der Arbeitsbereich umfasst die Forschungsschwerpunkte „Globale Wertschöpfungsketten“, „Arbeit in der global vernetzten Ökonomie“ und „Interessenvertretung in der global vernetzten Ökonomie“.

c) Publikationen und Tagungen

In den Jahren 2008 bis 2010 veröffentlichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF insgesamt 24 Monographien, 25 Aufsätze in referierten und 20 Aufsätze in nichtreferierten Zeitschriften, drei eigenständige nichtreferierte Internetpublikationen, 143 Beiträge zu Sammelwerken im Fremdverlag und zwei Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag sowie 38 Stellungnahmen/Politikpapiere.

Das ISF gibt verschiedene Printpublikationen (z. T. mit eigener ISBN) heraus, darunter die Reihe „ISI Forschungsergebnisse“ und „ISF Aktuell“. Die Auflagen betragen 200 bis 300 Exemplare. Für größere Projekte gibt das ISF eigene Printreihen heraus (teilweise mit eigener ISSN). Hinzu kommen selbst herausgegebene Broschüren, Arbeitspapiere, Dokumentationen etc. Für die Erstellung der Publikationen verfügt das ISF über ein eigenes professionelles Buchlektorat und eine professionelle Grafikkonzeption und -erstellung. Alle Publikationen werden auf der Website des ISF dokumentiert. Darüber hinaus werden Forschungsergebnisse des ISF in digitaler Form auf der eigenen Website sowie auf den Websites von Kooperationspartnern und Projektträgern veröffentlicht. Die älteren Publikationen des ISF bis etwa zum Jahr 2000 wurden mit Mitteln der DFG digitalisiert und sind auf der Website des ISF sowie über das Social Science Open Access Repository (SSOAR) verfügbar.

Im Berichtszeitraum hat das ISF 32 Workshops, Tagungen und Konferenzen veranstaltet. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ISF hielten Vorträge auf 23 internationalen Konferenzen.

d) Transfer

Das ISF versteht Wissenstransfer als eine eigenständige Aufgabe, die ebenso anspruchsvoll ist wie die Forschungsarbeit selbst. Um die Forschungsergebnisse der Praxis zugänglich zu machen, werden in Kooperation mit Unternehmen Gestaltungsprojekte durchgeführt und nach Kriterien der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgewertet. Die Forschungsergebnisse werden zielgruppenspezifisch aufbereitet und sowohl in einzelnen Unternehmen vorgestellt (z. B. durch Vorstandspräsentationen, Betriebsversammlungen, Workshops etc.) als auch über Multiplikatoren wie Verbände und Gewerkschaften für einen großen Kreis von Unternehmen nutzbar gemacht. Außerdem werden entsprechend aufbereitete Projektergebnisse über verschiedene Medien (Rundfunk, Fernsehen, Tageszeitungen) der allgemeinen Öffentlichkeit nahegebracht. Der zielgruppengerechte Wissenstransfer wird durch eine professionelle Grafik- und Lektoratsabteilung im eigenen Haus unterstützt.

e) Drittmittel

Das ISF hat im Zeitraum 2008 bis 2010 Drittmittel in Höhe von 7.344 Tsd. Euro eingeworben. Der bei Weitem wichtigste Drittmittelgeber war dabei der Bund mit 5.666 Tsd. Euro, gefolgt von der Wirtschaft mit 589 Tsd. Euro, der DFG mit 393 Tsd. Euro und Stiftungen mit 387 Tsd. Euro. Hinzu kamen Mittel der UN sowie von Gewerkschaften und Universitäten in Höhe von 172 Tsd. Euro sowie der EU in Höhe von 137 Tsd. Euro.

f) Kooperationen

Im Zeitraum 2008 bis 2010 kooperierte das ISF mit 34 Hochschulen (davon 13 im Ausland), 17 nichtuniversitären Forschungseinrichtungen (davon fünf im Ausland), 43 Unternehmen und rund 40 weiteren Partnern, darunter verschiedene Bildungsträger, Verbände, Gewerkschaften, Beratungsinstitute und Kompetenzzentren. Vertraglich festgelegte Kooperationen bestanden mit 19 Hochschulen (davon fünf im Ausland), drei öffentlichen und elf privaten nichtuniversitären Forschungseinrichtungen (davon eine im Ausland), 39 Industrieunternehmen und drei Verbänden sowie der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall. Das ISF weist darauf hin, dass viele der nicht vertraglich festgelegten Kooperationsbeziehungen gleichwohl eine hohe Intensität haben. Hierzu zählen z. B. Forschungs- und Gestaltungsvorhaben mit Unternehmen und die Konzeption und Durchführung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit Verbänden und Gewerkschaften.

Die wichtigsten lokalen und regionalen Kooperationspartner des ISF sind im hochschulischen Bereich die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), die Technische Universität München, die Hochschule München, die Universität Augsburg und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Hinzu kommen verschiedene Verbände (z. B. der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie), Forschungseinrichtungen (z. B. das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg) und Unternehmen (Siemens AG, BMW AG, EMC Deutschland GmbH). Auf nationaler Ebene zählen Soziologische Institute bzw. Forschungsstellen an der Technischen Universität Chemnitz, der Georg-August-Universität Göttingen, der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Universität Duisburg-Essen und der Friedrich Schiller-Universität Jena sowie verschiedene Verbände (z. B. Zentralverband der Elektro- und Elektronikindustrie), Gewerkschaften (z. B. ver.di) und Unternehmen (z. B. SAP Deutschland GmbH) zu den wichtigsten Kooperationspartnern. Internationale Kooperationsbeziehungen bestehen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen in Österreich, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Japan und den USA.

g) Hochschullehre und wissenschaftlicher Nachwuchs

Sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF sind außerplanmäßige Professorinnen und Professoren oder Privatdozentinnen und Privatdozenten an verschiedenen Hochschulen (Friedrich-Schiller-Universität Jena, Hochschule München, Universität Augsburg, LMU, Technische Universität Darmstadt) und tragen im Rahmen dieser Tätigkeit zur Hochschullehre bei. Hinzu kommen weitere neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die als Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten tätig sind. Insgesamt haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF im Berichtszeitraum Lehrveranstaltungen im Umfang zwischen 22 und 33 Semesterwochenstunden pro Jahr erbracht.

Die Professorinnen und Professoren sowie die Privatdozentinnen und Privatdozenten betreuten an ihren Hochschulen zum Erhebungszeitpunkt (30.06.2011) insgesamt zwölf Doktorandinnen und Doktoranden. Zum gleichen Zeitpunkt arbeiteten

neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF an ihrer Promotion. Die Finanzierung von Doktorandinnen und Doktoranden erfolgt über Doktorandenstellen mit einem Umfang von zwei Drittel der üblichen Arbeitszeit oder über Promotionsstipendien von Begabtenförderungswerken. Alle Doktorandinnen und Doktoranden sind in Forschungsprojekte des ISF eingebunden. Am ISF werden jährlich durchschnittlich acht Abschlussarbeiten (Bachelor, Master, Diplom) sowie eine Praktikantin oder ein Praktikant betreut.

h) Qualitätssicherung

Auf institutioneller Ebene nimmt der Institutsrat eine qualitätssichernde Funktion wahr, indem er die Forschungsprojekte und -ergebnisse mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Thematik, die empirische und theoretische Begründbarkeit und Plausibilität, die Wirtschaftlichkeit der Forschungsvorhaben sowie Ergebnistransfer und Wissenschaftskommunikation beurteilt. Außerdem koordiniert der Institutsrat die abteilungsübergreifende Forschungsplanung. Dem Institutsrat gehören sieben Mitglieder an, die sämtlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF sind. Eine regelmäßige externe Evaluation des Gesamtinstituts findet derzeit nicht statt.

Auf der Ebene einzelner Projekte wird eine externe Qualitätssicherung zunächst dadurch gewährleistet, dass alle drittmittelfinanzierten Forschungsvorhaben vor der Bewilligung einer wissenschaftlichen Begutachtung nach Maßgabe der Drittmittelgeber unterzogen werden. Bewilligte Projekte werden von wissenschaftlichen Projektbeiräten oder den Fachreferenten der Projektträger begleitet. Der internen projektbezogenen Qualitätssicherung dient die Vorstellung von Projektkonzepten und Forschungsergebnissen in einem Forschungskolloquium. Für Qualifikationsarbeiten besteht eine eigene Veranstaltungsreihe.

II.2 Serviceleistungen

Die Forschungsvorhaben des ISF werden überwiegend als Verbundprojekte durchgeführt. Zu den in diesem Zusammenhang erbrachten Serviceleistungen zählen die Aufbereitung der Forschungsergebnisse für Projektakteure, die Fachöffentlichkeit und die weitere Öffentlichkeit, die Organisation von Tagungen, Workshops und ähnlichen Veranstaltungen sowie die Dokumentation der Veranstaltungen in digitaler und gedruckter Form. Die Nutzer der Serviceleistungen umfassen Wissenschaft, Projektträger, Unternehmen, Verbände und die weitere Öffentlichkeit. Die Nutzer sind bislang nicht in ein Beratungsgremium eingebunden.

Das Interesse an den Serviceleistungen des ISF hat nach eigener Einschätzung in den letzten Jahren stetig zugenommen, was auf wachsende Anforderungen an den Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis und die allgemeine Öffentlichkeit zurückgeführt wird. Eine entsprechende Ausweitung der Serviceleistungen sowie die Erschließung neuer Nutzergruppen werden nach Aussage des ISF aber durch die verfügbaren Kapazitäten begrenzt.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur und Leitung

Das ISF hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Satzungsgemäße Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Außerdem eröffnet die Satzung die Möglichkeit, ein Kuratorium einzurichten, dessen Mitglieder von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Die Mitgliederversammlung nimmt den Tätigkeitsbericht des Vorstands entgegen, genehmigt die Jahresabrechnung, entlastet den Vorstand, wählt die Mitglieder und beschließt über Satzungsänderungen, den Ausschluss von Mitgliedern und die Auflösung des Vereins.

Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, die durch Arbeiten auf dem Forschungsgebiet des ISF ausgewiesen sein sollen. Dem Vorstand obliegen die Leitung des Instituts sowie die Aufstellung des Haushaltsplans und der Jahresabrechnung. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden oder die Vorsitzende, den Stellvertretenden Vorsitzenden oder die Stellvertretende Vorsitzende, den Schatzmeister oder die Schatzmeisterin sowie den Schriftführer oder die Schriftführerin.

Neben der Satzung regelt ein Selbstverwaltungsstatut die Organisation des ISF. Leitendes Prinzip des Selbstverwaltungsstatuts ist die möglichst umfassende Mitbestimmung der Institutsmitglieder bei allen sie betreffenden Angelegenheiten und in Grundsatzfragen. Die Organe der Selbstverwaltung sind die Wissenschaftler-Teams, die Interessengemeinschaft Verwaltung (IGV) als Vertretung der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Institutsversammlung und der Institutsrat. Sowohl die wissenschaftlichen Teams als auch die Verwaltung sind in der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben weitgehend autonom. Der Institutsversammlung gehören alle Beschäftigten des ISF an. Die Institutsversammlung ist das Beschlussorgan in allen Fragen, die das Statut und den Sitz des Instituts betreffen, sowie in allen Grundsatzfragen. Die Institutsversammlung wird zweimal im Jahr vom Institutsrat einberufen. Der Institutsrat führt im Auftrag des Vorstands die Geschäfte und koordiniert die wissenschaftlichen Tätigkeiten der Arbeitsbereiche. Ihm gehören von den Wissenschaftler-Teams gewählte Vertreterinnen und Vertreter sowie eine Vertreterin oder ein Vertreter der Verwaltung an, die oder der von der IGV gewählt wird.

Die Wissenschaftler-Teams sind drei wissenschaftlichen Arbeitsbereichen zugeordnet. Die Projekte werden von erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleitet, die neben wissenschaftlicher Expertise auch über Erfahrung mit der Steuerung und Organisation von durch heterogene Akteurskonstellationen gekennzeichneten Verbundprojekten verfügen. Eine wesentliche Aufgabe des Leitungspersonals stellt die kontinuierliche Drittmittelakquise dar. Das ISF legt großen Wert darauf, die jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts mit allen diesen

Arbeitsbereichen vertraut zu machen und so sowohl den kontinuierlichen Aufbau von Fach- und Erfahrungswissen als auch eine graduell zunehmende Übernahme von Verantwortung zu ermöglichen.

Nach eigener Darstellung verfügt das ISF – u. a. durch eine weitgehende personelle Identität von Vorstand und Institutsrat – über eine hohe Flexibilität in forschungspolitischen und sonstigen strategischen Fragen. Außerdem betont das ISF die Bedeutung der flachen Hierarchie, die eine schnelle Reaktion auf neue Anforderungen im operativen Geschäft ermögliche. Das ISF beurteilt die bestehende Organisationsstruktur als zweckmäßig.

b) Verhältnis zu den Zuwendungsgebern

Da sich das ISF nahezu ausschließlich aus Drittmitteln finanziert, sind seine maßgeblichen Zuwendungsgeber die Drittmittelgeber auf nationaler und internationaler Ebene. Nach Darstellung des ISF bildet dabei der Umgang mit den verschiedenen inhaltlichen, administrativen und finanztechnischen Anforderungen die entscheidende Herausforderung. Das ISF verfügt nach eigenen Angaben über im Lauf der Zeit gewachsene, kontinuierliche Kooperationsbeziehungen mit den Drittmittelgebern, die eine effiziente Gestaltung aller Abläufe von der Antragstellung über die Projektbearbeitung bis zum Abschluss ermöglichen.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Das ISF verfügt über keine institutionellen Stellen. Das gesamte Personal wird aus Drittmitteln finanziert. Zum Zeitpunkt der Erhebung (Stand: 30.06.2011) waren am ISF insgesamt 39 Personen beschäftigt. Es bestanden Stellen für wissenschaftliches Personal im Umfang von 20,625 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und für nichtwissenschaftliches Personal im Umfang von 5,775 VZÄ. Trotz Drittmittelfinanzierung unterlagen lediglich wissenschaftliche Stellen im Umfang von 6,72 VZÄ einer Befristung, der Rest der Stellen für wissenschaftliches Personal war unbefristet besetzt. Der Umfang der wissenschaftlichen bzw. nichtwissenschaftlichen Stellen hat zwischen 2008 und 2010 um 2,87 VZÄ bzw. 0,41 VZÄ zugenommen.

Zum Erhebungszeitpunkt bestand ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis beim wissenschaftlichen Personal, das sich aus 17 Männern und 14 Frauen zusammensetzte. Ein ähnliches Bild bot sich bei den Leitungsgremien (Vorstand: fünf Männer, vier Frauen; Institutsrat: vier Männer, drei Frauen). Bei Neueinstellungen achtet das ISF nach eigenen Angaben darauf, dass Frauen mindestens hälftig vertreten sind.

Das ISF hatte nach eigenen Angaben in den letzten Jahren keine nennenswerten Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen oder zu halten. Das ISF führt diese Tatsache in erster Linie auf die etablierten Karrierepfade zurück, die vom Doktorandenstatus zur regulären unbefristeten Mitarbeit als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler einschließlich Projektleitungstätigkeiten reichen.

Einschränkungen sieht das ISF mit Blick auf die Begleitung von Habilitationen, die wegen der fehlenden Grundfinanzierung nicht hinreichend gefördert werden könnten. Außerdem kann das ISF keine Professuren anbieten, weshalb immer wieder qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das ISF verlassen, um eine Professur an einer Hochschule anzunehmen. Im Erhebungszeitraum von 2008 bis 2010 war dies allerdings nur einmal der Fall; insgesamt haben in diesem Zeitraum zwei Mitarbeiterinnen eine wissenschaftliche Tätigkeit an einer anderen Einrichtung aufgenommen.

Zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ISF wurden im Erhebungszeitraum in wissenschaftliche Gremien berufen (u. a. in Beiräte von verschiedenen Einrichtungen und Projekten, in Arbeits- und Expertenkreise, in den Vorstand eines Sonderforschungsbereichs der DFG und auf die Leitung einer universitären Forschungseinheit).

b) Finanzen

Die Finanzierung des ISF erfolgt seit seiner Gründung nahezu ausschließlich aus Drittmitteln. Die Mittelzuweisung an die drei Arbeitsbereiche erfolgt auf der Grundlage ihres Einwerbenerfolgs. Die Arbeitsbereiche sind für ihre eigenen Finanzen verantwortlich, eine Querfinanzierung findet nur in Ausnahmefällen statt. Eine unzureichende Drittmittelinwerbung führt zur Versetzung von Personal in andere Arbeitsbereiche. Hieraus ergibt sich ein hoher Anreiz für alle Arbeitsbereiche und sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Drittmittelakquise. Das ISF hat eine Kosten-Leistungs-Rechnung eingeführt. Ein Globalhaushalt besteht nicht. Eingeworbene Drittmittel führen nicht zu einer Minderung des staatlichen Zuschusses.

Laut Wirtschaftsplan geht das ISF für 2012 von einem Umsatz von gut 3 Mio. Euro und einem Jahresüberschuss von 33 Tsd. Euro aus. Vom Freistaat Bayern erhält das ISF einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 122 Tsd. Euro. Hinzu kommen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Mieterlösen in Höhe von rund 69 Tsd. Euro. Auf der Ausgabenseite stellen die Personalkosten mit 2.188 Tsd. Euro den größten Kostenblock dar, wovon wiederum der größte Anteil mit 1.659 Tsd. Euro auf die Ausgaben für das wissenschaftliche Personal entfallen. Weitere größere Aufwendungen umfassen u. a. Materialkosten (230 Tsd. Euro), Raumkosten (140 Tsd. Euro), Ausgaben für Fremdleistungen (135 Tsd. Euro), Reisekosten (130 Tsd. Euro) sowie Ausgaben für Tagungen (40 Tsd. Euro) und Literatur (15 Tsd. Euro).

Das ISF bewertet den geringen staatlichen Anteil an der Finanzierung als schwerwiegendes Problem, weil die Realisierung von Forschungsprojekten, die eine aus Eigenleistungen finanzierte Grundausstattung voraussetzen, mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Hierdurch werden nach Darstellung des ISF insbesondere der angestrebte Ausbau der internationalen Forschung sowie die mittel- und längerfristige Forschungsplanung sehr erschwert.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Das ISF verfügt über Räumlichkeiten mit einer Gesamtfläche von 997 qm. Hiervon entfallen 851 qm auf Büroräume und Funktionsräume. Hinzu kommen Bibliotheks-

räume (79 qm) und zwei Besprechungsräume (47 qm). Die übliche Büroausstattung ist vorhanden (lokales Windows-Netzwerk, PCs, Notebooks, verschiedene Drucker, Kopierer, zwei Beamer).

A.IV Künftige Entwicklung

Das ISF geht davon aus, dass die quantitative und qualitative Entwicklung der Erwerbsarbeit auf absehbare Zeit ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema bleiben wird. In Zukunft sollen weiterhin aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich aufgegriffen und wissenschaftlich bearbeitet werden. Als Beispiele für künftige Beschäftigungsfelder nennt das ISF Gefährdungen der Gesundheit und Lebensgestaltung bei qualifizierter selbstverantwortlicher Arbeit, die Arbeitsgestaltung und Personalentwicklung angesichts des demographischen Wandels, den produktiven Umgang mit Ungewissheit in Innovationsprozessen, Wertschöpfung und Arbeit in der Service Economy (Service Science) sowie verteilte und vernetzte Arbeit in globalisierten Wertschöpfungsketten.

Um seine führende Rolle in der deutschen Arbeitsforschung weiter auszubauen, verfolgt das ISF die Strategie, bestehende institutionelle Stärken wie die Projektförderung der Arbeit, das hohe Maß an Selbstorganisation und die dezentrale Akquise von Projekten und Drittmitteln weiterzuentwickeln und zugleich Synergieeffekte und die Kommunikation und Zusammenarbeit auf Institutsebene zu verstärken. Außerdem sollen nationale und internationale Kooperationen ausgebaut und die bestehenden regionalen Partnerschaften zu einem „Netzwerk Arbeitsforschung“ weiterentwickelt werden.

B. Bewertung

Nach Einschätzung der Evaluierungskommission zählt das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) zu den führenden deutschen Instituten im Bereich der anwendungs- und problemorientierten Forschung auf dem Gebiet der Arbeits- und Industriesoziologie. Besonders hervorzuheben ist die über einen langen Zeitraum ausgesprochen erfolgreiche Drittmittelakquise: seit seiner Gründung im Jahr 1965 finanziert sich das ISF nahezu ausschließlich aus Drittmitteln. Neben der Forschung erfüllt das ISF wichtige Aufgaben beim Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft, Verbände, Gewerkschaften, Politik und Medien. Hinzu kommen Beiträge zur Ausbildung von Studierenden und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Diese Tätigkeiten sind von besonderer Bedeutung, weil im Bereich der Arbeits- und Industriesoziologie ein eher rückläufiges Interesse der Hochschulen festzustellen ist (so verfügt z. B. die LMU München seit einiger Zeit nicht mehr über einen einschlägigen Lehrstuhl).

Gewisse Einschränkungen dieser insgesamt ausgesprochen positiven Beurteilung ergeben sich aus der geringen Grundfinanzierung des ISF, aus der ein permanenter Zwang zur Akquise von Drittmitteln resultiert, die eine Reihe negative Konsequenzen hat. So schränkt der hohe Aufwand, der mit der Antragstellung und der Projektdurchführung verbunden ist, die für die Publikation von Forschungsergebnissen verfügbare Zeit stark ein, sodass die Zahl der internationalen Publikationen – und damit auch die internationale Sichtbarkeit des ISF – hinter dem zurückbleiben, was angesichts der

hohen Qualität der Forschung möglich wäre. Zudem hat der hohe Akquisitionsdruck erkennbare Auswirkungen auf das Drittmittelportfolio. Dies geht zwar nicht so weit, dass das ISF opportunistisch auf sämtliche Ausschreibungen reagieren müsste, ohne die thematische Relevanz für das eigene Forschungsprogramm zu beachten; festzustellen ist aber eine starke Fokussierung auf Programme des Bundes, während Mittel aus dem Normalverfahren der DFG, die eher grundlagenorientierte Arbeiten ermöglichen würden, wegen der für erfolgreiche Anträge nötigen langen Vorlaufzeit unterrepräsentiert sind. Ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Mitteln verschiedener Förderinstitutionen und insbesondere ein Ausbau der DFG-Förderung scheinen hier wünschenswert. Im Zusammenhang mit der Akquise von Drittmitteln muss außerdem darauf hingewiesen werden, dass verschiedene Drittmittelgeber (darunter der Bund) einen gestiegenen Eigenanteil aus institutionellen Mitteln der antragstellenden Einrichtung verlangen. Unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen führt diese Situation zu einer Gefährdung der Antragsfähigkeit des ISF.

Mit Blick auf die Nachwuchsförderung sind ebenfalls negative Auswirkungen der geringen finanziellen Grundausstattung zu konstatieren. Die am ISF übliche, sehr intensive Einbindung von Nachwuchskräften in Projekte hat zwar auch positive Aspekte (beispielsweise können so frühzeitig Erfahrungen im Projektmanagement und bei der Drittmittelakquise gesammelt werden); es besteht aber die Gefahr, dass dies zulasten einer ausgewogenen wissenschaftlichen Ausbildung geht.

Auf der Grundlage dieser Einschätzung empfiehlt die Evaluierungskommission dem Freistaat Bayern nachdrücklich, die institutionelle Grundfinanzierung des ISF substantiell zu erhöhen. Mit Blick auf den gesamten Haushalt des ISF erscheint der Evaluierungskommission ein Verhältnis von einem Drittel Grund- zu zwei Dritteln Drittmitteln angemessen. Eine in diesem Umfang aufgestockte finanzielle Grundausstattung ist erforderlich, um zeitliche Freiräume für eine intensiviertere Publikationstätigkeit zu eröffnen, die es erlauben, das wissenschaftliche Potenzial des ISF noch erheblich besser auszuschöpfen als bisher. Hiervon würde ohne Frage auch die internationale Sichtbarkeit des ISF profitieren. Zudem könnten auch die Auslandskontakte des ISF – u. a. durch mehr und längere Gastaufenthalte – intensiviert werden, wodurch eine bessere internationale Vernetzung und eine weitere Qualitätssteigerung möglich würden. Auch würden Kapazitäten für eine flexiblere Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals geschaffen sowie zeitliche Freiräume für Recherchen und Aktivitäten zur Erstellung von DFG-Anträgen. Darüber hinaus ist auch eine weitere verbesserte Nachwuchsförderung zu erwarten, die zudem durch den Ausbau eines strukturierten Nachwuchsförderprogramms gestärkt werden sollte. Schließlich bildet eine substantiell verbesserte Grundfinanzierung eine notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Antragsfähigkeit des ISF und damit für seinen weiteren wissenschaftlichen Erfolg.

In struktureller Hinsicht empfiehlt die Evaluierungskommission darüber hinaus, dauerhaft eine engere Anbindung des ISF an eine bayerische Universität sicherzustellen. Dies könnte z. B. mithilfe einer Kooperationsprofessur umgesetzt werden. Die bereits erfolgreich realisierte Anbindung des ISF an die Hochschule München, an der eine Mitarbeiterin des ISF eine Professur innehat, wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt.

Abschließend gibt die Evaluierungskommission ihrer Überzeugung Ausdruck, dass eine deutliche Aufstockung der Grundfinanzierung im oben beschriebenen Umfang dem ISF einen erheblichen Qualitätssprung ermöglichen würde. Angesichts der bereits heute erreichten nationalen Sichtbarkeit des ISF und der insgesamt moderaten Höhe der hierfür einzusetzenden Mittel hält die Evaluierungskommission eine solche Verbesserung der Grundfinanzierung für äußerst lohnenswert.

C. Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Aufgaben des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) umfassen die anwendungs- und problemorientierte Forschung auf dem Gebiet der Arbeits- und Industriosozologie und den Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft, Verbände, Gewerkschaften, Politik und Medien. Hinzu kommen Beiträge zur Ausbildung von Studierenden und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Nach Auffassung der Evaluierungskommission zählt das ISF zu den führenden Einrichtungen auf seinem Gebiet in Deutschland. Neben der hohen Qualität der wissenschaftlichen Arbeit ist insbesondere die seit der Gründung des ISF im Jahr 1965 konstant erfolgreiche Drittmittelakquise hervorzuheben. Auch die Leistungen bei der Ausbildung von Studierenden und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind – insbesondere angesichts eines eher rückläufigen Interesses der Hochschulen am Bereich der Arbeits- und Industriosozologie – von großer Bedeutung. Gewisse Einschränkungen dieser sehr positiven Gesamteinschätzung sind nach Einschätzung der Evaluierungskommission im Wesentlichen das Ergebnis der unzureichenden finanziellen Grundausstattung des ISF. So führt die hohe Abhängigkeit von Drittmitteln zu einem permanenten Akquisitionsdruck, der sich negativ auf die für die Publikation von Forschungsergebnissen verfügbare Zeit auswirkt. Aus diesem Grund bleibt insbesondere die Zahl der Publikationen in hochrangigen Zeitschriften – und damit auch die internationale Sichtbarkeit des ISF – hinter dem zurück, was angesichts der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit möglich wäre. Auch im Bereich der Nachwuchsförderung sind aufgrund der zum Teil übermäßig intensiven Einbindung von Nachwuchskräften in Projekte negative Auswirkungen der hohen Drittmittelabhängigkeit zu beobachten.

Auf der Grundlage dieser Einschätzung empfiehlt die Evaluierungskommission dem Freistaat Bayern nachdrücklich, die institutionelle Finanzierung des ISF deutlich zu erhöhen. Dabei hält die Evaluierungskommission ein Verhältnis von einem Drittel Grund- zu zwei Dritteln Drittmitteln im Haushalt des ISF für angemessen. Außerdem sollten ein strukturiertes Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingerichtet und eine engere Anbindung des ISF an bayerische universitäre Strukturen (z. B. über eine Kooperationsprofessur) dauerhaft sichergestellt werden. Die Evaluierungskommission ist überzeugt, dass eine Aufstockung der Grundfinanzierung im beschriebenen Umfang – bei insgesamt überschaubarem Mitteleinsatz – äußerst lohnenswert ist und dem ISF einen Qualitätssprung ermöglichen würde.



4.3.10 Frauenakademie München

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 238 |
| A. Darstellung | 238 |
| A.I Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 238 |
| I.1 Entwicklung | 238 |
| I.2 Aufgaben | 238 |
| I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen | 239 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 239 |
| II.1 Forschung und Entwicklung | 239 |
| II.2 Serviceleistungen | 243 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 244 |
| III.1 Organisation | 244 |
| III.2 Ausstattung | 245 |
| A.IV Künftige Entwicklung | 246 |
| B. Bewertung | 246 |
| C. Zusammenfassung und Empfehlungen | 247 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zur Frauenakademie München e.V. (FAM) ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für die FAM eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung, Aufgaben und Abgrenzung von anderen Einrichtungen

I.1 Entwicklung

Im Jahr 1984 gründeten Münchner Wissenschaftlerinnen den Verein zur Förderung der Frauenakademie München e.V. Hintergrund dieser Initiative war die Erfahrung, dass der Versuch, feministischer Forschung an etablierten wissenschaftlichen Einrichtungen zur Anerkennung zu verhelfen, auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Mit der Gründung eines unabhängigen, nichtuniversitären Instituts sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, feministische Ideen zu entwickeln und geschlechterbezogene Themen anders zu bearbeiten, als dies im etablierten Wissenschaftsbetrieb möglich war. Zugleich verband sich hiermit das Ziel, die Gleichstellung von Frauen und Männern im Wissenschaftsbetrieb zu fördern und den Wissenschaftsbetrieb für die Frauenforschung zu öffnen. Der Verein wurde 1992 in Frauenakademie München e.V. (FAM) umbenannt und wird seit 1996 vom Freistaat Bayern als nichtuniversitäre Forschungseinrichtung institutionell gefördert.

Seit der Gründung der FAM wurde – ausgehend von der Situation von Frauen in der Forschung und der Etablierung feministischer Forschung – ein breites Spektrum von Forschungsthemen bearbeitet, das von der Reflexion wissenschaftlicher Methoden aus geschlechtersensibler Sicht über die geschichtliche Frauenforschung, die Rolle von Frauen im Nationalsozialismus, die Chancen und Bedingungen von Frauen in der Erwerbsarbeit und frauenpolitische Aspekte der europäischen Integration bis hin zu Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Feministischer Ökonomie reichte. Neben der Forschung liegt seit Gründung der FAM ein weiterer Schwerpunkt auf der Bildungsarbeit. In diesem Bereich werden nationale und internationale Konferenzen und Tagungen sowie weitere Veranstaltungen durchgeführt, die das Ziel verfolgen, feministische Denkansätze in die gesellschaftliche und wissenschaftspolitische Debatte einzubringen. Darüber hinaus wurde ein spezifisch auf Frauen ausgerichtetes berufliches Beratungs- und Mentoringangebot entwickelt.

I.2 Aufgaben

Vereinszweck ist laut Satzung „die Förderung von Frauenforschung und Frauenforschenden unter besonderer Berücksichtigung der Lebenssituation von Frauen

im akademischen Bereich“ (§ 2 der Satzung der Frauenakademie München e.V.). Im Selbstbericht der FAM wird das Ziel der Einrichtung weitergefasst; danach ist der Verein bestrebt, „die Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Frauen darin zu unterstützen, einen gleichberechtigten Platz in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einzunehmen“. Die FAM setzt diese Ziele durch eigene Forschung und Entwicklung sowie Angebote in den Bereichen Bildung und berufliche Beratung um.

I.3 Abgrenzung von anderen Einrichtungen

Laut Selbstbericht ist die FAM die einzige nichtuniversitäre Forschungseinrichtung in Bayern, die sich mit der Frauen- und Geschlechterforschung befasst. Die Organisationsform als nichtuniversitäre, unabhängige Forschungseinrichtung ermöglicht es der FAM nach eigener Einschätzung, flexibel und schnell auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und dabei Themen aufzugreifen, die an Hochschulen wenig bearbeitet werden. Einen weiteren Vorteil sieht die FAM darin, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freier und experimenteller arbeiten können, als dies an Hochschulen möglich ist. Hinzu kommt, dass die externe Perspektive auf Hochschulen nach Einschätzung der FAM eine größere Unabhängigkeit bei der Analyse von deren Gleichstellungsstrategien ermöglicht. Durch ihre sehr gute Vernetzung nimmt die FAM nach eigener Darstellung eine Brückenfunktion zwischen Forschung und Praxis ein und hat Zugang zu einer breiten, an ihren wissenschaftlichen Ergebnissen und Beratungsangeboten interessierten Öffentlichkeit.

A.II Arbeitsschwerpunkte

Die Arbeitsschwerpunkte der FAM umfassen eigene Forschungsprojekte und Auftragsforschung sowie die Entwicklung von Strategien und Problemlösungen im Bereich der Gleichstellung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Außerdem bietet die FAM Serviceleistungen für Dritte an. Hierzu zählen die Politikberatung für Bund, Länder, Kommunen und die Europäische Union sowie Dienstleistungen wie Evaluationen, Schulungen und berufliche Beratung.

II.1 Forschung und Entwicklung

a) Arbeits- und Forschungsprogramm

Nach Angaben der FAM entfallen etwa 70 % der Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals auf Forschung und Entwicklung. Im Zentrum steht dabei die theoretische und empirische Erforschung der gesellschaftlichen Situation von Frauen und Männern und ihrer geschlechterdifferenzierten Einbindung in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die inhaltlichen Schwerpunkte leiten sich aus der Satzung der FAM ab und werden durch den Vorstand, die Arbeitskreise und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FAM konkretisiert. Zusätzliche Anregungen kommen von Vereinsmitgliedern und ergeben sich aus der Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung.

Die FAM verfolgt einen anwendungsorientierten Forschungsansatz und will Veränderungsmöglichkeiten hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft aufzeigen. Anstöße für Forschungsprojekte kommen häufig aus der Praxis, werden dann zu Forschungsfragen weiterentwickelt, theoretisch fundiert und mithilfe von quantitativen und qualitativen Methoden bearbeitet. Die Forschungsergebnisse sowie ihre Interpretation und Einordnung werden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Fachpraxis diskutiert und münden in Fachpublikationen, Leitfäden, Anwendungsprojekte und Dienstleistungen. Ziel dieses Vorgehens ist, einen kontinuierlichen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu gewährleisten.

b) **Forschungsschwerpunkte**

Aktuell werden an der FAM fünf Forschungsschwerpunkte bearbeitet. Im Zentrum des Forschungsschwerpunkts **Gender Mainstreaming und Gender Budgeting** steht das Ziel, die Implementierung von Gender Mainstreaming als der zentralen Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung, der Landesregierungen sowie zahlreicher Organisationen und Verbände mit Forschung und Beratung zu begleiten. Zu den laufenden Aktivitäten in diesem Bereich zählen die Entwicklung einer Umsetzungsstrategie für gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung (Gender Budgeting) auf kommunaler Ebene (in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle der Stadt München) sowie ein vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt mit dem Titel „Bessere Hochschulen durch gleichstellungspolitische Steuerung? (EQUISTU)“. Im Rahmen des letztgenannten Projekts wird untersucht, wie hochschulinterne Steuerungsmechanismen Organisationsstrukturen verbessern und zugleich zu einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems beitragen können.

Der Forschungsschwerpunkt **Feministische Ökonomie** leistet nach Angaben der FAM einen wichtigen Beitrag zur Schließung einer Lücke in der akademischen Volkswirtschaftslehre in Deutschland, die sich kaum mit diesem Forschungsbereich befasst. Im Jahr 2009 organisierte die FAM in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hochschule München ein Symposium mit dem Titel „Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise“. Das Symposium wurde für die Dauer von zwei Jahren als Veranstaltungsreihe fortgeführt und mündete in die Gründung eines Arbeitskreises „Feministische Ökonomie“, dem Vertreterinnen und Vertreter der FAM und weiterer Organisationen angehören. Ausgehend von diesen Aktivitäten konzipiert die FAM derzeit ein Forschungsprojekt zum Thema Care-Ökonomie (Sorge- und Versorgungsökonomie), das in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut und der Hochschule München durchgeführt werden soll.

Im Mittelpunkt des Forschungsschwerpunkts **Europäische Integration und Internationale Beziehungen** stehen die von der europäischen Ebene ausgehenden Impulse für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Auswirkungen von auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auf die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern. In Kooperation mit der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen führt die FAM Seminare in Brüssel und Straßburg durch, die einen direkten Austausch mit der europäischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik ermöglichen. Die von der FAM veranstaltete internationale

Tagung „Gender, Peace and Security 2010“ beleuchtete den Zusammenhang zwischen Geschlechterverhältnissen und -diskursen und der Entstehung kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Herausgabe eines Buchs zu diesem Thema sowie die Veranstaltung einer weiteren Tagung sind geplant.

Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts **Historische Frauenforschung und Zeitgeschichte** befasst sich das bei der FAM angesiedelte Netzwerk „Frauen und Geschichte Bayern“ mit den spezifischen Lebens- und Alltagsbedingungen von Frauen und organisiert Fachtagungen, Ausstellungen und Frauenstadtrundgänge. Darüber hinaus fungiert die FAM als Projektträgerin für den Aufbau eines Archivs der Münchner Frauengesundheitsbewegung der Jahre 1968 bis 2000. In diesem Zusammenhang werden Dokumente und Quellen gesammelt und Interviews mit Zeitzeuginnen geführt. Alle Materialien werden für die Übergabe an das Münchner Stadtarchiv aufbereitet und so der Zeit- und Regionalforschung zugänglich gemacht.

Gegenstand des Forschungsschwerpunkts **Berufliche Frauenförderung** ist die wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der von der FAM entwickelten Angebote zur beruflichen Beratung und Förderung (vgl. Abschnitt A.II.2). Die Evaluationsergebnisse fließen in die Weiterentwicklung der Programme ein.

c) Publikationen und Tagungen

In den Jahren 2008 bis 2010 veröffentlichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FAM laut Selbstbericht zwei Monographien, drei Aufsätze in referierten und drei Aufsätze in nichtreferierten Zeitschriften, fünf eigenständige, nicht-referierte Internetpublikationen, fünf Beiträge zu Sammelwerken im Fremdverlag, zwei Beiträge zu Publikationen im Eigenverlag und ein Politikpapier.

Die FAM veröffentlicht Publikationen im Eigenverlag (mit Auflagen zwischen 100 und 1.000 Stück), gibt eine FAM-Schriftenreihe heraus (Auflage ca. 50 Stück), erstellt einen dreimal jährlich erscheinenden Rundbrief in elektronischer und Druckversion und informiert mit einer monatlichen Rundmail über Neuigkeiten und Termine.

Zwischen 2008 und 2010 veranstaltete die FAM drei Symposien, eine internationale und vier nationale Tagungen sowie zwei internationale Konferenzen. Im selben Zeitraum hielten Mitarbeiterinnen der FAM 27 Vorträge, darunter fünf Vorträge auf Einladung auf internationalen Konferenzen.

d) Transfer

Viele Forschungs- und Entwicklungsergebnisse münden in die Weiterentwicklung der Serviceleistungen der FAM und werden so direkt in die Praxis umgesetzt. Nach Darstellung der FAM treffen die Ergebnisse aufgrund des hohen Anwendungsbezugs der Forschungsprojekte auf eine starke Nachfrage aus der Praxis.

Die FAM macht den größten Teil ihrer Ergebnisse über ihre Website einer breiten Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich und achtet nach eigenen Angaben bei allen Ver-

öffentlichungen auf eine allgemein verständliche Sprache. Für die Zukunft wird die Nutzung neuer sozialer Medien für den Transfer von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen erwogen. Darüber hinaus organisiert die FAM in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern gezielte Veranstaltungen zum Austausch zwischen Wissenschaft und Fachpraxis.

e) Drittmittel

Die FAM hat im Zeitraum 2008 bis 2010 Drittmittel für die Forschung in Höhe von insgesamt 163 Tsd. Euro eingeworben. Davon stammten 12 Tsd. Euro aus Landesmitteln, 76 Tsd. Euro von der EU, 25 Tsd. Euro aus kommunalen Mitteln und 50 Tsd. Euro aus privaten Mitteln. Nach Aussage der FAM ist die Einwerbung von Drittmitteln notwendige Bedingung für die Durchführung eigener Forschungsprojekte (zur Bewilligung von eingeworbenen Drittmitteln für Bildung, s. II.2).

f) Kooperationen

Vertraglich festgelegte Kooperationen bestehen mit dem Stadtarchiv München und der Sozialforschungsstelle der Technischen Universität Dortmund. Außerdem kooperiert die FAM nach eigenen Angaben im Rahmen von Forschungsprojekten und bei der Durchführung von Tagungen mit zahlreichen Hochschulen im In- und Ausland. Zu den Partnern der FAM im nichtuniversitären Bereich zählen – neben dem Stadtarchiv München – das Institut für Zeitgeschichte (IfZ), das Sozialwissenschaftliche Institut München (SIM), das Deutsche Jugendinstitut, das Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung (tifs) und das Genderbüro Berlin. Die wichtigsten Kooperationspartner auf europäischer Ebene sind nach Angaben der FAM das European Gender Budgeting Network sowie das Netzwerk Gender Mainstreaming Experts International. Des Weiteren unterhält die FAM Kooperationsbeziehungen mit Einrichtungen aus der politischen und beruflichen Bildung und der Berufsberatung, mit Frauenverbänden und mit Gleichstellungsstellen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung.

g) Hochschullehre und wissenschaftlicher Nachwuchs

Die FAM beteiligt sich nach eigenen Angaben in geringem Umfang an der Hochschullehre. Im Sommersemester 2011 erbrachte eine Mitarbeiterin der FAM Lehraufträge an der Universität Graz und an der Katholischen Stiftungshochschule München im Umfang von insgesamt vier Semesterwochenstunden (SWS). Darüber hinaus veranstaltet die FAM Informationsabende und Workshops für Promovendinnen und Wissenschaftlerinnen. Hierbei hat die Unterstützung von freien Wissenschaftlerinnen und von Frauen, die berufsbegleitend promovieren, eine besondere Bedeutung. Im Rahmen von Projekten der FAM wurden drei an der Ludwig-Maximilians-Universität München angefertigte Abschlussarbeiten von Mitarbeiterinnen der FAM mitbetreut.

h) Qualitätssicherung

Die Verantwortung für die Qualitätssicherung in allen Arbeitsbereichen der FAM obliegt dem Vereinsvorstand und der Leitung. Grundlage für die Qualitätssicherung

sind die Ergebnisse eines mehrjährigen Organisationsentwicklungsprozesses, in dessen Verlauf ein Leitbild erarbeitet sowie strategische Ziele definiert und für alle Arbeitsgebiete operationalisiert wurden. Die Ziele werden jährlich fortgeschrieben. Die FAM hat Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis erarbeitet, die sich an den entsprechenden Richtlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) orientieren. Für den Bereich Bildung sowie für die berufliche Beratung und das Mentoring existieren eigens entwickelte Qualitätsstandards. Alle Veranstaltungen der FAM werden mithilfe von Feedback-Bögen bewertet. Außerdem legt die FAM dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst jährliche Sachberichte vor und führt alle zwei Jahre eine Selbstevaluation nach den Kriterien der Bundeszentrale für politische Bildung durch. Die Zertifizierung der Bereiche Bildung und berufsbezogene Beratung nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) und perspektivisch auch der Gesamtorganisation nach den Kriterien der European Foundation for Quality Management (EFQM) ist geplant. Die FAM richtet für jedes Forschungsprojekt einen wissenschaftlichen Beirat zur projektbezogenen Qualitätssicherung ein und verfügt deshalb nicht über einen institutionellen Beirat.

Die Auswahl von hauptamtlichem, freiberuflichem und ehrenamtlichem Personal erfolgt auf der Grundlage von schriftlich fixierten Anforderungsprofilen. Zur Personalentwicklung werden Jahresgespräche durchgeführt, im Bereich der beruflichen Beratung werden zudem Supervisionen angeboten. Da die Grundmittel der FAM für Fort- und Weiterbildungen gering sind und Drittmittelprojekte nach Angaben der FAM keine Finanzierung von Weiterbildungen erlauben, bilden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwiegend auf eigene Kosten fort.

II.2 Serviceleistungen

Laut Selbstbericht der FAM nehmen Serviceleistungen etwa 30 % der Tätigkeit des wissenschaftlichen Personals in Anspruch. Die FAM bietet Leistungen in den Bereichen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting an, führt Beratungen zu gleichstellungsorientierter Personalentwicklung sowie Fort- und Weiterbildungen durch, unterstützt Gleichstellungsbeauftragte und Wissenschaftlerinnen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln und entwickelt Handreichungen zu gleichstellungspolitischen Themen. Nachgefragt werden diese Angebote von Hochschulen sowie von Politik und öffentlicher Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Hinzu kommen Beratungs- und Mentoringangebote zur beruflichen Entwicklung und Karriereplanung für hoch qualifizierte Frauen, die das Projekt ZAK – Zentrum für angewandte Kompetenz und Mentoring bereitstellt. Im Rahmen des Münchner Trägerverbands power_m wird ein Erstberatungs- und Mentoringangebot für Frauen und Männer vorgehalten, die nach einer längeren Pause wieder in den Beruf einsteigen (power_m-Infopoint und Mentoring). 2010 wurde ein externes Mentoring für ein Referat der Verwaltung der Stadt München durchgeführt.

Ein Nutzerbeirat existiert nicht. Die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgt über Feedback-Bögen, deren Auswertung auch für die Weiterentwicklung der Ange-

bote herangezogen wird. Laut Selbstbericht setzen alle Serviceleistungen der FAM eigene Forschung und Entwicklung voraus und werden wissenschaftlich begleitet.

Die Serviceleistungen werden wesentlich aus Drittmitteln finanziert. Für den Bereich Bildung wurden in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 64 Tsd. Euro eingeworben. Die größten Geldgeber waren der Bund mit 23 Tsd. Euro und die EU mit 20 Tsd. Euro.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

a) Organisationsstruktur

Die FAM hat die Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins. Strategische Entscheidungen trifft ein fünfköpfiger, ehrenamtlich tätiger Vorstand, der sich monatlich trifft. Der Vorstand wird alle drei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Mitgliederversammlung nimmt die Tätigkeitsberichte des Vorstands entgegen und gibt Anregungen für die Weiterentwicklung der FAM. Die inhaltliche und organisatorische Koordination aller Aktivitäten sowie die Leitungs- und Ressourcenverantwortung obliegen der Geschäftsführung. Ein wissenschaftlicher Beirat existiert derzeit nicht, die Einrichtung eines solchen Gremiums wird aber erwogen. Als Ergebnis von Forschungsprojekten bestehen nach Angaben der FAM Kontakte zu zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die als Mitglieder eines Beirats geeignet wären.

Die interne Gliederung der FAM umfasst die Bereiche Forschung, Bildung und berufliche Beratung. Die Projekte und Referentinnen sind diesen Bereichen zugeordnet. Eine Abteilungsleitungsstruktur besteht nicht. Die Abstimmung zwischen den Projektleiterinnen und der Geschäftsführung erfolgt durch Treffen im Zweiwochenrhythmus. Vorstand, Geschäftsführung und Mitarbeiterinnen treffen sich zwei- bis dreimal pro Jahr, um die strategische Planung und die Jahresziele der Bereiche zu diskutieren.

b) Leitung

Die Geschäftsführung wird von einer hauptamtlich tätigen Person wahrgenommen. Die Stelle wurde überregional ausgeschrieben. Über die Besetzung der Geschäftsführung entscheidet der Vorstand. Die Personalauswahl für Projektleitungsstellen nimmt die Geschäftsführung vor. Projektleitungsstellen werden in der Regel frei ausgeschrieben; Ausnahmen sind möglich, wenn qualifizierte Projektmitarbeiterinnen zur Verfügung stehen oder wenn drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte von externen Wissenschaftlerinnen beantragt werden, die im Falle der Bewilligung bei der FAM angestellt werden. Die Übernahme einer Projektleitung setzt eine Promotion oder vergleichbare wissenschaftliche Leistungen sowie einschlägige praktische Erfahrungen voraus.

c) Verhältnis zum Zuwendungsgeber

Das Verhältnis zum Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als institutionellem Zuwendungsgeber wird von der FAM als gut eingeschätzt.

Der Kontakt zwischen der FAM und dem Ministerium wird über die Geschäftsführerin sowie Austauschtreffen zwischen dem Vorstand der FAM und dem zuständigen Referatsleiter gehalten.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Zum Zeitpunkt der Erhebung (Stand: 30.06.2011) umfasste der Stellenplan der FAM eine institutionelle Stelle im Umfang von 0,7 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) für wissenschaftliches Personal; diese Stelle wurde von der Geschäftsführung gefüllt. Darüber hinaus bestanden drittmittelfinanzierte Stellen für wissenschaftliches Personal im Umfang von 2,0 VZÄ, die sämtlich von befristet beschäftigten Personen besetzt waren. Für nicht-wissenschaftliches Personal stand eine institutionelle Stelle im Umfang von 0,25 VZÄ zur Verfügung. Insgesamt waren an der FAM zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus Drittmitteln finanziert wurden. Die FAM geht davon aus, dass die Zahl der über Drittmittelprojekte befristet beschäftigten Personen in der Zukunft steigen wird.

Das wissenschaftliche Personal der FAM bestand zum Erhebungszeitpunkt ausschließlich aus Frauen. Die Förderung von Frauen in der Wissenschaft ist ein in der Satzung niedergelegtes Ziel der FAM. Dementsprechend sind Leitungsstellen in der FAM Frauen vorbehalten.

Die FAM hatte nach eigenen Angaben in den letzten Jahren keine Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die längerfristige Bindung geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitet dagegen laut FAM erhebliche Probleme, weil die FAM keine Festanstellungen bieten kann.

b) Finanzen

Die institutionelle Finanzierung der FAM erfolgt als Fehlbedarfsfinanzierung über einen festen Titel im Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die FAM reicht jährlich einen Haushaltsplan beim Ministerium ein und weist im Folgejahr die sachgemäße Verwendung der Mittel nach. Eine Übertragung von Haushaltsmitteln in das Folgejahr ist nicht möglich. Die interne Buchhaltung erfolgt kaufmännisch. Für die Drittmittelverwaltung wird eine Kostenstellenrechnung eingesetzt.

Laut Wirtschaftsplan standen der FAM 2011 insgesamt Mittel in Höhe von rund 544 Tsd. Euro zur Verfügung. Hiervon stammten rund 65 Tsd. Euro aus der institutionellen Förderung, etwa 33 Tsd. Euro aus sonstigen Einnahmen (u. a. Einnahmen aus Veranstaltungen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden) und rund 446 Tsd. Euro aus Dritt- und Projektmitteln für die Bereiche Forschung, Bildung und berufliche Beratung

Die FAM weist darauf hin, dass eine höhere Flexibilität im Haushalt – z. B. durch die Möglichkeit zur Bildung von Rückstellungen und die Nichtanrechnung von sonstigen Einnahmen auf die Fehlbedarfsfinanzierung – wünschenswert wäre.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Die FAM nutzt sechs gemietete Büroräume und einen Sitzungsraum mit einer Gesamtfläche von ca. 160 qm. Die übliche technische Ausstattung zur Bürokommunikation und ein Beamer im Sitzungsraum sind vorhanden. Für Einzelprojekte werden gelegentlich zusätzliche Räume angemietet. Aufgrund knapper Ressourcen verfügt die FAM über keine eigene Bibliothek.

Die FAM beurteilt die räumliche Situation als sehr beengt.

A.IV Künftige Entwicklung

Die FAM hat ein Zukunftskonzept erstellt, das die geplante Weiterentwicklung der Einrichtung für den Zeitraum 2012 bis 2016 darlegt. Inhaltliche Schwerpunkte in Forschung und Entwicklung sollen auch in den nächsten Jahren die Themen 1) Gender Mainstreaming in der Wissenschaft, 2) Care-Ökonomie, 3) Europäische Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming in Internationalen Beziehungen sowie 4) Gleichstellung im Erwerbsleben bilden. In finanzieller Hinsicht plant die FAM, ihr Budget durch die vermehrte Einwerbung von Drittmitteln zu steigern. Auch eine Erhöhung der Grundfinanzierung durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird angestrebt.

B. Bewertung

Die Evaluierungskommission hat den deutlichen Eindruck gewonnen, dass die Funktion als Forschungseinrichtung den Kern des Selbstverständnisses der Frauenakademie München e.V. (FAM) ausmacht. Zugleich kommt sie zu einer ausgesprochen kritischen Einschätzung der Leistungsfähigkeit der FAM in diesem Bereich. Mit Blick auf die Qualität der Forschungsarbeiten muss zunächst festgestellt werden, dass die von der FAM vorgelegten Veröffentlichungen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen können. Außerdem besteht eine unzureichende Passung zwischen dem Kompetenzprofil der FAM und ihrem eigenen Forschungsanspruch sowie den gewählten Themen. Dies lässt sich besonders deutlich anhand des von FAM ausgewiesenen Forschungsschwerpunktes „Feministische Ökonomie“ zeigen, der ohne einschlägige wirtschaftswissenschaftliche Expertise – und ohne engere Anbindung an eine solche – bearbeitet wird. Hinzu kommt, dass die Zahl der von der FAM gewählten Forschungsschwerpunkte in keinem sinnvollen Verhältnis zu ihrer personellen Ausstattung steht. Statt eine – angesichts der geringen personellen Ressourcen dringend gebotene – klare inhaltliche Fokussierung vorzunehmen, befasst sich die FAM mit einer Vielzahl von Themen, deren Auswahl zum Teil beliebig erscheint und deren Bearbeitung oft nicht mit der Kontinuität erfolgt, die erforderlich ist, um ein angemessenes wissenschaftliches Niveau zu erreichen. Auch ist nicht erkennbar, dass die FAM ihre geringe Größe dadurch kompensieren würde, dass sie als Forschungsplattform für ihre Mitglieder – und somit eher als Struktur zur Forschungsermöglichung denn als Forschungseinrichtung per se – fungiert.

Unabhängig von Aspekten der wissenschaftlichen Qualität ist die Evaluierungskommission der Auffassung, dass die FAM ihren Anspruch, innovative, von den Hochschulen vernachlässigte Themen aufzugreifen, nicht einlösen kann. In der Anfangszeit der FAM war dieses Anliegen sicher sehr berechtigt. In den letzten Jahrzehnten hat die anwendungsorientierte wie die grundlagenbezogene Genderforschung jedoch eine feste Verankerung an den Hochschulen gefunden, sodass viele genderbezogene Themen mittlerweile zum Mainstream der Forschung zu zählen sind. Nach Ansicht der Evaluierungskommission gilt dies sowohl deutschlandweit als auch mit Blick auf die bayerische Hochschullandschaft. Der Anspruch der FAM, als thematischer Innovationstreiber zu agieren, erscheint der Evaluierungskommission daher nicht nachvollziehbar.

Insgesamt kommt die Evaluierungskommission zu dem Schluss, dass die von der FAM betriebene bzw. ermöglichte Forschung weder mit Blick auf ihre wissenschaftliche Sichtbarkeit noch in Hinsicht auf ihre inhaltliche Innovationskraft überzeugen kann. Es ist nicht erkennbar, dass die Aktivitäten der FAM im Bereich der anwendungsorientierten Genderforschung über die Leistungen der hochschulischen Forschung hinausgehen oder diese in sinnvoller Weise ergänzen.

Die weiteren Tätigkeitsfelder der FAM, insbesondere die von ihr angebotenen Beratungs- und Unterstützungsleistungen, stehen nicht im Zentrum der hier durchgeführten, vorrangig auf Forschungsleistungen gerichteten Strukturevaluation und können in diesem Zusammenhang nicht abschließend beurteilt werden. Die Evaluierungskommission weist aber darauf hin, dass diese Aktivitäten – ganz unabhängig von ihrer Qualität oder gesellschaftlichen Bedeutung – nicht zu den zentralen Aufgabebereichen des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zählen, sondern eher in die Zuständigkeit des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen fallen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Evaluierungskommission beiden Ministerien, zusammen mit der FAM darüber nachzudenken, welche Funktionen die FAM künftig erfüllen soll, die noch nicht von anderen Einrichtungen wahrgenommen werden. Ein Tätigkeitsprofil im Bereich der Forschung wird dabei nicht für Erfolg versprechend gehalten.

C. Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Frauenakademie München e.V. (FAM) erhebt den Anspruch, anwendungsorientierte Genderforschung zu betreiben bzw. zu ermöglichen und dabei Themen aufzugreifen, die von den Hochschulen weitgehend oder vollständig vernachlässigt werden. Hinzu kommen als weitere Tätigkeitsfelder verschiedene Serviceleistungen (darunter die Beratung und Unterstützung von Frauen bei der wissenschaftlichen Qualifizierung und beim beruflichen Wiedereinstieg), der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis (insbesondere durch die Veranstaltung von Tagungen) sowie die Pflege der Beziehungen zu den Vereinsmitgliedern.

Die Evaluierungskommission kommt zu dem Ergebnis, dass die FAM ihren selbst gestellten Anspruch, anerkannten wissenschaftlichen Standards entsprechende und

thematisch innovative Genderforschung zu betreiben, nicht überzeugend einlösen kann. Mit Blick auf die wissenschaftliche Qualität bestehen erhebliche Zweifel: so können die Publikationen der FAM wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, die thematische Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte erscheint zum Teil beliebig, die Vielfalt der bearbeiteten Themen steht nicht in einem sinnvollen Verhältnis zu den personellen Ressourcen und ist auch nicht in allen Fällen durch entsprechende Kompetenz unterlegt. In Anbetracht der Tatsache, dass genderbezogene Themen mittlerweile fest in den Hochschulen verankert und teilweise bereits zum Mainstream der Forschung zu zählen sind, lässt sich auch der – früher sicher berechtigte – Anspruch der FAM, als thematischer Innovationstreiber zu agieren, heute nicht mehr nachvollziehen. Mit Blick auf die Tätigkeiten der FAM im Bereich von Beratungs- und Unterstützungsleistungen ist eine abschließende Beurteilung im Rahmen der vorliegenden, vorrangig auf Forschungsleistungen bezogenen Strukturevaluation nicht möglich. Es wird aber darauf hingewiesen, dass diese Tätigkeiten nicht zu den zentralen Aufgabenbereichen des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zählen, sondern eher in den Zuständigkeitsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen fallen.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse empfiehlt die Evaluierungskommission dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, gemeinsam mit der FAM und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen darüber nachzudenken, welche noch nicht von anderen Einrichtungen wahrgenommenen Funktionen die FAM künftig erfüllen soll. Dabei hält sie einen Schwerpunkt im Bereich der Forschung nicht für aussichtsreich.

4.3.11 Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg der Universität Ulm

| | |
|---|-----|
| Vorbemerkung | 250 |
| A. Darstellung | 250 |
| A.I Entwicklung und Aufgaben. | 250 |
| I.1 Entwicklung | 250 |
| I.2 Aufgaben | 250 |
| A.II Arbeitsschwerpunkte | 251 |
| A.III Organisation und Ausstattung | 252 |
| III.1 Organisation | 252 |
| III.2 Ausstattung | 253 |
| B. Bewertung | 254 |
| C. Zusammenfassung und Empfehlungen | 255 |

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Wissenschaftszentrums Schloss Reisenburg der Universität Ulm (WZR) ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit der Einrichtung und den Zuwendungsgebern abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung über die wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale durch die für das WZR eingesetzte Evaluierungskommission wieder.

A. Darstellung

A.1 Entwicklung und Aufgaben

I.1 Entwicklung

Die Einrichtung des Wissenschaftszentrums Schloss Reisenburg der Universität Ulm (WZR) stand in engem Zusammenhang mit der Gründung der Universität Ulm, die zum Ziel hatte, den damals unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaftsförderung wenig entwickelten Raum Stuttgart-Augsburg aufzuwerten. Unter der Leitung des Gründungsrektors der Universität Ulm wurde 1966 das Internationale Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit e.V. als ständige Einrichtung der Universität Ulm gegründet. Mit Mitteln der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, der Volkswagen-Stiftung und von privaten Förderern und Stiftern konnte dieses Institut Schloss Reisenburg erwerben, restaurieren und zu einem Tagungszentrum für wissenschaftliche Klausuren umgestalten. Die Eröffnung des WZR erfolgte 1970. Seit 1996 erhält das WZR eine zeitlich unbegrenzte institutionelle Finanzierung durch den Freistaat Bayern und das Bundesland Baden-Württemberg. 1997 wurde das WZR als unselbstständige Stiftung in das Körperschaftsvermögen der Universität Ulm eingegliedert. Schloss Reisenburg wird in der Liste über geschützte, unbewegliche Kulturgüter nach der Haager Konvention geführt.

I.2 Aufgaben

Die Aufgaben des WZR umfassen 1. die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene (innerhalb von Fachbereichen und interdisziplinär), 2. die Stärkung der Zusammenarbeit von universitären und nichtuniversitären Einrichtungen, 3. die Förderung des Wissenstransfers in Aus-, Fort- und Weiterbildung, 4. die Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung und 5. die Förderung des Denkmalschutzes durch die Erhaltung des Kulturerbes Schloss Reisenburg. Als wissenschaftliches Tagungszentrum stellt das WZR die notwendige Infrastruktur (Tagungsräume, Übernachtungsmöglichkeiten, Bewirtung) für den Wissensaustausch und die Vorbereitung von Forschungsprojekten und Forschungskonferenzen bereit. Das WZR versteht sich als Hilfseinrichtung für die Forschung gemäß den Kriterien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und somit als langfristig angelegte, überregional bedeutsame Infrastruktur zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Forschung. Dabei

ist es dem WZR besonders wichtig, einen Raum für wissenschaftliche Klausuren zur Verfügung zu stellen, der es Forschenden ermöglicht, abseits des Hochschulbetriebs in aller Ruhe über wissenschaftliche Vorhaben und Strukturen nachzudenken. Das WZR ist eine reine Serviceeinrichtung, die keine eigene Forschung und Entwicklung betreibt.

A.II Arbeitsschwerpunkte

Insgesamt wurden in den Jahren 2008 bis 2010 312 Tagungen mit 9.896 Teilnehmerinnen und Teilnehmern veranstaltet.

Zentrales Element der Serviceleistungen des WZR ist seine Funktion als Klausurtagungsstätte für die Universität Ulm und die benachbarten Universitäten. Der Jahresbericht 2010 nennt in diesem Aufgabenbereich insgesamt 15 Klausurtagungen mit etwa 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Den größten Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bildeten Angehörige der Universität Ulm. Fachliche Schwerpunkte fanden sich, der Ausrichtung der Universität Ulm entsprechend, in der Medizin, den Naturwissenschaften sowie Mathematik und Informatik.

Neben regional ausgerichteten Veranstaltungen finden im WZR Tagungen statt, die die Förderung der Wissenschaftskommunikation der regionalen Universitäten mit der nationalen und internationalen *scientific community* zum Ziel haben. Laut Jahresbericht fielen im Jahr 2010 30 Klausurtagungen mit mehr als 1.100 Gästen in diese Kategorie. Auch hier lag ein Schwerpunkt auf medizinischen Themen.

Darüber hinaus wird das WZR von verschiedenen Wissenschaftsorganisationen für die Veranstaltung von Wissenschaftsklausuren und Symposien genutzt. Der Jahresbericht 2010 führt in diesem Bereich insgesamt 18 Veranstaltungen mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf. Zu den Veranstaltern zählten u. a. die DFG, die Max-Planck-Gesellschaft, das Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V. in Speyer sowie verschiedene wissenschaftliche Fachgesellschaften.

Zur Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung arbeitet das WZR eng mit der Akademie für Wissenschaft, Wirtschaft und Technik an der Universität Ulm e.V. zusammen, die im Jahr 2010 neun Veranstaltungen mit 370 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im WZR durchführte. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten lag auf der wissenschaftlichen berufsbezogenen Weiterbildung. Auch weitere Einrichtungen, darunter die Deutsche Aktuar-Akademie (DAA), die Industrie- und Handelskammer Ulm sowie verschiedene Unternehmen und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, nutzten das WZR.

Als weiteren Arbeitsschwerpunkt nennt das WZR die Förderung der Denkmalspflege. Im Jahr 2010 wurde aus Mitteln einer privaten Stiftung ein „Historisches Kabinett“ eingerichtet, das die Geschichte der Reisenburg vom Mittelalter bis in die Gegenwart nachzeichnet.

A.III Organisation und Ausstattung

III.1 Organisation

Das WZR ist als unselbstständige Stiftung in das Körperschaftsvermögen der Universität Ulm eingegliedert und steht unter der Aufsicht des Präsidiums der Universität Ulm, das den Direktor oder die Direktorin und den Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin ernennt, den Jahresabschluss des WZR feststellt, den Wirtschaftsplan genehmigt und den Wirtschaftsprüfer bestellt, der den Jahresabschluss des WZR jährlich prüft.

Organe des WZR sind gemäß Statut das Kuratorium, der Direktor oder die Direktorin und der Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin. Die Mitglieder des Kuratoriums werden durch den Präsidenten oder die Präsidentin der Universität Ulm auf gemeinsamen Vorschlag des Direktors oder der Direktorin und des Präsidiums berufen. Dem Kuratorium gehören bis zu zwölf Personen an, darunter ein Präsidiumsmitglied der Universität Ulm, der Leitende Ärztliche Direktor oder die Leitende Ärztliche Direktorin des Universitätsklinikums Ulm, ein Direktor oder eine Direktorin einer nichtuniversitären Forschungseinrichtung, ein Vorstandsmitglied aus dem Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung, ein Vertreter oder eine Vertreterin einer wissenschaftlichen Förderinstitution, ein Vertreter oder eine Vertreterin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie bis zu sechs Vertreterinnen und Vertreter aus Universitäten, Wirtschaft und Verwaltung aus Baden-Württemberg oder Bayern. Das Kuratorium berät das Präsidium der Universität Ulm in allen Fragen, die die Ziele des WZR betreffen, wirkt an der Verwirklichung dieser Ziele mit und beteiligt sich an der Öffentlichkeitsarbeit. Den Vorsitz im Kuratorium führt der Präsident oder die Präsidentin der Universität Ulm. Mindestens einmal jährlich erfolgt ein Treffen des Kuratoriums mit dem Präsidium der Universität Ulm sowie dem Direktor oder der Direktorin und der Geschäftsführung des WZR.

Der Direktor bzw. die Direktorin des WZR soll dem Lehrkörper der Universität Ulm angehören. Er oder sie leitet das WZR, vertritt es nach innen und außen, verantwortet die konzeptionelle Weiterentwicklung und erstattet dem Präsidium der Universität Ulm Bericht über den Jahresabschluss, den Wirtschaftsplan und die Tätigkeit des WZR. Der Direktor oder die Direktorin ist Vorgesetzter oder Vorgesetzte der Geschäftsführung, diese wiederum Vorgesetzter oder Vorgesetzte des Personals des WZR. Die Geschäftsführung ist für alle Angelegenheiten der laufenden Verwaltung einschließlich des Personal-, Finanz- und Rechnungswesens zuständig. Der Direktor oder die Direktorin und die Geschäftsführung erstellen einen Jahresbericht, der dem Präsidium und dem Kuratorium vorgelegt wird.

Die Kooperation mit dem Präsidium und der Verwaltung der Universität Ulm sowie mit den Zuwendungsgebern verläuft nach Angaben des WZR problem- und reibungslos.

III.2 Ausstattung

a) Personal

Das WZR hat keinen festen Stellenplan. Die Funktion des Direktors, die derzeit von einem emeritierten Professor und ehemaligen Rektor der Universität Ulm wahrgenommen wird, wird mit einer Aufwandsentschädigung vergütet. Die Geschäftsführung obliegt einer Vollzeitkraft. Für die Erbringung der Serviceleistungen wird ein am aktuellen Bedarf ausgerichteter Personalstamm beschäftigt. Hierfür stehen derzeit insgesamt drei Vollzeitkräfte, acht Teilzeitkräfte, vier Auszubildende und 12 Aushilfen zur Verfügung, die den Bereichen Rezeption, Küche, Service, Housekeeping und Haustechnik zugeordnet sind.

Für das WZR gilt das Gleichstellungsverfahren der Universität Ulm. Ein eigenes Gleichstellungskonzept besteht nicht.

b) Finanzen

Das WZR wird laut Statut nicht mit dem Ziel der Gewinnmaximierung, aber dennoch nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Der Wirtschaftsplan des WZR geht für das Jahr 2012 von Erträgen in Höhe von 691,2 Tsd. Euro aus, wovon voraussichtlich 520 Tsd. Euro aus Einnahmen aus Veranstaltungen stammen werden. Hinzu kommt die institutionelle Grundfinanzierung durch den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg, die das WZR mit jeweils 40,9 Tsd. Euro pro Jahr unterstützen. Die Universität Ulm zahlt einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten in Höhe von 48 Tsd. Euro und zu den Investitionen in Höhe von 30 Tsd. Euro. Weitere geplante Erträge stammen aus Mieteinnahmen (4,3 Tsd. Euro), sonstigen Einnahmen und Erstattungen (7 Tsd. Euro) sowie Zinsen und ähnlichen Erträgen (0,1 Tsd. Euro). Für das Jahr 2012 geht das WZR von planmäßigen Ausgaben in Höhe von 667,7 Tsd. Euro aus. Der bei Weitem größte Teil wird dabei auf Personalausgaben in Höhe von 390 Tsd. Euro entfallen.

c) Räumlichkeiten und Infrastruktur

Das WZR verfügt über eine Nutzfläche von insgesamt 3.716,46 qm. Neben 45 Einzel- und 5 Doppelzimmern für die Unterbringung von Gästen stehen vier Tagungsräume mit Größen zwischen 29 und 110 qm sowie fünf Gruppenarbeitsräume zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es mehrere Hallen, die für Postersessions, Ausstellungen und Präsentationen von Firmen genutzt werden können. Hinzu kommt ein Internetcafé mit vier Arbeitsplätzen.

Neben der für Konferenz- und Tagungszentren üblichen Kommunikationsinfrastruktur (Internetanschluss in allen Gästezimmern und zahlreichen weiteren Räumen, Präsentationstechnik wie Beamer und Overheadprojektoren, Flip-Charts, Audio-Video-Anlage etc.) steht auch die technische Ausstattung für die Durchführung von Video- und Datenkonferenzen zur Verfügung.

B. Bewertung

Die Evaluierungskommission hat den Eindruck gewonnen, dass es sich beim Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg (WZR) um ein attraktives, gut ausgestattetes Tagungszentrum für wissenschaftliche Klausuren handelt. Potenziale zur Weiterentwicklung der Einrichtung sieht die Evaluierungskommission insbesondere mit Blick auf eine verstärkte Nutzung durch wissenschaftliche Institutionen aus Bayern und anderen Regionen Deutschlands sowie in Hinsicht auf eine schärfere inhaltliche Fokussierung des Tagungsprogramms.

Die Nutzung des WZR erfolgt derzeit weit überwiegend durch die Universität Ulm, von der etwa 80 bis 90 % der Veranstaltungen initiiert werden. Angesichts der Tatsache, dass die Grundfinanzierung des WZR zu gleichen Teilen aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg und des Freistaats Bayern erfolgt, empfiehlt die Evaluierungskommission, die Inanspruchnahme des WZR durch bayerische wissenschaftliche Institutionen zu befördern, um eine dem Finanzierungsmodus besser entsprechende Nutzung zu erreichen. Dies sollte sich auch in einem stärkeren Beitrag bayerischer wissenschaftlicher Institutionen zur Programmgestaltung widerspiegeln.

Ferner sollte nach Auffassung der Evaluierungskommission die Entwicklung des WZR zu einem inhaltlich schärfer profilierten Tagungszentrum angestrebt werden. Um eine geeignete Ausrichtung und Fokussierung des Tagungsprogramms zu gewährleisten, sollte ein Programmremium eingerichtet werden, an dem auch bayerische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt sein sollten. Zugleich sollte die überregionale Bekanntheit des WZR gesteigert werden. Dies entspricht nicht nur der Aufgabenstellung des WZR, zu der auch die Förderung der überregionalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zählt, sondern könnte auch einer generellen Steigerung der Nachfrage dienen, die eine Voraussetzung für eine stärkere Auswahl aus den Tagungsanfragen und damit für eine stärkere inhaltliche Fokussierung des Tagungsprogramms bildet. Zugleich könnte eine überregionale Erweiterung des Nutzerkreises zu einer verstärkten Nachfrage nach mehrtägigen Veranstaltungen führen, was dem Charakter des WZR als wissenschaftlichem Klausurzentrum besser entspräche als eintägige Veranstaltungen. Ein weiterer positiver Effekt einer solchen Strategie wäre die aus wirtschaftlicher Sicht begrüßenswerte Steigerung der Übernachtungszahl.

Sowohl mit Blick auf eine stärkere inhaltliche Profilierung als auch auf die vermehrte Nutzung des WZR für mehrtägige Veranstaltungen hält die Evaluierungskommission bereits vorhandene Bemühungen zur Veranstaltung von *summer schools* für zielführend und empfiehlt, diese Anstrengungen weiter zu verstärken. Ebenfalls begrüßt wird die Absicht des neuen Direktors, den Nutzerkreis des WZR zu erweitern und dafür insbesondere persönliche Kontakte zu den großen Forschungsorganisationen zu aktivieren. Darüber hinaus wird empfohlen, auch weitere Maßnahmen einschließlich einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit zu erwägen.

C. Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Wissenschaftszentrum Schloss Reisenburg (WZR) ist ein Tagungszentrum für die Veranstaltung wissenschaftlicher Klausuren. Die Aufgaben des WZR umfassen die Förderung der regionalen, nationalen und internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit (innerhalb von Fachbereichen und interdisziplinär sowie zwischen universitären und nichtuniversitären Einrichtungen), die Förderung des Wissenstransfers und die Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Die Evaluierungskommission beurteilt das WZR als attraktives und für seine Aufgaben angemessen ausgestattetes Tagungszentrum. Auffällig ist die derzeit weit überwiegende Nutzung durch die Universität Ulm. Angesichts der jeweils hälftigen Grundfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg und den Freistaat Bayern wird empfohlen, eine stärkere Inanspruchnahme des WZR durch bayerische Universitäten sowie einen stärkeren Beitrag bayerischer wissenschaftlicher Einrichtungen zur Programmgestaltung anzustreben.

Um das Potenzial des WZR künftig noch besser auszuschöpfen, wird ferner empfohlen, das Tagungsangebot inhaltlich stärker zu fokussieren. Hierzu sollte ein Programmremium (unter Beteiligung bayerischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) eingerichtet werden. Außerdem sollten die überregionale Bekanntheit des WZR gesteigert und der Nutzerkreis erweitert werden. Unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung sollten verstärkt mehrtägige Veranstaltungen angeboten werden, die dem Charakter des WZR als Veranstaltungsort für wissenschaftliche Klausuren besser entsprechen und auch aus wirtschaftlicher Sicht attraktiver erscheinen als eintägige Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang werden bereits bestehende Bemühungen zur Veranstaltung von *summer schools* ausdrücklich begrüßt.



4.3.12 Gutachten zum Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa, Regensburg

Kommissionsmitglieder

Prof. Dr. Ullrich Heilemann, Universität Leipzig (Vorsitz)

Dr. Rafael Ball, Universitätsbibliothek Regensburg

Prof. Dr. Herbert Brücker, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg

Prof. Dr. Egbert Jahn, Universität Mannheim

Prof. Dr. Wolfgang Höpken, Universität Leipzig

Prorektor Dr. habil. Gábor Ujváry, Kodolányi János Főiskola, Székesfehérvár, Ungarn

Externe Gäste

Ministerialrat Dr. Georg Brun, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München

Frau Dr. Sandra Nißl, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, München

PD Dr. rer. nat. Susanne H. Holstein, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V., Bonn

1. Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, MdL, hat mit Schreiben vom 30. August 2010 die Herren Dr. Rafael Ball, Universitätsbibliothek Regensburg, Prof. Dr. Herbert Brücker, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg, Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Vorsitz), Universität Leipzig, Prof. Dr. Wolfgang Höpken, Universität Leipzig, Prof. Dr. Egbert Jahn, Universität Mannheim, und Prorektor Dr. habil. Gábor Ujváry, Kodolányi János Főiskola, Székesfehérvár, gebeten, bei den drei Instituten am Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa (Osteuropa Institut (OEI), Südosteuropa Institut (SOI), Ungarisches Institut (UIM)) eine „objektive(n) interne(n) Begutachtung“ vorzunehmen und so eine Grundlage für das „perspektivische Ziel der Gründung einer Leibniz-Einrichtung ost- und südosteuropäischer Ausrichtung zu schaffen“.⁷⁷
2. Am 16./17. Dezember 2010 hat die Kommission die drei Institute des Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa (WiOS) besucht. Nach eingehender Erörterung der
 - vorgelegten Unterlagen, erstellt nach Maßgabe des Muster-Fragebogens des Wissenschaftsrates zur Vorbereitung von Besuchen durch Bewertungsgruppen des Wissenschaftsrates für Einrichtungen, für die die Aufnahme in die Gottfried Wilhelm Leibniz-Gemeinschaft (WGL) beantragt wurde (in der Fassung vom 15. April 2010),
 - der Präsentationen der drei Institute und ausgewählter Projekte sowie
 - Gesprächen mit den Direktoren und den Mitarbeitern der Institute

stellen die Mitglieder der Kommission einvernehmlich Folgendes fest:⁷⁸

3. Die besuchten Institute genießen seit Langem national und international ein hohes Renommee. Dies ist umso beachtlicher, als die personellen Kapazitäten, gemessen am Forschungoutput, als eng anzusehen sind. Der im Herbst 2007 erfolgte Umzug der drei Institute von München nach Regensburg hat temporär diese Relation zusätzlich beeinträchtigt. Mit ihren verschiedenen Publikationsreihen nehmen die Institute eine bedeutende Position in der deutschen und in der internationalen Osteuropa-, inklusive Südosteuropaforschung ein und prägen diese mit. Die Institutsleitungen und die Mitarbeiter hinterließen durchweg einen hoch motivierten und engagierten Eindruck. Direktoren und Mitarbeiter haben in der Vergangenheit unter nicht immer leichten Bedingungen Beachtliches geleistet.

⁷⁷ Das Institut für Ostrecht München (IOR) im WiOS strebt keine WGL-Mitgliedschaft an und war nicht Gegenstand der Begutachtung.

⁷⁸ Auf eine zusammenfassende Darstellung der Aufgabenstellung der Einrichtungen, ihrer Entstehung und Entwicklung, ihrer Forschungen, ihrer Organisation und ihres Managements, der wissenschaftsbasierten Serviceleistungen und der Ausführungen zur Aufnahme in die WGL wird verzichtet, da die entsprechenden Ausführungen des OEI, des SOI und des UIM dem Auftraggeber vorliegen und bekannt sind.

4. Die von den Instituten vorgelegten Unterlagen (s. o.) wurden sorgfältig erstellt und geben ein umfassendes, aussagekräftiges Bild von Leistung und Bedeutung der Institute. Sie sind für sich genommen überzeugend. Allerdings fehlen konkrete, von allen drei Instituten gemeinsam erarbeitete und getragene Aussagen zur künftigen strategischen Ausrichtung der Institute bzw. des WiOS. So wird nur wenig zu dem Vorhaben eines gemeinsamen Instituts ausgeführt, zu dessen Notwendigkeit, Erfordernissen/Voraussetzungen, zu den organisatorischen, personellen und finanziellen Konsequenzen usw. In diesem Sinne wäre bei den Antworten in den Fragebogen und bei der Präsentation der Institute auch ein gemeinsames Auftreten, mindestens ein dies dokumentierender roter Faden unerlässlich gewesen. Gleichzeitig wäre mit Blick auf die angestrebte WGL-Zugehörigkeit dabei eine klare Unterscheidung zwischen *Service-* und *Forschungstätigkeit* in den Instituten bzw. im WiOS und eine entsprechende Ausrichtung oder mindestens Positionierung geboten gewesen. Ein dringender Wunsch nach einer gemeinsamen Einrichtung ist für die Kommission weder aus den vorgelegten Unterlagen noch aus der Präsentation der Institute erkennbar gewesen. Auch in den bisherigen Arbeiten und Aktivitäten der Institute sowie den für die nähere Zukunft ins Auge gefassten Projekten deutet wenig auf dabei zu erwartende Synergien oder die Möglichkeit und Notwendigkeit, sich durch die angestrebte Verbindung neue, fächerübergreifende, für unabdingbar erachtete Forschungsfelder erschließen zu können, hin. Auch mögliche Effizienzgewinne im administrativen Bereich werden nicht in Ansatz gebracht (s. u.).

5. Die Präsentationen des OEI, des SOI und auch des UIM durch die Direktoren und die Mitarbeiter waren ganz überwiegend überzeugend und stellten zum Teil exzellente Forschung und leistungsvolle, breit genutzte Serviceeinrichtungen vor. Allerdings wurde auch dabei das Gemeinsame der Institute, die möglichen Effizienz- und Effektivitätsgewinne ihres künftigen Verbundes nur ansatzweise deutlich. Auch auf ausdrückliche Nachfrage der Kommission wurden weder thematische noch methodische Gründe für ein Zusammengehen genannt, noch wurden Defizite der bisherigen Strukturen für die Forschung beklagt, abgesehen von den Hinweisen auf die ungenügende und unbefriedigende Ressourcenausstattung der drei Institute – namentlich im Fall des UIM. Die Anforderungen der WGL an ein Forschungsinstitut – „überregionale Bedeutung“ und „gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches Interesse“ – wurden in den Unterlagen z. T. genannt, aber nicht weiter konkretisiert oder mit Verweis auf bisherige oder künftige Arbeiten untermauert. Dabei steht außer Frage, dass bereits die aktuellen Forschungsspektren der Institute, dazu eine Reihe thematischer wie methodischer, in kognitiver wie in handlungsorientierter Sicht Anknüpfungspunkte enthalten. Auch die Präsentationen ließen kaum erkennen, dass sich alle Institute mit den Spezifika eines WGL-Instituts und bei der Antragstellung entsprechend zu beachtenden Anforderungen intensiv auseinandergesetzt haben. Dies gilt insbesondere für die Fokussierung der Forschungsplanung und die künftige Arbeit. Eine Aufgabe, die angesichts der unterschiedlichen Wissenschafts- und Forschungsstile und -kulturen der drei Institute – Ökonomen auf der einen und Historiker auf der anderen Seite – besonderes Augenmerk erfordert. Fraglos muss dies in Teilen auch auf eine Neuausrichtung der Institute, auf neue – positive und negative – Priorisierungen hinaus-

laufen. Umgekehrt würde eine solche Verbindung aus heutiger Sicht dem WiOS in der deutschen und auch in der internationalen Forschungslandschaft schwer zu bestreitende Alleinstellungsmerkmale verschaffen.

6. Die Institute bleiben nach unserer Einschätzung in der jetzigen Form hinter den Möglichkeiten zurück, über die sie verfügen. Ihre gegenwärtige Bedeutung ist zum großen Teil Ergebnis ihrer traditionellen regionalpolitischen Kompetenz, die sie auch nach der Öffnung und Neuorientierung Osteuropas zu bewahren und sichtbar zu machen verstanden. Inwiefern dies auch weiterhin angesichts der zunehmenden Konkurrenz durch nationale und internationale Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa und weltweit, vor allem auch wegen der nachdrücklichen Zuschreibung thematischer ähnlicher Aufgaben durch die WGL zu anderen Instituten gelingt, bleibt abzuwarten, ohne dabei zu verkennen, dass das SOI mit seinem regionalen Schwerpunkt bislang einen Spezialisierungsvorteil besitzt. Zwar bilden „Konkurrenz“ und „Pluralismus“ zentrale und anerkannte Kennzeichen der deutschen Forschung im Allgemeinen und der WGL im Besonderen, wie das Beispiel von fünf großen Wirtschaftsforschungsinstituten zeigt. Gleichwohl wird das künftige Profil aller drei Institute bzw. des WiOS im WGL-Verbund den sich daraus ergebenden Konsequenzen deutlich und umfassend Rechnung tragen müssen. Für die Kommission ist nicht erkennbar, wie und in welchem Zeithorizont das geschehen soll.
7. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Voraussetzungen für eine Antragstellung zur Aufnahme des WiOS in die WGL noch nicht gegeben. Die vorgelegten Unterlagen und die Projektpräsentationen lassen keine enge Verzahnung oder Vernetzung der WiOS-Institute erkennen. Aus den Unterlagen und Präsentationen waren außer im Bibliotheksbereich nur wenige Hinweise auf Kooperationen zu entnehmen. Eine gemeinsame Richtung oder Strategie der drei Institute ist weder in inhaltlich-thematischer noch in methodischer Hinsicht deutlich geworden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geben weder die von den bestehenden Organisationen als selbstständige Institute bzw. das für das WiOS vorgelegte Konzept noch die sonstigen materiellen Voraussetzungen Anlass für die Erwartung, dass eine Antragstellung zur Aufnahme in die WGL begründete Aussicht auf Erfolg besitzt.
8. Für die Kommission ergibt sich aus diesen Befunden und Einschätzungen gleichwohl, dass durch einen organisatorischen Zusammenschluss der Institute und durch effektive Verzahnung ihrer Forschung, ihr vorhandenes Potenzial noch stärker genutzt und zur Geltung gebracht, vor allem aber ihr künftiges verdeutlicht werden muss. Das WiOS bietet eine sehr gute Möglichkeit, die Kräfte und Kompetenzen der drei Institute zu bündeln und die Effizienz der bisherigen Arbeit der Institute deutlich zu erhöhen.

Die Kommission plädiert dabei für eine an den in den Instituten vorhandenen Fachrichtungen ausgerichtete (Neu-)Organisation des WiOS durch Konzentration der Historiker in einer Abteilung für „Geschichte und Zeitgeschichte“ und der Ökonomen in einer Abteilung für „Wirtschaftswissenschaften“. Die Binnenstruktur muss sich primär an den künftigen Forschungsschwerpunkten orientieren. Zent-

ral und unabdingbar für die Profibildung der Verbindung von OEI und SOI ist die abteilungsübergreifende, projektgebundene Organisation von Arbeitsgruppen, um auf breiterer fachlicher und methodischer Basis als bisher thematische Spezialisierungen vorzunehmen. Mit der systematischen Integration fachübergreifender Kompetenz bietet sich die Möglichkeit, neue Fragestellungen zu entwickeln und sachgerecht zu bearbeiten. Die von den drei Instituten bzw. dem WiOS bisher nur partiell und fallweise genutzten Möglichkeiten der Bündelung von Historiker- und Ökonomen-Expertise lässt sich mit guten Erfolgsaussichten zu einem echten Alleinstellungsmerkmal weiterentwickeln.

Die Kommission verkennt dabei nicht, dass diese Neuorganisation mit beträchtlichen Anforderungen an die dispositiven Fähigkeiten der Institutsleitung und an die interdisziplinäre Dialogfähigkeit der Mitarbeiter über das bisher geforderte Maß hinaus verbunden ist. Dass dabei mit Blick auf die „überregionale Bedeutung“ und das „gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Interesse“ die bisherigen fachspezifischen Forschungsagenden der drei Institute der Überarbeitung, d. h. der Straffung und Fokussierung bedürfen, wurde bereits erwähnt.

9. Das UIM weist aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt wegen seiner äußerst knappen Personalausstattung, die dem Institut bereits bisher nur wenig Freiraum für Forschung ließ, den größten Restrukturierungsbedarf auf. Ohne hier – wie bei OEI und SOI – im Einzelnen darauf einzugehen, wie das Institut den WGL-Erfordernissen entsprechen kann, stellt sich angesichts seiner sehr bescheidenen materiellen Ausstattung einerseits und der besonderen Finanzierungsbedingungen andererseits vorläufig vor allem die Frage seiner organisatorischen Anbindung. Die Kommission sieht für UIM dazu drei Möglichkeiten:
- Seine Integration in das neue gemeinsame Institut (mit der Folge einer abschließlichen Finanzierung durch den Freistaat Bayern)
 - seine vollständige Integration in die Universität Regensburg oder
 - eine „Doppelanbindung“, wobei der stark auf Sprach- und Landeskunde ausgerichtete Teil in die Universität Regensburg, der forschungsbezogene Teil in das WiOS einzubinden wäre.

Die erste und dritte Option wären in fachlicher Hinsicht für das WiOS insofern sinnvoll, als dadurch der stärker auf den Balkan ausgerichtete regionale Schwerpunkt des Südost-Instituts durch den bisher kaum abgedeckten Donau-Karpatenraum ergänzt würde. Von der Kommission wird die Option favorisiert. Sie sichert dem WiOS mindestens teilweise die spezifische Kompetenz des UIM, integriert die universitätsbezogenen Bestandteile an der richtigen Stelle und dürfte eine Fortführung der Finanzierung durch die Republik Ungarn erleichtern.

10. Die Kommission nimmt aus der Diskussion mit den Direktoren zur Kenntnis, dass die Institute zusammen ein gemeinsames WGL-Forschungsinstitut anstreben. Die Unterlagen und die Gewichtungen der einzelnen Aktivitäten in der Präsentation des SOI weisen hingegen eher auf die Gründung einer „Serviceeinrichtung“ als einer „Forschungseinrichtung“ hin. Für einen Aufnahmeantrag an die WGL als Forschungsinstitut bedarf es deshalb einer eindeutigen Forschungs-Orientierung

und – mit Blick darauf – erheblicher Neu- und Umorientierungen. Zu diesem Zweck sollte an erster Stelle ein Forschungsplan mit der Zielsetzung „Forschungsinstitut“ (neu) erstellt werden. Er muss eine eindeutige und kohärente Forschungsorientierung aufweisen, der Anteil der Forschungstätigkeiten an den Aktivitäten des Instituts muss gemäß den WGL-Kriterien rund 60 % betragen (ohne Berücksichtigung der Verwaltungsgemeinkosten). Die restlichen Anteile können auf Service- und Bibliotheksaufgaben entfallen. Deren Effizienz sollte zugunsten des Forschungsanteils gesteigert werden.

11. Sowohl mit Blick darauf und auf die zentrale Stellung der Bibliothek im WiOS verdient diese besondere Beachtung.

Die drei Bibliotheken der hier evaluierten WiOS-Institute verfügen über einen großen, umfangreichen, gedruckten Bestand an Monographien und Zeitschriften sowie an elektronischen Informationen. Die Standarddienstleistungen werden ergänzt durch dokumentarische Aktivitäten, etwa bei verschiedenen Fachdatenbanken für Ost- und Südosteuropa-Geschichte. Zentrale Nutzer der Bibliothek sind die Mitarbeiter der WiOS-Institute, die Universität Regensburg, aber auch Wissenschaftler aus dem übrigen Deutschland und aus dem Ausland.

Es wird empfohlen, über die bereits betriebene intensive Kooperation hinaus, die Bibliotheken aller betroffenen Institute, soweit möglich, zu einer einzigen Bibliothek zu vereinigen. Dazu ist eine eindeutige Trennung zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und Bibliothekspersonal vorzunehmen. Die Bibliothek sollte einer Bibliotheksleitung unterstehen, die über eindeutige Weisungsbefugnis gegenüber allen Mitarbeitern verfügt. Für eine professionelle einheitliche Bibliothek ist nicht nur die Anzahl der Bibliotheksmitarbeiter zu erhöhen, sondern auch deren Qualifikation. Namentlich im Hinblick auf die erweiterten Serviceansprüche, sowie die Aktivitäten im Bereich der *Electronic Library* (s. u.) ist zusätzlich qualifiziertes Personal mit bibliothekarischer oder IT-Qualifikation erforderlich. Auch die Mittelausstattung der Bibliothek ist entsprechend diesen Erfordernissen zu erhöhen.

Zur Nutzung der Bestände sind entweder die räumlichen Möglichkeiten zu erweitern (Arbeitsplätze, Lesesäle mit Carrels u. Ä.), oder aber die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, etwa der Universitätsbibliothek, soweit zu erhöhen, dass die Bestände der WiOS-Bibliothek dort genutzt werden können.

Speziell ist gefordert, dass sich die Bibliothek ein Leitbild gibt und klärt, wen sie als künftige Nutzer ansieht, wie diese zu erreichen sind und welche Leistungen ihnen anzubieten sind. Nachlässe sollten nur dann aufgenommen werden, wenn sie von außerordentlicher, wissenschaftlicher Bedeutung sind. Ihre Handhabung ist bibliotheksfreundlich, d.h. ohne Sonderwünsche des Nachlassgebers vertraglich zu regeln. Sonderaufstellungen, Gesamtaufstellungen, die besondere Behandlung von Separata und Sonderdrucken belasten das Bibliotheksmanagement.

Die Mitarbeit der Bibliothek bei der Erschließung der Bestände nach den Regeln des Bibliotheksverbundes Bayern (BVB) erfordert nicht nur hoch qualifiziertes

kataloggeschultes Personal, sondern auch die Unterordnung unter formalisierte Prozesse. Die Bibliothek des WiOS sollte diese Mitarbeit überdenken, zumal für WGL-Zugehörigkeit die Teilnahme von Bibliotheken an nationalen oder regionalen Erschließungssystemen keine Voraussetzung ist.

Die Sichtbarkeit der Bestände kann nicht nur durch die Mitarbeit in Datenbanken erhöht werden, wie dies zumindest teilweise gegenwärtig geschieht, sondern auch durch die Integration in weltweite Bibliothekszusammenschlüsse wie WorldCat oder OCLC.

Mit Blick auf die *Electronic Library* ist eine Strategie für die Digitalisierung von Beständen zu entwickeln, das dafür erforderliche *know how* aufzubauen und geeignete Präsentationsformen für die Digitalisate zu finden und zu definieren. Angesichts der umfangreichen Herausgeberschaft von Zeitschriften und Reihen der Institute ist der Aufbau einer elektronischen Publikationsumgebung vor dem Hintergrund von *E-Sciences* im Rahmen der WiOS-Institute geboten. Auf die Sondersituation der Bibliothek des Ungarn-Instituts wird wegen dessen offener künftiger Situation hier nicht besonders eingegangen.

Die Mitarbeit der WiOS-Bibliothek an der Erschließung von unselbstständiger Literatur in Spezialdatenbanken ist mit Blick auf die strategische Ausrichtung der Institute zu überdenken.

12. Zur Offenlegung des Forschungsanteils ist die Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung mit Zeitaufschreibung unabdingbar. Das bedeutet eine Professionalisierung der Verwaltungstätigkeiten. Dazu sollte ein Verwaltungsleiter eingesetzt werden.
13. Die vorstehenden Kapazitätsüberlegungen machen deutlich, dass eine Etablierung des WiOS als Forschungsinstitut, gemessen am bisherigen Bestand, eine erhebliche Aufstockung von Personal und Mitteln vonseiten des Freistaates Bayern erfordert. Die Ausweitung der Drittmittel der Institute über den bisherigen Umfang hinaus erscheint unter den gegebenen Umständen sehr schwierig, bei Ausweitung der bisherigen Ressourcenausstattung aber möglich. Die vorhandenen Kapazitäten sind angesichts ihrer anderweitigen Bindung für eine Ausweitung des Forschungsanteils auf 60 % der Tätigkeit des künftigen Instituts jedenfalls nicht ausreichend. Die Kommission sieht einen Mindestbedarf von zusätzlich fünf wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, eine davon im Bibliotheksbereich, womit die Personalstärke des WiOS noch immer am unteren Ende, weit entfernt vom Mittelfeld der geisteswissenschaftlichen WGL-Institute dem ISF rangieren würde. Die Kommission empfiehlt, einen Teil der Mittel als Anreiz für von den Instituten gemeinschaftlich zu bearbeitende Projekte zu vergeben. Die Zuweisung der Mittel sollte zudem nach Maßgabe der Einbindung dieser Stellen in die Neustrukturierung des WiOS nach den oben genannten Kriterien erfolgen. Damit würde dessen künftige Orientierung gestärkt und so die Chancen einer erfolgreichen Antragstellung für die WGL-Zugehörigkeit erhöht. Konkret bedeutet dies die Entwicklung und Vorlage eines gemeinsamen, an diesem Ziel orientierten Forschungsplans

einschließlich eines Zeitplanes seiner Umsetzung, und – soweit bereits möglich – die Einleitung der hier vorgeschlagenen Schritte.

Des Weiteren sollten die drei Institute bald zu einem Institut fusioniert werden. Des-
sen Leitung durch einen Universitätsprofessor bedarf einer stärkeren „kapazitäts-
mäßigen“ Anbindung der Leitung des gemeinsamen Instituts an die Universität.
Die Höhe der bisherigen institutsseitigen Remuneration der Institutsleitungen
entspricht diesem Erfordernis in keiner Weise, ohne damit die Angemessenheit
der bisherigen Situation bewerten zu wollen. Es ist jedenfalls davon auszugehen,
dass die Institutsleitungen bzw. -leitung auf absehbare Zeit in sehr viel stärkerem
Maße als bislang mit dispositiven Aufgaben befasst sein werden – bei mindestens
unveränderten Anforderungen an ihr wissenschaftliches Engagement. Insofern
birgt die gegenwärtige Situation für die angestrebte Entwicklung Risiken, denen
seitens der Träger Rechnung zu tragen ist.

14. Die zeitliche Umsetzung der Kommissions-Empfehlungen hängt wesentlich davon
ab, wie schnell
 - die Beteiligten sich auf ein kohärentes Forschungsprogramm einigen;
 - mit der Umsetzung des Forschungsprogramms begonnen wird und dies die
gesuchten Ergebnisse zeitigt, namentlich die „überregionale Bedeutung“ des
WiOS zu dokumentieren und ein „gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches
Interesse“ an seiner Förderung zu rechtfertigen und schließlich
 - der Freistaat Bayern die erforderlichen Mittel bereitstellt.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es der Kommission als durchaus mög-
lich, in etwa drei Jahren nach der Zusammenlegung der drei Institute die Voraus-
setzungen für eine Beantragung der WGL-Mitgliedschaft zu schaffen.

Leipzig, den 11. Februar 2011

4.3.13 Gutachten zum Zentralinstitut für Kunstgeschichte

| | |
|--|-----|
| Vorbemerkung | 266 |
| A. Aktueller Sachstand/Selbstbericht des Zentralinstituts für Kunstgeschichte München | 266 |
| I. Forschung, Veröffentlichungen. | 267 |
| II. Sammlungen (Bibliothek, Photothek) | 267 |
| III. Inhaltliche Ziele. | 268 |
| B. Empfehlungen der Kommission | 269 |
| I. Forschung | 269 |
| I.1 Profilbildung in der Forschung und Verstärkung der Forschungsleistungen | 270 |
| a) gemeinsames Berufungsverfahren mit der Universität München . . . | 270 |
| b) Verstärkung der Forschungsabteilung | 271 |
| I.2 Ausbau und Abstimmung der Nachwuchsförderung auf das Forschungsprofil | 271 |
| I.3 Profilbildung in den Publikationsorganen und Publikationen des ZI | 271 |
| a) Kunstchronik. | 271 |
| b) Reallexikon zur Deutschen Kunstgeschichte | 271 |
| II. Weiterentwicklung der Dienstleistungen auf dem bisherigen hohen Niveau. | 272 |
| II.1 Bibliothek. | 272 |
| II.2 Photothek | 273 |
| III. Ressourcen/Organisationsfragen | 274 |

Vorbemerkung

Auf Bitte und im Auftrag des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, hat sich die Kommission aus Mitgliedern, die beruflich außerhalb Bayerns wirken, mit der aktuellen Situation und möglichen Entwicklungsperspektiven des Zentralinstituts für Kunstgeschichte München (ZI) befasst und die nachfolgenden Empfehlungen formuliert.

Der Kommission gehörten im Einzelnen an:

- Frau Professor Dr. Katharina Krause, Präsidentin der Philipps-Universität Marburg (als Vorsitzende)
- Herr Professor Dr. Oskar Bätschmann, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft /Universität Bern
- Herr Professor Dr. Werner Busch, Kunsthistorisches Institut der Freien Universität Berlin
- Frau Generaldirektorin Barbara Schneider-Kempf, Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

Im Verlauf ihrer zweitägigen Begutachtung hat die Kommission Gespräche mit der Direktion des ZI, mit den Leitungen des Forschungs- und Projektreferats, der Redaktion des Reallexikons der Deutschen Kunstgeschichte (RDK), der Bibliothek einschließlich ArtHistoricum.net, der Photothek sowie der Redaktion der Kunstchronik geführt. Zudem wurde Herr Professor Dr. Ulrich Pfisterer als Vertreter der Universität München gemeinsam mit dem Direktor des ZI zu Möglichkeiten einer Zusammenarbeit des Kunsthistorischen Instituts der Universität München und des ZI befragt. Grundlage der Begutachtung war ein vom ZI im Herbst 2010 vorgelegtes „Positionspapier als Vorlage für die externe Begutachtung“.

Die Kernfragen, die der Kommission gestellt waren, lauteten: Ist die derzeitige Situation und die vom ZI vorgelegte Konzeption tragfähig für die künftige Entwicklung des ZI? Ob und gegebenenfalls welche Perspektiven bestehen für eine weitere inhaltliche und strukturelle Profilbildung des ZI einschließlich etwaiger Möglichkeiten von Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Einrichtungen? Dabei wurde die Kommission vor dem Hintergrund einer Befassung des Bayerischen Kabinetts mit der nichtuniversitären Forschung in Bayern Mitte 2008 gebeten, auch die Frage in den Blick zu nehmen, ob hinreichende Chancen für ein erfolgreiches Verfahren zur Aufnahme des ZI in die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) bestehen.

A. Aktueller Sachstand/Selbstbericht des ZI

Das 1946 gegründete Zentralinstitut für Kunstgeschichte (ZI) ist das einzige nichtuniversitäre Forschungsinstitut auf dem Gebiet der Kunstgeschichte in Deutschland. Es wird von einem Direktor geleitet und gliedert sich neben Verwaltung und EDV in verschiedene Fachabteilungen (Forschungsreferat, Projektreferat, Bibliothek, Photothek, Reallexikon der Deutschen Kunstgeschichte, Kunstchronik). Die durch den Freistaat

Bayern als alleinigem Träger des Instituts gegebene Ordnung des ZI ermöglicht einen weiten Rahmen bei Schwerpunktsetzungen in der Forschung („Geschichte der europäischen Kunst und ihre Ausstrahlungen“) und nennt neben dem Forschungsauftrag als weitere Aufgabe des ZI den Unterhalt einer Fachbibliothek einschließlich deren Sammlungsauftrag.

I. Forschung, Veröffentlichungen

Das ZI sieht sich als zentrale Plattform für die kunsthistorische Forschung. Es möchte Arbeitsthemen und Projekte initiieren, koordinieren, wissenschaftlich begleiten sowie publizieren und eine Brückenfunktion wahrnehmen. Als eigene Arbeitsschwerpunkte nennt das ZI drei Bereiche: Grundlagenforschung im Bereich der kritischen Quellenaufarbeitung, künstlerische Aspekte der materiellen Kultur in ihrer historischen Perspektive und institutions- und methodengeschichtliche Fragestellungen (insbesondere Themen zum Wechselverhältnis von Kunst und Politik). Die Zusammenarbeit zwischen ZI und Hochschulen erstreckt sich derzeit vor allem auf gemeinsame Tagungen und Publikationen sowie die Lehrtätigkeit von Angehörigen des Instituts an verschiedenen Universitäten. Das ZI ist gemeinsam mit drei bayerischen Universitäten an dem Studiengang „Aisthesis. Historische Kunst- und Bilddiskurse“ im Rahmen des Elitenetzwerks Bayern beteiligt. Bei der Kooperationen mit anderen universitären und nichtuniversitären Forschungseinrichtungen hebt das ZI als besondere Stärke sein Engagement im Rahmen der International Association of Research Institutes in the History of Art (RIHA) hervor. Fünf Länder der Bundesrepublik und verschiedene, vor allem privat getragene Unterstützer ermöglichen Stipendiaten, am ZI Forschungsarbeiten durchzuführen. An Veröffentlichungen gibt das ZI insbesondere die Kunstchronik als wissenschaftliche Monatszeitschrift, die kunsthistorische Online-Zeitschrift RIHA-Journal (gemeinsam mit den RIHA-Mitgliedsinstituten) und das seit 1927 bearbeitete Reallexikon zur Deutschen Kunstgeschichte als umfangreichstes realienkundliches Nachschlagewerk zur deutschen Kunstgeschichte heraus. Das ZI ist Veranstalter von wissenschaftlichen Fachtagungen, die es im Hinblick auf Kontinuität und Häufigkeit und auf ihre Funktion als Ort fachlicher Auseinandersetzungen als eine der besonderen Stärken des Instituts ansieht. Als weitere besondere Stärken im Forschungsbereich nennt das ZI neben der Möglichkeit, Forschung nachhaltig und mit großer Kontinuität zu betreiben, die Verbindung von Sammlungsbeständen (Bibliothek und Photothek) und Forschungsaktivitäten sowie seine inhaltliche Offenheit, die allerdings auch die Gefahr eines uneinheitlichen Forschungsprofils berge. Erkennbare Schwächen seien das Fehlen gezielter Fördermöglichkeiten durch das Institut, das selbst über keine Möglichkeiten verfüge, eigene Forschungsvorhaben durch Promotions- und Postdoc-Stipendien zu stützen, und die geringe personelle und finanzielle Ausstattung bei der Kunstchronik.

II. Sammlungen (Bibliothek und Photothek)

Das ZI verfügt über eine umfangreiche Spezialbibliothek, deren Umfang und Tiefenerschließung auch im internationalen Vergleich herausragende Arbeitsmöglichkeiten bietet. Die Bibliothek mit ihren über 500.000 Bänden ist gekennzeichnet durch eine Kombination von umfassendem Bestand, systematischer Freihandaufstellung und

vollständigem Online-Katalognachweis unter Einschluss intensiver Sacherschließung auch für Aufsatzliteratur. Bei der instrumentellen Gestaltung der elektronischen Literaturerschließung und Literaturvermittlung im Fach Kunstgeschichte nimmt die Bibliothek eine zentrale Rolle ein (maßgebliche bzw. federführende Beteiligung an kubikat.org, am Metakatalog des artlibraries.net und an der Virtuellen Fachbibliothek arthistoricum.net). Vertreter der Bibliothek wirken in nationalen und internationalen Gremien mit. Die Bibliothek verfügt über ein hoch qualifiziertes Nutzerspektrum mit einem signifikanten Anteil an ausländischen Besuchern. Der Elektronische Dokumentenlieferdienst versorgt mit derzeit 900 bis 1.000 monatlichen Bestellungen Fachvertreter in über 40 Ländern. Als weitere Infrastruktureinrichtung verfügt das ZI über eine schwerpunktmäßig ausgerichtete Fotosammlung als Studiensammlung, deren Bestände (800.000 Aufnahmen) in einer systematischen Freihandaufstellung zugänglich sind. Die Erfassung der Bestände erfolgt schwerpunktmäßig für Neuzugänge und für Bestandsgruppen mit unikalem Charakter im Rahmen von wissenschaftlichen Forschungsprojekten. Als Stärken der Sammlungen sieht das ZI deren Bestände und ihre intensive Erschließung. Die beengte räumliche Situation der beiden Abteilungen stelle eine Schwäche dar.

III. Inhaltliche Ziele

Nach dem vom ZI vorgelegten Positionspapier sollen die bestehenden Forschungsschwerpunkte die Grundlage weiterer Planungen bilden, wobei der spezifische Beitrag der Kunstgeschichte angesichts der Diskussion um die „Visuelle Kultur“ herausgestellt wird und die Frage nach der Entstehung kultureller Identitäten im Mittelpunkt stehen soll. Ziele sind, die Herausgabe des RDK zu beschleunigen und neben der gedruckten Publikation eine elektronische Plattform („RDK-Labor“) zu entwickeln, um Artikel auch außerhalb der alphabetischen Reihenfolge publizieren zu können. Das ZI möchte sein Forschungsprogramm auf dem Gebiet der neueren und neuesten Kunstgeschichte weiterentwickeln. Die Stiftung der Bibliothek „Herzog Franz von Bayern“ soll Basis des geplanten „Studienzentrums zur Moderne“ sein und es ermöglichen, im Rahmen der Grundlagenforschung im Bereich der kritischen Quellenaufarbeitung künftig neue Schwerpunkte zu setzen. Neben den bestehenden Sammlungsschwerpunkten strebt die Bibliothek neue Schwerpunkte bei der islamischen (osmanischen) und jüdischen Kunst an. Für das im Aufbau begriffene „Studienzentrum zur Moderne“ wurde ein DFG-Projekt im Rahmen des neuen Programms für Spezial- bzw. Forschungsbibliotheken bewilligt. Ziel der Photothek ist, die Bildträger und Medien der klassischen chemischen Fotografie zu konservieren und deren Bildinformationen auf dem Weg der Digitalisierung für die Forschung zu sichern.

Eine weitergehende Kooperation mit dem Kunsthistorischen Institut der Universität München auf institutioneller Ebene sei anhängig, setze jedoch die räumliche Zusammenlegung des auf mehrere Standorte verteilten Universitäts-Departments in größerer Nähe zum ZI voraus. Mit der Errichtung des „Studienzentrums zur Moderne“ sei einer Verstärkung der Kooperation mit den Münchner Museen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu erwarten.

B. Empfehlungen der Kommission

Das Zentralinstitut für Kunstgeschichte stellt im nationalen Kontext die einzige kunsthistorische Forschungseinrichtung dar, in deren Auftrag Forschung und Dienstleistungen für Forschung für die ganze Breite des Fachs liegen. Damit nimmt es einerseits Aufgaben wahr, die für das Fach im nationalen und im internationalen Kontext unverzichtbar sind. Andererseits ergeben sich hieraus sowohl Chancen als auch – in Bezug auf eine Profilierung – besondere Herausforderungen für die künftige Entwicklung. Wie die jüngsten Drittmittelerfolge des Instituts zeigen, bergen die Institution und die in ihr arbeitenden Personen Potenzial für die Weiterentwicklung zu einer Einrichtung der WGL mit internationaler Sichtbarkeit. Dies setzt aber voraus, dass auf den folgenden Kernfeldern der Tätigkeit stringent Maßnahmen ergriffen werden:

- I. Forschung
 - I.1 Profilbildung in der Forschung und Verstärkung der Forschungsleistungen
 - I.2 Ausbau und Abstimmung der Nachwuchsförderung auf das Forschungsprofil
 - I.3 Profilbildung in den Publikationsorganen und Publikationen des ZI
- II. Weiterentwicklung der Dienstleistungen auf dem bisherigen hohen Niveau
 - II.1 Bibliothek
 - II.2 Photothek
- III. Ressourcen/Organisationsfragen

Im Einzelnen:

I. Forschung

Seit seiner Gründung betreibt das ZI Grundlagenforschung im Bereich der kritischen Quellenaufarbeitung, zu künstlerischen Aspekten der materiellen Kultur in ihrer historischen Perspektive („Realienkunde“), und es hat sich seit geraumer Zeit institutions- und methodengeschichtlichen Fragestellungen, insbesondere Themen zum Wechselverhältnis von Kunst und Politik, geöffnet. Aufbauend auf diesen Schwerpunkten rät die Kommission dringend zu einer grundsätzlichen, entschiedenen und umfassenden Öffnung der Arbeit auf die Kunstgeschichte der Moderne und der Gegenwart. In diesem Zusammenhang würdigt die Kommission die Einwerbung der Stiftung „Bibliothek Herzog Franz von Bayern“ einerseits, die erfolgreiche Antragstellung (Bewilligung nach der Begehung) zur Erschließung dieser Bestände und zum Ausbau eines „Studienzentrums zur Moderne“, das sich, wie mündlich vorgetragen, Forschungen zur Durchsetzung der Moderne in der Nachkriegszeit widmen soll. Die Kommission begreift dies als einen ersten, notwendigen Schritt, der die von den Wissenschaftlern dargelegte Verbindung von Beständen der Bibliothek und Photothek einerseits, von Forschungsfragen und -projekten andererseits nun auch auf Themen der jüngeren und jüngsten Kunstgeschichte richtet.

Insgesamt erscheint der Kommission die personelle Kapazität als zu gering und die auch, aber nicht allein in dieser kapazitären Schwäche fußende Strategie, Vorhaben Dritter als Impuls aufzunehmen und z. B. in Form von Tagungen mit Publikationen

durchzuführen, als nicht geeignet, um dem ZI mittel- und langfristig einen führenden international sichtbaren Platz unter Forschungseinrichtungen der Kunstgeschichte zu geben. Vielmehr erkennt die Kommission die Notwendigkeit, die bestehenden Schwerpunkte neu auf die aktuellen Forschungsfragen des Fachs auszurichten, diesen aktuellen Forschungsfragen aus der Institution heraus Impulse zu verleihen und somit jene internationale Sichtbarkeit (wieder) zu gewinnen, die der Institution in Anbetracht der Größe und Qualität ihrer Serviceeinheiten einerseits, in Anbetracht des Potenzials des Standorts München in der Kooperation mit den Hochschulen, den Museen und der Denkmalpflege andererseits zukommen kann und muss. Allerdings gilt es, diese Schwerpunkte mit dem zu wählenden, für die Forschung zuständigen Direktor abzustimmen.

Dies kann wegen der Bindung von Kapazitäten in der Alltagsarbeit und ebenso wegen der in den Gesprächen mit den wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts festgestellten Zurückhaltung, solche Perspektiven zu entwickeln und zielorientiert zu verfolgen, nicht aus eigener Kraft geleistet werden. So ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, die individuellen, im Einzelfall beachtlichen Forschungsaktivitäten der einzelnen Mitarbeiter so und zugleich nachhaltig zu bündeln, dass sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren daraus Forschungsverbünde entwickeln könnten, in denen das ZI gegenüber Dritten als ein selbstbewusster und prägender Partner auftreten könnte.

Die wissenschaftlichen Kontakte zu Institutionen in München sind – abgesehen von der Partizipation an einem Studiengang im Elitenetzwerk – nicht institutionalisiert. Es bestehen aber Ansatzpunkte in gemeinsam durchgeführten kleineren Projekten, die das Potenzial für eine verbindliche und langfristig angelegte Kooperation erkennen lassen. Für die Aufnahme in die WGL ist die gemeinsame Berufung für die Leitung der Einrichtung mit einer Universität verbindlich vorzusehen: Generell soll sie der Versäulung des Wissenschaftssystems entgegenwirken, im besonderen Fall wird sie als unerlässlich angesehen, um die Neuausrichtung der Institution und der Vernetzung mit Universitäten insgesamt dezidiert Impulse zu verleihen. Aus Sicht der Kommission bietet sich hierfür die Universität München an.

Die Kommission empfiehlt in Würdigung der bisherigen Leistungen ein Bündel von Maßnahmen, die aufeinander abgestimmt sind. Dies umfasst im Einzelnen:

I.1 Profilbildung in der Forschung und Verstärkung der Forschungsleistungen:

- a) In einem gemeinsamen Berufungsverfahren mit der Universität München soll ein/e Direktor/in auf eine W 3-Professur berufen werden. Damit wird die Anforderung der WGL erfüllt. Zu den Aufgaben der Professur gehören insbesondere die Konzeption eines Forschungsprofils, der Ausbau der Forschungsaktivitäten und die Gestaltung der Nachwuchsförderung, jeweils in Kooperation mit in München ansässigen Institutionen und in überregionaler und internationaler Ausrichtung. Mit dem Eintritt des derzeitigen Direktors in den Ruhestand könnte dessen Position entfallen.

- b) Die Forschungsabteilung, die bislang aus nur zwei Wissenschaftler-Stellen besteht, wird verstärkt.
- Im Rahmen der Berufung sollten ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit ein Forschungsprogramm aus eigenen Mitteln angeschoben und durchgeführt werden kann. Dazu zählen z. B. Gastwissenschaftler oder auch eine *Summer school*, damit z. B. über die Festlegung auf Jahresthemen das Forschungsprofil des Instituts unter internationaler Beteiligung entwickelt und sichtbar gemacht werden kann.
 - Die Mitarbeiter des Reallexikons der Deutschen Kunstgeschichte werden in Abstimmung mit dem zu wählenden, für die Forschung zuständigen Direktor mit der Aufgabe betraut, Konzeption und Durchführung von realienkundlichen Forschungsvorhaben durchzuführen. Damit verbunden ist zum einen die zeitnahe Einstellung des RDK, zum anderen die dringende Ermutigung, die Forschung zur materiellen Kultur in Bezug auf ihre Gegenstände und ihre Methoden an die Gegenwart heranzuführen.

I.2 Ausbau und Abstimmung der Nachwuchsförderung auf das Forschungsprofil

Soweit die Zuwendungsgeber dies ermöglichen, sollen die Stipendiaten zu thematisch kohärenten Gruppen zusammengefasst werden. Das Modell der Jahres- oder auch Zweijahresthemen sollte erprobt werden. Eine bedeutende Rolle könnte das ZI erst erhalten, wenn es – in Kooperation mit einer Universität und zwar als gleichrangiger Partner – gelänge, Instrumente der Drittmittelförderung für die Graduiertenausbildung zu aktivieren. Hierfür ist die gemeinsame Berufung mit der Universität München unerlässlich.

I.3 Profilbildung in den Publikationsorganen und Publikationen des ZI

- a) Die Kunstchronik soll zu einem Organ entwickelt werden, das Aktualität der Berichterstattung über Tagungen, Ausstellungen und Publikationen einerseits, der behandelten Forschungsfragen andererseits mittels einer vernünftigen Anzahl von Themenheften, deren Einrichtung die Kommission für zwingend geboten hält, erreicht. Es wird dringend empfohlen, einen internationalen Beirat einzusetzen, mit dem gerade die Planung von Themenheften beraten werden kann. Der neuen Redakteurin gebührt jede Unterstützung, damit ihr gutes Konzept für die Erneuerung und die Attraktivitätssteigerung der Kunstchronik realisiert werden kann. Dies kann aus den Kräften des ZI allein nicht garantiert werden.
- b) Das Reallexikon zur Deutschen Kunstgeschichte ist nach jahrzehntelanger Arbeit nur bis zum Buchstaben F fortgeschritten. Die Digitalisierung der bereits publizierten Bände erfüllt hohe Erwartungen an Recherchemöglichkeiten. Künftig ist geplant, die weiter als Printfassung vorzulegenden Bände mit einer Online-Plattform „RDK-Labor“ zu begleiten. Hierdurch wird neben Diskussionsforen zu realienkundlichen Fragen auch das Durchbrechen des alphabetischen Schemas

durch Vorabversionen von Artikeln bzw. durch Nachträge und Korrekturen bisheriger, veralteter Artikel möglich. Eine wesentliche Beschleunigung des Erscheinens oder gar eine Fertigstellung des Lexikons ist aber nicht absehbar. Eine Fertigstellung des Werkes in einem auch nur annähernd vertretbaren Zeitrahmen ist daher nicht mehr zu erwarten.

Die Kommission empfiehlt daher die schnellstmögliche Einstellung des RDK – im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, aber auch unter Hinnahme von Lücken beim Buchstaben F, damit die Expertise der Mitarbeiter zur Stärkung des Forschungsprofils gewinnbringender eingesetzt werden kann (s. o. unter I.1 b). In dieser Hinsicht ist auch die in Arbeit befindliche Internetplattform weiterzuentwickeln, so dass realienkundliche Forschung anschlussfähig für die Community gemacht wird. Die Forschungsarbeiten der dem ZI angehörenden Redakteure, die außerhalb des Lexikons entstehen, belegen das Potenzial, Realienkunde auf hohem sachlichen und theoretischen Niveau zu betreiben. Aber auch dafür gilt es in Abstimmung mit der Direktion ein klares Programm zu entwerfen.

Die Kommission ist sich der Tragweite dieser Empfehlung bewusst. Sie erfolgt in sorgfältiger Abwägung aller Aspekte. Das RDK teilt das Schicksal zahlreicher Langfristvorhaben in den Geisteswissenschaften und ist zugleich dafür ein Extrembeispiel: Die Prämissen und die daraus abgeleiteten Strukturen des geplanten Werks verlieren aufgrund der Entwicklung von Forschungsinteressen eines Fachs an Gültigkeit und an Bedeutung. Eine Anpassung an die Entwicklung des Fachs wird nicht grundlegend mitvollzogen, weil damit die Einheitlichkeit und Benutzbarkeit des Werks leiden würde.

Es ist trotz vielfacher Überlegungen und manchem externen Rats der Redaktion nicht gelungen, diese strukturellen Fesseln abzustreifen. Auch die Konzeption des digitalen RDK lässt nicht erkennen, dass eine grundlegende Neuerung erfolgt. Daher empfiehlt die Kommission mit aller Entschiedenheit die zeitnahe Aufgabe des Lexikons und die Fortentwicklung des bisher vom Lexikon getragenen Forschungsfelds „Realienkunde“ aus kunstgeschichtlicher Perspektive.

II. Weiterentwicklung der Dienstleistungen auf dem bisherigen hohen Niveau

II.1 Bibliothek

Die Bibliothek zeichnet insgesamt ein hohes Niveau aus. Sie stellt eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Kunstgeschichte dar und genießt national und international einen sehr guten Ruf. Voraussetzung für das Funktionieren der Bibliothek als Forschungsbibliothek ist indessen das Vorhandensein eines „wissenschaftlichen Teils“ des ZI als weitere Säule. Die Kommission wertet es als gutes Zeichen und als Anerkennung für die geleistete Arbeit und den hohen Rang der Bibliothek, dass die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung den Ausfall der langjährigen Erwerbungsförderung durch die DFG mehr als kompensiert, allerdings nur für fünf Jahre. Dies trifft auch auf die nach der Begehung eingegangene positive Entscheidung der DFG auf die Förderung des Studienzentrums zur Moderne zu. Die Kommission begreift es aber als Aufgabe des

Trägers, mittel- und langfristig die Ressourcen für den kontinuierlichen Bestandsaufbau und für die bibliothekarische Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Auf der Grundlage der verteilten und abgestimmten Erwerbung der Kunstbibliotheken in deutscher Trägerschaft und in Kooperation mit den Sondersammel-Gebiets-Bibliotheken der Universitätsbibliothek Heidelberg und der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden ist es gelungen, die Literaturversorgung des Fachs in Deutschland – die Auslandsinstitute einschließend – auf einem international führenden Niveau sicherzustellen. Dies trifft auch auf die Erschließung des unselbstständigen Schrifttums zu. Hier nimmt der mit den Instituten in Rom und Florenz (MPG) gemeinsam getragene Katalog (www.kubikat.org) inzwischen die Rolle des einzigen aktuellen bibliographischen Instruments für die Kunstgeschichte wahr. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Mit dem Einbruch von Erwerbungen im ZI würde das Fach auch ein wesentliches Instrumentarium für die zügige und qualitativ abgesicherte Erschließung von Forschungsliteratur verlieren.

Die Kommission ermutigt die Bibliotheksleitung, die Verhandlungen mit weiteren Münchner Institutionen über die Zugänglichmachung von Spezialbeständen zur Kunstgeschichte wieder aufzunehmen, um damit den Reichtum an Ressourcen in München für die kunsthistorische Forschung weitestgehend in den Räumen des ZI zur Verfügung zu stellen. Dafür müssten auf Dauer aber die räumlichen Möglichkeiten im Hause geschaffen werden.

Das ZI plant, künftig nicht nur auswärtige, sondern auch Münchner Studierende mit Bachelor-Abschluss zur Benutzung der Bibliothek zuzulassen, auch im Sinn einer Bindung des künftigen wissenschaftlichen Nachwuchses an die Institution. Die Kommission ermutigt das ZI, diesen Schritt zu tun. Hingegen bedarf der Vorschlag, einen Teil der Erwerbungsmitel aus dem Kunsthistorischen Institut der Universität München in die Bibliothek des ZI einzubringen, der von beiden Seiten grundsätzlich begrüßt wird, sorgfältiger Abstimmung. Die Kommission vermutet, dass die Effizienzgewinne geringer als erhofft ausfallen könnten.

Im Kontext der Ausweitung auf neue, weniger erfahrene Nutzer und ganz generell empfiehlt die Kommission, das Serviceangebot hinsichtlich der Nutzerorientierung in der Bibliothek zu überdenken und auszuweiten.

II.2 Photothek

Die Photothek als Sammlung von Positiven einerseits (für die die Rechte zum größeren Teil nicht beim ZI liegen) und von Negativen andererseits (für die die Rechte zum überwiegenden Teil beim ZI liegen) fungiert die Abteilung nicht als Bildagentur, sondern versteht sich als Serviceeinrichtung für die kunsthistorische Forschung. Die Photothek verfügt über Bestände, die z. B. als Nachlässe von Kunsthistorikern mit profilierten Forschungsinteressen einerseits, als historische wertvolle Dokumentation von Ereignissen oder Verlagstätigkeit andererseits sowohl für die einschlägige kunsthistorische Forschung als Information und Dokumentation wertvoll oder von fotohistorischem Interesse sind. Sie werden daher nicht in der Breite, sondern pro-

jektartig erschlossen. Aufgrund der urheberrechtlichen Fragen ist eine Publikation im Internet nur begrenzt möglich. Die Kommission hält dies für die richtige Strategie.

III. Ressourcen/Organisationsfragen

Die Kommission hat beunruhigt festgestellt, dass alle Abteilungen des ZI unter großer Raumnot leiden. Die Kommission geht davon aus, dass Sorge getragen wird, dass aus der Knappheit der Ressource Raum der positiven Entwicklung des ZI keine Hindernisse erwachsen.

Sie rät dazu, dass im Zuge der Neuberufung eines/r sowohl im Zentralinstitut wie auch in der Universität verankerten Direktors/-in dem ZI in der Bewirtschaftung der Mittel dieselben Flexibilitäten eingeräumt werden wie sie den Universitäten gewährt werden. Andernfalls könnte die Position nicht attraktiv sein.

Die Kommission geht zudem davon aus, dass die Dotierung der Position der Aufgabe entsprechend gehandhabt wird. Andernfalls wird es nicht gelingen, eine geeignete Persönlichkeit für die beschriebene Aufgabe zu gewinnen.

Das Kuratorium des Zentralinstituts sollte im Vorgriff auf die Antragstellung zur Aufnahme in die WGL die Rolle des wissenschaftlichen Beirats erhalten, wie er in Einrichtungen der WGL üblich ist. Das Kuratorium ist daher neu zu beauftragen, ggf. nach Satzungsänderung. Die Kommission rät dazu, die Amtszeit nicht nur zu begrenzen, sondern auch darauf zu achten, dass die Mitglieder noch aktiv im Berufsleben stehen.

Die Kommission empfiehlt, die institutionelle Eigenständigkeit des Zentralinstituts zu wahren. Nur damit verbunden besteht die realistische Chance, der kunsthistorischen Forschung in Deutschland eine Institution und einen Ort des höchstrangigen wissenschaftlichen Austauschs zu erhalten und zu verleihen, der auf nationaler Ebene einzigartig, auf internationaler Ebene auf einer Stufe mit Einrichtungen wie dem im Aufbau befindlichen Institut national d'histoire de l'art (INHA), dem Getty Research Institute, Los Angeles, oder dem Center for Advanced Study in the Visual Arts (CASVA) in Washington stehen kann und soll. Daher bietet sich die Weiterentwicklung zu einer Einrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) an.

Eine Antragstellung für die Aufnahme in die WGL ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht anzuraten. Die hier empfohlenen Maßnahmen bedürfen zur erfolgreichen Realisierung eines Zeitraums von fünf Jahren. Eine Zwischenevaluation drei Jahre nach Amtsantritt des Forschungsdirektors wird zur etwaigen Nachjustierung von Maßnahmen empfohlen.

München, Februar 2011

Stellungnahme zur Umsetzung (Stand März 2013):

Ziel der Empfehlungen der Kommission unter Leitung von Frau Professor Dr. Katharina Krause, Universität Marburg, vom Februar 2011 sind vor allem die Stärkung und Bündelung der Forschungsaktivitäten am Zentralinstitut für Kunstgeschichte München und die dauerhafte Kooperation mit einem universitären Partner. Die künftigen Berufungen der Position des Direktors/der Direktorin des Zentralinstituts sollen in einem gemeinsamen Berufungsverfahren mit dem universitären Partner erfolgen. Ebenso sollten gemeinsame Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt werden. Seit Vorliegen der Empfehlungen aus dem Jahre 2011 hat das Zentralinstitut eine Reihe von Schritten eingeleitet: Es hat die verschiedenen mit Forschung befassten Abteilungen zu einer Forschungsabteilung zusammengefasst, um Projekte und Aktivitäten zu konzentrieren und eine gemeinsame Forschungsstrategie mit einer deutlichen Profilbildung zu entwickeln. Der Anregung des StMWFK folgend hat das Zentralinstitut im Vorfeld einer gemeinsamen Berufung des Direktors/der Direktorin eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem Institut für Kunstgeschichte der Universität München vereinbart. Grundlage ist ein gemeinsam entwickeltes Forschungsprogramm. Der Empfehlung der Kommission entsprechend wird zudem das bisher im Zentralinstitut herausgegebene Reallexikon zur Deutschen Kunstgeschichte in gedruckter Form eingestellt; die Redaktion ist in die „Forschungsstellung Realienkunde“ umgewandelt, zu deren Aufgaben die Entwicklung einer Online-Plattform „Realienkunde“ gehört.



Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

März 2013